Irrweg Neokonservatismus

"Wer schnell Geld machen will, hat kein Interesse an einem wohlgeordneten Staat"







"Wer sich verteidigt, klagt sich an." ***"Qui s'excuse s'accuse."*****)**

"Der Staat muß gerettet werden, auf welche Weise auch immer; es gibt nichts Verfassungswidriges, wenn man dem Untergang entgegengeht."

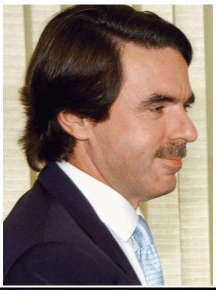
"Il faut que l'état soit sauvé, de quelque manière que ce soit ; il n'y a d'inconstitutionnel que ce qui tend à sa ruine."

H. Duthel

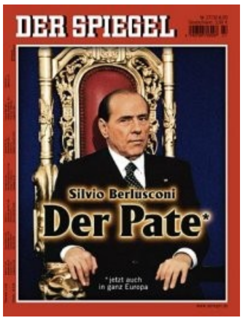
Rousseau stellt sich die grundlegende Frage, wie ein von Natur aus wildes und freies Individuum seine Freiheit behalten kann, wenn es aus dem Naturzustand heraus in die Gesellschaft eintritt, bzw. diese mit anderen begründet. Er vertritt dabei ein an der vormenschlichen Evolutionsstufe orientiertes und im Grunde zutiefst pessimistisches Menschenbild. Rein und edel ist alles das, was der Mensch mit der tierischen und pflanzlichen Natur gemeinsam hat. Verachtenswert sind hingegen seine genuin menschlichen Eigenschaften und Möglichkeiten. Jedes Menschenexemplar besitzt einen eigenen instinktiven Willen zum Überlebenskampf und die Synthese dieser Einzelwillen nennt Rousseau *volonté générale* oder *allgemeiner Wille*. In einem Urgesellschaftsvertrag treten die Einzelnen ihre natürliche Freiheit an ein religiös überhöhtes Staatswesen ab, welches den allgemeinen Willen vollstreckt. Das Gemeinwohl wird gewährleistet, indem das Wohl der bloßen Einzelexistenz dem Wohl des Volksganzen untergeordnet wird. Da der allgemeine Wille gemäss Rousseau mit dem Willen des Einzelnen absolut identisch ist, behält das einzelne Menschenexemplar aber dennoch seine natürliche Freiheit. Auf diesem Wege lasse sich andererseits verhindern, dass Einzelne ihre Freiheit über diejenige der anderen stellten und diese dadurch beherrschten.
Rousseaus Theorie des allgemeinen Willens stellt einen originellen und wirkungsmächtigen Versuch dar, der feudalistischen Königs- und Adelsherrschaft seiner Zeit die Legitimationsgrundlage zu entziehen. Neben Voltaire gilt er damit zu Recht als einer der wichtigsten ideellen Wegbereiter der französischen und wohl auch der amerikanischen Revolution. Seine des Rechtssicherheitsgedankens ermangelnde Staatsauffassung hatte aber nicht nur einen großen Einfluss auf Robespierre, den Hauptexponenten der revolutionären Schreckensherrschaft, sondern auch auf die totalitären Ideologen und Politiker des 19. und 20. Jahrhunderts wie etwa Lenin, Mussolini und Pol Pot.

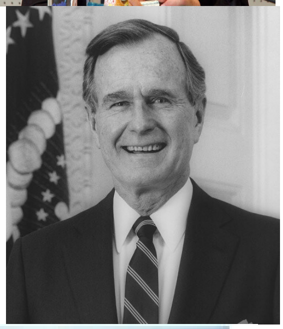
H. Duthel, April 2008





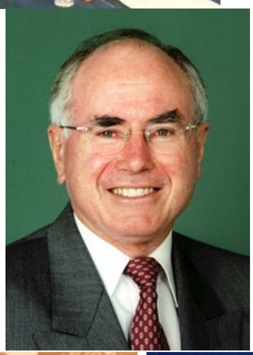




DER SPIEGEL
Silvio Berlusconi
Der Pate*
*jetzt auch in ganz Europa










Laurent PFAADT
SARKOZY
décrypté de A à Z
"Un homme libre se doit de parler librement "
City / Document



Neokonservatismus (auch Neokonservativismus) (von *Neo*, neu)

Neokonservatismus (auch Neokonservativismus) (von *Neo*, neu) nennt man eine breite internationale politische Strömung, die durch eine Rückbesinnung auf konservative Werte, in Verbindung mit liberalen bzw. neoliberalen Konzepten in der Wirtschaftsspolitik, scharfer Ablehnung der Politik der 68er-Generation und häufig auch der Betonung einer gemeinsamen *westlichen Zivilisation* gekennzeichnet ist. Als Selbstbezeichnung wird der Begriff aber kaum verwendet.

Ihre Wurzeln reichen in den USA bis in die 1960er-Jahre zurück. In den 1980er Jahren begann sie in den USA stark an politischer und gesellschaftlicher Defintionsmacht zu gewinnen, die sie bis heute ausbauen konnte.

Im Neokonservativismus finden sich national verschiedene, teils auch heterogene Ausprägungen. Prominentestes Beispiel ist der Neokonservativismus in den USA, zu dem auch George W. Bush gerechnet wird.

In Europa waren für Beobachter die Regierungen von Silvio Berlusconi (Italien), José María Aznar (Spanien) oder Anders Fogh Rasmussen in Dänemark bzw. politische Größen wie Nicolas Sarkozy in Frankreich Vertreter neokonservativer Strömungen.

In Deutschland stehen Intellektuelle wie Paul Nolte, Friedbert Pflüger, Arnulf Baring oder Wolfgang Schäuble (CDU) für eine vergleichbare Richtung, hier werden speziell auch Eigenverantwortung, die Rückkehr der Sekundärtugenden und der Familie betont, und eine verstärkte Elitenbildung für erforderlich gehalten. Weitere Themen sind etwa die christliche Verankerung der europäischen Kultur.

Zuvor war aber auch die *geistig-moralische Wende* von Helmut Kohl in Deutschland bereits ein Versuch gewesen, neokonservative Ideen wieder verstärkt in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Diskussionen zu stellen.

Anfang 2006 war die Neue Bürgerlichkeit ein großes Thema der Medien.

Neokonservativismus in Deutschland

Paul Nolte *Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik*, C. H. Beck, 2004

Wolfgang Schäuble, *Scheitert der Westen?*, Bertelsmann, 2003

Arnulf Baring, *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!*, DVA 1999

Leo Kofler: *Der Konservativismus*, VSA

Melvin J. Lasky, Helga Hegewisch, *Was heißt konservativ heute?*, Beltz

Michael Kessler, Wolfgang Graf Vitzthum, Jürgen Wertheimer (Hg.):*Neonationalismus, Neokonservatismus*

Texte zur Kunst, Heft 55: *Neokonservativismus*, 2004 (Zu aktuellen deutschen neokonservativen Tendenzen in Kunst und Kultur)

Helmut Dubiel, *Was ist Neokonservatismus?*, Suhrkamp, 1985

Richard Saage, *Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik*, in: ders., *Rückkehr zum starken Staat?*, Suhrkamp, 1983

Martin Greifenhagen, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, Suhrkamp, 1986

Axel Schildt, Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 1998

Mommsen, Hans: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000

Silvio Berlusconi (* 29. September 1936 in Mailand) ist ein italienischer Unternehmer und Politiker. Derzeit ist er noch Ministerpräsident der 59. italienischen Regierung seit Gründung der Republik und Vorsitzender der von ihm gegründeten Partei Forza Italia. Laut Forbes ist er mit einem Vermögen von 12 Milliarden Dollar der reichste Mann Italiens.

Leben

Er ist der älteste Sohn von Luigi Berlusconi und Rosa Bossi und Bruder von Paolo und Antonietta Berlusconi. 1965 heiratet er Carla Elvira Lucia Dall'Oglio, mit der er zwei Kinder zeugte: Maria Elvira (*1966) und Piersilvio (*1968). 1985 lässt sich das Paar scheiden, 1990 folgt die Heirat mit der Schauspielerin Veronica Lario (in Wirklichkeit Miriam Bertolini), mit der er schon seit einiger Zeit ein Verhältnis hatte. Das Paar hat zusammen drei Kinder: Barbara (*1984), Eleonora (*1986) und Luigi (*1988).

Ausbildung

1954 erlangt Silvio Berlusconi das Reifezeugnis am Salesianer-Gymnasium S. Ambrogio in Mailand. Anschließend beginnt er an der Universität Mailand ein Jura-Studium, das er 1961 mit einer Diplomarbeit über Werbeverträge *cum laude* abschließt. Für seine Arbeit gewinnt er einen von der Werbeagentur Manzoni ausgeschriebenen Preis über 2 Millionen Lire. Nach dem Studium verrichtet Berlusconi nicht den damals noch obligatorischen Militärdienst.

Vor seiner politischen Karriere

An der Universität lernt Berlusconi Marcello Dell'Utri kennen, der später, als er seine Partei Forza Italia aufbaut, zu seiner rechten Hand wird.

Am 7. Juli 1974 bringt Dell'Utri den jungen Mafioso Vittorio Mangano aus Palermo in Berlusconis Villa in Arcore. Dieser stellt ihn offiziell als Verwalter und Stallmeister ein, aber Mangano kümmert sich auch um die Sicherheit der Villa und bringt Berlusconis Kinder zur Schule. 1976 verlässt Mangano Arcore unbehelligt, obwohl er zu dieser Zeit mehrere Strafen abzubüßen hatte und verdächtigt wurde, Luigi D'Angerio, einen Freund Berlusconis, am 7. Dezember 1974 entführt zu haben.

Am 26. Mai 1975 explodiert in einer von Berlusconis Wohnungen in Mailand eine Bombe. Nachdem er mehrere Drohungen erhält, zieht er mit seiner Familie für einige Monate in die Schweiz und anschließend nach Spanien.

Im Jahr 1978 tritt er in die Propaganda Due ein, eine Organisation des einstigen Mussolini-Anhängers und Hitler-Kollaborateurs Licio Gelli.

Berlusconi der Unternehmer

Bauwesen

Im Jahr 1961 beginnt Berlusconi seine Tätigkeiten im Bauwesen mit dem Erwerb eines Grundstücks in der via Alcati in Mailand, sein Partner ist der Konstrukteur Pietro Canali, sein Bürge der Bankier Carlo Rasini. Es entsteht Berlusconis erstes Unternehmen, die *Cantieri Riuniti Milanesi*.

1963 gründet er das Unternehmen *Edilnord Sas*. Das dazu nötige Geld stellen Carlo Rasini und der Schweizer Unternehmer Carlo Rezzonico mit der *Aktiengesellschaft für Immobilienlagen in Residenzzentren AG* mit Sitz in Lugano zur Verfügung. Die anonymen Geldmittel der Schweizer Aktiengesellschaft werden zum Teil bei der *International Bank* in Zürich hinterlegt und gelangen über die *Banca Rasini* zur *Edilnord Centri Residenziali*.

1964 beginnt der Bau mehrerer Hochhäuser in Brugherio. 1968 gründet Berlusconi *Edilnord 2*, die Grundstücke in der Gemeinde Segrate erwirbt und mit dem Bau der

riesigen Wohnanlage *Milano 2* beginnt. Schon damals tauchen erste Fragen auf, woher die umfangreichen Geldmittel kommen, über die der junge Unternehmer offensichtlich verfügt.
Berlusconis eigenen Angaben zufolge soll sein Vater Luigi, ehemaliger Generaldirektor der *Banca Rasini*, geholfen haben, die unternehmerischen Aktivitäten des Sohnes zu finanzieren.
Kritiker vermuten, dass die Geldmittel auf eine weniger legale Weise beschafft wurden. In der Zeit als Luigi Berlusconi bei der *Banca Rasini* beschäftigt war, entstanden Geschäftsbeziehungen zur *Cisalpina Overseas Nassau Bank*, in deren Aufsichtsrat später in negativem Zusammenhang berühmt gewordene Personen wie Roberto Calvi, Licio Gelli und Michele Sindona saßen. Die *Banca Rasini* wurde später von Michele Sindona und anderen *pentiti* (geständigen Mafiosi) beschuldigt, Mafia-Geld gewaschen zu haben. Es ist offensichtlich, dass derartige Umstände und Beschuldigungen Schatten auf Berlusconis unternehmerischen Erfolg werfen (vor allem unter Berücksichtigung seiner mutmaßlichen Kontakte zur Mafia und seiner Mitgliedschaft in der Organisation Propaganda Due von Licio Gelli).
1973 gründet Berlusconi *Italcantieri Srl* und erwirbt durch Vermittlung seines Anwalt Cesare Previti die *Villa Casati Stampa* in Arcore von einer minderjährigen Erbin, die von Previti vertreten wurde, seinen heutigen Hauptwohnsitz.

Fernsehen

1978 gründet Berlusconi mit Hilfe der *Monte Dei Paschi*-Bank *Telemilano*, einen lokalen Privatsender. Zwei Jahre später versucht er das Verbot eines nicht-staatlichen nationalen Fernsehsenders zu umgehen und weitet die Übertragung auf ganz Italien aus. Daraufhin intervenieren mehrere Staatsanwälte, was einen Abbruch der Übertragung verursacht.
1980 wird ein Fußballturnier zwischen den Nationalmannschaften von Argentinien, Brasilien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Uruguay ausgetragen. Es kommt zu landesweiten Protesten, unterstützt von großen Tageszeitungen wie dem Corriere della Sera und der Gazzetta dello Sport, da die staatliche Fernsehgesellschaft RAI die Spiele nicht live überträgt. Schließlich muss die RAI dem Berlusconi-Sender *Canale 5* (dem Nachfolger von *Telemilano*) den Gebrauch von Satelliten für eine landesweite Übertragung erlauben.
1982 erwirbt Berlusconi vom Verleger Edilio Rusconi den Fernsehsender *Italia 1*, 1984 von der Verlagsgruppe Mondadori *Rete 4*. Mit diesen Käufen wird Mediaset, das Medienunternehmen des Berlusconi-Konzerns *Fininvest*, zum großen Widersacher des einstigen Monopolisten RAI.
Ende der Achtziger betreibt er eine Ausweitung auf dem europäischen Medienmarkt, 1986 in Frankreich mit La Cinq , 1987 in Deutschland mit Tele 5, 1989 mit Telecinco in Spanien
Am 6. August 1990 legalisiert das Parlament mit der so genannten *legge Mammì* das Mediaset-Imperium Berlusconis.

Verlagswesen

Silvio Berlusconi ist Mehrheitsaktionär bei zwei der wichtigsten Verlagshäuser Italiens, Mondadori und Einaudi, außerdem bei mehreren kleinen (Elemond, Sperling&Kupfer, Grijalbo, Le Monnier, Pianeta scuola, Edizioni Frassinelli, Electa Napoli, Riccardo Ricciardi editore, editrice Poseidona).

Verschiedenes
Berlusconi kontrolliert die Kinokette *Medusa Cinema*; inzwischen nicht mehr beteiligt ist er an *Blockbuster Italia*. Mit *Publitalia* ist er im Werbegeschäft aktiv.
Ihm gehört seit 1986 der Fußballclub AC Milan, national und international einer der erfolgreichsten Clubs überhaupt.
Er ist inzwischen nicht mehr im Besitz der Handelsketten *Standa* und *Euromercato*.

Berlusconi der Politiker
Der Beginn
Im Jahr 1993 engagiert sich Berlusconi erstmals in der Politik. Er unterstützt den postfaschistischen Movimento Sociale Italiano/Destra nazionale (MSI), indem er öffentlich bekannt gibt, er zögere keine Minute, Gianfranco Fini bei den Stichwahlen für den Posten des Bürgermeisters am 5. Dezember in Rom seine Stimme zu geben.
Am 26. Januar 1994 verkündet Berlusconi in einer vorher aufgezeichneten Rede im Fernsehen seinen Eintritt in die Politik. Als Motiv gibt er an, die "kommunistische Gefahr" abwenden zu wollen, d.h. einen Sieg des Mitte-Links-Bündnisses.
Im selben Jahr gründet Silvio Berlusconi die Partei Forza Italia.
Der Eintritt in die Politik erfolgt zu einer Zeit, in der *Fininvest* diversen Problemen gegenübersteht. Zum einen ist der Konzern hoch verschuldet, zum anderen gibt es mehrere Untersuchungen der Justiz, darüber hinaus waren die Werbeeinnahmen aus dem Fernsehen gesunken.
Dem jährlichen Bericht der *Mediobanca* zufolge belaufen sich 1992 die Schulden von *Fininvest* auf 7.140 Milliarden Lire. Zwischen 1992 und 1993 ermitteln Staatsanwälte aus Mailand, Turin und Rom gegen *Fininvest* und Berlusconi wegen mutmaßlicher Bestechungen, gefälschten Rechnungen von *Publitalia* und der Finanzierung von Parteikongressen. 1993 weisen die Einnahmen aus dem Werbegeschäft, die bis dahin stetig gewachsen sind, ein Nullwachstum auf.
Die Frage der Unwählbarkeit
Laut Gesetz 361 aus dem Jahr 1957 hätte Berlusconi eigentlich gar nicht antreten dürfen, denn dieses Gesetz besagt, dass Personen, die vom Staat Konzessionen (in diesem Fall TV-Übertragungsrechte) in bedeutendem finanziellen Umfang erhalten haben, unwählbar sind. Dennoch verzichtet die Regierung, auch wegen des Einsatzes des damaligen Parteisekretärs der Democratici di Sinistra und späteren Ministerpräsidenten Massimo D'Alema, auf einen Rekurs.

Wahlen 1994 – Regierung Berlusconi I
Dank einer gigantischen Wahlkampagne, in der Berlusconi seine gesamte Medienmacht zu seinen Gunsten einsetzt (erst später wird das so genannte *par condicio*-Gesetz, das die Fernsehsender verpflichtet, allen führenden Politikern und Parteien einen ungefähr gleich großen Zeitraum in der Übertragungszeit zu gewähren, verabschiedet). Nach der Wahl am 27. März 1994 bildet Berlusconi eine Koalition mit der post-faschistischen Alleanza Nazionale von Gianfranco Fini und der sezessionistischen Rechtsaußen-Partei Lega Nord von Umberto Bossi.
Nach nur wenigen Monaten kündigt letzterer das Bündnis mit Forza Italia auf. Einer der Hauptgründe war, dass die Lega Nord ihrer Stammwählerschaft nicht vermitteln konnte, wieso die sezessionistische Partei nun plötzlich in Rom am Regierungstisch saß. Die folgenden Neuwahlen gewinnt das Ulivo-Bündnis und Romano Prodi wird Ministerpräsident.

Wahlen 2001 – Regierungen Berlusconi II und III

Im Jahr 2001 gewinnt Berlusconi zum zweiten Mal die Parlamentswahlen, wiederum begleitet von einem riesigen Werbeaufwand (z.B. bekommt jeder italienische Haushalt eine 128 Seiten starke Berlusconi-Biographie zugesandt). Nach den Wahlen bildet Berlusconi wieder eine Koalition mit der Alleanza Nazionale, der deutlich geschwächten Lega Nord, der christdemokratischen UDC und mehreren Kleinparteien.

2001 wird er zum CSU-Parteitag in Nürnberg eingeladen.

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2003 ist Berlusconi turnusgemäß Ratspräsident der EU.

Die Regierung Berlusconi II ist jene italienische Regierung, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg am längsten an der Macht halten konnte und hat auch, was die Zahl der ausgewechselten Minister angeht, einen neuen Rekord aufgestellt. Ersteres führt man zum einen auf die breite parlamentarische Mehrheit zurück, andererseits auf die Führungsstärke Berlusconis und die Geschlossenheit der Forza Italia. Die häufigen Regierungsumbildungen sind hauptsächlich auf Streitigkeiten zwischen den Koalitionsparteien zurückzuführen.

Am 20. April 2005 tritt Berlusconi im Zuge einer Regierungsumbildung nach langem hin und her zurück. Dabei handelt es sich allerdings nur um einen formalen Akt, Berlusconi wird umgehend zum dritten Mal Ministerpräsident.

Die derzeitige 14. Legislaturperiode ist die erste, die die von der Verfassung vorgesehenen fünf Jahre ohne vorzeitige Parlamentsauflösung überdauert hat.

Politischer Stil

Berlusconi gibt sich gerne als Alternative zur alten Politikerklasse, als Unternehmer im Dienste der Politik. Er verpackt seine Politik in einfache und markante Slogans, mit denen er sich direkt an das italienische Volk wendet (z.B. "ein Arbeiter als Ministerpräsident" oder "eine Million Arbeitsplätze"). Berühmt ist sein "Vertrag mit den Italienern", den er im Fernsehen vor den Parlamentswahlen 2001 unterzeichnet hat.

Berlusconi erklärt, Prinzip seiner Politik sei es, die Führungsmethoden eines großen Unternehmens in der Regierung eines Landes anwenden zu wollen. Die Verfassungsreform, mit der er in seiner zweiten Legislaturperiode die Macht des Ministerpräsidenten ausgeweitet hat, bezeichnet er als Stärkung des "Vorstandsvorsitzenden des Betriebs Italien’".

Berlusconi ist bekannt dafür, politische Kontakte durch freundschaftliche Beziehungen zu anderen Staatsmännern zu knüpfen. Als „Freunde“ Berlusconis gelten der amerikanische Präsident George W. Bush, der britische Premier Tony Blair und der russische Präsident Wladimir Putin.

Eine weitere Eigenheit ist es, sich selten einer direkten Konfrontation im Fernsehen zu stellen. Nach einem TV-Duell mit Romano Prodi vor den Wahlen 1996 lehnte er 9 Jahre lang ab, an Fernseh-Diskussionen teilzunehmen, bis er schließlich am 5. April 2005 nach den von seiner Koalition verlorenen Regionalwahlen überraschenderweise in einer Sendung von RAI Tre (dem dritten italienischen Programm) erschien, um mit Massimo D'Alema und Francesco Rutelli zu diskutieren.

Politisches Programm

Forza Italia ist eine politische Bewegung, die extrem auf ihre Führungsperson zugeschnitten ist. Es lassen sich im Grunde keine Konflikte zwischen Parteilinie und persönlichen Ansichten Berlusconis erkennen.

Das Parteiprogramm der Forza Italia ist vor allem von liberalen Ideen beeinflusst. In seiner Regierungszeit gab es Reformen des Bildungswesens, des Pensionssystems und der Justiz, wobei die Schul- und die Justizreform große Proteste hervorriefen. Mit Verfassungsreformen weitete Berlusconi die Macht des italienischen Ministerpräsidenten aus und stärkte die Zuständigkeiten der Regionen. Die versprochene Steuerreform wurde noch nicht verwirklicht.

In der Außenpolitik lehnte sich Berlusconi eng an die USA an und er unterstützte auch den Irak-Krieg voll. Allerdings waren italienische Truppen nicht an den Kampfhandlungen beteiligt, sondern wurden erst nach Abschluss des offiziellen Kriegs entsandt. Außerdem befürwortet er engere Beziehungen zu Russland und spricht sich für einen EU-Beitritt der Türkei aus. Des weiteren hat seine Regierung strengere Gesetze zur illegalen Einwanderung erlassen und er sucht in dieser Frage auch eine Kooperation mit den anderen Staaten des Mittelmeerraums.

Einer der Hauptkritikpunkte an Berlusconi ist die Tatsache, dass viele Gesetze offensichtlich auf seine Interessen zugeschnitten sind, vor allem um sich und seine Gefolgsleute vor Zugriffen der italienischen Justiz zu schützen. Zum Beispiel wurde Bilanzfälschung zu einem Bagatelldelikt herabgestuft und es ist nun auch möglich, ein Gericht abzulehnen, wenn der Angeklagte einen "begründeten Verdacht" auf Interessenskonflikt oder Parteilichkeit hat. Große Kritik rief auch das Gesetz hervor, mit dem er seinen Interessenkonflikt als Ministerpräsident und Konzernchef laut eigener Aussage beseitigt hatte: Berlusconi musste lediglich als Präsident des AC Milan zurücktreten. Weitere Beispiele für "Berlusconi-Gesetze" sind die kürzeren Verjährungszeiten für Delikte aller Art, das Immunitätsgesetz, mit dem er den fünf höchsten Repräsentanten des Staates Schutz vor Zugriffen der Justiz verschaffen wollte (wurde allerdings vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt), das Gesetz zur Rettung von *Rete 4*, einem seiner Fernsehsender oder ein Mediengesetz, das ihm Kontrolle auch über öffentlich-rechtliche Medien in großem Umfang gegeben hätte (wurde von Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi im Dezember 2003 gestoppt).

Kontroversen

Vielfach kritisiert werden Berlusconis polarisierenden Aussagen und "Scherze".

Das in Deutschland sicherlich bekannteste Beispiel ist sein Auftritt vom 2. Juli 2003 im EU-Parlament. Einen Tag nachdem er die turnusmäßige Präsidentschaft des EU-Rates übernommen hatte, wurde er vom deutschen Abgeordneten Martin Schulz (SPD) auch wegen seiner Innenpolitik heftig kritisiert. Berlusconi erwiderte:

"*Signor Schulz, so che in Italia c'è un produttore che sta montando un film sui campi di concentramento nazisti: la suggerirò per il ruolo di kapò. Lei è perfetto!*"

Übersetzung: *Herr Schulz, ich weiß, dass es in Italien einen Produzenten gibt, der einen Film über Konzentrationslager der Nazis macht. Ich werde sie für die Rolle eines Kapos vorschlagen. Sie wären dafür wie geschaffen.*

Wahrscheinlich bezog sich Berlusconi auf die im deutschsprachigen Raum unter dem Namen *Ein Käfig voller Helden* (auf Englisch: *Hogan's Heroes*) bekannte Fernsehserie, in der ein dümmlicher deutscher Aufseher, gespielt von John Banner, namens Sgt. Hans Georg Schultz vorkommt. Obwohl Berlusconi insistierte, einen Scherz gemacht zu haben, verursachte dieser Nazi-Vergleich eine kurze diplomatische Krise zwischen Italien und Deutschland, die sich aber nach einer telefonischen

Erklärung Berlusconis gegenüber Bundeskanzler Gerhard Schröder langsam wieder beruhigte.
Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sorgten folgende Sätze Berlusconis für Aufregung:

"*Wir müssen uns der Überlegenheit unserer Zivilisation bewusst sein, die aus Prinzipien und Werten besteht, die einen breiten Wohlstand für die Allgemeinheit gebracht haben. Der Westen wird weiterhin Völker erobern, so wie es ihm gelungen ist, die kommunistische Welt und einen Teil der islamischen Welt zu erobern, aber ein anderer Teil davon ist um 1.400 Jahre zurückgeblieben. Die westliche Gesellschaft hat Werte wie Freiheitsliebe, die Freiheit der Völker und des Einzelnen, die sicherlich nicht zum Erbgut anderer Zivilisationen, wie der islamischen, gehören ...*"
Andere Aussagen, die kontrovers diskutiert wurden, sind z.B. das Zitat "*con la sinistra al potere, miseria terrore e morte*" (Übersetzung: Mit der Linken an der Macht, Elend, Schrecken und Tod) oder die Behauptung, Benito Mussolini habe niemals jemanden umgebracht und sich darauf beschränkt, seine politischen Gegner in Ferienorte zu verbannen.

Interessenkonflikt und Medienmacht
Ein großer Kritikpunkt an Berlusconi ist der Interessenkonflikt, da er als Ministerpräsident großen Einfluss auf die staatliche Fernsehgesellschaft RAI ausübt und gleichzeitig Besitzer der Konkurrenzgesellschaft Mediaset ist. Zusammen kontrollieren die zwei Gesellschaften ungefähr 90% des italienischen Fernsehmarktes. Dieser Umstand wurde (neben vielen anderen Punkten) von der britischen Wochenzeitung The Economist (von Berlusconi inzwischen "*The Ecommunist*" genannt) kritisiert. Der Streit erreichte seinen Höhepunkt, als Berlusconi das Magazin in Rom wegen Rufmords verklagte, woraufhin The Economist einen offenen Brief an ihn veröffentlichte/
Im Jahr 2004 stufte der *Freedom of the Press 2004 Global Survey*, ein jährlicher Bericht, der von der amerikanischen Organisation Freedom House veröffentlicht wird, die Pressefreiheit in Italien von *Free* auf *Partly Free* zurück/

Reporter ohne Grenzen erklärte im selben Jahr, dass der Interessenkonflikt Silvio Berlusconis immer noch nicht gelöst sei und weiterhin die Meinungsfreiheit bedrohe/

Wegen Berlusconis geballter Medienmacht bestünde theoretisch die Gefahr einer extrem parteiischen Berichterstattung auf allen Kanälen, in der Praxis wird dies jedoch durch das *par condicio*-Gesetz geregelt, das allen führenden Politikern und Parteien ungefähr gleich viel Sendezeit einräumt (auch in Mediaset-Programmen).
Obwohl ein Mediengesetz, das ihm Kontrolle über öffentlich-rechtliche Medien in großem Umfang gegeben hätte, im Dezember 2003 von Präsident Ciampi abgelehnt wurde, übt Berlusconi dennoch großen Einfluss auf das staatliche Fernsehen aus, wie ein Vorfall aus dem Jahr 2002 aufzeigt. Am 18. April 2002, während eines Staatsbesuches in Bulgarien, lässt Berlusconi in einer Pressekonferenz folgendes verlauten (von seinen Kritikern inzwischen als "Bulgarisches Diktat" bezeichnet):
"*L'uso che i Biagi, i Santoro e i... come si chiama quello là... ah sì, Luttazzi, hanno fatto della televisione pubblica, pagata con i soldi di tutti, è stato criminoso. Preciso dovere della nuova dirigenza Rai è di non permettere più che questo avvenga.*"
Übersetzung: *Der Missbrauch, den die Biagis, die Santoros und die… wie heißt der nochmal… ach ja Luttazzis am öffentlich-rechtlichen Fernsehen begangen haben,*

bezahlt mit Steuergeldern, ist kriminell. Es ist die Aufgabe der neuen RAI-Führung, zu verhindern, dass so etwas noch mal vorkommt.
Die drei genannten Journalisten hatten zuvor in RAI-Sendungen Kritik an Berlusconi geübt. Anhänger Berlusconis argumentierten, dass staatliches Fernsehen in Bezug auf die Politik stets neutral sein müsse, Gegner sahen den Pluralismus, der für einen öffentlichen Dienst in einer Demokratie typisch sei, gefährdet. Jedenfalls hat seit Dezember 2002 keiner der drei mehr für die RAI gearbeitet. Luttazzi und Biagi erhielten keine neuen Verträge mehr und Santoro lehnte einen neuen Vertrag, der die Sendezeit seines Programms an einen ungünstigeren Zeitpunkt verschoben hätte, ab.
Parlamentswahlen 2006
Vor den Parlamentswahlen am 9. und 10. April 2006 gab es zahlreiche Kontroversen um Berlusconi. Die italienischen Unternehmensverbände übten offene Kritik an der Wirtschaftspolitik der vergangenen fünf Jahre, die fast zu einem Nullwachstum (0,1 Prozent im Jahre 2005) geführt hat. Ihrer Meinung nach drohe Italien aus der Gruppe der G8-Länder herauszurutschen. Berlusconi bezeichnete die Vorwürfe als absurd und warnte vor den Gefahren einer „kommunistischen“ Machtübernahme durch das Mitte-Links-Bündnis. Desweiteren sorgte Berlusconi für Aufregung, als er nach kritischen Fragen einer Journalistin vor laufenden Kameras ein Fernsehstudio verließ, und behauptete, in China seien früher unter den Kommunisten Babys gekocht worden, um sie als Dünger für die Felder zu verwenden.
Weiterhin hat er alle Anhänger der Mitte-Links-Koalition als Coglioni (wörtlich: [Hoden]Säcke: Vollidioten) bezeichnet.
Die derzeitige Spaltung Italiens in zwei Lager ist hauptsächlich Berlusconi zu verdanken, der mit seiner Schwarz-Weiß-Logik (*Meine Gegner sind entweder Kommunisten oder schwul*) dafür gesorgt hat.
siehe dazu auch Parlamentswahlen in Italien 2006

Berlusconis Gerichtsverfahren
In Italien wurde Berlusconi bereits mehrmals angeklagt, meistens wegen Korruption oder Bilanzfälschung und in Bezug auf Ereignisse vor seinem Eintritt in die Politik 1993.
Berlusconi selbst sieht sich wegen der zahlreichen Anklagen von der Justiz verfolgt. Mehrmals beschuldigte er Staatsanwälte und Richter voreingenommen zu sein und behauptete, die Justiz arbeite mit der Linken Hand in Hand, um ihn zu stürzen, oder sei sogar von Kommunisten unterwandert ("Rote Roben").
Um sich vor den Zugriffen der Justiz zu schützen, wurden mehrere Gesetze erlassen, die eindeutig auf aktuelle Prozesse gemünzt waren und in manchen Fällen sogar rückwirkend wirkten. Beispiele für solche Gesetze sind die Verkürzung von Verjährungsfristen, die Herabstufung der Bilanzfälschung zum Kavaliersdelikt oder das Verbot eines Rekurses der Staatsanwaltschaft nach einem Freispruch in erster Instanz.

Verurteilungen mit anschließender Amnestie
Meineid im Fall Propaganda Due: Berlusconis Name wird auf der Mitgliederliste der verbotenen Freimaurer-Loge Propaganda Due (P2) gefunden, seine Mitgliedsnummer ist 1816, sein Rang der eines *apprendista muratore*, also eines Maurerlehrlings. Berlusconi hatte zuvor eine Mitgliedschaft abgestritten.
Bilanzfälschung im Fall *Villa di Macherio*: Es geht um den Kauf von Grundstücken rund um eine von Berlusconis Villen.
Freisprüche wegen Verjährung

Drei Schmiergeldzahlungen an die Finanzpolizei: Das Delikt verjährt deswegen, weil das Berufungsgericht "mildernde Umstände" attestiert.
Bilanzfälschung im Fall Lentini: Beim Kauf eines Fußballspielers wurde mehr Geld gezahlt als offiziell angegeben.
Richterbestechung im Fall Lodo Mondadori: Das Berufungsgericht stuft den Fall als "einfache Korruption" und nicht als "Korruption in Gerichtsverfahren" ein, deswegen ist der Fall verjährt.
Richterbestechung im Fall Sme: Es geht um den Kauf und Verkauf des staatlichen Lebensmittelkonzerns Sme.
Schmiergeldzahlung an den ehemaligen Ministerpräsidenten Bettino Craxi
Freisprüche aus Mangel an Beweisen - Schmiergeldzahlung an die Finanzpolizei
Bilanzfälschung beim Kauf des Unternehmens *Medusa Cinematografica*
Richterbestechung im Fall Sme (Anklageteil 2): Es geht um den Kauf und Verkauf des staatlichen Lebensmittelkonzerns Sme, von den ihm zweiten Teil der Anklage erhobenen Vorwürfe wird Berlusconi frei gesprochen.
Anklagen, die inzwischen keinen Tatbestand mehr darstellen
Bilanzfälschung im Fall All Iberian: Ein von der Regierung Berlusconi II erlassenes Gesetz beendet den Prozess.
Freisprüche
Illegale Aneignung, Steuerbetrug und Bilanzfälschung im Fall *Villa Macherio*: Es geht um den Kauf von Grundstücken rund um eine von Berlusconis Villen.
Archivierte Untersuchungen
Drogenhandel: Die Finanzpolizei hörte eine Zeit lang die Telefonleitungen Berlusconis ab, ohne irgendetwas Verdächtiges in Erfahrung zu bringen.
Preisabsprachen RAI-Fininvest: Berlusconi wurde angeklagt, als Ministerpräsident Preisabsprachen bei der Fernsehwerbung zwischen der staatlichen RAI und seinem Konzern Fininvest vorangetrieben zu haben.
Schmiergeldzahlung an Beamte im Finanzministerium: Berlusconi soll Schmiergelder gezahlt haben, um eine Steuersenkung auf Pay-TV zu erreichen und Rückzahlungen zu erhalten.
Mafia-Anschläge '92-'94: Berlusconi wird verdächtigt, Auftraggeber mehrerer Attentate zwischen 1992 und 1994 gewesen zu sein. Die Untersuchungen stützen sich dabei auf mehrere Aussagen von festgenommenen oder übergelaufenen Mafiosi.
Verdacht auf äußere Mitwirkung an einer mafiaartigen Vereinigung und Geldwäsche in Palermo

Aufgeschobene Verfahren

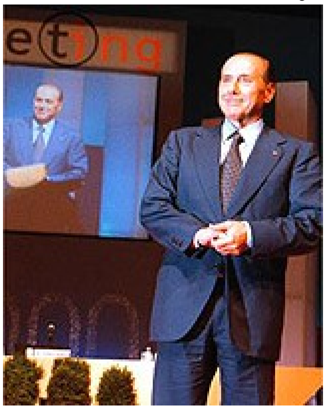
Missachtung des Anti-Trust-Gesetzes in Spanien und Steuerbetrug durch das Berlusconi-Unternehmen Telecinco: Das Verfahren wird aufgeschoben, um die Beziehungen zwischen Italien und Spanien nicht zu belasten.

Sonstiges

Aufsehen erregte Berlusconi mit seinen Schönheitsoperationen. So zeigte er sich im Januar 2004 erst nach über einem Monat wieder im Rampenlicht, nachdem er sich vermutlich im Dezember 2003 Falten in einer Schönheitsklinik entfernen lassen hatte. Im August 2004 ließ er sich in einer Schönheitsklinik in Ferrara Haare auf seine Kopfhaut transplantieren. Kritiker warfen ihm vor, er konzentriere sich mehr auf sein Äußeres, statt auf die Probleme des Landes.
Ebenfalls 2004 veröffentlichte Berlusconi eine CD mit Liedern im neapolitanischen Dialekt, die von ihm zusammen mit Mariano Apicella komponiert wurden.

Literatur
Alexander Stille: *Citizen Berlusconi.* München: C.H. Beck, Januar 2006. - ISBN 3-40652-955-0
Film - Dokumentarfilm
Viva Zapatero! – http://www.luckyred.it/minisiti/zapatero
Spielfilm
Bye Bye Berlusconi! / Buonanotte Topolino, Schiwago Film GmbH / Hessischer Rundfunk, Deutschland, 2006, 88' – http://www.byebyeberlusconi.de
Il caimano, von und mit Nanni Moretti
Silvio Berlusconi
Geb. 1936 in Mailand, Italien. Medienmogul und Industrieller.

Vorsitzender der *Forza Italia* und Präsident des Fußballclubs AC Milan.


Silvio Berlusconi

Der Sohn eines Bankangestellten studiert Rechtswissenschaften und schließt das Studium 1961 mit dem Staatsexamen ab. Seine erste Stelle hat er bei dem Bauunternehmen Edilnord. Kurze Zeit später gründet er sein eigenes Unternehmen, "Mailand 2". Anfang der 70er Jahre nimmt er Kontakt auf zu Bettino Craxi von der *Partito Socialista Italiano (PSI)* und gehört bald zu dessen engeren Kreis.[1] Sein Unternehmen konzentriert sich auf die Errichtung von Wohn- und Gewerbeanlagen. Dem Großkomplex "Milano 2" folgt "Milano 3" und "Il Girasole". Zu seinen Förderern zählt Kardinal Guiseppe Siri, ein erbitterter Feind der Mailänder Linken.
Sein Eintritt in die Geheimorganisation Propaganda Due (P2) ist belegt mit dem 26. Januar 1978. Innerhalb der Organisation des Mussolini-Anhängers und Hitler-Kollaborateurs Licio Gelli wird Berlusconi der "Gruppe 17" zugeteilt. Wie weiters aus den Unterlagen der parlamentarischen Untersuchungskommission hervorgeht, hatte Berlusconi die Mitgliedkartennummer 1816 und den Code "E 19 78". Als Beitragssumme ist auf der Mitgliedskarte 100.000 Lire vermerkt. Der P2 gehörten führende Militärs, Polizeioffiziere und Wirtschaftsführer an, die einen "Golpe bianco", einen "weißen Staatsstreich" durch Unterwanderung planten, aber auch an mehreren Terrorakten (z.B. das verheerende Attentat von Bologna) beteiligt waren. **Außerdem pflegte man vielerlei Verbindungen zu Geheimdienstkreisen.**
Im Sommer 1978 gründete Berlusconi mit Hilfe der Monte Dei Paschi Bank "Tele Milano", einen lokalen Fernsehsender, der sich mit den Werbeblöcken nach US-amerikanischem Muster und durch seinen rücksichtslosen Journalismus rasch einen Namen macht. Im gleichen Jahr gründet Berlusconi die Holding "Fininvest", die die Basis für die weiteren Expansionen bildet. Aus Tele Milano wird 1980 der erste landesweite kommerzielle Fernsehsender "Canale 5". Es folgen 1982 der Kauf des angeschlagenen Senders "Italia 1" und 1984 "Rete 4". Die Ausweitung auf dem europäischen Medienmarkt erfolgt mit "La Cinq" 1986 in Frankreich, "Tele5" 1987 in Deutschland sowie mit der 45 Prozent-Beteiligung an der Münchner Kabel Media und Programmgesellschaft (KMP) und 1989 in Spanien mit "Telecinco". Durch den Erwerb des Verlagshauses Mondadori wird die Gruppe 1989 zum führenden Buch- und Zeitschriftenunternehmen des Landes. Mit den Tochtergesellschaften "Mediolanum" und "Programma Italia" operiert die Fininvest-Gruppe zudem im Bereich Banken, Versicherungen und Finanzleistungen. Berlusconi gelingt es nach langjährigen Machtkämpfen, die Kontrolle über Olivetti zu erlangen und ist außerdem

in Besitz von Italiens größter Kaufhauskette. Er hat so eine Wirtschafts- und zugleich Medienmacht in Italien und Europa erreicht, die ihresgleichen sucht. Genau genommen sind Berlusconis Medienunternehmen ein permanenter Verstoß gegen das europäische "Anti-Trust-Gesetz", das den Anteil eines Unternehmens landesweit auf 16 Prozent beschränkt. Berlusconi hingegen hält mehr als 75 Prozent der privaten Fernsehsender und 40 Prozent des gesamten nationalen TV-Marktes. 60 Prozent der gesamten Werbeeinnahmen laufen in Italien über die Fernsehkanäle, in den Printmedien kann Berlusconi nochmal zwei Drittel des gesamten Topfes für sich verbuchen. Mit Hilfe seines Freundes Bettino Craxi kommt es zur Verabschiedung eines Gesetzes im italienischen Parlament, das Berlusconi davor schützen soll, Teile seiner Medienunternehmen verkaufen zu müssen. Das Gesetz wird spöttisch auch die "Lex Berlusconi" genannt.[2] Mit dem Aufkauf der Gruppe Mandadora, zu der die Konkurrenzjournale *Panorama*, *L'Espresso* und die größte Tageszeitung *La Republica* gehören, waren schon zuvor die kritischsten Stimmen gegen Berlusconis Medienkonzentration verstummt.
All die Jahre strebt Berlusconi aber auch nach politischer Macht. Im August 1993 unterstützt er die postfaschistische *Movimente sociale/Destra nazionale (MSI)*, indem er öffentlich bekannt gibt, er zögere keine Minute, Gianfranco Fini bei den Stichwahlen für den Posten des Bürgermeisters am 5. Dezember in Rom seine Stimme zu geben. Außerdem gab er bei dem gleichen Anlass die Gründung einer eigenen Partei bekannt, die sich *Forza Italia (FI)* nennen werde. Sein Wunschpartner für Koalitionen: Gianfranco Fini. Während der Zeit laufen bereits Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Berlusconi. Er steht unter dem Verdacht, sich mit Hilfe von Schmiergeldern Fernsehfrequenzen beschafft zu haben.[4] Mit dem Einsatz von Millionengeldern gründet er "Clubs", die seine Parteigründung unterstützen sollen. Seine eigenen Fernsehstationen dienen der Werbung für den Kandidaten.[5] Die MSI nennt sich 1993 offiziell um in Alleanza nazionale.
Für die Wahlen im März 1994 geht er ein gemeinsames Koalitionsbündnis mit der Lega Nord des Umberto Bossi ein, mit der *Alleanza nazionale* im Süden, den Liberalen sowie dem "Christdemokratischen Zentrum".[6] Paolo Berlusconi, der Bruder von Silvio Berlusconi, wird am 12. Februar 1994 wegen des Verdachts der Korruption verhaftet. Paolo Berlusconi tritt zu der Zeit als Eigner eines Teils des Medienunternehmens auf. Schon während der ersten Verhöre bestätigt er die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft. Er wird im April 1996 zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt.[7] Rechtzeitig zum Auftakt des Wahlkampfes rollen bei den Presseorganen des Medienkonzerns Köpfe. Kritische Redakteure werden gefeuert und vor allem werden die Chefredakteure ausgetauscht. Der Chefredakteur von *Il Giornale*, Indro Montanelli, nimmt freiwillig seinen Hut, weil er an der Umfunktionierung der Zeitung zu einem "Kampfblatt" der *Forza Italia* nicht mitwirken will. Der neue Inhaber des Chefsessels ist ein Lega-Getreuer.[8] Wenige Tage vor den Parlamentswahlen gingen die römischen Justizehörden den Hinweisen eines geständigen Mafiosi nach, wonach Berlusconi etwa 200.000 Mark an die Mafia bezahlt haben soll, um seine sizilianischen Sendestationen vor Anschlägen durch die Mafia zu schützen. Berlusconi nennt die Vorwürfe eine Verleumdung.[9]
Das Bündnis aus Neofaschisten und der neokonservativen *Forza Italia* zieht mit einem Wahlergebnis von 42 Prozent in das Parlament ein. Militante Anhänger von Fini feierten den Sieg in schwarzen Hemden und mit dem "römischen Gruß". Umberto Bossi erklärte noch in der Wahlnacht, Berlusconi sei eine "Rippe des alten Systems" und machte erneut sezessionistische Ansprüche geltend.[10] Vier Wahlgängen braucht es am 15. April 1994, bis die Posten in den beiden Kammern des

Parlamentes, dem Senat und dem Abgeordnetenhaus, besetzt sind. Berlusconi wird mit nur einer Stimme Mehrheit in den Senat gewählt.[11] Er wird Ministerpräsident und ernennt Roberto Maroni Speroni (Lega Nord) zum Innenminister. Die AN stellte die Ressorts Landwirtschaft, Umwelt, Kulturgüter, Transport und Post. Die beiden Vertreter des Ministerpräsidenten stellen je AN und Lega. Clemente Fostella, vormals Democrazia Christiana, wird Arbeitsminister, Antoni Martino (Forza Italia) wird Aussenminister. Martino hatte seinerzeit einen Aufnahmeantrag für die P2 gestellt, konnte aber nicht mehr offiziell aufgenommen werden, weil da der illustre Verein gerade aufflog.[12] Eine der ersten "Amtshandlungen" Silvio Berlusconis ist sein Vorstoß, die Anti-Korruptionsgesetze außer Kraft zu setzen, "um öffentliche Aufträge anzukurbeln".[13]
Berlusconi gelingt es nicht, die anhaltenden Differenzen mit Umberto Bossi beizulegen. Hinzu kommen die schwierigen Fragen der Sanierung des Staatshaushaltes. Um die Anforderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen, will er im Parlament einen Sparhaushalt durchboxen, lehnt dabei jedoch Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern sowie Vertretern anderer betroffener Gruppen kategorisch ab. Derweil erklärt Rosso Buttiglione, Chef der oppositionellen PPI, Bossi habe mit ihm schriftlich vereinbart, dass er Berlusconi Vorschläge unterbreiten werde, um die PPI an der Regierung zu beteiligen.[14] Die drastischen Sparmaßnahmen, die auch Rentenkürzungen beinhalten, treiben die Massen auf die Straße und läuten das Ende der Regierung Berlusconi ein. Gleichzeitig werden weitere Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und der Korruption eingeleitet. Schon bei den Kommunal-Teilwahlen im November 1994 erlebt die *Forza Italia* einen gewaltigen Stimmeneinbruch zugunsten der linken Parteien, aber auch zugunsten der *Lega Nord*.[15] Am 22. Dezember 1994 kommt Berlusconi der Abwahl durch Rücktritt zuvor. Zuvor hatte er noch Neuwahlen gefordert.
Im Juni 1995 läßt Berlusconi die italienische Öffentlichkeit wissen, dass er erneut Anspruch auf die politische Führung des Landes erhebe, revidiert dann im August diese Aussage und teilt mit, er habe doch lediglich die "politische Führerschaft" gemeint.[16] Berlusconi setzt seine Verleumdungskampagne gegen den Chefermittler für Korruptionsdelikte, Antonio Di Pietro, fort. Im Dezember 1994 hatte Di Pietro überraschend seine Robe an den Nagel gehängt und ging in die Politik. Di Pietro gehörte dem Mailänder Richterpool Mani Pulite ("Saubere Hände") an, der zahlreiche Gerichtsverfahren gegen Politiker in die Wege geleitet hatte und damit die "Schmiergeld-Republik" zu Fall brachten.

Berlusconi tritt 1996 erneut mit einem Rechtsbündnis zu den nationalen Parlamentswahlen an. Das Bündnis "Pol der Freiheiten" besteht neben der Forza Italia aus der *Alleanza Nazionale*, dem "Christlich-Demokratischen Zentrum", der "Union Christlicher Demokraten" sowie in einigen Wahlkreisen die "Panella-Liste".[18] Den Durchbruch erzielt Berlusconi jedoch erst bei den Wahlen am 13. Mai 2001 mit seinem Mitte-Rechts-Bündnis "Casa delle Libertè - Haus der Freiheiten", das klare Mehrheiten erzielt. Die Regierung der 59. Nachkriegsregierung setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident wird Silvio Berlusconi, der Chef der *Alleanza Nazionale* Gianfranco Fini wird Vizepremier. An die AN gingen außerdem die Ministerposten für Umwelt, Landwirtschaft und das Kommunikationsressort. Umberto Bossi von der Lega ist zuständig für "Devolution", d.h. den föderalen Umbau. Die Ressorts Justiz, Arbeit und Gesundheit werden ebenfalls durch die Lega besetzt. Die wichtigsten Posten hingegen fallen der *Forza Italia* zu: Inneres, Äußeres,

Verteidigung und Wirtschaft, sowie der gewichtige Posten des Finanzministers. Nur zwei Frauen sind im Kabinett vertreten. Mit dem Schulministerium und dem Gleichbehandlungsressort besetzen sie "klassische" Frauenposten.[19]
Anläßlich des Terroranschlags vom 11. September sorgt Berlusconi für internationale Schlagzeilen, als er öffentlich die Meinung vertritt, der Islam sei der westlichen Zivilisation unterlegen. Mit einem Moschee-Besuch in Rom leistet er im Januar 2002 bei den Muslimen Abbitte.[20]
Aufnahme in das Berlusconi-Bündis sucht Anfang 2002 auch das neofaschistische *Movimento Sociale (Sozialbewegung/MSI)*. Der neue Parteichef Luca Romagnoli nannte als Vorbild für seine Bündnispolitik den italienischen Diktator Benito Mussolini.[21]
Bei der Neubesetzung der Führungsposten der staatlichen TV- und Hörfunkanstalt RAI, die traditionsgemäß von der jeweiligen Regierungspartei gestellt werden, kommt es zum Eklat. Lega Nord-Chef Umberto Bossi macht für seine Partei Ansprüche auf einen Sitz im RAI-Aufsichtsrat geltend, doch auch Gianfranco Fini, Vizepremier und Chef der Alleanza Nazionale meldet seine Ansprüche an. Dabei verbündete er sich dem mit Parlamentspräsidenten Casini von der Kleinpartei CCD. Beide lehnen den von Berlusconi auserkorenen Carlo Rossella als RAI-Präsidenten ab, weil dieser ausschließlich die Weisungen des Premiers befolgen würde. Die Opposition fürchtet in jedem Fall, dass nunmehr die gesamte nationale TV-Szene unter Berlusconis Führung gerät. Denn Berlusconi hat schon mehrfach angedeutet, dass er das staatliche Fernsehen privatisieren möchte.[22]
Ebenfalls im Januar 2002 erläßt das italienische Parlament ein Gesetz, das der rechtsgerichteten Regierung erlaubt, sämtliche Ernennungen der Vorgängerregierung annullieren. Betroffen sind hohe Ministerialbeamte sowie Direktoren staatlicher Unternehmen wie der Fluggesellschaft Alitalia, der Post oder der Telekom.[23] In dem Verfahren gegen Marcello Dell'Utri, dem Mafia-Kontakte nachgesagt werden, läßt Berlusconi einen Termin des Gerichts platzen, in dem er über seinen Vertrauten aussagen soll.[24]
Vorteile in den anhängigen Gerichtsverfahren gegen Berlusconi, in denen es vorwiegend um den Verdacht der Korruption geht, bringt ihm eine Gesetzesänderung, die er in Windeseile mit Hilfe seines Mitte-Rechts-Bündnisses im August 2002 im Parlament durchsetzt. Danach können künftig Angeklagte einen Richter wegen Befangenheit ablehnen und so Verfahren verzögern.[25] Justizverfahren gegen Parlamentarier müssen danach eingefroren werden, solange sie im Amt sind. Erst nach dem Ausscheiden aus der Politik kann die Justiz wieder aktiv werden.[26] Kritiker werfen Berlusconi vor, den Gesetzentwurf Carrara-Cirami vor allem in dem derzeit laufenden Verfahren in Mailand persönlich nutzen zu wollen. Dort steht er unter der Anklage, 1986 durch die Bestechung von Richtern in den Besitz des Lebensmittelkonzerns SME gekommen zu sein. Mit dem Erwerb konnte er seinen Erzrivalen Carlo de Benedetti ausbooten. In einem Parallelverfahren wird auch seinem früheren Anwalt Cesare Previti die Bestechung von Richtern vorgeworfen. Previti war in Berlusconis erster Regierung 1994 Verteidigungsminister und danach Abgeordneter. Der Berlusconi-Getreue soll zwischen 1988 und 1990 einen Richter mit üppigen Geldspenden überzeugt haben, den Erwerb von Mondadori durch Berlusconis Fininvest juristisch abzunicken. Berlusconi freilich bestreitet jegliche persönliche Vorteilnahme mit der Durchsetzung des neuen Justizgesetzes. Die Verteidigung spielte bisher in dem Verfahren auf Zeit. Dennoch haben die Richter ein rasches Urteil angekündigt.[27] Da das Delikt Bilanzfälschung, weshalb das Mailänder Gericht ebenfalls gegen Berlusconi ermittelt, nach einer Gesetzesänderung

nicht mehr strafbar ist, kommt die Sache Ende Oktober 2002 vor den Europäischen Gerichtshof in Brüssel. Dieser soll nun prüfen, wie die Leitende Staatsanwältin Maria Luisa Ponti der italienischen Presse mitteilte, ob die auf Berlusconi zugeschnittene Gesetzesänderung EU-Recht entspricht.[28]
Das umstrittene Richter-Gesetz wird im Oktober 2002 vom italienischen Parlament unter lautstarkem Protest der Opposition mit 306 zu 262 Stimmen verabschiedet. Kritiker nennen das Zustandekommen des Gesetzes das "Ende des Rechtsstaates".[29]
Im Januar 2003 wies Italiens höchstes Gericht den Antrag Berlusconis und Previtis, die laufenden Verfahren vor dem Gericht in Mailand an andere Orte zu verlegen, zurück.
Die Mailänder Staatsanwaltschaft hatte am 20. Oktober 2002 für Cesare Previti eine Haftstrafe von 13 Jahren gefordert.[30] Berlusconis Strafsache wird erstmals am 18. April 2003 verhandelt. Berlusconi erscheint persönlich im Justizpalast von Mailand zur Einvernahme. Er wird von den beiden Anwälten Nicolo Ghedini und Gaetano Pecorella vertreten. Berlusconi weist alle Vorwürfe zurück.[31] Mit einer beispiellosen Diskreditierungskampagne hatte Berlusconi versucht, die Richter in Mailand als "kommunistisch unterwandert" darzustellen. Previti wird am 29. April 2003 wegen Bestechung eines Richters im Zusammenhang mit der Übernahme der Verlagsgruppe Mondadori und der Lebensmittelkette SME durch Berlusconis Fininvest zu elf Jahren Haft verurteilt.[32] Sechs der sieben mitangeklagten Richter bekamen Haftstrafen von viereinhalb bis 13 Jahren. Ein Angeklagter, der Richter Richter Filippo Verde, wurde vom Vorwurf freigesprochen, für die Manipulation von Prozessen hohe Geldbeträge genommen zu haben.[33] Previti sieht sich als Opfer der Mailänder Justiz und will gegen das Urteil Berufung einlegen.[34] Premierminister Silvio Berlusconi beschreibt sich und seinen Vertrauensmann gar als Opfer einer "politischen Verfolgung". In einem Interview mit der Zeitung "Il Foglio" warf er den Mailänder Richtern vor, mit der "Logik von Putschisten" zu handeln. Gleichzeitig kündigte er an, gegen die "Politisierung einer gewissen Richterschaft" vorgehen zu wollen. Justizminister Roberto Castelli (Lega Nord), der selbst über keine juristische Ausbildung verfügt, hat bereits eine Untersuchung über das Verhalten der Mailänder Richter und Staatsanwälte in Gang gesetzt.[35] Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi mahnte, die Prinzipien der Verfassung zu beachten. Oppositionsführer Francesco Rutelli forderte den Rücktritt Berlusconis.[36]

Der nächste Schachzug Berlusconis ist eine weitere Gesetzesinitiative, die hohen politischen Amtsträgern während ihrer gesamten Amtszeit Immunität und damit Schutz vor Strafverfolgungen gewähren soll. Das Gesetz passierte am 18. Juli 2003 mit 302 Ja-Stimmen, 13 Enthaltungen und lediglich 17 Gegenstimmen das Parlament. Die wichtigsten Oppositionsparteien verließen bei der Abstimmung den Sitzungssaal. [37] Der Ausgang der Abstimmung wird in der Presse kritisch kommentiert und erregt die Gemüter. Zwei Drittel der Italiener lehnen nach einer Umfrage das auf den "Cavaliere" zugeschnittene Gesetz ab, wie AFP berichtete. Zahlreiche Juristen sowie zwei ehemalige Staatspräsidenten hatten noch vor der Abstimmung des Parlaments öffentlich erklärt, die Gesetzesvorlage stehe im Widerspruch zur Verfassung.[38] Der Senat, die zweite Kammer, hatte dem Immunitätsgesetz bereits vorweg zugestimmt. Nun muss nur noch Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampo seine Unterschrift daruntersetzen, dann ist es bereits am 25. Juni 2003 rechtsgültig. Nur das Verfassungsgericht könnte dieses Gesetz dann noch aufheben. Berlusconi erlangt damit rückwirkend Straffreiheit. Die laufenden Verfahren wären auszusetzen. Zu spontanen Protesten kam es in Rom, Mailand, Genua, Florenz, Triest, Bologna,

Neapel und Palermo. Auch wegen eines weiteren Ermittlungsverfahrens, das gerade gegen Berlusconi eingeleitet wurde, kommt das Gesetz wie gerufen. In dem neuen Verfahren geht es um Steuerhinterziehung und Bilanzfälschung im Zusammenhang mit dem Kauf und Verkauf von amerikanischen Filmrechten. Insgesamt wurden 500 Hausdurchsuchungen und 300 Rechtshilfeverfahren im Ausland vorgenommen. Gegen rund 40 Mitarbeiter des Berlusconi-Konzerns wurde Untersuchungshaft verhängt.[39] Durchaus denkbar ist, dass die derzeit anhängigen Verfahren wegen weiterer Eingriffe in das italienische Rechtssystem bis zum Ablauf der Amtszeit von Berlusconi verjährt sind.
Auch in Spanien wird gegen Berlusconi ermittelt. Ihm werden Urkundenfälschung und Steuerhinterziehung beim privaten spanischen Fernsehsender Tele 5 Anfang der 90er Jahre vorgeworfen. Gegen das Verfahren hat Berlusconi im Juni 2002 Verfassungsbeschwerde eingelegt und diese damit begründet, das Verfahren hindere ihn an der Ausübung seines Amtes als Ministerpräsident.[40] Das Verfahren wurde durch einen Beschluss des spanischen Verfassungsgericht im Oktober 2003 für die Dauer seiner Amtszeit eingestellt.[41] Das italienische Verfassungsgericht hingegen erklärte im Januar 2004 das auf Berlusconi zugeschnittene Immunititätsgesetz für verfassungswidrig.

Anmerkungen:
Craxi wird 1994 wegen Korruption zu acht Jahren Haft verurteilt. Sein Verwalter der Bestechungsgelder, Ferdinand di Palmstein, wird 1994 in Spanien verhaftet.
Vgl. Werner Raith: Medienzar und Antitrustgesetz, taz, 6.1.90, S.13
ders.: Italiens Marsch in den autoritären Staat, taz, 14.12.89, S.9
ders.: Italiens Medienzar stützt Neofaschisten, taz, 25.11.93, S.
ders.: Ein Zar gegen Italiens Linke, taz, 28.1.94, S.9
ders.: Allianzen entstehen, Allianzen vergehen, taz, 8.2.94, S.8
ders.: Berlusconi verhaftet, dpa 12.2.94; Tangentopoli, Bancopoli ..., taz, 12.2.94; Berlusconi-Bruder muß in den Knast, dpa 27.4.96
ders.: Wahlkampf all'italiana, taz, 9.3.94, S.11; Montanella gründet kurz nach seinem Weggang die unabhängige Zeitung *La Voce*.
ders.: Berlusconi blieb medialer Arena fern, taz, 25.3.94, S.3
ders.: Der Sieg spaltet Italiens Rechte, taz, 30.3.94, S.1
Bernd Pickert: Durchmarsch erst im vierten Wahlgang, taz, 18.4.94, S.8
Werner Raith: Oscar Luigo Scalfaro blickt finster drein, taz, 13.5.94, S.9
Schmieren erlaubt, dpa, 30.5.94
Liga Nord trickst Silvio Berlusconi aus, AFP, 18.11.94
Werner Raith: Deftige Wahlschlappe für Berlusconis Forza Italia, taz, 22.11.94, S.2
Berlusconi will regieren, dpa, 14.6.95; Werner Raith: Silvio Berlusconi. Dini for President!, taz, 15.8.95, S.8
Berlusconi-Manager in Italien verhaftet, AP 175.96
Parteienführer: Baum versus Pol, taz, 20.4.96, S.9
Michael Braun: Jetzt schlägt die Stunde des Machers, taz, 11.6.01, S.10; Thomas Götz: Italiens neue starke Männer, Berliner Zeitung, 11.6.01
Berlusconi besucht Moschee, dpa-Meldung 30.1.02
Neofaschisten in Italien wollen sich Berlusconi-Bündnis anschließen, dpa-Meldung 12.2.02
Auf allen Kanälen, Kurier, 18.2.02
Italien: Neues Gesetz erlaubt Entlassung 'linker' Beamter, news.ch/sda 24.1.02
Berlusconi sagt gerichtliche Befragung zu Mafiaprozess ab, dpa 9.7.02

Angeklagter kann Richter ablehnen, Der Spiegel, 2.8.02; Das Gröbste überstanden, Der Spiegel, 5.8.02
Regierungsparteien wollen Prozesse gegen Berlusconi stoppen, dpa 17.7.02
Angeklagter kann Richter ablehnen, Der Spiegel, 2.8.02; Das Gröbste überstanden, Der Spiegel, 5.8.02
Sme, Udienza Sospesa In Attesa Parere Corte Giustizia Europea, AGI, 26.10.02; Interpellata la Corte europea sul falso in bilancio, Yahoo News, 26.10.02; Sme,falso bilancio: tribunale interpella Corte Europea, Reuters, 26.10.02
Paul Badde: "Lex Berlusconi" passiert das Abgeordnetenhaus, Die Welt, 11.10.02
Haftstrafe für Vertrauten Berlusconis gefordert, AFP/dpa 21.10.02
Processo Sme: Berlusconi a Palazzo di Giustizia a Milano, Reuters, 18.4.03; Processo SME: Berlusconi davanti ai giudici di Milano, AFPI, 18.4.03
Tony Barber: Associate of Berlusconi jailed, Financial Times, 30.4.03
Roman Arens: Italiens Justiz unter Druck, Salzburger Nachrichten, 2.5.03
Cesare Previti in Tribunale, Ansa, 30.4.03
Roman Arens: Italiens Justiz unter Druck, Salzburger Nachrichten, 2.5.03
Thomas Migge: Für Berlusconi wird es immer enger, Stuttgarter Nachrichten, 2.5.03; ders.: Gefahr vom Freund, Tagesspiegel, 2.5.03; Christiane Kohl: Berlusconi attackiert Richter, Süddeutsche Zeitung, 2.5.03
Immunita', Camera approva lo stop ai processo alte cariche, Adnkronos, 18.6.03; Italien: Staatsanwälte gegen Immunitätsgesetz, dpa 19.6.03
Scharfer Protest in Italien gegen Immunitätsgesetz, Freie Presse/AFP, 19.6.03
Luisa Giardi: Bilanzfälschung, Bestechung, Hinterziehung von Steuern, Kölner Stadt-Anzeiger, 19.6.03
Berlusconi ruft wegen Ermittlungen in Spanien Verfassungsgericht an, dpa 2.7.02
Prozess gegen Berlusconi in Spanien gestoppt, Netzeitung 15.10.03
Weiterführende Literatur:
Gerhard Feldbauer: Von Mussolini bis Fini, Elefanten Press, Berlin 1996
ders.: Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien, PapyRossa, Köln 2002
Elisabeth Fix: Italiens Parteiensystem im Wandel, Frankfurt 1999
Friederike Hausmann (Hrsg.): Berlusconis Italien. Italien gegen Berlusconi. Wagenbach, Berlin, 2. Aufl. 2002

Berlusconi wird zum Testfall für wehrhafte Demokratien

Der texanische Heartland-Politiker George Bush II. und der italienische Medienzampono Silvio Berlusconi wurden den Demokratien vermutlich aufgegeben, damit diese lernen, ihre eigenen Regeln und Selbsterhaltungsbedingungen noch besser zu verstehen. Ist Berlusconi nun ein einmaliger Betriebsunfall der Demokratie oder ein Alarmzeichen, dass Demokratien jederzeit höchst gefährdet sind, hinter ihren rechtsstaatlichen Fassaden das alte häßliche Machtspiel umso ungenierter spielen zu können?

Der phallische Medienzar

Gibt es ein Geheimnis hinter der unheimlichen Machtfülle Berlusconis? Sicher nutz(t)en auch andere Medienherrscher wie Axel Cäsar Springer oder Rupert Murdoch ihre publizistische Macht über manipulationsbereite Massen, um politische

Entscheidungen zu forcieren. Aber die königliche Personalunion von staatlicher und privater Macht, die Berlusconi immer weiter ausbauen konnte, blieb ihnen verwehrt.
Zumindest muss man dem italienischen Ministerpräsidenten attestieren, mehr als nur ein Medien-Tycoon zu sein. Erst Baulöwe, dann transnationaler Medienzar, beschloss Berlusconi 1992, Politiker zu werden. Hintergrund war es, sein Medienimperium vor Schwierigkeiten zu bewahren, die Linke bzw. Demokraten dem Medien-Tycoon wegen seiner dubiosen Machenschaften hätten bereiten können. Die Prozesse, in die Berlusconi verwickelt war, in denen es wieder und immer wieder um Schmiergelder, Meineid, illegale Parteifinanzierung und alle übrigen Delikte ging, die einer Demokratie sauer aufstoßen, sind zu zahlreich, um sie hier alle zu rekonstruieren.
Seine politische Macht wird maßgeblich durch die Kontrolle der drei größten, ihn permanent umschmeichelnden Privatsender verstärkt und seit 2002 versucht er auch, die staatlichen Rundfunkanstalten "RAI" in seine Hand zu kriegen (Berlusconi: Herrscher über die öffentliche Meinung sowie Berlusconi und die italienischen Medien). So sehr er alle Register einer manipulierbaren Mediendemokratie gezogen hat, um daraus eine auf ihn zugeschnittene Medienautokratie zu machen, beruht seine politische Karriere auch auf seinem persönlichen Charisma. Einem höchst gefährlichen Charisma der Macht: Ein smarter, musisch talentierter, kommunikativer und charmierender Selbstverkäufer, solange man ihn nicht reizt.
Hans Magnus Enzensberger berichtet, Italiener hätten ihn über Berlusconis Machtrezept so aufgeklärt: "È molto fallico". Er ist also phallisch, ein italienisches Alpha-Tier wie Mussolini oder Craxi. Dass die Masse immer noch dem Machteros das masochistische Votum erteilt, ist für das Selbstverständnis von Demokratien schlimm genug. Hitlers Wissen um den geschlechtsspezifischen Zustand der verführbaren Massen scheint sich noch nicht überall herumgesprochen zu haben.

Godfather of irony

Der italienische Medienpolitiker hat gegenwärtig Grund genug, sich über "die Deutschen" zu ärgern, nachdem er im martialischen Look als "Der Pate" auf dem letzten SPIEGEL-Cover öffentlich gebrandmarkt wurde. Der SPIEGEL hat's ihm gegeben, nachdem Berlusconi Interviews ablehnte. So wurde das hässliche Bild eines Medienstars, Medienzars, eines Machtunionisten gezeichnet, der mindestens im mafiosen Zwielicht steht, wenn nach den Provenienzen seiner Macht und seines Reichtums gefragt wird. Die Geldquellen des reichsten Manns Italiens sind bis heute so geheimnisumwittert, dass es kein echtes Geheimnis mehr ist. In Italien dürfte es jedenfalls schwer sein, reale politische und wirtschaftliche Macht in diesem Ausmaß zu erwerben, ohne mehr oder minder intime Berührungen mit der Mafia zu haben.
Aber nicht nur die dunklen Quellen seiner Macht sprechen gegen ihn. Das besorgt Berlusconi inzwischen auch schon selbst. Mit der Attacke auf den stellvertretenden Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament, Martin Schulz, über dessen Schauspieler-Tauglichkeit als KZ-Scherge (Kaput Lager) hat er einen neuen rhetorischen Diskursstil vorgestellt, der bisher im Europa der Nachkriegszeit zumindest auf der politischen Chefebene etwas in Vergessenheit geraten war. Nun handelte es sich bei dem Besetzungsvorschlag nach des Potentaten eigener Auslegung nur um eine Ironie, eine "scherzhafte", fehlinterpretierte Bemerkung. Selten so geschmunzelt! An den Maßstäben gewisser Boulevard-Blätter diesseits und jenseits der Alpen gemessen mag die Suada geradezu feinsinnig gewesen sein, wenn man großzügig über den Inhalt der Bemerkung hinwegsieht. Nur, warum sollte man? Liegt es nicht im Sinngehalt der Ironie, das Gegenteil von dem zu meinen, was man sagt.

Doch meinte der Repräsentant italienischer Kraft und Herrlichkeit es je anders, als er es sagte? Folgt man weniger den artistischen Wegerklärungen des italienischen Ministerpräsidenten griff er einfach nach jenem altbewährten, antiteutonischen Schlagwerkzeug, das unterhalb der Gürtellinie des jeweiligen Gegners landen soll.
Das alles hat er nun Kanzler Schröder, der auf eine Entschuldigung drängte, "erklärt", um die Nazi-Verbalkeule nachträglich noch abzupolstern - ausdrücklich aber nicht zu "entschuldigen". Doch nun fliegt dem schon mal als Solopianisten improvisierenden Patriarchen sein eigenes Instrument wie ein Bumerang um die Ohren, weil außerhalb Italiens "mussolinieske" Gesten weniger populär sind. Schulz hält Berlusconi ohnehin nicht für satisfaktionsfähig und so hat auch diese Verbalinjurie vor allem den Beleidiger selbst getroffen.
Ausrutscher hin oder her - dafür kann sich Europa in einer Phase, die politisch genügend Probleme birgt, nichts kaufen. Dem demokratischen Paten ist die ungeteilte demo-autokratische Macht offensichtlich längst ins Herrscherhirn gestiegen, obwohl er doch selbst Grund genug hätte, darüber nachzudenken, ob er für seinen eigenen Politikstil nicht auch auf historische Referenzen verweisen könnte.
Alteuropäische Sumpflandschaften der Demokratie
Nicht nur Silvio Berlusconis macht-narzisstischer Sex-Appeal und seine Overkill-Rhetorik, sondern mindestens ebenso die öffentliche Auseinandersetzung mit ihm ist inzwischen zum Medienphänomen der Extraklasse avanciert. Dieses Interesse liegt keineswegs allein in der illustren Person und ihren Machenschaften selbst, als vielmehr in der Provokation der Demokratie durch ein verkörpertes Machtkartell, das sich in der nicht gerade skandalarmen Geschichte der Liasion von Medien und Politik einzigartig darstellt.



Längst ist man sich jenseits der Berlusconi-Bastionen in Italien darüber im Klaren, dass diese Machtkumulation aus Politik und Medien mit einer Demokratie unvereinbar ist. Die "girotondisti" protestierten vor allem vehement gegen Berlusconis Gesetzesinitiativen, deren letzte ihn mal wieder vor einem Korruptionsverfahren wegen Richterbestechung geschützt hat. Mit dem nicht gerade als Europafreund bekannten Absolutisten sollte aber allen Europäern klar werden, dass die Idee der Demokratie auch im abgeklärten Alteuropa noch erheblich entwicklungsfähig ist.
Warum gibt es Kartellverbote in der Wirtschaft, wenn die Kartellisierung, ja übergreifende Monopolisierung von Politik und Wirtschaft durch ein mehr als törichtes Votum des Wählers legitimiert werden kann? Medienmacht in diesem Ausmaß und politische Macht sind ausnahmslos inkompatibel. Dieses Wissen kann

nicht nur als entschuldbarer Irrtum des Wählers klein geredet werden: Es ist in jede demokratische Verfassung einzumeißeln. Ob nun Forza Italia oder Forza Americana - Demokratie muss Machtteilung und Interessenausgleich bleiben, aber kein Medien-Monopoly, wo einer solange private Sender kaufen oder staatliche unterwandern kann, bis er auch die vierte oder fünfte Gewalt im Staat noch kontrolliert, die doch gerade ihn kontrollieren soll.
Mindestens ebenso schwer wiegt der Vorwurf, dass allgemeine Gesetze auf die legislativen Initiativen des Regierungschefs hin zu schlecht kaschierten Einzelfallregelungen mutieren. Damit wird das, was früher als Korruption und Nepotismus angeprangert wurde, nun als demokratisch integerer Gesetzgebungsvorgang geadelt.
Juristischen Ärger gibt es in Italien für den großherrlichen Ministerpräsidenten seit Anbeginn seines Marsches auf das römische Parlament. Die "linke" italienische Justiz - in Berlusconis Augen ohnehin "golpisti" (Umstürzler) - flickt ihm am Leder, zumindest versucht sie es, wenn auch ohne nennenswerten Erfolg. Mit juristischen "Spitzfindigkeiten" kann man diesen mächtigen Mann mächtig provozieren, der bei Gericht Dauerkunde ist, da seine unternehmerischen Umtriebe sich seit je der härtesten Bandagen bedienten und seine zahlreichen Helfer und Helfershelfer diversen Zeugenaussagen nach intime Kontakte zur Unterwelt pflegten. Seit Juni 2003 sind nun die regierenden Funktionäre gegen staatliche Strafverfolgung, gegen die Justiz, das "Krebsgeschwür" (O-Ton Berlusconi) durch die "Lex Berlusconi" immunisiert. Das heißt im Klartext, dass der Regierungschef bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahr 2006 praktisch nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden kann und danach ereilt ihn im Zweifel die Gnade der Verfolgungsverjährung.
Es ist ein weiterer Beleg des ironischen Feinsinns Berlusconis, ausgerechnet die Vertreter des Rechtsstaates als Umstürzler zu etikettieren. Berlusconi wurde der Mitgliedschaft in der Propaganda 2 (P 2), einem reaktionären, gewaltbereiten Geheimbund gegen "linke Bazillen" verdächtigt. Diese Dunkelmännervereinigung soll nun gerade mit der putschistischen "Strategie der Spannung", mit Bombenanschlägen, mit öffentlichkeitswirksamen "shock-and-awe"-Aktionen, einschließlich diverser Terrormaßnahmen anlässlich des G 8-Gipfels in Genua - versucht haben, Italien wieder auf den rechten Weg der Tugend zu zwingen.
Und was hat Berlusconi, der Gegner der juristischen Umstürzler, damit zu tun? Gar nichts! Der will seine verräterische Mitgliedskarte in diesem Geheimbund selbst ernannter Staatsschützer gleich nach Erhalt in den Papierkorb geworfen haben. Doch vom Geist dieser faschistoiden Geheimzirkler ist das offizielle Nichtmitglied etwa anlässlich seiner imperialen Rede nach dem 11.September keinen Steinwurf weit entfernt. "Der Westen wird weiterhin Völker erobern, so wie es ihm gelungen ist, die kommunistische Welt und einen Teil der islamischen Welt zu erobern, aber ein anderer Teil davon ist um 1400 Jahre zurückgeblieben

Wehrhafte Demokratie ist gefordert

Berlusconi darf nun als EU-Ratspräsident einige Monate lang europäischer Chefpolitiker spielen. Bekanntlich erwirbt nach Nicolo Machiavelli ein Fürst durch nichts so viel Achtung wie durch "große Unternehmungen und aufsehenerregende Taten". Und das ist für den Patriarchen auch inzwischen wichtiger denn je, wenn er seinen in Italien untergehenden Stern vielleicht doch wieder auf den Erfolgskurs alter Macht und Anerkennung bringen will.

Doch sein Entree als europäischer Ratsvorsitzender entspricht just den schlimmen Befürchtungen, die bereits im Vorfeld seiner Präsidentschaft laut wurden. Europa sollte jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, den Zampano zu bändigen und nicht das umgekehrte Spiel dulden. Denn hier geht es weniger um die Einsichtsfähigkeit des Egokraten Berlusconi, sondern um eine politische Kultur, die sich nicht nur wehrhaft gegen Terroristen zeigen sollte, sondern mindestens ebenso die eigenen schweren Betriebssystemfehler zur Agenda machen muss.
Berlusconis Dauerkrieg mit der italienischen Justiz mag ihn letztlich vor Strafen schützen, aber die politische Quittung für seine Spiele mit der blinden Justitia sollte er irgendwann erhalten. Und der erste Teil dieser Quittung wurde ihm bereits bei den Kommunal- und Regionalwahlen ausgestellt, die den Regierungsparteien deutliche Verluste bescherten.
Der große Ökonom in eigenen Angelegenheiten hat keine nennenswerten Verdienste für die Wirtschaft Italiens zu verbuchen, sondern lediglich riesige Schuldenberge. Auch im italienischen Renten-, Gesundheits-, und Arbeitsmarktwesen sieht es marode aus. Die "bella figura", die Berlusconi schon mit einer einzigen Bemerkung als EU-Ratschef ramponiert hat, ist auch in Italien längst dahin. Das Macht-Medien-Modell Berlusconi könnte also schließlich doch mit der "remote control" des Wählers weggezappt werden, weil schließlich nur der Programmwechsel den Standards einer echten Fernsehdemokratie entspricht.
So verläuft das Ende vielleicht doch etwas anders, als es den Belehrungen des Fürstenberaters Machiavelli entspricht: "Denn der Pöbel lässt sich durch den Augenschein und den Erfolg bestechen, und in der Welt gibt es nur Pöbel..."
Banken., Börsen, Berlusconi

The WTC Conspiracy XI

Wenn eine Spur der Insidertransaktionen an den Börsen vor und nach dem WTC-Anschlag tatsächlich auf das braune Finanzimperium des (mittlerweile verstorbenen) Schweizers Francois Genoud deuten sollte, dann führen die Hintergründe nicht nur auf die historische Nazi-Vatikan-US-Geheimdienst-Connection zurück, sondern auch aktuell zu einem verurteilten Konspirationsexperten, der sich auf Staatsbesuch in Berlin gerade verplappert bzw. faschistoiden Klartext geredet hat: Silvio Berlusconi (Berlusconi will die Völker "okzidentalisieren und erobern".

> "Wir müssen uns der Überlegenheit unserer Zivilisation bewusst sein, die aus Prinzipien und Werten besteht, die einen breiten Wohlstand für die Allgemeinheit gebracht haben. Der Westen wird weiterhin Völker erobern, so wie es ihm gelungen ist, die kommunistische Welt und einen Teil der islamischen Welt zu erobern, aber ein anderer Teil davon ist um 1400 Jahre zurückgeblieben. Die westliche Gesellschaft hat Werte wie Freiheitsliebe, die Freiheit der Völker und des Einzelnen, die sicherlich nicht zum Erbgut anderer Zivilisationen, wie der islamischen, gehören.." (Silvio Berlusconi)

Mitte der Siebziger Jahre, als sich Berlusconi vom Bauunternehmertum dem Mediengeschäft zuwandte, trat er dem Geheimbund "Propaganda Due" (P2) bei, was er später natürlich bestritt, doch aufgrund vorliegender Beweise dafür wegen Meineids verurteilt wurde. Dank einer allgemeinen Amnestie wurde ihm die Bestrafung allerdings erlassen. Der P-2-Fall ist einer der am besten dokumentierten

Verschwörungsfälle der jüngeren Zeit - angesichts des kometenhaften Wiederaufstiegs des neuen Duce Berlusconi sind einige Beobachter sogar der Meinung, dass er immer noch läuft.
Zu den Top-Nazis, die über die Rattenlinie und Genouds Netzwerk nach dem Krieg in sicheren Häfen untergebracht wurden, gehörten nicht nur Figuren wie Adolf Eichmann, Klaus Barbie oder Oberst Rudel, sondern auch der italienische Faschist und SS-Mann Licio Gelli (geb. 1919), der sich fortan von Südamerika auch als Waffenhändler betätigte. Für die deutschen Terror-Fachleute vom Schlage der "Bestie" Barbie fand sich in der Folge beim Aufbau bzw. der Destabilisierung diverser südamerikanischer Länder reichlich Verwendung - viele der unter der Patronage der CIA ausgerüsteten "Befreiungskrieger", Todesschwadronen und "Contras" wurden von deutschen "Profis" geschult.
Gelli ging Anfang der 70er Jahre nach Italien zurück und soll dort P2 gegründet haben, um in einem "weißen Staatsstreich" die Macht in Italien zu übernehmen - als der Coup 1981 aufflog, wurde in seinem Haus die P2-Mitgliederliste gefunden, in der 43 Regierungs- und Parlamentsmitglieder, rund 900 hohe Beamte, führende Offiziere der Streitkräfte, der Nachrichtendienste sowie Führungskräfte aus Medien, Industrie und Banken verzeichnet waren - darunter mit der Nr. 1816 auch Silvio Berlusconi.
Einer der Top-P2-Mitglieder, der Bankier Roberto Calvi, wurde kurz darauf unter erhängt unter einer Londoner Brücke gefunden - später fand man heraus, dass der "Bankier Gottes" über seine "Banco Ambrosiano" und die Vatikanbank (IOR) eine große Waschanlage für Mafia-und Drogengelder betrieben hatte. Unter den zahlreichen Banken und Scheinbanken, die Calvi weltweit gegründet hatte, befand sich auch die Cisalpine-Bank auf den Bahamas, als deren zweiter Haupteigentümer Erzbischof Paul Marcinkus von der Vatikanbank eingetragen war. Die Cisalpine war 1981 in der Gerichtsverhandlung gegen die "World Finance Corporation" (WFC) anrüchig geworden, einer Bank in Miami, deren Leiter, ein "ehemaliger" CIA-Agent, angeklagt war, Geld aus dem Kokainhandel südamerikanischer Diktatoren gewaschen zu haben , und zwar über das "Schwarze Loch" des Calvi-Marcinkus-P2-Konsortiums.
Die Autorin Benny Lernoux ("In Banks we trust") , die den Fall recherchiert hat, geht davon aus, dass P2 der Hauptfinanzkanal faschistischer Regime in Lateinamerika war. Diese enge Verknüpfung mit den netten Hurensöhnen der US-Außenpolitik erklärt dann auch, warum Michele Sindona - Partner von Calvi und Gelli im Geldwäsche-Geschäft - beim Inaugurationsball von Präsident Nixon geladen war und Gelli höchstselbst Gast bei selbigem Ball zur Inauguration Ronald Reagans.
Dass die Mafia auch "Ehrenwerte Gesellschaft" genannt wird, hatte mit der Liste von zu schützenden Mitgliedern der "ehrenwerten Gesellschaft" Italiens zu tun, die New Yorker Mafiosi den US-Geheimdiensten übergaben, als sie mit ihnen zum Zwecke der US-Invasion in Italien 1944 zusammenarbeiteten. Nachdem die wildgewordenen "Hurensöhne" Hitler und Mussolini gestoppt waren, baute sich die CIA über die Mafia und den Vatikan einen neuen anti-kommunistischen Einflusskanal auf, der in den terroristischen 70er Jahren u.a. mit zahlreichen Bombenattentaten aktiv wurde, die dank falscher Spuren den "Roten Brigaden" angelastet wurden. So auch der Höhepunkt der Terrorserie, der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna am 2. August 1980, der 85 Tote und 200 Verletzte hinterließ. Die wahren Hintermänner wurden erst im November 1995 verurteilt. Zwei Täter erhielten lebenslänglich, ihre Auftraggeber kamen mit jeweils zehn Jahren davon: der P-2-Großmeister Licio Gelli und seine rechte Hand, der CIA-Agent, Francesco Pazienza,

Auch wenn es dafür keinen Beweis gibt scheinen die jüngsten Bombenattentate in Genua und Venedig, die zum Anlass wurden, die Anti-Globlasierungs-Demonstranten brutal anzugreifen, doch ganz die Handschrift dieser typischen, italo-amerikanischen Counter-Intelligence-Operationen zu tragen. Zumal mit Berlusconi ein gelehriger Schüler Gellis jetzt an den Schalthebeln der Medien und der Macht sitzt.

Ich bin skeptisch, ob die Recherchen zu den kurzfristigen Spekulationen und Finanztransaktionen vor und nach dem WTC-Anschlag wirklich zu einem Ergebnis führen - würden die Auftraggeber ermittelt, die für den 20-fach über normal liegenden Umsatz mit Put-Optionen von Airline-Aktien gesorgt haben, wäre das ein besserer Beweis als alles, was bisher gegen Ibn Ladin vorgebracht wird. Doch die Verfolgung von derlei Finanzkriminalität - und vor allem ihre künftige überwachungsmäßige Verhinderung, die technisch ohne weiteres möglich wäre - tangiert einen Bereich, der einigen Anti-Terror-Koalitionären dann doch unter die Gürtellinie geht: das Bankgeheimnis. Zwar könnte man Off-Shore-Banken in der Karibik oder diskrete Depots in der Schweiz, Luxemburg und anderswo im Rahmen der globalen Anti-Terror-Maßnahmen morgen transparent machen ("Wer nicht dafür ist, ist für die Terroristen!"), und ca. 97% der Weltbevölkerung würden von solch einer Radikalkur in Sachen Geldwäsche kaum tangiert - doch bei den verbleibenden, entscheidenden ca. 3 % hört es, wenn's um's Geld geht, mit der großen Liebe zu innerer Sicherheit und Transparenz ganz schnell wieder auf.
So werden Tick, Trick und Track sich künftig in ihrem Alltag zwar an verschärfte Überwachungs-Mechanismen der Orwellschen Art gewöhnen müssen, die Kapitalbewegungen im Geldspeicher von Onkel Dagobert aber bleiben weiterhin weitgehend unkontrolliert - zur Freude aller Panzerknacker, egal ob sie nun bei der Djihad Terror Inc., bei McDope im Drogengeschäft (Weltjahresumsatz: 300 Mrd. $, Top-Heroin-Produzent: Afghanistan!) oder im Counter-Intelligence-Business tätig sind.

BERLUSCONI UND SEINE GEHEIMNISSE

Leben und Karriere des Unternehmers Silvio Berlusconi bleiben trotz der autorisierten Biographien, zu denen er im Lauf der Jahre mit autohagiographischem Zweck anregte, voller dunkler Löcher und ungeklärten Fragen. Es folgt ein kleines Nachwort mit den beunruhigendsten Auslassungen.
1) Die *Edilnord Sas* ist die von Silvio Berlusconi 1963 gegründete Gesellschaft, um *Milano 2* zu bauen. Mit ihrem Vermögen haftende Gesellschafter sind neben dem zukünftigen *Cavaliere* der Geschäftsmann Edoardo Piccitto und die Bauherren Pietro Canali, Enrico Botta und Giovanni Botta. Mit ihrem finanziellen Einsatz haftende Gesellschafter sind der Bankier Carlo Rasini, Inhaber der gleichnamigen Bank mit Sitz in der Via dei Mercanti in Mailand, und der Geschäftsanwalt Renzo Rezzonico, rechtmässiger Vertreter einer Finanzierungsgesellschaft von Lugano: der *Finanzierungsgesellschaft für Residenzen AG*, von der niemand je die wahren Besitzer kennen wird. Es handelt sich jedenfalls um sehr optimistische Leute, insofern sie Berlusconi enorme Gelder anvertrauen, damals ein Jüngling von 27 Jahren, der bis zu jenem Zeitpunkt noch keinen Beweis seines unternehmerischen Könnens gegeben hat.

2) Über die Bank Rasini, wo der Vater Luigi Berlusconi sein ganzes Leben lang arbeitet und vom einfachen Angestellten bis zum Generaldirektor aufsteigt, sagt Michele Sandona (mit der *Cosa Nostra* verbundener Bankrotteur der P2 und Geldwäscher für die Mafia) dem amerikanischen Journalisten Nick Tosches, der ihn 1985 fragt, welches die von der Mafia benutzten Banken sind: "Auf Sizilien ist es manchmal die *Banca di Sicilia*. In Mailand ist es eine kleine Bank in der Piazza Mercanti." Die Rede ist von der Bank Rasini, wo Berlusconis Vater sein ganzes Leben lang gearbeitet hat. In dieser Bank haben bekannte sizilianische Mafiosi und Rauschgifthändler wie Antonio Virglio, Salvatore Enea und Luigi Monti ihre Konten, wobei Monti mit Vittorio Mangano verbunden ist, dem Mafioso, der als Gutsverwalter von 1973 bis 1975 in Berlusconis Villa in Arcore arbeitet.
3) Am 29. Oktober 1968 entsteht die *Edilnord Centri Residenziali Sas* (eine Art *Edilnord 2*): Diesmal ist es Berlusconis 31-jährige Cousine Lidia Borsani, die seine Stelle als Gesellschafter einnimmt. Und die Gelder liefert eine andere mysteriöse Finanzierungsgesellschaft von Lugano, die *Aktiengesellschaft für Immobilienanlagen in Residenzzentren AG*, die bloss zehn Tage vor der Entstehung von *Edilnord 2* von mysteriösen Gesellschaftern gegründet wird. Berlusconi verschwindet von diesem Moment an von der Bildfläche, verdeckt durch einen undurchdringlichen Wald von Strohmännern. Er wird erst 1975 wieder auftauchen, um der *Italcantieri* vorzustehen, und 1979 als Präsident der *Fininvest*. In der Zwischenzeit entstehen Dutzende von Gesellschaften, die auf die Namen von Verwandte und Statisten lauten und von Gesellschaften kontrolliert werden, deren wahre Inhaber unbekannt sind. Wie Giuseppe Fiori in seinem Buch "Il venditore" (Der Verkäufer), 1994 bei Garzanti erschienen, zeigt, entsteht *Italcantieri* 1973 und besteht aus zwei Tessiner Finanzierungsgesellschaften: der *Cofigen SA* von Lugano (die mit dem Financier Tito Tettamanzi verbunden ist, der wiederum der Freimaurerei und *Opus Dei* nahesteht) und er *Eti A.G.Holding* von Chiasso (die von einem Financier verwaltet wird, der dem Rechtsextremismus nahesteht, Ercole Doninelli, Besitzer einer anderen Gesellschaft, der *Fi.Mo*, gegen die mehrmals wegen Geldwäscherei ermittelt wird).
4) 1974 entsteht die *Immobiliare San Martino*, die von Marcello Dell'Utri verwaltet und von zwei Finanzierungsgesellschaften der *Banca Nazionale del Lavoro* kapitalisiert wird: der *Servizio Italia* (die vom P2-Mitglied Gianfranco Graziadei geführt wird) und der *Società Azionaria Finanziaria*, die von einem tschechoslovakischen Strohmann repräsentiert wird, Frederick Pollack, der 1887 notabene geboren wurde). Unter verschiedenem Namen und mit verschiedenen Systemen und Strohmännern entstehen eine Unzahl von Gesellschaften, die mit Berlusconi und die Seinen verbunden sind. Am Anfang stehen die 34 *Italia*-Holdings, welche die *Fininvest*-Gruppe kontrollieren. Gemäss dem Direktor der *Banca d'Italia* Francesco Giuffrida und dem Unteroffizier der Finanzpolizei Giuseppe Ciuro, beide technische Berater der Staatsanwaltschaft von Palermo im Prozess gegen Marcello Dell'Utro wegen Mitwirkung in einer mafiösen Vereinigung, sollen die beiden Finanzierungsgesellschaften zwischen 1978 und 1985 zumindest 113 Milliarden Lire (das entspricht heute 250 Millionen Euro) erhalten haben, teils sogar bar und in "maskierten" Scheinen, von denen man bis heute nicht weiss, woher sie stammen. Die Staatsanwaltschaft von Palermo geht davon aus, dass es Gelder der Mafia sind, die von der Gruppierungen um Stefano Bontade in die *Fininvest* investiert wurden. Die Verteidigung erklärt, dass es sich um Eigenfinanzierungen handelt, auch wenn sie nicht näher klärt, woher diese ganze Liquidität kommt. Sogar der technische Berater von Berlusconi, Professor Paolo Joveniti, gesteht die Anomalie und Undurchsichtigkeit einiger Operationen jener Zeit.

5) 1973 erwirbt Silvio Berlusconi von Annamaria Casati Stampa di Soncino, der minderjährigen und seit 1970 verwaisten Erbin der bekannten lombardischen Adelsfamilie, die Villa San Martino aus dem 18. Jahrhundert in Arcore, mit Autorenbildern, einem Park von einer Million Quadratmetern, Tennisplätzen, dem Haushalt, Stallungen, zwei Schwimmbädern und mehreren hundert Hektaren Land. Annamaria Casati wird von einem Vormund unterstützt, dem Anwalt Cesare Previti, der ebenfalls ein Freund von Berlusconi ist, Sohn von einem seiner Gewährsmänner (Vater Umberto) und Leiter einer Gesellschaft der Gruppe (die *Immobiliare Idra*). Dank dieser glücklichen Fügung bezahlt er für die Villa mit allem Drum und Dran damals etwa 500 Millionen Lire: ein lächerlicher Preis. Wobei er nicht mit Geld bezahlt, sondern in Form von Aktien einiger seiner Immobilien-Gesellschaften, die nicht an der Börse kotiert sind, so dass das Mädchen, nachdem es nach Brasilien ausgezogen ist und die Titel einlösen will, plötzlich mit Nichts dasteht. Dann bieten Berlusconi und Previti an, die Aktien zurückzukaufen, jedoch zur Hälfte des anfänglich festgesetzten Preises. Ein Urteil des Gerichts von Rom aus dem Jahre 2000 hat die Autoren des Buches "Gli Affari del presidente" (Die Geschäfte des Präsidenten), das die peinliche Transaktion rekonstruiert, freigesprochen.
6) 1973 engagiert Berlusconi über Marcello Dell'Utri den bekannten, mehrfach verhafteten und mehrfach verurteilten palermitanischen Kriminellen Vittorio Mangano als Gutsverwalter (doch jüngst hat Dell'Utri präzisiert: als "Verwalter der Villa"). Mangano verlässt die Villa erst zwei Jahre später, als er verdächtigt wird, die Entführung von Luigi d'Angerio principe di Sant'Agata, der die Villa von Arcore nach einem gemeinsamen Abendessen mit Berlusconi, Dell'Utri und Mangano eben verlassen hatte, organisiert zu haben. Mangano wird sogar wegen Rauschgifthandels verurteilt (im Maxiprozess, der von Falcone und Borsellino eingeleitet wird) und 1998 zu lebenslangem Zuchthaus wegen Mordes und Mafia verurteilt.
7) Am 26. Januar 1978 tritt Berlusconi der Geheimloge Propaganda 2 bei. Er wird dem grossen verehrten Meister Licio Gelli vom befreundeten Journalisten Roberto Gervaso vorgestellt. Er bezahlt die reguläre Mitgliedsgebühr (Hundertausend Lire) und wird dem Ausweis 1816, Code E.19.78, Gruppe 17, Akte 0625 registriert. Der Eintritt in den frommen Verein bringt ihm Vorteile jeder Art: von Graziadeis Finanzierungen der *Servizio Italia* über die einfachen und ungerechtfertigten Kredite der *Monte dei Paschi di Siena* (deren Verwalter das P2-Mitglied Giovani Cresti ist) bis hin zur Mitarbeit im *Corriere della Sera*, der vom P2-Mitglied Franco Di Bella geleitet und vom Verlag Rizzoli über die P2-Mitglieder Angelo Rizzoli, Bruno Tassan Din und Umberto Ortolani kontrolliert wird.
8) Am 24. Oktober 1979 bekommt Silvio Berlusconi im Sitz der *Edilnord Cantieri Residenziali* Besuch von drei Offizierender Finanzpolizei. Er gibt sich als "einfacher Berater von aussen" aus, der mit der "Projektierung von *Milano 2*" beauftragt ist. In Wirklichkeit ist er der alleinige Besitzer der Gesellschaft, die auf den Namen von Umberto Previti lautet. Doch die Polizei beisst an und schliesst die Inspektion in aller Eile ab, obwohl sie auf mehr als eine Anomalie in den Beziehungen mit dem mysteriösen Gesellschaftern gestossen ist. Alle drei werden Karriere machen. Sie heissen Massimo Maria Berruti, Salvatore Gallo und Alberto Corrado. Berruti, der Patrouillenführer, tritt einige Monate später aus dem Dienst aus, um als Geschäftsanwalt (ausländische Firmen, Verträge mit dem Spielern des AC Milan etc.) für die *Fininvest* zu arbeiten. Er wird 1985 im Skandal *Icomec* verhaftet (und dann freigelassen), doch 1994 kehrt er zusammen mit Corrado wegen Irreführung der Ermittlungen über die Schmiergeldzahlungen an die Finanzpolizei ins Gefängnis zurück, dann wird als Abgeordneter für *Forza Italia* gewählt und in erster und zweiter

Instanz zu acht Monaten Haft wegen Begünstigung verurteilt. Bei Gallo wird sich herausstellen, dass er Mitglied der P2 ist.
9) Am 30. Mai 1983 verfasst die Finanzpolizei von Mailand, die die Telephone von Berlusconi im Rahmen einer Untersuchung über Drogenhandel überwacht, einen Fahndungsbericht, in dem es heisst: "Es wurde angezeigt, dass der bekannte Silvio Berlusconi einen grossen Rauschgifthandel von Sizilien finanzieren soll, sowohl in Frankreich als auch in anderen Regionen Italiens (Lombardei und Lazio). Der Genannte soll im Mittelpunkt grosser Spekulationen an der *Costa Smeralda* stehen, indem er sich Briefkastengesellschaften mit Sitz in Vaduz oder sonstwo im Ausland bedient. Dort ansässige Handwerker sollen die Aufträge erhalten haben." Acht Jahre lang wird die Untersuchung praktisch vergessen, die anfänglich von Staatsanwalt Giorgio Della Lucia geführt (und dann an das Untersuchungsbüro weitergeleitet) wurde, seit Jahren zusammen mit dem Financier Filippo Alberto Rapisarda, Ex-Arbeitgeber und Ex-Gesellschafter von Marcello Dell'Utri, wegen Richterbestechung angeklagt). Am Ende, 1991, wird die Mailänder Untersuchungsrichterin Anna Cappelli alles archivieren.
10) Die dritte unangenehme Begegnung des *Cavaliere* mit dem Gesetz geht auf den 16. Oktober 1984 zurück. Drei Amtsrichter von Turin, Rom und Pescara erheben den Anspruch, die Normen anzuwenden, die das Senden von Fernsehprogrammen regeln und die der *Cavaliere* zu umgehen beschlossen hat, indem er dieselben Programme auf dem ganzen staatlichen Gebiet gleichzeitig ausstrahlt. Die drei Untersuchungsrichter erinnern daran, dass dies verboten ist, und lassen die technische Ausrüstung beschlagnahmen, welche die ungesetzliche Operation erlauben. Der *Cavaliere* schaltet seine Fernsehsendungen aus, wobei er den Richtern die Schuld gibt, und stachelt die TV-Angestellten mit dem Slogan "Verbieten verboten" auf, der von der Show des P2-Journalisten Maurizio Costanzo lanciert wird. Der Slogan wird von Ministerpräsident Bettino Craxi umgehend in ein Gesetz umgewandelt. Craxi bricht einen Staatsbesuch in London ab, um nach Italien zurückzukehren und ein Gesetz *ad personam* zu verabschieden (das "Dekret Berlusconi"), das unverzüglich die illegalen Fernsehsendungen seines Freundes wieder einschaltet. Der Skandal ist so gross, selbst innerhalb der Regierungskoalition, dass nicht alle mitmachen. Und das Gesetz wird vom Parlament aus verfassungswidrig zurückgewiesen. Zwei der drei Amtsrichter erneuern die gerichtliche Beschlagnahmung der technischen Ausrüstung. So gebiert Craxi ein zweites Dekret Berlusconi, indem er vor den widerspenstigen verbündeten Parteien im Falle einer erneuten Ablehnung des Gesetzes das Schreckensbild einer Regierungskrise und von vorgezogenen Wahlen an die Wand malt. Das Caf (Craxi, Andreotti, Forlani) ist darum besorgt, das illegale Monopol der Fininvest über das Privatfernsehen mit dem Gesetz Mammì zu legalisieren, das wegen der hohen Genauigkeit, mit der er den Status quo belichtet, auch "Polaroid-Gesetz" genannt wird.

DIE PROZESSE DES SILVIO BERLUSCONI

Lügen über die Geheimloge P2 (*falsche Zeugenaussage*)
Das Berufungsgericht von Venedig erklärt Berlusconi 1990 für schuldig, vor den Richtern einen Meineid über seine Aufnahme in die P2 geschworen zu haben, doch fällt die Straftat unter die Amnestie von 1989.
Schmiergeldzahlungen an die Finanzpolizei (*Bestechung*)
Erste Instanz: Verurteilung zu 2 Jahren und 9 Monaten für alle vier geleugneten Schmiergeldzahlungen (keine mildernden Umstände)
Berufung: Verjährung von drei Schmiergeldzahlungen (dank der mildernden Umstände), Freispruch aus Mangel an Beweisen (Absatz 2, Artikel 530 des Strafgesetzbuches) für die vierte.
All Iberian 1 (*illegale Parteienfinanzierung*)
Erste Instanz: Verurteilung zu 2 Jahren und 4 Monaten für 21 Milliarden an Bettino Craxi.
Berufung: Verjährung die Straftat
Kassation: Verjährung der Straftat (Bestätigung des vorinstanzlichen Urteils)
All Iberian 2 (*Bilanzfälschung*)
Der Prozess ist aufgehoben, bis der Europäische Gerichtshof und der italienische Verfassungsgerichtshof über die Rechtmässigkeit des neuen Gesetzes über Bilanzfälschung urteilt, das von der Regierung Berlusconi verabschiedet wurde. Wenn die von verschiedenen Gerichten geltend gemachten Ausnahmen zurückgewiesen werden, gilt die Straftat als verjährt.
Medusa Cinema (*Bilanzfälschung*)
Erste Instanz: Verurteilung zu 1 Jahr und 4 Monaten wegen Bilanzfälschung über 10 nicht deklarierte Milliarden beim Kauf der Filmgesellschaft
Berufung: Freispruch aus Mangel an Beweisen
Kassation: Freispruch (Bestätigung des vorinstanzlichen Urteils)
Grundstücke in Macherio (*Steuerbetrug*)
Erste Instanz: Teils Freispruch, teils Verjährung der Straftat (verschiedene steuerliche Unregelmässigkeiten beim Kauf der Grundstücke in der Nähe seiner Villa)
Berufung: Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils
Dritte Instanz: noch hängig
Der Fall Lentini (*Bilanzfälschung*)
Erste Instanz: Verjährung der Straftat (6 Milliarden Schwarzgeld von Milan an Torino Calcio beim Kauf des Spielers Luigi Lentini) aufgrund des neuen Gesetzes über Bilanzfälschung
Zweite Instanz: noch hängig
Konsolidierung der Gruppe Fininvest (*Bilanzfälschung*)
Erste Instanz: Verjährung des Straftat (1500 Milliarden Lire Schwarzgelder der Gruppe Berlusconi auf 64 Offshore der All Iberian, Abteilung B der Fininvest) aufgrund des neuen Gesetzes über Bilanzfälschung
Die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt.
Lodo Mondadori (*Richterbestechung*)
Erste Instanz: Verurteilung von Cesare Previti, jedoch nicht von Silvio Berlusconi
Berufung: Verjährung der Straftat
Kassation: Verjährung der Straftat (Bestätigung des vorinstanzlichen Urteils)
Sme-Ariosto (*Richterbestechung*)
Aufgrund der ständigen, von Berlusconi geltend gemachten "institutionellen Entschuldigungsgründe" und der daraus folgenden Verschiebungen der Anhörungen wurde die Anklage des Premiers aus dem Hauptprozess ausgegliedert. So wurde ein paralleler Prozess geschaffen, den Berlusconi bis zum Ende seiner Amtszeit

aufgehoben hat, indem er vor der Anklageerhebung und er Verkündung des Urteils in Rekordzeit ein Immunitätsgesetz für die fünf höchsten Staatsämter ("Lodo Schifani") verabschieden liess.

Fernsehrechte (*Bilanzfälschung und Steuerbetrug*)

Es laufen Untersuchungen der Staatsanwaltschaft von Mailand gegen verschiedene Manager und insbesondere gegen den Inhaber von Mediaset, Silvio Berlusconi. Berlusconi soll auch nach dem Eintritt in die Politik im Jahre 1994 die Firma weiterhin geführt haben. Gegenstand der Untersuchung sind zudem eine Reihe von Finanzoperationen zum Erwerb von Kino- und Fernsehrechten der amerikanischen Majors und eine angebliche Bilanzfälschung aus dem Jahre 1994 in der Höhe von 180 Milliarden Euro.

Telecinco (*Steuerbetrug*)

Berlusconi, Dell'Utri und andere Manager sind wegen Steuerbetrugs über 100 Milliarden und wegen Verletzung des spanischen Antitrust-Gesetzes für den Sender Telecinco angeklagt. Das Urteil steht nach der Untersuchung des Antikorruptions-Richters Baltasar Garzón Reál aus.

Mafia (*Mitwirkung in einer mafiösen Vereinigung und Geldwäscherei*)

Die Ermittlungen sind in Palermo auf Anfrage der Staatsanwaltschaft wegen Überschreitung der maximalen Untersuchungsfristen archiviert worden.

Bomben (*Mittäterschaft bei Anschlägen*)

In Caltanissetta (aber auch in Palermo und Florenz) wurde aufgrund der Aussagen von reumütigen ehemaligen Mafiosi gegen Berlusconi und Dell'Utri als angeblichen verdeckten Auftraggebern der Anschläge von 1992 und 1993 ermittelt. Die Untersuchungen sind wegen Überschreitung der maximalen Untersuchungsfristen archiviert worden.

ALLES, WAS ICH ÜBER BERLUSCONI DENKE

von Umberto Bossi, Reformminister in der Regierung Berlusconi

Silvio Berlusconi war der Kofferträger von Bettino Craxi. Er ist eine Rippe des alten Regimes. Er ist der effizienteste Geldwäscher des Fünfparteienregimes. Während die Lega das Regime zum Sturz brachte, war er war bei *Mulino Bianco*, mit Halbperücke und der Gesichtsplastik. Er ist ein dummer Schwätzer. Doch habt ihr ihn nicht gesehen, schön pomadisiert zwischen den blauen Wolken?

Berlusconi ist weichgekocht. Er ist ein armer Dummkopf, ein Verräter des Nordens, ein Armer, der dem *Ulivo* hörig ist, auch er folgt dem Heer von Franceschiello hinter dem Korporal D'Alema mit seiner Trompete. Ich habe ein gutes Gedächtnis. Aber wer ist Berlusconi? Sein Pol ist tot und begraben, die Lega geht nicht mit den Toten. Die Verhandlungen Lega-Forza hat er erfunden, der Ärmste. Berlusconis Partei Neo-Caf (Craxi, Andreotti, Forlani) wird mit der Lega nie Vereinbarungen treffen. Er ist das Stück Fleisch und die Lega ist der Fleischhacker.

Berlusconi zeigt dieselben Eigenschaften wie die Diktatoren. Er ist ein zweireihiger Kaiser. Ein kleiner Tyrann, oder besser: er ist der Oberkomiker des Polittheaters. Ein Peròn der Krankenkasse. Er ist viel schlimmer als Pinochet. Er hat etwas Nazihaftes, etwas Mafiöses. Der P2-ler ist ein treueloser Fuchs, der nur darauf wartet, eine Razzia in meinen Hühnerstall zu machen.

Berlusconi ist der Mann der Mafia. Er ist ein Palermitaner, der mailändisch spricht, ein Palermitaner, der am falschen Ort geboren und hinaufgeschickt wurde, um den Norden zu betrügen. Die Fininvest ist aus der Cosa Nostra entstanden. Es gibt einige

Unterschiede zwischen Berlusconi und uns: Er ist leider ein Mafioso. Das Problem ist, dass im Norden die Leute geschieden sind in die, die wissen, dass Berlusconi ein Mafioso ist, und die, die es noch nicht wissen. Doch der Norden wird ihn fortjagen, um Berlusconi scheren wir uns keinen Dreck. Er möge uns antworten: Woher kommen seine Gelder? Von den Finanzierungsgesellschaften der Mafia? Es gibt hunderttausend Jugendliche im Norden, die wegen Drogen gestorben sind. Mir persönlich hat Berlusconi gesagt, die Gelder seien von der Bank Rasini zu ihm gekommen, die von einem gewissen Giuseppe Azzaretto aus Palermo gegründet wurde, dem es dann gelungen ist, sich die ganze Bank zu schnappen. In derselben Bank arbeitete auch Silvios Vater, und da gab es auch die Konten zahlreicher Exponenten der Mafia.
Man müsste seine Wurzeln kennen, seine Geschichte. Gelli machte das Projekt Italien, und es gab den guten Berlusconi in der P2. Dann entstanden die Holding. Wie wird die Staatsanwaltschaft je ihre Pflicht erfüllen und hingehen können, um zu sehen, woher diese Heller kommen, wenn sie sich daran erinnert, dass die Mafia diese Heller mit den Drogen macht und dass an Drogen im Norden Zehntausende von Jugendlichen gestorben sind, die nun von unter dem Boden schreien? Wenn er die Geschichte des Sturzes seiner Regierung erfahren will, soll er zu mir kommen, dann werde ich sie ihm erklären: Ich bin es gewesen, der die Partei des Mafioso gestürzt hat. Er kaufte unsere Abgeordneten, und ich habe ihn niedergeschlagen.
Dieser hässliche Mafioso verdient Geld mit Heroin und Kokain. Der Mafioso von Arcore will den Faschismus und die süditalienische Frage in den Norden bringen. Über gleiche Sendezeiten (*par condicio*) zu diskutieren ist zu wenig: Ich schlage vor, eine Untersuchungskommission über die Bereicherung von Berlusconi zu bilden. In *Forza Italia* gibt es geheime Verabredungen zwischen Politik und der stillschweigenden Teilnahme der Kriminalität und Erscheinungen der Geldwäscherei. Der Mann con *Cosa Nostra* hat mit der Fininvest um die 38 Holding, davon sind 16 verborgen. Sie wurden von einer Palermitaner Bank in Mailand ins Leben gerufen, der Bank Rasini, der Bank von *Cosa Nostra* in Mailand.
Forza Italia wurde von Marcello Dell'Utri geschaffen. Schaut, die wirklichen Interessen sieht man oft nicht. Im Fernsehen erscheinen nette Gesichter, die dir etwas erzählen und anständig scheinen. Aber schaut, die Mafia kennt keine Grenzen. Die Mafia, die Interessen der Mafia, das ist die Droge, und die Droge hat Abertausende von Jugendlichen getötet, vor allem im Norden. Palermo hat die Fernsehsender in der Hand, es ist imstande, die Häuser der gutmütigen und dummen Bürger des Nordens zu betreten.
Berlusconi hat mit den Fernsehsendern, auch mit den regionalen, gemacht, was er wollte, sogar hinter dem Rücken des Gesetzes Mammì. Die vielen Reichtümer sind beschämend, weil sie von Zehntausenden von Toten kommen. Es stimmt nicht, dass "pecunia non olet". Es gibt gutes Geld, das nach Schweiss riecht, und es gibt Geld, das nach Mafia riecht. Aber wenn es diese Macht gäbe, würde der Polo in wenigen Stunden dahinschmelzen.
Ob ich Berlusconi wieder in Arcore treffe? Das schliesse ich aus, keine Vereinbarungen mit dem Polo mehr. Drei Jahre glaubten sie uns zu verwünschen. Der Magier Berlusconi sagte uns: "Wer aus dem magischen Kreis austritt, das heisst aus meiner Regierung, der stirbt." Wir sind ausgetreten und haben dem Magier seine Verwünschung zurückgeschickt. Es gibt keinen Zauberapparat, der uns heute wieder in den Kreis des Berlusconismus zurückzuholen vermöchte. Mit diesen Leuten gibt es keine politischen Vereinbarungen mehr: Es ist eine Partei, in der Dell'Utri operiert, gegen den wegen Mafia ermittelt wird.

Die "Padania" fragt Berlusconi, ob er Mafioso sei? Sie ist nicht weit genug gegangen! Sie musste härter sein mit diesen Schurken, die mit Craxis verbunden sind.
Ich werde der Wächter des Betrügers Berlusconi sein. Wir sind in einer für die Demokratie gefährlichen Situation: Wenn der in den Palazzo Chigi einzieht, gewinnt eine Partei, die nicht existiert, es gewinnt ein einziger Mann, der Technokrat, der Autokrat. Ich sage, was ich denke, er macht, was Geld bringt. Er behandelt den Staat wie eine Aktiengesellschaft. Aber wer glaubt er zu sein: Nembo Kid?
Doch scheint es Euch möglich, dass einer, der 140 Firmen besitzt, sich um die Interessen der Bürger scheren wird? Wenn er weint, so lacht Euch ins Fäustchen: Es bedeutet, dass alles gut geht, dass es ihm noch nicht gelungen ist, die Hände auf den Geldschrank zu legen.
Berlusconi - Berluscosa - Berluskaz - Berlusckaiser muss begreifen, dass ich mit den Bergamaskern einen Blutsvertrag abgeschlossen habe: Ich habe ihnen geschworen, dass ich alles machen werde, damit sich etwas ändert. Und da nützt keine Villa, kein Geschenk, kein Augenzwinkern, dass mich dazu bringt, meinen Weg zu ändern... Berluscoso muss wissen, dass die Leute bei uns bereit sind, ihn in den Arsch zu treten: Es genügen zwei Sekunden, und er muss in der Nacht abhauen. Wenn sie sehen, dass er sie betrogen hat, dann werden die vom Norden seine schönen Villen und seine englischen Gärten nehmen und alles ins Meer schmeissen.
Berlusconi ist als Ministerpräsident ist Drama gewesen.
Wenn die Demokratie auf dem Spiel steht, könnte es jemandem in den Sinn kommen, ihm die TV-Antennen in die Luft zu jagen. Weil er mit seinen Fernsehsendern mit den Leuten Gehirnwäsche macht, mit dem üblichen Schwindel des Waschpulvertonnen-Verkäufers. Seine Fernsehsender sind gegen die Verfassung. Wir befinden uns in einer sehr schlimmen verfassungswidrigen Situation, à la Südamerika. Ein Mann hat vom Staat die Konzession der TV-Frequenzen bekommen, um die Leute zu konditionieren und ihr Wahlverhalten zu lenken. Das geschieht sonst nirgends in der Welt. Es ist Zeit, diese Peinlichkeit zu beenden. Wenn Ihr ihn wählt, dann trägt er Euch auch die Strassensteine weg.
Wenn Berlusconi fällt, fällt der ganze Pol, und im Norden wird die Lega alles kriegen. Aber sie lassen ihn nicht fallen: auch wenn er ein Hurensohn ist, so ist er doch ihr Hurensohn, und deshalb werden sie ihn auf den Beinen halten.
Aber der Arme von Arcore spürt, dass der Eimer von *Forza Italia* und Koalition, der Partei der Amerikaner, kaputt geht. Ein Freimaurer, ein P2-ler wie der Mann von Arcore ist immer ein Problem der "*Cosa Sua*" oder "*Cosa Nostra*" gewesen. Aber aufgepasst, Berlusconi: Weder Mafia noch P2 noch Amerika wird es gelingen, unsere Gesellschaft zu zerstören. Und am Ende wird er einen kleinen Platz in der Hölle haben, weil sie den da nicht mal im Fegefeuer nehmen. Weil es Berlusconi ist, der aus dem Verkehr verschwinden muss, und nicht die Lega. Nicht wir sind es, die mit Berlusconi streiten, es ist die Geschichte, die mit ihm streitet.
(Die im Text enthaltenen Sätze wurden von Umberto Bossi wörtlich so verwendet, und zwar zwischen 1994 und 1999, also während der Spannungen der ersten Regierung Berlusconi, nach dem Bruch zwischen Bossi und Berlusconi im Dezember 1994 und vor ihrer Versöhnung am Ende des Jahres 1999. Die genauen Daten der Äusserungen, die aus Tageszeitungen und Presseagenturen stammen, lauten wie folgt: 1., 7., 9., 10., 13. März 1994; 5. April 1994; 4., 11., 23., 31. März 1994; 1., 12., 17 Juni 1994; 29. Juli 1994; 6., 8., 13. August 1994; 1. September 1994; 6., 20., 23. Dezember 1994; 14. Januar 1995; 22. März 1995; 13. April 1995; 10. Juni 1995; 29. Juli 1995; 25. Januar 1996; 14., 19., 25. August 1997; 18. Juni 1998; 22. Juli 1998;

13. September 1998; 3., 27. Oktober 1998; 24. Februar 1999; 13. April 1999; 10. September 1999; 19. Oktober 1999)

Silvio Berlusconi Politiker und Unternehmer

"Ich bin verdammt dazu, immer zu gewinnen", hat Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi einmal gesagt. Bisher scheint dieser Satz zu stimmen für den vermögendsten und einflussreichsten Mann Italiens - als Geschäftsmann, in der Politik und vor Gericht. In den vergangenen zehn Jahren war Berlusconi in fast einem Dutzend Prozesse angeklagt, wurde verurteilt wegen Korruption, Bilanzfälschung und illegaler Parteienfinanzierung. Stets gewann er aber in der Berufung oder profitierte von der Verjährung.
Aufstieg durch Mafia-Kontakte?
Geboren wurde Berlusconi am 29. September 1936 als ältester Sohn eines Bankangestellten in Mailand. Sein Jura-Studium finanzierte er sich unter anderem als Alleinunterhalter auf Kreuzfahrtschiffen. Sein steiler Weg nach ganz oben begann mit riskanten Baudeals im Mailänder Umland, mit denen er den Grundstein zu seinem Vermögen setzte. 1961 machte er sich mit der Holding "Cantieri Riuniti Milanesi" selbstständig und schaffte es schließlich, einen der größten Konzerne Italiens aufzubauen. Sein Vermögen wird inzwischen auf einen zweistelligen Milliardenbetrag geschätzt.
Seine Kontakte zu Politik und Verwaltung sorgten bereits in den 80er Jahren für Spekulationen. Von vielen Seiten wurden ihm Bestechung und Mafia-Kontakte vorgeworfen, da einzelne Finanzierungen und Genehmigungen nicht eindeutig geklärt werden konnten. Berlusconi selbst hielt sich stets bedeckt, wenn es um seine unternehmerischen Anfänge ging.

Kontrolle der italienischen Medien

Fakt ist, dass er heute über ein wahres Finanz-Imperium verfügt, das er über die Muttergesellschaft "Fininvest" steuert. Seine wichtigste Unterholding, die Mediaset, behauptet im italienischen Privatsender-Markt einen Anteil von 45 Prozent. Berlusconi kontrolliert das Unternehmen mit seinem Fininvest-Anteil von 48 Prozent. Außerdem ist er Eigentümer der führenden Kino-Kette "Cannon" und übernahm mehr als 50 Prozent des größten italienischen Buchverlags Mondadori. Außerdem ist er Eigentümer des Fußballclubs AC Mailand.

Erster Regierungsversuch scheitert

Berlusconis politische Karriere begann 1994, als er seine konservative Sammlungsbewegung "Forza Italia" mit der separatistischen "Lega Nord" und den ehemaligen Neofaschisten der "Alleanza nazionale" verbündete. Das Bündnis gewann daraufhin die Wahlen 1994 überraschend deutlich. Berlusconi kam damals zugute, dass das alte Parteiensystem in Folge der großen Korruptionsskandale zusammengebrochen war.
Seine Regierung scheiterte aber bereits nach 226 Tagen. Unlautere Finanzpraktiken in seinem Konzern, Druck auf den öffentlich-rechtlichen Sender RAI und seine nicht

eindeutig getrennte Rolle als Unternehmer und Politiker führten schließlich zu seinem Rücktritt im Dezember 1994.

Neustart mit "Casa delle libertà"

Im Oktober 2000 erneuerte Berlusconi sein Mitte-Rechts-Bündnis unter dem neuen Namen "Casa delle libertà" (Haus der Freiheiten). Im Wahlkampf wurde seine politische Stellung durch staatsanwaltliche Ermittlungen und Prozesse zwar häufig angegriffen, aber nie ernsthaft erschüttert. Zu den Vorwürfen gehörten Meineid, Bestechung, illegale Parteienfinanzierung, Bilanzfälschung, Steuerhinterziehung und Mafiakontakte.
Außerdem sagt man ihm die Mitgliedschaft in der berüchtigten Geheimloge P 2 nachgesagt - sein Name tauchte 1981 in Listen der Loge auf. Vorgeworfen wurde ihm auch die Nähe zu dem 2000 verstorbenen Sozialistenchef Bettino Craxi, der wegen Korruption zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden war.
Absolute Mehrheit im Mai 2001
Ungeachtet dieser Anschuldigungen sicherte sich Berlusconis Bündnis bei den Parlamentswahlen am 13. Mai 2001 die absolute Mehrheit. Im Senat gewann die "Casa" 177 der 315 Sitze. In der Kammer erzielte das Bündnis 368 von 630 Sitzen. Seinen ersten großen Auftritt als Regierungschef hatte Berlusconis beim Gipfeltreffen der G-8-Industriestaaten im Juli 2001 in Genua. Dabei geriet die Regierung in die Kritik, da die Polizei unverhältnismäßig brutal gegen Globalisierungsgegner vorging.

Eklat im EU-Parlament

Auch sein erster Auftritt als Ratspräsident der EU am 2. Juli 2003 sorgte für Tumulte und diplomatische Irritationen. Als ihm der SPD-Abgeordnete Martin Schulz eine Verzögerungstaktik bei mehreren innen- und rechtspolitischen Themen vorwurf, schlug Berlusconi ihm vor, bei einem zur Zeit in Italien gedrehten Film über ein Konzentrationslager in die Rolle des "Kapo" (Schergen des Nationalsozialismus) zu schlüpfen. Der Vorfall führte zu einer deutlichen Verstimmung der deutsch-italienischen Beziehungen.
Als Tage später auch noch der italienische Staatssekretär für Tourismus, Stefano Stefani, deutsche Urlauber als "einförmige, supernationalistische Blonde" verunglimpfte, sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder seinen geplanten Italienurlaub ab. Stefani musste daraufhin zurücktreten. Im August 2003 demonstrierten Schröder und Berlusconi auf dem "Operngipfel" in Verona wieder Einigkeit.
Justizreformen zu seinen Gunsten
Im Laufe seiner Regierungszeit baute Berlusconi seinen Einfluss in Medien und Innenpolitik immer weiter aus. Ein neues Mediengesetz erlaubt ihm, seine drei größten privaten Fernsehsender zu behalten. Auch die öffentlich-rechtliche RAI wird nach und nach mit Berlusconi-Getreuen besetzt. Seine jüngste Justizreform, mit der er auf die seiner Ansicht nach "linken Richter und Staatsanwälte" des Landes zielte, kommt ebenfalls Berlusconis persönlichen Interessen zugute. Das von ihm angestoßene Immunitätsgesetz wurde hingegen im Januar 2004 vom obersten italienischen Verfassungsgericht wegen Verstoßes gegen das Gleichheitsgebot gekippt. Das Gesetz hatte die Immunität der fünf höchsten Amtsträger der Republik, darunter auch Berlusconi, vorgesehen.

Machtkämpfe im Regierungsbündnis



In seiner Koalition verlor Berlusconi 2004 den Machtkampf mit seinem Vizeministerpräsidenten Gianfranco Fini von der Alleanza Nazionale. Dieser hatte damit gedroht, die Regierung platzen zu lassen, sollte der italienische Wirtschafts- und Finanzminister Giulio Tremonti nicht zurücktreten. Alleanza Nazionale und Christdemokraten warfen Tremonti eine einseitige Finanz- und Steuerpolitik vor. Tremontis Nachfolger wurde der parteilose Wirtschaftsprofessor Domenico Siniscalco.

Nach mehrmonatigen Konflikten schlossen die Beteiligten mit Blick auf bevorstehende Regionalwahlen im Dezember 2004 zumindest vorläufig Frieden. Der Generalsekretär der Christdemokraten (UDC), Marco Follini, wurde neuer Vizeministerpräsident, nachdem Fini den Posten des Außenminister übernommen hatte.

Umstrittener Einsatz im Irak

Innenpolitisch gerät Berlusconi wegen des Einsatzes italienischer Truppen im Irak zunehmend unter Druck. Vor allem die Entführung der italienische Journalistin Giuliana Sgrena brachte die Öffentlichkeit gegen das Engagement Italiens in der Region auf. Hunderttausende gingen in Rom auf die Straßen und fordern den Abzug der Truppen.

Berlusconi kündigt daraufhin in einem Fernsehinterview an, die italienischen Soldaten würden ab September 2005 abziehen. Nach Rücksprache mit seinen alliierten Verbündeten rudert der Regierungschef jedoch wieder zurück: Seine Formulierung sei nur "als Wunsch" zu verstehen gewesen.

Berlusconi / Mediaset

Herbst des Freibeuters

Die Ohnmacht des allmächtigen Alleinunterhalters, Wahlkämpfers und Cavaliere Silvio Berlusconi

Als Regierungschef hat Silvio Berlusconi eine magere Bilanz: Die Gehälter sind niedrig, die Inflation hoch, der Staatshaushalt außer Kontrolle, die Exportzahlen schlecht, Ausbildung und Wohlfahrtsstaat liegen im Argen. Doch Fakten sind das eine, politische Propaganda das andere. Und ein begnadeter Selbstdarsteller war Silvio Berlusconi schon immer. Kurz vor der Wahl machen jetzt Künstler gegen den Ministerpräsidenten und seine mediale Konsensmaschine mobil, und der Demagoge

liegt in den Umfragen hinten. Vielleicht war die Fußball-WM ja an allem schuld. 1990 bei der Weltmeisterschaft im eigenen Land, schied Italien unerwartet früh aus dem Turnier aus. Kurz darauf begannen unter dem Slogan "Mani Pulite", "saubere Hände", Anti-Korruptionsermittlungen und eine Art demokratische Revolution, die in den folgenden Jahren die "Erste Republik" beendete und das gesamte, knapp 50 Jahre stabile italienische Parteiensystem hinwegfegte. 1994 verkündete der Baulöwe, Medienmagnat und Fußballvereinsbesitzer Silvio Berlusconi, damals ein bekannter Profiteur des alten Regimes und erklärter Freund des ins Zwielicht geratenen Ex-Ministerpräsidenten Bettino Craxi, der von den Ermittlungen bis dahin verschont geblieben war, er werde "sich einwechseln" und "das Spielfeld betreten" ("scendere in campo"), also seinen Eintritt in die Politik.
Der Fußballsprache entlehnt war auch der Name seiner neu gegründeten Partei: "Forza Italia", mit der er 1994 die italienischen Parlamentswahlen gewann. Nach dem Bruch seiner Koalition und drei linksliberalen Regierungen kam Berlusconi 2001 als Führer einer Koalition aus seiner Ein-Mann-Partei, Gianfranco Finis disziplinierten Neofaschisten und den Europagegnern der Ressentimentpartei Lega Norte wieder an die Macht, und regiert das Land seitdem wie seinen Privatbetrieb - ein unglaublicher Aufstieg.
Vor den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag und Montag liegt der Premierminister zwar in vielen Umfragen hinten, doch hofft er immer noch seine Regierungsmacht zu verteidigen - so wie sein eigener Verein, der AC Mailand, der am Mittwoch, nachdem er bereits gegen Lyon ausgeschieden schien, doch noch durch zwei Tore in den allerletzten Minuten sein Weiterkommen in der Championsleague sicherte.



"Ich hab gestohlen wie ein Rabe, und diese Idioten wählen mich trotzdem"

In dieser Lage machten zuletzt auch Italiens Künstler mobil: Auch in Deutschland startete die scharfe Polit-Satire "Bye Bye Berlusconi!" von Lucia Chiarla und dem Deutschen Jan Henrik Stahlberg. Berlusconi heißt dort "Topolino" wie die italienische Mickey Maus, handelt statt mit Medien mit Melonen, bringt seine Polit-Propaganda durchs "Melonen-TV" unters Volk und sagt Sachen wie "Ich hab gestohlen wie ein Rabe, und diese Idioten wählen mich trotzdem." Dass er nicht "Berlusconi" heißen darf hat persönlichkeitsrechtliche Gründe. Denn im Gegensatz zu einer Dokumentation, in der auch kontroverse Meinungsäußerungen über "Personen der Zeitgeschichte" erlaubt sind, kann man sich gegen eine Satire, also Kunst, gerichtlich wehren.
Aber jeder weiß natürlich, wer eigentlich gemeint ist, zumal Hauptdarsteller Maurizio Antonini ein fast perfekter Doppelgänger Berlusconis ist. Glänzend imitiert er dessen Gesten, sein gefrorenes Lachen, seine Posen. Außerdem macht der Film aus der Not eine Tugend, und baut die Unmöglichkeit, eine Satire über Berlusconi zu drehen, geschickt mit ein - genauso, wie die Versuche Berlusconis, den Filmemachern im Vorfeld der Wahlen im April hinter den Kulissen Steine in den Weg zu legen, sie einzuschüchtern, zu schikanieren und zu bedrohen. So ist "Bye Bye Berlusconi!" quasi ein Making-off über sich selbst geworden, eine Fake-Doku darüber, wie aus einem geplanten Film etwas ganz anderes wurde.

Und die Geschichte der Produktion dieses Film ist nicht weniger interessant, als der Film selbst, in dem "Topolino" entführt wird, und ihm im Internet der Prozess gemacht wird. Nebenbei erfährt man viel über die Karriere Berlusconis, der als Sänger und Alleinunterhalter auf Kreuzfahrtschiffen begann und zum Multimilliardär wurde. Je länger der Film dauert, um so mehr vermischen sich die verschiedenen Ebenen. Der Zuschauer verliert ein wenig die Orientierung - allerdings mit Absicht, denn Stahlberg möchte auf den Kern seines Themas, die tatsächlichen politischen Verhältnisse zurückführen. Was ist wahr, was ist Betrug? Wer so fragt, denkt bereits kritisch, und lässt sich nicht von Politikern aufs Glatteis führen.

"Meine Damen und Herren, hier ist der Caiman!"

Dann kam der "Caiman". Selten war ein Film mit ähnlicher Spannung erwartet worden, wie dieser: War doch der Regisseur mit Nanni Moretti Italiens international am höchsten gehandelter Filmemacher, zudem in erklärter Linker. Der - im Konkreten fiktive - Spielfilm erzählt die Geschichte eines B-Movie-Produzenten, der überredet wird, einen Film über Italiens Premierminister, den mächtigsten und reichsten Mann des Landes zu drehen. Voller Spitzen und grundsätzlicher Feindschaft gegen Berlusconi, dreht sich das Werk vor allem um die mysteriösen Karriereanfänge Berlusconis.

Der Aufstieg des unbekannten, zunächst nicht mit den Eliten des Landes vernetzten Kleinbürgerkindes von einem Einserjuristen und Touristenanimateur zum reichsten Italiener war, wie neueste Buchveröffentlichungen zu belegen versuchen, im Wesentlichen von zwei Quellen finanziert worden: Der sizilianischen Mafia, die Mitte der 70er Jahre ihr Geld in Mailand anlegte, und diskreten Finanziers aus der Katholischen Hochfinanz, die über Lichtensteiner Briefkastenfirmen bereits in den 60-er Jahren Vatikangelder in halblegale Bauprojekte fließen ließen. Quasi aus dem Nichts stampfte Berlusconi damals die Trabantenstadt "Milano Due" für 10.000 Bewohner aus dem Boden - der Beginn seiner Karriere.

Trotz solcher Zusammenhänge ist Morettis Film doch nicht das Anti-Berlusconi-Machwerk, das viele erwartet hatten. Vielmehr dreht er sich vor allem um die Italiener, um jene Wähler, die sich bisher (und weiterhin?) nur allzu gern von dem begnadeten Verkäufer Berlusconi einwickeln lassen. Wie gut dieser Vollprofi sein Handwerk und Geschäft beherrscht, zeigte seine Reaktion: "Meine Damen und Herren, hier ist der Caiman!" grinste Berlusconi kürzlich zur Begrüßung seiner Anhänger.

Der "Fahrenheit-Effekt"

Fiebrig waren die Erwartungen die Medien: Nicht weniger als drei ganze Zeitungsseiten räumte der renommierte "Corriere della Sera" zum Start am 24. März frei, zugleich reagierte die Linke nervös: "Mir wäre lieber, der Film würde erst nach der Wahl starten." meinte Oppositionsführer und Berlusconi-Gegenkandidat Romano Prodi. Und Oliviero Diliberto von der Kommunistischen Partei sprach von einem "Fehler". Offenbar fürchtete man einen "Fahrenheit-Effekt", eine Solidarisierung mit dem Satire-Opfer. Denn nicht wenige Bush-Gegner in den USA machen Michael Moores Filmpamphlet "Fahrenheit 9/11" für die knappe Wiederwahl Bushs verantwortlich.

In jedem Fall hat Berlusconi - durch eigenes Zutun, wie durch seine Gegner - geschafft, was bisher nur Diktatoren gelang: Er ist das zentrale Gesicht seines Landes, das im Ausland weithin mit diesem identifiziert wird. Zumindest hierin und in der Form seiner politischen Propaganda ähnelt Berlusconi tatsächlich dem faschistischen Duce Benito Mussolini. Seine Botschaften bringt Berlusconi bekanntlich mithilfe einer beispiellosen, legislativ unkontrollierten Medienmacht geballt unter die Wählerschaft. Zwar hat ausgerechnet er sich kürzlich darüber beklagt, dass er zu wenig im Fernsehen zu sehen sei.

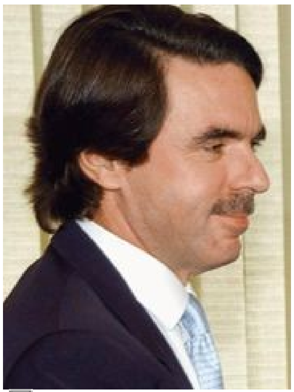
Doch in Italien spricht man von "Silviomania". Berlusconis Medien zeigen eine einzige Personality-Show, das propagandistische Dauerfeuer einer Meinungsdiktatur, bei dem die Wähler praktisch um Berlusconi nicht herumkommen. Carlo Freccero, Ex-Chef von RAI Due, nennt das "Faschismus light". Berlusconi führe ein Regime, das zwar "weniger dramatisch" als der Faschismus sei, aber "schwerer zu bekämpfen." Diese "Konsensmaschinerie" ersetze "die Gummiknüppel von damals

durch das Fernsehen. Ideologie verkauft Berlusconi wie Spülmittel." "Wer schnell Geld machen will, hat kein Interesse an einem wohlgeordneten Staat"
So angemessen die Faschismus-Vergleiche hier sind, und so skandalös das Verhalten der EU gegenüber diesen Entwicklungen ist, kann man doch auch einfach von Populismus reden. Berlusconi bringt diese, längst auch außerhalb der Politik allgemein gewordene Kulturtechnik vielleicht nur zur Perfektion. Berlusconi repräsentiert die Ersetzung von politischem Handeln durch Symbolpolitik, die Eventkultur mit ihren billigen Effekten, vor allem die moralische Gleichgültigkeit und Anomie der westlichen Gesellschaften.
Nur der ist zu verdanken, dass Berlusconi von Fakten redet, die keiner Überprüfung standhalten, sich als Oppositioneller geriert, obwohl er fünf Jahre an der Macht war. Treffend nennt ihn der Schriftsteller Andrea Camilleri "den übelsten Vertreter der Partei derjenigen, die immer bei Rot über die Ampel fahren", der Wirtschaftsprofessor Paolo Slavini nennt ihn einen "Freibeuter an der Macht". Und der Turiner Philosoph Hugo Perone analysiert die Gründe seiner beständigen Anhängerschaft:

Wir hatten lange eine quasi Staatspartei, die "Democrazia Cristiana" (DC), die in den Umfragen regelmäßig hinten lag, die Wahlen am Ende aber gewann: Das lag daran, dass man sich schämte, die DC zu wählen. Vielleicht ist es auch im Fall von Berlusconi so: Wer wenig Steuern zahlt, wer in spekulative Projekte investiert, wer schnell Geld machen will, hat kein Interesse an einem wohlgeordneten Staat.
Aus diesem Grund argumentiert die Linke in Italien auch legalistischer, als in anderen Ländern. Man dürfe Italien nicht behandeln, als wäre es eine von Berlusconis Firmen; Politik und Bürger müssten die Gesetze achten, augenzwinkernde Staatsverachtung sei Kennzeichen der Rechten. Berlusconi ist so gefährlich, weil er an eine alte Mentalität anknüpft: "Eine gewisse Fremdheit dem Staat gegenüber hat in Italien lange Tradition. Berlusconi verkörpert den Versuch einer Demontage des Staates." (Perone). Trotzdem sollte man das Phänomen Berlusconi nicht mit der traditionellen westeuropäischen lächelnden Verachtung der "Italianitá" abtun.
Vielleicht wird es bald wieder die Richter beschäftigen. Sollte Berlusconi die Wahl verlieren, dürfte auch die Linke - wie Berlusconi 2001 - gelernt haben. Nachdem bereits sein Anwalt in vier Verfahren wegen Richterbestechung verurteilt, engste Mitarbeiter wegen diverser anderer Delikte, und er selbst mit zwei laufenden Verfahren wegen Richterbestechung zu tun hat, könnte es Berlusconi an den Kragen gehen.
Im Wahlkampf spielen die ganzen Vorwürfe zwar kaum eine Rolle, handelt es sich doch um so genannte Tabuthemen. Doch die zunehmenden Beleidigungen und Eklats, die peinlichen Fettnäpfchen, in die der Premier tritt, die Bezeichnung oppositioneller Wähler als "Schwachköpfe", die gesamte Aggressivität an Berlusconis Auftritten macht offenkundig, dass hier einer verzweifelt ist, spürt, dass ihm die Macht entgleitet.
Literatur:
Andrea Camilleri: "Italienische Verhältnisse"; Wagenbach Verlag, Berlin 2005
Paul Ginsborg: "Berlusconi. Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg?"; Wagenbach Verlag, Berlin 2005
Alexander Stille: "Citizen Berlusconi"; Beck Verlag 2006

José María Aznar

José María Aznar López (* 25. Februar 1953 in Madrid) ist ein spanischer Politiker und war von 1996 bis 2004 Ministerpräsident (*Presidente del Gobierno*) Spaniens.



José María Aznar am 29. Oktober 2003

Vor seiner politischen Karriere arbeitete Aznar nach seinem Jurastudium als Steuerinspektor. Aznar war zwischen 1982 und 1987 Generalsekretär der Alianza Popular (AP), einer rechtskonservativen Partei in Spanien, und von 1987 bis 1989 Regierungschef von Kastilien-León. Nachfolgerin der AP wurde die Partido Popular (PP), deren Vorsitzender Aznar 1990 wurde. ETA verübte am 19. April 1995 ein Sprengstoffattentat auf ihn. Wenige hundert Meter von seiner Wohnung entfernt explodierte auf dem Weg zur Parteizentrale der PP an einer Straßenkreuzung eine 25-Kilo-Autobombe und zerstörte seinen schwer gepanzerten Wagen. Alle Insassen überlebten, Aznar wurde nur leicht verletzt. Die Täter konnten unerkannt fliehen. Knapp ein Jahr später, am 3. März 1996, wurde die PP Wahlsiegerin bei den spanischen Parlamentswahlen und Aznar wurde am 5. Mai 1996 als Ministerpräsident vereidigt. Allerdings bildete er eine Minderheitsregierung unter Duldung von CiU, PNV und CC. Entgegen der spanischen Tradition förderte Aznar zunächst die Autonomiebestrebungen der spanischen Regionen. Seine politische Agenda basierte innenpolitisch auf der Sanierung der Staatsfinanzen, der Erlangung eines starken Wirtschaftswachstums und dem Kampf gegen den ETA-Terrorismus. Bei den Wahlen am 12. März 2000 gelang es Aznar die absolute Mehrheit zu erringen.

Aznar wurden seitens der parlamentarischen Opposition eine Reihe von politischen "Skandalen" beziehungsweise bedenkliche Positionen vorgeworfen. Diese umfassen:



José María Aznar

Die pompöse Hochzeitsfeier seiner Tochter Ana Aznar Botella im Jahr 2002: Brautzeugen waren unter anderem Tony Blair, Silvio Berlusconi und eine Vielzahl spanischer Minister.

Untergang des Öltankers Prestige vor der Küste Galiciens im Jahr 2002.

Die Unterstützung der Alliierten im Irakkrieg im Jahr 2003 gegen Saddam Hussein.

Die Informationspolitik nach den verheerenden Anschlägen des 11. März 2004 auf mehrere Züge in der Hauptstadt Madrid: Mit Blick auf die wenige Tage später, am 14. März 2004, stattfindenden Parlamentswahlen hatte die Regierung von Aznar den Anfangsverdacht einseitig auf die baskische Terrororganisation ETA gelenkt, obwohl es Hinweise auf einen radikal-islamischen Täterhintergrund gab. Die spanische sozialistische Arbeiterpartei PSOE wirft ihm vor, er habe die behauptete Täterschaft von ETA für Wahlzwecke nutzen wollen, da er davon ausgehen musste, dass ein islamistischer Tathintergrund in der Bevölkerung negativ aufgenommen werden würde, vor allem deshalb, weil Aznars Politik eines konsequenten Engagements an der Seite der USA im Irakkrieg von großen Teilen der Bevölkerung nicht gestützt worden war.

Aznar hatte 2003 angekündigt, dass er nicht für die nächste Wahl kandidieren werde. Er schlug Mariano Rajoy als seinen Nachfolger vor.

Aznar wird ab dem kommenden Studienjahr an der Georgetown Universität in Washington, D.C. lehren. Dort wird er den Posten eines „Associate Professors“ im Bereich zeitgenössische europäische Politik und transatlantische Beziehungen innehaben.

Die pompöse Hochzeitsfeier seiner Tochter Ana Aznar Botella im Jahr 2002: Brautzeugen waren unter anderem Tony Blair, Silvio Berlusconi und eine Vielzahl spanischer Minister.

Tony Blair



Tony Blair

Anthony "Tony" Charles Lynton Blair (* 6. Mai 1953 in Edinburgh) ist ein britischer Politiker. Der Rechtsanwalt ist seit 1997 Premierminister des Vereinigten Königreiches (Labour Party). Er ist der am längsten ununterbrochen regierende Labour-Premierminister.

Leben

Blair wurde in Edinburgh in Schottland geboren, verbrachte aber den größten Teil seiner Jugend im nordenglischen Durham. Sein Vater Leo Blair, ein Rechtsanwalt, war Mitglied der Konservativen Partei. Leo Blair strebte eine Kandidatur für das britische Unterhaus an, erlitt jedoch einen Schlaganfall, als Tony elf Jahre alt war. Tony Blair erreichte seinen Schulabschluss am Fettes College in Edinburgh (auch als das "Eton Schottlands" bezeichnet). Blair studierte Rechtswissenschaften am St. John's College in Oxford. In seiner Freizeit spielte er Gitarre und sang für eine Rockband namens "Ugly Rumours". Nach seinem Studienabschluss 1975 wurde er Rechtsanwaltsanwärter und traf dabei Cherie Booth. Blair und Booth heirateten am 29. März 1980. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor:

Euan Anthony Blair (* 19. Januar 1984)

Nicholas John Blair (genannt Nicky) (* 6. Dezember 1985)

Kathryn Hazel Blair (* 2. März 1988)

Leo George Blair (* 20. Mai 2000)

Leo Blair ist bekannt als das erste während der Amtszeit geborene Kind eines Premierministers seit 150 Jahren. Tony Blair war stets bestrebt, seine Kinder aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit fernzuhalten, was aber nicht immer gelang. Euan Blair ist 2000, 2002 und 2005 mehrfach wegen Trunkenheit in der Öffentlichkeit aufgefallen. Im Jahr 2000 musste der 16-Jährige von seiner Mutter und einem Sicherheitsbeamten von einem Polizeirevier in London abgeholt werden, nachdem Euan die Nacht in der Ausnüchterungszelle verbracht hatte.

Blair ist Anglikaner, während seine Frau Cherie römisch-katholisch ist - auch die Kinder werden im katholischen Glauben aufgezogen. Auch wenn Blair seinen Glauben nicht zum politischen Thema machen möchte, gilt dieser als wichtige Antriebsfeder seiner politischen Überzeugungen. Die Werke des schottischen christlichen Philosophen John Macmurray hatten vermutlich einen prägenden Einfluss

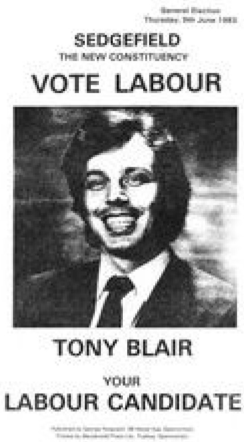
auf Blair, der als der religiöseste Premierminister seit William Ewart Gladstone angesehen wird.

Politische Karriere

Kurz nach seinem Universitätsabschluss 1975 trat Tony Blair in die Labour Party ein. In den frühen 80er Jahren war er in Hackney, einem Bezirk in London, aktiv, wo er der "gemäßigten Linken" angehörte, die die Kontrolle über die Partei zu übernehmen versuchte. Allerdings schlug sein Versuch fehl, als Kandidat für den Rat von Hackney aufgestellt zu werden. Über seinen Schwiegervater kam er in Kontakt mit Tom Pendry, einem Unterhausabgeordneten, den er um Unterstützung für seine politische Karriere bat. Pendry vermittelte Blair als Kandidaten für eine Nachwahl zum Unterhaus in Beaconsfield im Jahr 1982. Auch wenn dies ein sicherer Wahlkreis der Tories war und Blair lediglich 10% der Stimmen erreichte, wurde er dadurch innerhalb der Labour-Partei und bei ihrem Vorsitzenden Michael Foot bekannt.

1983 gelang es Blair, Kandidat für Labour im neu geschaffenen Wahlkreis von Sedgefield zu werden. Es war ein sicherer Wahlkreis für Labour, und so zog Blair trotz der verheerenden Niederlage seiner Partei bei den Unterhauswahlen ins Parlament ein.

Parlamentarische Oppositionszeit



Wahlplakat Blairs zu den Wahlen 1983

Nach dem Einzug ins Parlament begann für Tony Blair ein steiler Aufstieg. 1984 war er stellvertretender finanzpolitischer Sprecher seiner Partei. Er initiierte eine Untersuchung der Übernahme der kollabierten Johnson Matthey Bank durch die Bank of England und brachte die Regierung in Verlegenheit, als er einen Bericht der Europäischen Gemeinschaft vorlegte, der auch von einem Kabinettsmitglied unterzeichnet worden war und in dem die britische Wirtschaftspolitik kritisiert wurde. Blair gehörte dem Reformflügel seiner Partei an, der von Parteichef Neil Kinnock angeführt wurde. Nach den Unterhauswahlen 1987 kam er in die Arbeitsgruppe für Handel und Industrie und wurde deren Sprecher für die Stadt London. Er kandidierte für das Labour-Schattenkabinett und erhielt 71 Stimmen aus seiner Fraktion, was für einen jungen Parlamentarier als gutes Ergebnis angesehen wurde.

Nach dem Börsencrash von 1987 gewann Blair an Bekanntheit. Er setzte sich als Modernisierer in Szene, indem er gegen den drittklassigen Service für Kleinanleger an der Londoner Börse protestierte. Er wurde im Labour-Schattenkabinett 1988 Energieminister und im folgenden Jahr Arbeitsminister des Schattenkabinetts. Ihm fiel auf, dass die Unterstützung seiner Partei für die in Entwicklung befindliche Europäische Sozialcharta einer Abkehr von den sogenannten "Closed Shops"

bedeutete, der Verpflichtung durch britische Arbeitgeber an alle ihre Beschäftigten, Mitglied in der gleichen Gewerkschaft zu sein. Als er diese Positionsänderung im Dezember 1989 bekanntgab, sorgte dies für große Verärgerung bei der Parteilinken, erschwerte den Konservativen aber politische Attacken auf seine Partei.
Wegen seiner jugendlichen Ausstrahlung und Telegenität wurde Blair durch den PR-Beauftragten seiner Partei, Peter Mandelson, stärker ins Rampenlicht gerückt. Seine erste große Rede auf dem Parteitag 1990 war allerdings ein Fehlschlag, als er überhastet sprach und den Faden seines Manuskripts verlor. Er arbeitete daran, seine Partei stärker in die politische Mitte zu rücken und sie dadurch bei den Wahlen von 1992 wählbarer zu machen.
Nach der Wahlniederlage 1992 gegen Premier John Major trat Parteichef Neil Kinnock zurück. Unter seinem Nachfolger John Smith wurde Blair Innenminister im Schattenkabinett. Sein Konzept beschrieb er als "Hart gegen die Kriminalität, Hart gegen die Ursachen der Kriminalität". In diesem Feld hatte die Labour-Partei zuvor ein eher schlechtes Image. Tony Blair beklagte einen Verlust an Gemeinsinn, den er zumindest teilweise dem "Liberalismus der 60er Jahre" anlastete, sprach sich für die Angleichung des Mindestalters für gleichgeschlechtliche sexuelle Beziehungen aus und war gegen die Todesstrafe.
John Smith starb 1994 unerwartet nach einem Herzinfarkt. Tony Blair und Gordon Brown waren die aussichtsreichen Kandidaten für seine Nachfolge. Auch wenn Brown mit seiner größeren Erfahrung zunächst als der wahrscheinlichere Kandidat galt, zeigten die Umfragen eine deutlich größere Unterstützung für Blair, und Brown verzichtete auf die Kandidatur. Am 21. Juli 1994 setzte sich Blair bei der Wahl gegen John Prescott und Margaret Beckett durch und wurde neuer Parteivorsitzender. Es gibt Berichte, nach denen er Gordon Brown versprochen habe, ihn nach einer festgelegten Zeit zu seinem Nachfolger zu machen.
Parteivorsitz
Blair begann die Partei konsequent zu reformieren und ersetzte die Parteistatuten von 1918. Bemerkenswert war die Streichung der Klausel IV, welche vorsah, dass "das Volk die Produktionsmittel besitzen" solle (daraus leiteten frühere Labour-Regierungen die Legitimation von Verstaatlichungen ab). Auf einem Sonderparteitag 1995 wurde diese Änderung bestätigt. Sozialreformen und eine Öffnung des Landes gegenüber der EU bildeten weitere Kernpunkte seiner Politik. Blair gebrauchte den Begriff *New Labour*, um seine christlich-demokratischen Überzeugungen gegenüber dem seiner Meinung nach veralteten sozialistischen Gedankengut abzugrenzen.
Seine Reformen stießen auf Kritik bei den Traditionalisten der Parteilinken und wurden von den politischen Gegnern als "oberflächlich" bezeichnet, doch es gab seiner Partei ein neues Bild in der Öffentlichkeit. Auf dem Parteitag 1996 nannte er als Prioritäten nach einer möglichen Regierungsübernahme "Bildung, Bildung, Bildung". Unterstützt durch die Unzufriedenheit mit der konservativen Regierung John Majors, welche von Korruptionsanschuldigungen und Streit um die Europapolitik geplagt war, erreicht "New Labour" bei den Unterhauswahlen von 1997 einen Erdrutschsieg. Mit 43 Jahren wurde Tony Blair jüngster britischer Premierminister seit 1812.

Erste Amtszeit 1997-2001
Gleich nach dem Amtsantritt gab die Regierung, namentlich Schatzkanzler Gordon Brown, der Bank of England freie Hand bei der Festsetzung der Leitzinsen. Zuvor hatten die Regierungen, gerade in Wahlkampfzeiten, oft an den Zinsen gedreht, was

negative Folgen für die britische Wirtschaft hatte. Mit Alistair Campbell installierte er einen Pressesprecher mit vorher nicht da gewesenem Einfluss.
Einer der größten Erfolge während seiner ersten Amtszeit war die Unterzeichnung des *Karfreitags-Abkommens*, welches den Nordirland-Konflikt wesentlich entschärfte. Die Verhandlungen über ein Abkommen hatten bereits unter Blairs Vorgänger John Major begonnen. Es wurde schließlich am 10. April 1998 unterzeichnet. Am 26. November des gleichen Jahres war Blair der erste britische Premierminister überhaupt, der vor dem irischen Parlament eine Rede hielt. Auch wenn die Einlösung vieler Teile des Abkommens auf sich warten lässt, haben die Waffenstillstandsvereinbarungen und neuen politischen Strukturen für Nordirland die Perspektiven für einen langfristigen Frieden in Nordirland wesentlich verbessert.
Es gab zudem wesentliche Verfassungsreformen. Ein Menschenrechtskatalog wurde 1998 eingeführt; in Wales und Schottland wurden Regionalparlamente errichtet, und erbliche Adelstitel berechtigten in den meisten Fällen nicht mehr zum Einzug ins Oberhaus. Im Jahr 2000 wurde eine neue regionale Struktur für den Großraum London geschaffen und ein "Freedom of Information Act" verabschiedet.
In der Kosovo-Krise 1999 spielte Blair eine führende Rolle. Nachdem die Labour-Partei die Schwäche der Tory-Regierung während des Bosnienkrieges kritisiert hatte, forderte Blair ein klares Handeln der NATO gegenüber Slobodan Milošević. Er überzeugte US-Präsident Clinton, notfalls auch Bodentruppen im Kosovo einzusetzen. Auf einer Rede in Chicago, einen Monat nach Kriegsbeginn, legte er Grundzüge einer neuen Doktrin für die internationale Gemeinschaft fest [1]. Im gleichen Jahr erhielt er den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen.

Wahlen und Zweite Amtszeit ab 2001



Blair und George W. Bush am 28. Juni 2004
Im Wahlkampf 2001 machte Blair die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere des britischen Gesundheitswesens, zum Hauptthema. Die Konservative Partei versuchte das Thema weitgehend zu ignorieren und kritisierte vor allem eine mögliche britische Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion. Die Labour-Partei gewann die Wahlen deutlich, und Tony Blair wurde der erste Labour-Premier, der eine volle zweite Amtsperiode regierte. Der Vorsitzende der Tories, William Hague, trat zurück und wurde durch Iain Duncan Smith ersetzt. Hague war der erste konservative Parteivorsitzende, der nie Ministerpräsident wurde.
Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stellte sich Blair kompromisslos auf die Seite der USA und half bei der Bildung einer internationalen Koalition zur Intervention in Afghanistan, bei der britische Truppen beteiligt waren.
Blair unterstützte von Beginn an die Pläne von US-Präsident Bush zu einem möglichen Angriff auf den Irak unter Diktator Saddam Hussein. Der Krieg war international wie auch im eigenen Land heftig umstritten. Blairs Begründungen fokussierten auf die Behauptung, Irak besitze Massenvernichtungswaffen und habe

UN-Resolutionen verletzt, da der Sturz einer Diktatur im internationalen Recht kein Kriegsgrund ist. Großbritannien nahm mit 46.000 Soldaten, einem Drittel der gesamten Stärke der Armee, am Golfkrieg von 2003 teil. Nach dem Sturz Saddam Hussein wurden die Truppen vorrangig im Süden des Irak stationiert. Als sich die Existenz von Massenvernichtungswaffen nach dem Krieg nicht bestätigte, geriet Blair innenpolitisch unter Druck. Ihm wurde vorgeworfen, die vorliegenden Indizien einer irakischen Bedrohungen massiv übertrieben zu haben. Die Kontroverse hält bis heute an.

Innenpolitisch ging Blair nach dem Wahlsieg zunächst die Erfüllung seiner Versprechen bezüglich der öffentlichen Dienstleistungen an. Seine Regierung erhöhte die Steuern, um die Ausgaben für Bildung und Gesundheitswesen zu erhöhen. Er bemühte sich um Reformen bei der Struktur der Gesundheitswesen und gab den Krankenhäusern größere finanzielle Autonomie.

Nach dem Tod des Waffenexperten und Berater der britischen Regierung David Kelly am 17. Juli 2003 wurden die Rücktrittsforderungen aus den eigenen Reihen und von der Opposition immer lauter. Am 29. Januar 2004 veröffentlichte der mit der Untersuchung der näheren Umstände des Todes betraute Lordrichter Brian Hutton den Schlussbericht seiner Arbeit. Dort wurde auch die Frage erörtert, ob Tony Blair die Order zur Preisgabe des Namens des Biowaffenexperten gab. Tony Blair und die Öffentlichkeit interpretieren den Abschlussbericht als völlige Entlastung, während der Generaldirektor und der Intendant der BBC umgehend von ihren Ämtern zurücktraten.

Kontroversen gab es auch um Studiengebühren. Ein Gesetz, das Erhöhungen zuließ, brachte Blair am 27. Januar 2004 an den Rand einer Abstimmungsniederlage im Unterhaus. Im April 2004 kündigte er zudem ein Referendum über die EU-Verfassung an. Dies wäre erst das zweite nationale Referendum in der britischen Geschichte und bedeutete eine Abkehr von der bisherigen Position seiner Regierung. Die Abstimmung wird voraussichtlich im Frühjahr 2006 stattfinden.

Beim Verbot der Fuchsjagd legte sich Blair mit den Traditionalisten seines Landes an. Im Gegensatz zur kompromisslosen Partnerschaft mit den USA bei deren Militäraktionen drängt Blair auf ein rasches Handeln beim Klimaschutz und eine vollständige Implementierung des Kyoto-Protokolls.

Im Herbst 2003 wurden bei Blair Herzrhythmusstörungen festgestellt. Er musste sich deswegen ein Jahr später einer Operation unterziehen.

Seit dem 6. Februar 2005 ist Blair der am längsten regierende Labour-Premierminister aller Zeiten.

Wahlen und Dritte Amtszeit ab 2005



Wahlkampfplakate zur Wahl 2005.

Bei den Unterhaus-Wahlen vom 5. Mai trat Blair erneut als Kandidat für die Labour-Partei an. Nach einem kurzen Wahlkampf, in dem er vor allem versuchte, die wirtschaftlichen Erfolge seiner Regierung herauszustellen, errang seine Partei trotz deutlicher Verluste eine erneute Mehrheit der Sitze. Sein konservativer

Gegenkandidat Michael Howard hatte die Steuer- und Immigrationspolitik zum wichtigsten Thema seines Wahlkampfs gemacht, konnte jedoch die Stimmenzahl seiner Partei nur unwesentlich steigern, auch wenn es den Tories gelang, zahlreiche Parlamentssitze hinzuzugewinnen. Charles Kennedy, Blairs Herausforderer von den Liberaldemokraten, hatte ganz auf den in der britischen Öffentlichkeit heftig umstrittenen Irak-Krieg als Wahlkampfthema gesetzt, konnte damit jedoch trotz Stimmen- und Sitzgewinnen keine Regierungsbeteiligung seiner Partei erzwingen.
Tony Blair wurde daher am 6. Mai 2005 von der britischen Königin Elisabeth II. zum dritten Mal in Folge mit der Regierungsbildung beauftragt. Viele Kritiker behaupten allerdings, dass seine dritte Amtszeit nicht lange anhalten wird, das es bereits zu einigen innerparteilichen und außerparteilichen Problemen gekommen ist.
"Ideale überleben durch die Veränderung. Sie sterben durch Trägheit angesichts der Herausforderung." - *vor dem Europa-Parlament in Brüssel, 23. Juni 2005*
(Original engl.: *"Ideals survive through change. They die through inertia in the face of challenge."*)
"Kein Land ist bereit, sein Wachstum und den Konsum im Lichte eines langfristigen Umweltproblems zu beschneiden." - *bei einer Podiumsdiskussion im September 2005 in New York (siehe Spiegel 40/2005)*
Zitate mit Bezug auf Blair
"Tony Blair, das ist Thatcher, nur noch schlimmer. Arrogant wie sie, mit noch mehr Egoismus obendrein." - *Jacques Chirac*Biography

The Prime Minister Tony Charles Lynton Blair



George W. Bush



George Walker Bush (* 6. Juli 1946 in New Haven, Connecticut) ist ein US-amerikanischer republikanischer Politiker. Bush ist der 43. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und bewarb sich im US-Wahlkampf 2004 erfolgreich für eine zweite Amtsperiode, die am 20. Januar 2005 begann.
Nach Unternehmertätigkeit in der Ölindustrie wurde Bush 1994 Gouverneur von Texas und blieb dies auch noch eine zweite Amtszeit, bis er 2000 die Präsidentschaftswahlen gewann.
Er ist Mitglied der wohlhabenden und einflussreichen Bush-Familie, so war sein Vater George H. W. Bush der 41. Präsident der USA und sein Bruder Jeb Bush ist Gouverneur von Florida. Seine Vornamen wurden angelehnt an den Namen seines Vaters und seines Urgroßvaters George Herbert Walker (der Nachname war Walker). Bushs Großvater war der Unternehmer und Senator Prescott Bush.
Leben
Geboren als Sohn von Barbara Bush wuchs George W. zusammen mit vier jüngeren Geschwistern – Jeb, Neil, Marvin und Dorothy, – in Midland und Houston (Texas), auf. Eine weitere jüngere Schwester verstarb 1953 dreijährig an Leukämie.
Bush besuchte von 1961 bis 1964 die Phillips Academy, auf der auch sein Vater gewesen war, und studierte anschließend von September 1964 bis Mai 1968 Geschichte an der Yale University, wo er, ebenfalls wie sein Vater, Mitglied der Geheimgesellschaft Skull & Bones und des Studentenbundes Delta Kappa Epsilon (dessen Präsident er ab Oktober 1965 war) war. 1968 schloss er sein Studium an der Yale-Universität als Bachelor in Geschichte ab.
Anschließend verpflichtete er sich für sechs Jahre bei der Nationalgarde. Bei der Air National Guard in Texas wurde er Leutnant, Pilot und Führer einer Staffel F-102 Delta Daggers. Da die Nationalgarde vorwiegend im Inland eingesetzt wird, sah sich Bush später mit dem Vorwurf konfrontiert, einer Einberufung in die Army zuvorgekommen zu sein und sich damit einem Einsatz im Vietnam entzogen zu haben - er wurde *draft dodger* (als ein sich der Einberufung Entziehender; vergleiche die deutschen Begriffe: Kriegsdienstverweigerer, Wehrdienstverweigerer) gescholten, bei patriotischen US-Amerikanern alles andere als ein Ehrentitel. Dies war jedoch nicht zuletzt, d. h. nicht nur unter Politikersöhnen eine durchaus verbreitete Praxis (sein Vater war damals Kongressabgeordneter im Repräsentantenhaus). Der Verdacht, Bush habe außerdem seine sich aus dem Dienst in der Nationalgarde ergebenden Pflichten nicht vollständig erfüllt, hatte deshalb größeres politisches Gewicht. Auf Druck der Öffentlichkeit ließ er daher im Februar 2004 die Akten über diese Zeit für Untersuchungen freigeben.



Laura Bush

Zwischen 1972 und 1975 besuchte er die Harvard Business School der Harvard-Universität, wo er den Titel (MBA) erwarb, eines Master of Business Administration. 1977 heiratete er Laura Welch. - Die Zwillingstöchter Jenna und Barbara Anita wurden 1981 geboren.

Seine Unternehmertätigkeit begann Bush 1978 in der Erdölförderindustrie mit der Gründung von *Arbusto Energy*, später in *Bush Exploration* umbenannt. Als Anfang der Achtziger Jahre die Ölpreise einbrachen, geriet das Unternehmen in Schwierigkeiten und musste 1984 mit dem Ölunternehmen *Spectrum 7 Energy Corp.* fusionieren. Bush wurde Vorsitzender des Unternehmens. Als 1986 die Ölpreise erneut einbrachen, wurde es jedoch zahlungsunfähig und von *Harken Energy Corp.* aufgekauft. Bush wurde dadurch einer der Direktoren bei Harken.

1986 war auch das Jahr einer einschneidenden Veränderung in Bushs Privatleben. Im Alter von 40 Jahren konvertierte er von den Anglikanern zu den Methodisten, der Glaubensrichtung, der seine Frau angehört, um fortan als *wiedergeborener Christ* völlig auf Alkohol zu verzichten. Seine Probleme im Umgang mit Alkohol waren bereits 1976 aktenkundig geworden, als ihm in Maine wegen Trunkenheit am Steuer, zusammen mit seinem damaligen Berater Raphael Rosenast, befristet der Führerschein entzogen worden war und er einen strengen Entzug vollziehen musste, der ihm sehr schwer fiel. Auf sehr unschöne Weise wird Bush auch heute noch mit dem Problem des Alkoholismus konfrontiert, da seine Tochter Jenna wiederholt auffällig wurde und betrunken ein Automobil steuerte.

1988 war George W. Bush Mitglied des Wahlkampfteams seines Vaters bei der (dann gewonnenen) Präsidentschaftswahl. Anschließend erwarb er, gemeinsam mit nahen Freunden seines Vaters, das Baseballteam Texas Rangers, (sein Anteil betrug 5%). Er war bis zu seiner Wahl zum Gouverneur von Texas 1994 der *Managing Partner* des Teams. Mit dem Verkauf seines Anteils an den Texas Rangers 1998 hat Bush 15 Millionen Dollar verdient. Auch dies hatte Kritiker auf den Plan gerufen, die die fragwürdigen Umstände dieser Wertsteigerung anprangerten.

Politische Karriere

Gouverneur von Texas

Die texanische Gouverneurswahl am 8. November 1994 konnte Bush gegen die demokratische Amtsinhaberin Ann Richards für sich entscheiden; dies wurde gemeinhin als Überraschung bewertet, da Texas als sichere Bastion der Demokraten galt und Ann Richards sich noch am Wahlabend als sichere Siegerin sah. Um seine Position auch unter den von Hause aus demokratischen Wählern zu festigen, setzte Bush in seiner ersten Amtszeit auf weitgehende Kooperation mit dem politischen Gegner; so ernannte er einen Demokraten zu seinem Stellvertreter und stärkte diesem

dann auch den Rücken, indem er sich für Gesetzesvorhaben der gegnerischen Fraktion im texanischen Parlament einsetzte.
1998 war er der erste texanische Gouverneur überhaupt, dem eine Wiederwahl gelang. Dazu trug sowohl sein christlicher Glaube, die wirtschaftlichen Verbesserungen, die Schulpolitik als auch besonders seine entschiedene Befürwortung der Todesstrafe bei: 152 zum Tode Verurteilten verweigerte er während seiner Amtszeit die Begnadigung - ein Umstand, der bei den Gegnern der Todesstrafe im In- und Ausland wiederholt zu scharfer Kritik führte.

Präsidentschaft

Im Jahr 2000 wurde er zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner nominiert und trat unter dem Motto „mitfühlender Konservatismus“ (*compassionate conservatism*) gegen den Kandidaten der Demokraten und damaligen Vizepräsidenten Al Gore, sowie den von den Grünen nominierten (international als Verbraucherschutzanwalt bekannten) Ralph Nader an. Die Entscheidung wurde ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Hauptkandidaten Bush und Gore, sodass die Entscheidung schließlich nur noch vom Ergebnis im Bundesstaat Florida abhing.
Die Ergebnisse des Staates Florida waren in ihrer Auszählung jedoch überaus umstritten, was die USA bis an den Rand einer Staatskrise führte. Erst ein Urteil des Verfassungsgerichtes beendete schließlich die laufenden Auszählungen. Der zu diesem Zeitpunkt führende George W. Bush wurde zum Sieger in diesem Bundesstaat und damit zum Präsidenten der USA erklärt. Für eine Revision dieses Urteils sprachen sich zwar zahlreiche Bürger aus, jedoch unterstützte kein einziger Senator den Antrag. Bush erhielt US-weit insgesamt zwar weniger Stimmen als Gore, aber er konnte mehr Wahlmännerstimmen auf sich vereinigen, was bei der indirekten Präsidentenwahl in den USA ausschlaggebend ist.
Am 20. Januar 2001 wurde Bush vereidigt und war somit der zweite Präsident in der Geschichte der USA, dessen Vater ebenfalls Präsident gewesen war – diese Konstellation traf zuvor nur auf den sechsten Präsidenten, John Quincy Adams, zu, dessen Vater John Adams der zweite Präsident gewesen war. George W. Bush ist auch der erste Präsident mit einem MBA-Titel.

Politische Prioritäten

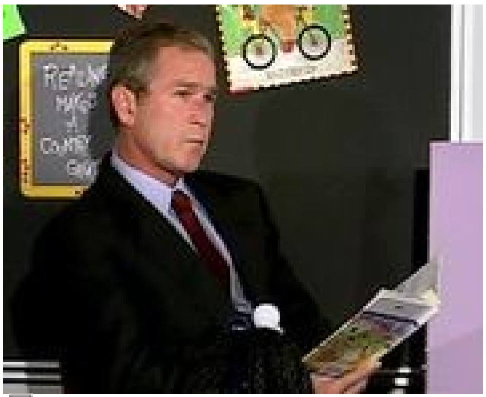
Wie in seiner Zeit als texanischer Gouverneur kündigte George W. Bush zu Beginn seiner ersten Amtszeit ein möglichst einvernehmliches, oder zumindest abgestimmtes, Handeln mit dem politischen Gegner an. Als Schwerpunkte benannte er eine Verbesserung des Bildungswesens, Steuersenkungen, Rechenschaftspflichten politischer Akteure gegenüber dem Volk, Stärkung des Militärs und Schaffung von Möglichkeiten für Arbeiter, Teile der Sozialversicherungsbeiträge privat zu investieren. Wichtiger Partner bei der Arbeit mit dem Senat wurde für Bush der Demokrat Edward Kennedy.
Der Ton zwischen beiden Parteien verschärfte sich jedoch im Sommer 2001 durch den Wechsel eines republikanischen Senators zu den Demokraten, was zu einem Verlust der republikanischen Senatsmehrheit führte und von zahlreichen Republikanern als Vertrauensbruch angesehen wurde.
Wichtigste Gesetzesprojekte bis zum 11. September 2001 (dem Tag der Terroranschläge auf die Zwillingstürme des World Trade Centers, bekannt als 9/11) waren ein Programm zur massiven Senkung der Steuern und die Reform des Bildungswesens - beide wurden vom Kongress angenommen. Der *No Child Left Behind Act* (Kein Kind soll zurückbleiben), der die Qualität des öffentlichen

Schulwesens und den Zugriff des Militärs auf Personalien der Schüler zum Zweck der Rekrutierung verbessern soll, trat im Januar 2002 in Kraft.
Im März 2001 wurde der endgültige Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Abkommen zur Reduzierung der Treibhausgase verkündet. Bush wird dafür und für seine auch sonst nicht umweltfreundliche Politik von Gegnern immer wieder scharf kritisiert. Befürworter argumentieren, dass das Protokoll von Bushs Vorgänger Clinton unterzeichnet wurde, obwohl auch dieser ein entsprechendes Gesetz nie durch den Senat bekommen hätte: die Bevorteilung etwa chinesischer Industrie gegenüber der US-amerikanischen ist zu stark. Im August 2001 modifizierte George W. Bush seine Haltung in der Bioethik-Debatte, indem er sich für die – wenn auch eingeschränkte – Unterstützung der embryonalen Stammzellenforschung entschied.
In den ersten Monaten seiner Präsidentschaft war Bush insgesamt relativ unauffällig und verbrachte sehr viel Zeit auf seiner Ranch in Texas, weswegen er als Teilzeitpräsident beschimpft wurde.
Außenpolitik

Mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 erfuhr die Politik von George W. Bush einen tief greifenden Einschnitt. Angesichts der hohen Opferzahl und der stark symbolischen Wirkung der Anschläge rief er einen *Krieg gegen den Terrorismus* aus.
Mit breiter internationaler Unterstützung (auch der deutschen Bundesregierung und vieler muslimischer Staaten) und der Zustimmung des UN-Sicherheitsrates führten die USA und Großbritannien zunächst ab dem 7. Oktober Krieg in Afghanistan, wo die für die Anschläge verantwortlich gemachten Terrororganisation Al-Kaida ihre Basis hatte.
Ein zusätzliches Ziel war, das islamistische Regime der Taliban zu stürzen. Die Anzahl der getöteten Zivilisten in diesem Krieg, bei dem auch sogenannte Daisy Cutter, Streubomben und Uranmunition zum Einsatz gekommen sind, wurde von der Frankfurter Konferenz der europäischen Exil-Afghanen im Dezember 2001 auf etwa 18.000 geschätzt.
Im 15. Juni 2002 hielt Präsident Bush eine Nahostrede, die neben der Forderung nach einer neuen palästinensischen Führung auch den Grundstein für den späteren gemeinsamen Friedensfahrplan der USA, Russlands, der EU und der UN, der Roadmap, enthielt. Dies war sein erstes Engagement in dem Konflikt, den er zuvor ignoriert hatte.
Im August 2002 versuchte Bush, den neu errichteten Internationalen Strafgerichtshof zu schwächen; bilaterale Abkommen mit anderen Staaten sollten Auslieferungen von US-Bürgern nach Den Haag, dem Sitz des Gerichtshofs, verhindern, der *Servicemen Protection Act* erlaubte dem Präsidenten, die gewaltsame Befreiung von US-Bürgern anzuordnen.
Im Laufe des Jahres 2002 stellte Bush einen direkten Zusammenhang zwischen dem Krieg gegen den Terrorismus und Saddam Hussein her. Bush warf dem Irak zudem vor, er besitze Massenvernichtungswaffen – ein Vorwurf, der bereits damals skeptisch aufgenommen wurde und der sich später als unwahr erwies. Sein stetig wachsender Druck auf den Irak gipfelte schließlich im März 2003 im Irak-Krieg mit dem Einmarsch von britischen und US-Truppen in den Irak.
Da wegen der starken Opposition im UN-Sicherheitsrat das eigentlich gewünschte ausdrückliche UNO-Mandat nicht zu bekommen war, stützte er sich schließlich lediglich auf eine so genannte *Koalition der Willigen* mit Großbritannien, Spanien, Italien, Polen, Australien und etwa 30 anderen Staaten. Die Gegner des Irakkrieges, darunter die Regierungen Frankreichs, Russlands, Deutschlands und Österreichs,

sahen in einer Fortführung der Waffeninspektionen durch die IAEA ein vorläufig ausreichendes Mittel für eine Abrüstung des Irak.
Auch in der internationalen Öffentlichkeit war es zu fruchtlosen Massenprotesten gegen die militärisch dominierte Außenpolitik der USA und ihrer Verbündeten gekommen. Weltweit beteiligten sich im Februar 2003 Millionen von Menschen an Antikriegsdemonstrationen der Friedensbewegung; auch in den Ländern, deren Regierungen sich hinter Bush gestellt hatten. Unter anderem wurde Bush vorgeworfen, dass der bedeutendere Kriegsgrund weniger der Kampf gegen den Terrorismus sei, sondern vielmehr die wirtschaftspolitischen (Zugriff auf die irakischen Erdölquellen) und geostrategischen Interessen der USA.
Während der Krieg in Afghanistan im Allgemeinen durch das Recht auf Selbstverteidigung als gedeckt gilt, war die völkerrechtliche Legitimation des Irakkrieges von Anfang an stark umstritten.
Die Kriegsgegner sehen sich inzwischen dadurch bestätigt, dass keine Massenvernichtungswaffen gefunden werden konnten und der Terrorismus durch den Krieg nicht geschwächt wurde. Tatsächlich blieb der Irak, und mit ihm auch zunehmend fast die gesamte arabische Welt, nach dem offiziellen Kriegsende ein Unruheherd, in dem sich Anschläge gegen die Besatzungstruppen, andere Ausländer und mit ihnen zusammenarbeitende, aber auch völlig unbeteiligte irakische und arabische Zivilisten zunehmend häufen. Auch international kam es zu weiteren Terroranschlägen von Al-Kaida und ihr nahestehenden Organisationen, darunter in Istanbul und am 11. März 2004 in Madrid.
Einen weiteren Rückschlag musste Bush im Frühjahr 2004 als Folge des Wahlsiegs der PSOE (Sozialisten) bei den spanischen Parlamentswahlen hinnehmen: wenige Tage vor der Wahl waren bei einem Bombenanschlag auf Madrider Vorortzüge 191 Menschen ums Leben gekommen. Die amtierende Regierung Aznar versuchte zunächst, die mutmaßlich von Al-Kaida-Terroristen verübten Anschläge, wider besseres Wissen, der baskischen Separatistenorganisation ETA zuzuschreiben. Die öffentliche Empörung über diesen Vorgang führte zum überraschenden Wahlsieg des Sozialisten José Luis Rodríguez Zapatero. Wie im Wahlkampf angekündigt, ordnete der neue Ministerpräsident kurz nach seiner Vereidigung den Rückzug der spanischen Truppen aus dem Irak an, da er "keine Anzeichen dafür erkennen könne, dass die Truppen, wie von ihm gefordert, bis zum 30. Juni der UN unterstellt würden". Damit scherte ein bislang als zuverlässig eingestufter Partner aus der "Koalition der Willigen" aus.

Innenpolitik nach dem 11. September 2001



Bush am 11. September 2001

Innenpolitisch konnte sich Bush zunächst auf eine breite Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus verlassen: Maßnahmen wie strengere Sicherheitskontrollen und Einreisebedingungen und Einschränkungen der bürgerlichen Rechte durch den *Patriot Act I* konnten zügig verabschiedet werden und George W. Bush konnte die höchsten Zustimmungswerte, die jemals in den USA gemessen wurden, verzeichnen. Erst später wurde Kritik, hauptsächlich an den Plänen zu einem *Patriot Act II*, laut. Ebenfalls wurden diverse Institutionen wie der Zoll, die Küstenwache und die Katastrophenschutzbehörde Federal Emergency Management Agency in einem *Ministeriums für Heimatschutz* mit 180.000 Mitarbeitern zusammengefasst.
Mittlerweile wurde bekannt, dass sich das FBI und die National Security Agency (NSA) in einem an den Präsidenten gerichteteten Memorandum im August 2001 mit der Terrorbedrohung befasste; es kam darin allerdings zu dem Schluss, dass es zwar "verdächtige Aktivitäten" gebe, sich Gerüchte über eine geplante Flugzeugentführung aber "nicht bestätigen" ließen. Dieses bis dahin geheime Dokument wurde von der Regierung auf Druck der vom US-Kongress eingesetzten Untersuchungskommission im April 2004 veröffentlicht. Allerdings waren die Warnungen und Hinweise sehr allgemein, weshalb konkrete Schutzmaßnahmen nicht möglich waren.
Im Jahre 2002 gewann die republikanische Partei die Senatswahlen und baute ihre Mehrheit im Kongress aus, entgegen des normalen Trends, dass die Regierungspartei in den *Midterm Elections* Stimmen verliert.
Eine Gesetzesinitiative des Präsidenten, die durch Steuererleichterungen die Konjunktur ankurbeln soll, gewann im Mai 2003 Gesetzeskraft. Im November 2003 gelang es Präsident Bush, eine Mehrheit für eine umfangreiche Gesundheitsreform mit Einführung staatlicher Zuschüsse für Medikamente im Rahmen der Medicare-Versicherung zu gewinnen. Im Januar 2004 kündigte Präsident Bush an, der Weltraumbehörde NASA Mittel für eine bemannte Station auf dem Mond zur Verfügung zu stellen, die als Bahnhof und Testlabor für spätere Flüge zum Mars dienen soll.
Bushs Gegner im Wahlkampf 2004, John Kerry, räumte kurze Zeit nach der Wahl seine (absehbare) Niederlage ein, wobei sich diesmal vor allem Ohio als der (zeitlich) am längsten zählende und wahlentscheidende Staat erwies. Bush erhielt diesmal - aufgrund der für US-Verhältnisse sehr großen Wahlbeteiligung - mehr Stimmen als jeder andere zuvor gewählte US-Präsident. Zum ersten Mal seit 1988 erhielt der Wahlsieger allerdings nicht nur die absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen, sondern auch die der abgegebenen Wählerstimmen. Gleichwohl gibt es Kritiker, u. a.

den im Kampf um einen Parlamentssitz unterlegenen Demokraten Jeff Fisher, der behauptet, dass nur in Wahlbezirken, in denen elektronische Wahlmaschinen eingesetzt wurden, extreme Abweichungen (Unregelmäßigkeiten) vorkamen. (Näheres im Hauptartikel zur Präsidentenwahl der USA, 2004)
Sonstige Ereignisse
Im März 2002 entschied Präsident Bush, Einfuhrzölle auf Stahl-Produkte zu erheben, um US-Firmen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. In der Folge verhängte die Europäische Union, gebilligt von der WTO, Strafzölle gegen die USA.
Im Juli 2002 entschied sich Präsident Bush, eine vom Kongress bewilligte Finanzhilfe in Höhe von 34 Mio. USD für den Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zurückzuhalten, da diese seiner Meinung nach in der Volksrepublik China Zwangsabtreibungen und -sterilisationen finanziere.
Im Mai 2004 dringen zunehmend Informationen über grausame und entwürdigende Folter- und Misshandlungspraktiken von US-amerikanischen Militärs an irakischen Gefangenen im Bagdader Abu-Ghuraib-Gefängnis an die Öffentlichkeit. Die Folterungen werden durch Fotos und Videos belegt. Bei den Misshandlungen hatte es auch schon mehrere Todesopfer gegeben. Bald werden ähnliche Vorfälle auch in anderen von Amerikanern geführten Militärgefängnissen im Irak und in Afghanistan bekannt. Schon zuvor war die Bush-Regierung wegen der unmenschlichen Behandlung der Gefangenen auf dem US-Stützpunkt Guantanamo Bay in Kuba unter Kritik geraten. Mit dem Bekanntwerden der Vorfälle in Abu Ghuraib weitet sich die Angelegenheit schnell zu einem Skandal aus, der auch die moralische Glaubwürdigkeit der Bush-Regierung deutlich schwächt.
Anfang Juni 2004 kommt es bei einer Europareise Bushs anlässlich des 60ten Jahrestags der Invasion der Alliierten in der Normandie beim Staatsbesuch in Italien zu massiven Straßenprotesten gegen Bush in Rom. Dort wurde der Präsident auch von Papst Johannes Paul II. zu einer Audienz empfangen. **Der Papst, ebenfalls ein entschiedener Gegner des Irakkrieges, kritisierte Bushs Irak-Politik mit ungewohnt deutlichen Worten und forderte ihn zu einer Veränderung seiner entsprechenden Politik auf.**

Im Dezember 2004 wählt das Time Magazine ihn zur *Person des Jahres* 2004 „*for sharpening the debate until the choices bled, for reframing reality to match his design, for gambling his fortunes – and ours – on his faith in the power of leadership*“.

Die zweite Amtsperiode

Im Kabinett Bushs der zweiten Amtsperiode wurde etwa die Hälfte der Minister ausgetauscht. Außenminister Colin Powell, der schon im November seinen Rücktritt erklärt hatte, wurde durch Condoleezza Rice ersetzt.



Bush mit Angela Merkel bei ihrem Antrittsbesuch

Anfang 2005 setzte Bush durch, dass der vormals stellvertretende Verteidigungsminister der USA Paul Wolfowitz Präsident der Weltbank wurde.
Am 1. August 2005 bestimmte er per Dekret den UNO-Kritiker John Bolton zum neuen UNO-Botschafter der USA. (Die Besetzung dieses Postens ist eigentlich zustimmungspflichtig durch den Senat, in der Sommerpause kann der Präsident dies unter bestimmten Voraussetzungen umgehen.) Bolton war von der demokratischen Opposition und Teilen der Republikaner abgelehnt worden.

Am 29. August 2005 traf der Hurrikan Katrina auf die Südküste der USA und verwüstete ein Gebiet von der dreifachen Fläche Österreichs. Man schätzt bis zu 10.000 Todesopfer allein in New Orleans, das auf die Naturkatastrophe nur unzureichend vorbereitet war. In diesem Zusammenhang erfährt Bush von den US-Medien und vielen Überlebenden harte Kritik: Er habe die staatliche Nationalgarde mindestens 4 Tage zu spät in Gang gesetzt, um den Eingeschlossenen zu helfen, keine nationalen Evakuierungspläne ausarbeiten lassen,
Haushaltsmittel für Katastrophen- und Heimatschutz fehlgeleitet für den Irakkrieg (das Army Corps of Engineers musste wegen einer von der Regierung verordneten Budgetkürzung von 70 Millionen Dollar einen Einstellungsstopp verhängen), die Kongressstudie für den Schutz von Städten vor Hurrikans der Stärke 5 auf Eis gelegt, rechtzeitige Warnungen zur Verstärkung der Deiche missachtet: Bush hatte den Chef der für den Deichbau zuständigen Behörde 2002 entlassen, nachdem dieser dem Kongress Pläne für ein 188 Millionen Dollar teures Flutungsprojekt am unteren Mississippi vorgelegt hatte. In Interviews Anfang September behauptete Bush: *Niemand konnte den Bruch der Deiche voraussehen.*

Zu Bushs bedeutenderen innenpolitischen Erfolgen in der zweiten Amtszeit gehören die Neubesetzungen zweier Sitze am mächtigen Obersten Gerichtshof. Am 5. September 2005 nominierte er John Roberts Jr. zum Nachfolger als Chief Justice für den verstorbenen William H. Rehnquist. Nach dessen Bestätigung durch den Senat nominierte Bush am 3. Oktober 2005 seine Rechtsberaterin Harriet Miers als Nachfolgerin der zurückgetretenen Sandra Day O'Connor als Richterin am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, zog dies aber nach aussergewöhnlich starker Kritik aus allen politischen Lagern am 27. Oktober 2005 auf Miers' Bitte hin zurück und nominierte stattdessen Samuel Alito, der am 31. Januar 2006 mit knapper Mehrheit vom Senat bestätigt wurde.

Kritik und polarisierende Wirkung

Die Politik der US-Administration unter George W. Bushs Präsidentschaft führte, sowohl in den USA wie auch in anderen Ländern, zu einer starken Polarisierung zwischen Befürwortern und Kritikern.
Darüber hinaus werden Persönlichkeit und Eigenschaften der Person George W. Bush von Anhängern und Gegnern meist sehr gegensätzlich eingeschätzt. Während die einen seinen Glauben an Gott und die Führungsrolle der USA schätzen, weisen die anderen auf seine widersprüchliche Biographie - mit früheren Alkoholproblemen, seiner selbstdeklarierten „Wiedergeburt“ als Christ und Anti-Alkoholiker - und sprachlichen Unsicherheiten (siehe auch *Bushism*) hin.
Angeblich äußerte Bush nach Angaben des britischen Guardians 2003 gegenüber hochrangigen palästinensischen Politikern, dass er im Auftrag Gottes gehandelt habe, als er den sogenannten Krieg gegen den Terrorismus begann. Dieses Zitat wird von Vertretern des Weißen Hauses dementiert. Nach BBC-Angaben hat der ehemalige palästinensische Außenminister Nabil Schaath diese Äußerungen zwei Jahre später bekräftigt. [1]
Während eine große Zahl der Mainstream-Medien im Zuge der Attentate vom 11. September 2001 die Regierungslinie vertraten und dabei in ihre Berichterstattung weitestgehend die Vorgaben aus Washington übernahmen, die auch über das Konzept des eingebetteten Journalismus als Berichterstatter im anschließenden Irakkrieg weitgehend aufgingen, riefen die Ereignisse im Zuge der umstrittenen Wahl 2000, noch mehr aber in der Folge der Verschärfung der unilateralistischen Politik der USA in der Folge der Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA zahlreiche Kritiker auf den Plan. Der Dokumentarfilmer Michael Moore erlangte dabei mit seinen Büchern *Stupid White Men* und *Volle Deckung, Mr. Bush* sowie mit seinem Film *Fahrenheit 9/11* einen beträchtlichen Bekanntheitsgrad als Bush-Kritiker, auch außerhalb der USA.
George W. Bush ist der erste US-Präsident, dessen Handeln die Produktion und Veröffentlichung eines großen Kinofilms (*Fahrenheit 9/11*), den Start eines gesamten Rundfunknetzes (*Air America Radio*) und die Premiere einer Fernsehserie (*The Al Franken Show*) bewirkte, deren gemeinsames Ziel es war, seine Wiederwahl zu verhindern.
Bush ist außerdem noch der erste Präsident, der eine Nominierung (am 26. Februar 2005) und anschließend den Filmpreis Goldene Himbeere der *Golden Raspberry Award Foundation* als schlechtester Hauptdarsteller erhalten hat. Natürlich spielte er in Fahrenheit 9/11 rein technisch gesehen keine Rolle, sondern wurde nur in Archivaufnahmen gezeigt. Es ist anzunehmen, dass die Verleihung des Preises in diesem Fall als politische Stellungnahme der Jury zu betrachten ist.
Der Freedom of Information Act ist in den USA seit seinem Amtsantritt stark beschnitten worden. Mit dem Vermerk "Geheim" oder auch einfach nur durch "Nur für den Dienstgebrauch" werden immer mehr Regierungsakten versehen.

George W. Bush – Zitate

In der Öffentlichkeit sorgen die sprachlichen Unsicherheiten von Bush bei Reden oft für Spott. Beispiel:
There's an old saying in Tennessee — I know it's in Texas, it's probably in Tennessee — that says, fool me once, shame on — shame on you. You fool me, you can't get fooled again.

Zu Deutsch in etwa: *Es gibt ein altes Sprichwort in Tennessee — ich weiß, es ist*

(bekannt) in Texas, vielleicht (auch) [hier] in Tennessee — das besagt, leg mich einmal rein, Schande über — Schande über dich. Wenn du mich aufs Kreuz legst, dann kannst du nicht mehr übers Ohr gehauen werden. [Erläuterung: Vermutlich meinte Bush das Sprichwort *Fool me once, shame on you. Fool me twice, shame on me.* (*Wenn du mich einmal reinlegst, Schande über dich! Wenn du mich zweimal reinlegst, Schande über mich!*) Statt des sinnvollen zweiten Satzes des Sprichwortes äußert Bush hier jedoch einen Satz, der an den The Who-Song *Won't Get Fooled Again* erinnert und drückt damit aus, man solle ihn (Bush) überlisten, um nicht selbst (wieder) hereingelegt zu werden.]

(Eine Filmsequenz, in der Bush diese Sätze äußert, wird im Film Fahrenheit 9/11 von Michael Moore wiedergegeben.)

Literatur

George W. Bush: *A Charge to Keep* ISBN 0-688-17441-8 (Englischsprachige Autobiographie)
James H. Hatfield: *Das Bush-Imperium. Wie Georg W. Bush zum Präsidenten gemacht wurde* ISBN 3-9265-2942-3
Eric Laurent: *Die Kriege der Familie Bush. Die wahren Hintergründe des Irak-Konflikts* ISBN 3-100-44850-2
Robert von Rimscha: *George W. Bush. Präsident in Krisenzeiten* ISBN 3-453-21245-2
Craig Unger: *Die Bushs und die Sauds. Öl, Macht und Terror* ISBN 3-492-04630-4
Jacob Weisberg, Gerhard Henschel, Kathrin Passig: *Voll daneben, Mr. President! Wahre Worte von George W. Bush* ISBN 3-499-61619-X
Michael Moore: *Stupid White Men. Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush* ISBN 3-492-04517-0
Michael Moore: *Volle Deckung Mr. Bush. Dude, where's my country?* ISBN 3-4920-4614-2
Peter Singer: *Der Präsident des Guten und Bösen. Die Ethik George W. Bushs*. Harald Fischer Verlag, Erlangen 2004, ISBN 3-89131-413-2 (Orig.: *The President of Good and Evil*)
Richard A. Clarke: *Against All Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror* Hoffmann & Campe, Hamburg 2004, ISBN 3-455-09478-3 (deutsche Ausgabe des gleichnamigen Buches des ehemaligen Regierungsberaters, Original: *Against All Enemies: Inside America's War on Terror – What Really Happened*)
Hans Leyendecker: *Die Lügen des Weißen Hauses* Rowohlt, Reinbek 2004, ISBN 3-498-03920-2
Bob Woodward: *Der Angriff. Plan of Attack* DVA, München 2004, ISBN 3-421-05787-7

Bush-Regierung

Der Begriff **Bush-Regierung** ist genauer als die Bezeichnung **Bush-Administration**, die auf eine falsche Übersetzung aus dem Englischen zurück geht. Administration bedeutet im Deutschen gemeinhin Verwaltung, während im amerikanischen Englisch mit *administration* hauptsächlich die Regierungsmannschaft gemeint ist. Mit beiden Begriffen sind die Regierungen der US-Präsidenten George Bush jun. (auch "Bush

43" genannt, da er der 43. Präsident der USA ist) und George Bush sen. ("Bush 41" gemeint).



Condoleezza Rice (* 14. November 1954 in Birmingham, Alabama) ist eine US-amerikanische Politikerin. Sie war seit dem 22. Januar 2001 Nationaler Sicherheitsberater der Vereinigten Staaten. Am 16. November 2004 wurde sie als erste afroamerikanische Frau und zweite Frau überhaupt zur Außenministerin der USA für die zweite Amtsperiode der Präsidentschaft von George W. Bush bestellt.
Die Politikerin wird innerhalb der bisherigen Bush-Regierung zu den „Hardlinern” (oder „Falken”, engl. *hawks*) gezählt. Sie vertritt entschieden einen unilateralistischen Kurs der weltweiten Dominanz in der US-Außenpolitik und befürwortet die Strategie der *preemptive strikes*, also der Präventivschläge gegen von den USA als „terroristisch” eingestufte Organisationen und *rogue states* („Schurkenstaaten”, *siehe auch:* Bush-Doktrin). Dies brachte der nach eigenem Bekunden – wie ihr Präsident – religiös inspirierten konservativen Republikanerin den Spitznamen „Stählerne Magnolie” ein. Condoleezza Rice ist alleinstehend. Seit dem 28. Januar 2005 ist sie die Nachfolgerin des zurückgetretenen US-Außenministers Colin Powell, vereidigt anlässlich der zweiten Inauguration Bushs.
Leben



Condoleezza Rice
Condoleezza Rice wurde als Tochter eines schwarzen Pastors und einer Musiklehrerin in Birmingham, Alabama, geboren, als dort noch die Rassengesetze galten. Der Name „Condoleezza” ist von der musikalischen Anweisung „con dolcezza” (italienisch, „mit lieblichem Vortrag”) abgeleitet.
Am 15. September 1963 zündeten weiße Rassisten vom Ku Klux Klan in der Baptistenkirche der 16. Straße Dynamitstangen. Vier Mädchen, darunter zwei

Freundinnen von Rice starben. Familie Rice war auch mit der Familie Powell befreundet. Hier wuchs Condoleezza Rice auf und lernte Eiskunstlauf und Klavierspielen. Sie konnte nach eigener Aussage eher Noten lesen als Schrift und wurde mit zehn Jahren eine der ersten afro-amerikanischen Schülerinnen des *Birmingham Southern Conservatory of Music* in Birmingham. Nach dem Umzug der Familie nach Denver gewann sie dort mehrere Musikwettbewerbe. Sie tritt – allerdings selten – auch heute noch mit berühmten Musikern auf.



Rice mit dem Cellisten Yo-Yo Ma in Washington D.C.

Mit 15 Jahren – sie hatte zwei Klassen übersprungen – ging sie an die Universität von Denver, zunächst mit dem Ziel, Musik zu studieren und Konzertpianistin zu werden. Sie entschied jedoch nach zwei Jahren, dass ihr Talent nicht für eine große Karriere reichen würde, und so wechselte sie das Studienfach und machte 1974 ihren Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaften *cum laude*. Sie war Mitglied der elitären Studentenverbindung *Phi Beta Kappa*. Ihr Interesse an der Außenpolitik resultierte aus der Begegnung mit ihrem akademischen Lehrer, dem aus der Tschechoslowakei stammenden Professor Josef Korbel, Vater der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright. 1975 folgte der Master-Abschluss an der Notre Dame Universität von South Bend, Indiana und 1981 die Promotion (Dr. Phil.) wiederum an der Universität von Denver. Von 1993 bis 1999 war Rice *Provost* (*etwa:* akademische Präsidentin, entspricht dem deutschen Dekan) der Stanford-Universität.
Sie war u.a. Mitglied im Direktorium des Ölkonzerns Chevron Corporation. Nach ihr wurde der Öltanker „Condoleezza Rice" benannt, der später in „Altair Voyager" umbenannt wurde. 1991 bis 1997 arbeitete sie für die Denkfabrik RAND Corporation. Weitere Stationen ihrer Karriere waren u.a. Tätigkeiten bei der Investment-Firma Charles Schwab Corporation, der William and Flora Hewlett Foundation, einer Stiftung des Hewlett-Packard-Mitbegründers und seiner Frau mit laut eigener Aussage sozialen und umweltschützenden Zielsetzungen, dem Versicherungskonzern *Transamerica* sowie bei der Investment-Bank J. P. Morgan. Sie gehörte auch längere Zeit dem *Board of Governors* (Verwaltungsrat) des San Francisco Symphony Orchestra an, in dem immer noch die Ehefrau von Charles Schwab sitzt.



Der Einfluss von Rice auf ihren Chef in einer Karikatur von Mariali (März 2005)
Als Beraterin des Präsidenten George Bush sen. und seines Außenministers James Baker befürwortete sie 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands, als diese bei anderen ehemaligen Siegermächten (Frankreich, allen voran Großbritannien) noch auf erhebliche Vorbehalte stieß. Zu dieser Zeit war die Fachfrau für die Beziehungen zur Sowjetunion, die hervorragend Russisch spricht, einfaches Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates und verantwortlich für die Sowjetpolitik. In der Streitfrage zur Einschätzung des Zerfalls der Sowjetunion plädierten Condoleezza Rice und James Baker zunächst für einen Erhalt der Sowjetunion als staatliches Gebilde. Diesem Rat folgend rief George H. W. Bush u.a. die Ukraine auf, in der Sowjetunion zu bleiben, doch die Analyse erwies sich als unzutreffend und die Sowjetunion zerfiel. – 1995 verfasste Rice zusammen mit Philip D. Zelikow ein Buch zur deutschen Einheit mit dem Titel: „Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft" (in Deutschland erschienen unter dem Titel „Sternstunde der Diplomatie").
In der ersten Amtsperiode der Regierung Bush II (seit 2001) bewies sie sich als enge Verbündete und wohl wichtigste Beraterin ihres Präsidenten und machte sich anlässlich der transatlantischen Zerwürfnisse wegen des von den USA und einer „Koalition der Willigen" ohne Zustimmung des Weltsicherheitsrats begonnenen Irak-Krieges durch Sätze wie *„Bestraft Frankreich, ignoriert Deutschland und versöhnt Russland"* vor allem in Europa nicht überall Freunde.
Ende März 2004 stand ihre Person erneut im Mittelpunkt, als das Weiße Haus verhindern wollte, dass sie vor der Untersuchungskommission zu den Anschlägen des 11. September aussagt. Am 30. März 2004 gab das Weiße Haus dem öffentlichen Druck nach und ließ eine Aussage zu. Rice nahm vor dem Senatsausschuss zu den schwerwiegenden Vorwürfen des ehemaligen Regierungsberaters Richard Clarke Stellung, der die Regierung bezichtigt hatte, Warnungen vor dem Terrornetzwerk Al-Qaida monatelang nicht ernst genug genommen zu haben.
Nachdem Rice mehrfach als Präsidentschaftskandatin der Republikanischen Partei im Jahr 2008 gehandelt und zuletzt u.a. auch von Laura Bush dazu gedrängt wurde, lehnte sie im Januar 2006 erneut ab - nicht ohne zu betonen, dass sie sich sehr geehrt fühle.

Kuriosa
Während der Beratungen der Spitzen der US-Politik um Präsident George W. Bush in Camp David am Wochenende nach den 9/11-Ereignissen munterte Rice in den Pausen die Politiker vom Klavier aus zum Singen patriotischer Lieder auf.

Auf dem gemeinsamen Flug mit dem britischen Außenminister Jack Straw Anfang April 2006 nach Baghdad bot Rice ihrem Kollegen Straw das einzige Bett in ihrer Boeing 757 an und schlief dann auf dem Flugzeugboden.
Laut Forbes ist sie die mächtigste Frau der Welt.

Literatur

Philip Zelikow, Condoleezza Rice: *„Sternstunde der Diplomatie"*. Berlin: Ullstein, 1999. - ISBN 3-54826-561-8
Schaake, Erich: *Condoleezza Rice. Die Frau an der Spitze der Macht*. Herbig: München, 2004. - ISBN 3-77662-382-9

Zitate

"Die größten Bedrohungen entstehen heute mehr innerhalb von Staaten als zwischen ihnen. Der grundsätzliche Charakter von Regimen ist jetzt wichtiger als die internationale Verteilung von Macht. Auf dieser Welt ist es unmöglich, saubere, klare Trennlinien zwischen unseren Sicherheitsinteressen, unseren Entwicklungsanstrengungen und unseren demokratischen Idealen zu ziehen."

Anders Fogh Rasmussen



Anders Fogh Rasmussen (* 26. Januar 1953 in Ginnerup, Jütland) ist seit dem 27. November 2001 Ministerpräsident von Dänemark und Vorsitzender der liberalen Venstre-Partei.

Biografie

Rasmussen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität von Århus und erhielt dort 1978 seinen Abschluss. Er war früh in den Jugendorganisationen der Venstre aktiv, wurde bereits mit 25 Jahren in den Folketing gewählt und stieg innerhalb der Parteihierarchie rasch auf.

Von 1987 bis 1990 war er Steuerminister im Kabinett von Poul Schlüter, ab 1990 zusätzlich Wirtschaftsminister. 1992 musste Rasmussen als Minister zurücktreten, nachdem ein Untersuchungsgericht zu dem Schluss gekommen war, dass er dem Parlament ungenaue und unvollständige Informationen über die "kreative Buchführung" in seinem Ministerium geliefert habe. 1994 wurde er zum Vorsitzenden der Venstre gewählt.

Bei den Wahlen vom November 2001 gewann die Venstre 31,3% der Stimmen. Das Ergebnis bedeutete eine Zäsur für die politische Landschaft Dänemarks, da zum ersten Mal seit 1920 die Sozialdemokraten nicht mehr die stärkste politische Kraft im Folketing waren. Anders Fogh Rasmussen wurde als Ministerpräsident Nachfolger des Sozialdemokraten Poul Nyrup Rasmussen. Er bildete eine Minderheitskoalition mit der Konservativen Volkspartei, die im Parlament von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei unterstützt wird.

Amtszeit als Ministerpräsident

Rasmussen vertritt wirtschaftsliberale Grundsätze. In seinem Buch *Fra socialstat til minimalstat* (Vom Sozialstaat zum Minimalstaat) plädierte er für eine Umformung des dänischen Wohlfahrtsstaates im Sinne klassischer liberaler Politik. Nach den Wahlen 2001 initiierte seine Partei einen "Steuerstopp", was von Anhängern der Opposition als "antisozial" und "Umschichtung zu Gunsten der Reichen" verurteilt wurde. Eine leichte Steuersenkung trat 2004 in Kraft. Dennoch wuchsen die Staatsausgaben auch unter seiner Regierung bisher stärker als die Inflation.

Im Golfkrieg 2003 unterstützte Rasmussen die USA und entsandte ein dänisches Kontingent in den Irak. Wie in anderen europäischen Staaten war dieser Krieg auch in Dänemark sehr umstritten.

Die Regierung setzte sehr restriktive Änderungen in der Ausländerpolitik in Gang. Das dänische Ausländerrecht gilt seitdem als das schärfste Europas und wurde 2004 vom Menschenrechtskommissar des Europarats gerügt.

Im Februar 2005 fanden wieder Parlamentswahlen statt. Zuvor war Rasmussen von Teilen der dänischen Öffentlichkeit zögerliches Handeln nach der Tsunami-Katastrophe in Südostasien vorgehalten worden, bei der auch zahlreiche Dänen ums Leben kamen. Die Venstre-Partei verlor vier ihrer Parlamentssitze, Rasmussen konnte die Minderheitsregierung aufgrund der Gewinne seiner bisherigen Partner jedoch fortsetzen.

Ende September 2005 wiederholte er in einem Interview die schon früher geäußerten Bedenken, ob die EU einen Türkei-Beitritt verkraften könne. Offiziell vertrat auf dem Brüsseler EU-Gipfel aber nur Österreich diese Position; nach einem Kompromiss konnten die Beitrittsverhandlungen wie vorgesehen am 3. Oktober 2005 beginnen.

Abu-Ghuraib-Gefängnis – der andere Weg der Neocons

Das **Abu-Ghuraib-Gefängnis** (arabisch: سجن أبو غريب *Sidschn Abū Ghuraib*) ist ein Gefängnis-Komplex in Abu Ghuraib im Irak. Schon zu Zeiten Saddam Husseins war das Abu-Ghuraib-Gefängnis wegen seiner Folter-Praktiken berüchtigt. Außerdem sollen dort regelmäßig Hinrichtungen stattgefunden haben. Nach dem Irakkrieg wurde das Gefängnis von den US-geführten Besatzungstruppen übernommen und im Jahr 2004 wurden Erkenntnisse über die Folterung und Misshandlung irakischer Insassen bekannt. Nach dem Ende der offiziellen Kampfhandlungen des dritten Golfkriegs kam das Gefängnis im April 2004 in die Schlagzeilen, als der Fernsehsender CBS in einer Folge seines Fernsehmagazins „60 Minutes" über Folter, Missbrauch und Erniedrigungen von Gefangenen durch US-amerikanische Soldaten berichtete. Die dabei ausgestrahlten Bilder sollen im November oder Dezember 2003 aufgenommen worden sein und auch schon Gegenstand von Untersuchungen der US-Army gewesen sein.

Die Bilder zeigen nackte Gefangene, die gerade zu Oralsex gezwungen werden sollen, sowie einen Gefangenen, der an Elektrokabel angeschlossen ist, als werde er mit einer Hinrichtung durch Elektrizität bedroht. Darüber hinaus gibt es ein Bild, das einen Gefangenen zeigt, der tot zu sein scheint. Nach Auskunft von CBS hat die US-Army noch wesentlich mehr Fotos dieser Art, einschließlich eines, das einen Gefangenen zeigt, der von einem Hund angefallen wird.

Ein Gefangener trägt Beschuldigungen vor, unter der Aufsicht von US-Soldaten vergewaltigt worden zu sein. Dokumentiert ist ebenfalls, wie US-Soldaten Gefangene mit Kot besudeln.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat die US-Behörden nach eigenen Angaben bereits vor Monaten dazu angehalten, gegen die Misshandlungen irakischer Häftlinge einzuschreiten: *„Unsere Erkenntnisse wurden bei unterschiedlichen Gelegenheiten zwischen März und November 2003 erörtert, entweder in direkten Gesprächen oder in schriftlichen Eingaben"*, gab Pierre Krähenbühl vom IKRK am 7. Mai 2004 in Genf bekannt. Verstrickung von Ärzten
An den Folterungen im irakischen Gefängnis Abu Ghuraib sollen nach Angaben eines US-Wissenschaftlers auch Ärzte beteiligt gewesen sein. Diese hätten mit ihrem Verhalten ethische Werte der Medizin gebrochen und Menschenrechte verletzt, schreibt der amerikanische Bioethiker Steven Miles im Fachmagazin *The Lancet*. Der Doktor der Medizin und Professor an der Universität von Minnesota verlangte eine offizielle Untersuchung über die Rolle der Ärzte beim Folterskandal.
Miles wertete Protokolle des US-Kongresses aus, Aussagen von Inhaftierten und Soldaten, ärztliche Berichte und Pressemeldungen. Ein Militärsprecher bestätigte, die meisten der in dem Artikel beschriebenen Vorfälle und Anschuldigungen seien von den Streitkräften selbst dokumentiert worden.
Miles schreibt, laut Aussagen von Verantwortlichen der US-Armee hätten ein Psychiater und ein weiterer Arzt die Befragungsmethoden in Abu Ghuraib entworfen und genehmigt sowie die Verhöre überwacht. Er schildert einen Fall, der von einem Häftling beeidet worden sei: Ein Gefangener sei nach Schlägen bewusstlos zusammengebrochen und von Pflegekräften wiederbelebt worden. Diese seien dann gegangen, danach sei der Mann erneut misshandelt worden. Außerdem gebe es Berichte, dass selbst Ärzte Gefangene misshandelt hätten.

Miles zitiert ferner einen Offizier der Militärpolizei: Ein Arzt habe einem unter Folter gestorbenen Inhaftierten eine Infusion in die Vene gelegt, damit es so aussehe, als habe der Mann im Krankenhaus noch gelebt. Totenscheine von Gefangenen in Afghanistan und im Irak seien gefälscht worden. «Die Ärzte bestätigten routinemäßig den Tod durch Herzinfarkt, Hitzeschlag oder andere natürliche Todesursachen», schreibt Miles. Nur wenige Einheiten im Irak und in Afghanistan hätten den Gefangenen die von der Genfer Konvention geforderten monatlichen Untersuchungen ermöglicht, Ärzte hätten nicht für eine regelmäßige medizinische Betreuung gesorgt.



George W. Bush

Am 24. Mai 2004 kündigte US-Präsident Bush in einer Ansprache an das amerikanische Volk den Abriss des Abu-Ghuraib-Gefängnisses an. Es werde auf Kosten der USA durch ein modernes Hochsicherheitsgefängnis ersetzt werden.

Misshandlung von Kindern und Wehrlosen

Am 15. Februar 2006 veröffentlicht der australische Sender SBS weitere Bilder, die das Pentagon trotz eines Gerichtsurteils unter Verschluss halten wollte. Der Moderator der Sendung „Dateline” erklärte den Zuschauern, dass die bisher unveröffentlichten Bild-Dokumente aus jener Sammlung stammen, die im Jahr 2004 weltweit Empörung hervorgerufen hatte. Der Sender begründete die Ausstrahlung der Bilder mit seiner Informationspflicht und Pressefreiheit. Sie würden enthüllen, dass die Misshandlungen – sexuelle Erniedrigung, Verstümmelung und Folter bis hin zum Tod – „verbreiteter und viel schlimmer” gewesen seien, als bisher angenommen. Weitere Fotos wurden von der australischen Zeitung „Sydney Morning Herald” ins Internet gestellt. Darauf ist u.a. zu sehen, wie einem am Boden liegenden Mann die Zunge aus dem Mund geschnitten wird. Ein anderes Foto zeigt einen stehenden Mann, dessen Kopf offenbar gegen eine Stahltür geschlagen wird. Mehrere Leichen werden gezeigt sowie Körperteile mit Brandwunden und selbst die Misshandlung von Kindern.

Am 9. März 2006 kündigten die USA an, die Kontrolle über das Gefängnis an die irakischen Sicherheitsbehörden übergeben zu wollen, die das Gefängnis als Lagerhaus für das Justizministerium nutzen möchten, und die Gefangenen zu verlegen. Stattdessen will die US-Regierung den Neubau eines Hochsicherheitsgefängnisses finanzieren.

Am 15. März 2006 veröffentlichte das US-Internetmagazin Salon.com 280 Fotografien und 19 Videos, die zum Teil bisher unbekannt waren. Die Sprecherin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) Dorothea Krimitsas äußerte sich „schockiert“ über die neu veröffentlichten Folterbilder. „Wir sind bestürzt über die Misshandlungen“, sagte sie der Schweizer Nachrichtenagentur SDA am 16. März.

Anklage in Deutschland



Donald Rumsfeld

Am 15. September 2005 wies das Oberlandesgericht Stuttgart den Klageerzwingungsantrag eines Mitglieds des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins im Auftrag von 17 Folteropfern und einer Menschenrechtsorganisation ab. Generalbundesanwalt Kay Nehm hatte nach der Anzeige von den 17 Opfern noch kein Ermittlungsverfahren gegen US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eingeleitet.

NEOCON'S RÜCKKEHR IN DIE BARBAREI

Die dunkle Welt der Folter

Schläge, sexuelle Demütigungen, Schlafentzug: US-Militärs erpressten systematisch Informationen von Gefangenen.

Die scheinbar blütenweiße Weste der letzten Supermacht ist voller Flecken: Seit bekannt wurde, dass US-Soldaten fernab der Heimat Gefangene folterten und demütigten, ist die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten in Sachen Demokratie und Menschenrechte auf einem Tiefstand angelangt. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 markierten offenbar den Wendepunkt in der Haltung der US-Regierung gegenüber brutalen Verhörmethoden. "Danach haben wir die Samthandschuhe ausgezogen", resümiert der Direktor des CIA-Antiterror-Programms die langfristigen Folgen für Hunderte Gefangene in Guantanamo Bay auf Kuba oder den Gefängnissen im Irak.

Die Fratze der Folter trägt das Gesicht von Charles Graner. Fast jeder kennt das Foto aus dem Gefängnis Abu Ghureib in Bagdad: Ein schnauzbärtiger Hornbrillenträger steht triumphierend vor einer aus nackten Leibern aufgetürmten Menschenpyramide und grinst in die Kamera. Während der Skandal die westliche Welt erschüttert, erweisen sich der inzwischen angeklagte Graner und einige seiner Mitstreiter als nahezu Reue-resistent. Sind es nur "einige wenige amerikanische Soldaten, die unsere Werte in den Schmutz gezogen haben", wie Präsident George W. Bush verkündete?

Oder ist die Folter längst ein etabliertes Mittel der angeblichen Wahrheitsfindung in Kriegszeiten? Wurden Misshandlung und sexuelle Demütigung von den Kommandeuren gebilligt oder sogar befohlen? Welche Folgen hat die Folter für die Opfer?

Die Amerikaner kontrollieren gar nichts! Nicht mal sich selbst!

Warum Comical Ali recht behalten hat: einige Überlegungen über Abu Ghraib und das Unbewusste in der Popkultur

Erinnert sich noch jemand an den glücklosen Muhammed Saeed al-Sahaf, Saddams Informationsminister, der in seinen täglichen Pressekonferenzen selbst die offensichtlichsten Fakten heroisch leugnete und eisern an der offiziellen irakischen Linie festhielt? Selbst als die amerikanischen Panzer nur noch wenige hundert Meter von seinem Büro entfernt waren, behauptete "Comical Ali", bei den US-Fernsehbildern, die Panzer in den Straßen von Bagdad zeigten, handele es sich um Special Effects aus der Traumfabrik Hollywood. Einmal aber traf er die Wahrheit merkwürdigerweise auf den Kopf. Mit der Behauptung konfrontiert, die amerikanische Armee kontrolliere bereits einzelne Stadtteile Bagdads, blaffte er zurück: "Die kontrollieren gar nichts. Die kontrollieren nicht mal sich selbst!" Als die skandalösen Nachrichten über die Vorkommnisse im Abu Ghraib-Gefängnis in Bagdad ans Tageslicht kamen, begannen wir zu ahnen, dass sich die Amerikaner tatsächlich selbst nicht unter Kontrolle haben.

In seiner Reaktion auf die Ende April veröffentlichten Fotos betonte George W. Bush, wie nicht anders zu erwarten, bei diesen Taten handele es sich um Einzelfälle, die nicht das widerspiegelten, wofür Amerika eigentlich stehe und kämpfe, nämlich die Werte der Demokratie, der Freiheit und der Menschenwürde. Tatsächlich ist die Tatsache, dass der Fall zu einem öffentlichen Skandal wurde, an sich ein positives Zeichen; in einem wirklich "totalitären" System wäre er einfach unter den Teppich gekehrt worden. (Und man sollte auch nicht vergessen, dass schon der Umstand, dass die amerikanischen Truppen keine Massenvernichtungswaffen gefunden haben, an sich ein positives Zeichen ist. Eine wirklich "totalitäre" Macht hätte genau das getan, was die Polizei üblicherweise tut, nämlich "die Drogen selbst angepflanzt" und anschließend den Beweis für das Verbrechen "entdeckt".)
Allerdings gibt es eine Reihe irritierender Faktoren, die dieses simple Bild ein wenig komplizierter erscheinen lassen. In den Monaten davor hatte das Internationale Rote Kreuz die zuständigen Stellen der US-Armee im Irak mit Berichten über Misshandlungen in den dortigen Militärgefängnissen regelrecht bombardiert. Doch diese Berichte wurden systematisch ignoriert - die Behörden gaben das Verbrechen erst zu, als sie in den Medien damit konfrontiert wurden. Zweitens war die Reaktion der amerikanischen Armeeführung, gelinde gesagt, überraschend. Ihre Erklärung lautete, man habe es versäumt, den Soldaten die Regeln der Genfer Konvention hinsichtlich der Behandlung von Gefangenen angemessen beizubringen - als ob man jemandem beibringen müsste, dass man Gefangene nicht erniedrigen und foltern darf!

Theater der Grausamkeit
Doch der wichtigste Aspekt ist der Unterschied zwischen der "gängigen" Methode, wie Gefangene zu Zeiten Saddams gefoltert wurden, und den Folterungen durch die US-Armee. Bei Saddam ging es vor allem darum, den Gefolterten möglichst großen

physischen Schmerz zuzufügen, die amerikanischen Soldaten hingegen legten den Schwerpunkt auf die psychologische Erniedrigung. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Verfahrens, der in deutlichem Kontrast zur Geheimhaltung der Folterungen unter der Herrschaft Saddams steht, ist die Aufzeichnung dieser Erniedrigung durch eine Kamera, die unmittelbar neben den sich windendenden nackten Körpern der Gefangenen auch die dümmlich grinsenden Täter selbst mit ins Bild rückt. Als ich zum ersten Mal das bekannte Foto des nackten Gefangenen sah, der, den Kopf mit einer schwarzen Kapuze bedeckt und die Gliedmaßen mit Stromkabeln versehen, in einer lächerlich theatralischen Pose auf einem Stuhl steht, dachte ich zunächst, es handele sich um ein künstlerisches Ereignis in Lower Manhattan. Die Positionen und Kostüme der Gefangenen lassen an eine Theaterinszenierung denken, an eine Art Tableau vivant, das automatisch Erinnerungen an die ganze Bandbreite der amerikanischen Performance-Kunst und des "Theaters der Grausamkeit" weckt, an die Fotos Robert Mapplethorpes und die absonderlichen Szenen in den Filmen David Lynchs.

Und genau diese Tatsache ist der springende Punkt: Jeder mit der amerikanischen Alltagswirklichkeit Vertraute musste beim Anblick dieser Fotos an die obszöne Unterseite der amerikanischen Populärkultur denken, etwa die mit Folter und Erniedrigung verbundenen Initiationsrituale, denen man sich unterziehen muss, um in eine geschlossene Gemeinschaft aufgenommen zu werden.Sieht man nicht in der amerikanischen Presse in regelmäßigen Abständen ähnliche Fotos, wenn in einer Armeeeinheit oder auf einem High School-Campus irgendein Skandal ruchbar wird, bei dem das Initiationsritual aus den Fugen geriet und Soldaten oder Studenten sich Verletzungen zuzogen, die "über das tolerierbare Maß" hinausgingen, als man sie dazu zwang, eine erniedrigende Pose einzunehmen, eine entwürdigende Geste auszuführen, etwa die, sich vor ihresgleichen eine Bierflasche in den Anus stecken oder sich Nadeln in den Körper rammen zu lassen?

Man erinnere sich an Rob Reiners Film "Eine Frage der Ehre", ein Kriegsgerichtsdrama über zwei amerikanische Marines, die angeklagt sind, einen ihrer Kameraden ermordet zu haben. Der Militärstaatsanwalt vertritt die Auffassung, dass die Tat der beiden Marines vorsätzlicher Mord war, während es den Verteidigern (die von Tom Cruise und Demi Moore gespielt werden, was auf den Ausgang des Verfahrens schließen lässt) nachzuweisen gelingt, dass die Angeklagten lediglich dem so genannten "Code Red" Folge leisteten. Dieses ungeschriebene Gesetz erlaubt das heimliche nächtliche Verprügeln eines anderen Soldaten, der den ethischen Code der Marines verletzt hat. Es billigt also einen Akt der Gesetzesübertretung - die illegale Bestrafung eines anderen Soldaten -, doch gleichzeitig stärkt es den Zusammenhalt der Gruppe. Ein solcher Code muss im Schutz der Nacht verbleiben, wird nicht zugegeben, darf nicht thematisiert werden. In der Öffentlichkeit tut jeder so, als wisse er nichts davon oder bestreitet sogar lautstark seine Existenz. Dieser Code repräsentiert den "Geist der Gemeinschaft" in Reinform und übt den stärksten Druck auf den Einzelnen aus, sich mit der Gruppe zu identifizieren.

Im Gegensatz zum geschriebenen, ausformulierten Gesetz ist dieser obszöne Über-Ich-Code mündlicher Natur. Während das Gesetz durch den toten Vater qua symbolische Autorität aufrechterhalten wird (der "Name des Vaters"), wird der ungeschriebene Code durch das gespenstische Supplement des Namens des Vaters aufrechterhalten, durch das obszöne Gespenst des Freud'schen "Urvaters". Dies ist auch die Lehre aus Francis Ford Coppolas Film "Apocalypse Now": In der Figur des Kurtz wird der Freud'sche Urvater - das obszöne, keinem symbolischen Gesetz unterworfene Genießen des Vaters, der absolute Herr und Meister, der es wagt, sich

dem Realen des grauenerregenden Genießens unmittelbar zu stellen -, nicht als Überbleibsel einer barbarischen Vergangenheit präsentiert, sondern als notwendiges Ergebnis der modernen westlichen Macht. Kurtz war ein perfekter Soldat - als solcher, durch seine Über-Identifikation mit dem militärischen System verwandelte er sich in den Exzess, den das System eliminieren muss. Die wichtigste Einsicht von "**Apocalypse Now**" ist jene, dass Macht ihren eigenen Exzess hervorbringt, der dann mittels einer Operation ausgelöscht werden muss, die das nachahmt, was sie selbst bekämpft.
Sind also die Folterungen von Abu Ghraib nicht Teil der "**Code Red**"-Regeln? Abu Ghraib war nicht einfach ein Beispiel für die Arroganz der Amerikaner gegenüber einem Volk der Dritten Welt. Sondern indem die irakischen Gefangenen der erniedrigenden Folter unterzogen wurden, erhielten sie tatsächlich eine Initiation in die amerikanische Kultur, bekamen sie ihre obszöne Unterseite zu spüren, die die notwendige Ergänzung zu den öffentlich vertretenen Werten von Menschenwürde, Demokratie und Freiheit darstellt. Es verwundert daher nicht, dass die rituelle Erniedrigung irakischer Gefangener kein Einzelfall war. **Am 6. Mai musste Donald Rumsfeld zugeben, dass die veröffentlichten Fotos nur die "Spitze des Eisbergs" seien und dass man noch mit "wesentlich härteren Dingen" rechnen müsse, darunter Vergewaltigungs- und Mordvideos.** Und was den institutionellen Hintergrund des Abu Ghraib-"Exzesses" betrifft, so stimmte die amerikanische Regierung in einem geheimen Memorandum schon 2003 einem Maßnahmenkatalog zu, die Gefangenen im Rahmen des "Krieges gegen den Terror" physischem und psychischem Druck auszusetzen, um auf diese Weise ihre "Mitarbeit" sicherzustellen. So sieht die Wirklichkeit der abschätzigen Bemerkung Rumsfelds vor einigen Monaten aus, die Regeln der Genfer Konventionen seien in Anbetracht der heutigen Form der Kriegsführung "überholt".
In einer Diskussion, die im amerikanischen Fernsehsender NBC über das Schicksal der Gefangenen in Guantanamo geführt wurde, lautete eines der Argumente für die ethische/rechtliche Akzeptierbarkeit des Status der Inhaftierten, sie seien diejenigen, "die die Bomben verfehlt hätten". Da sie das Ziel der Bombenangriffe der US-Truppen waren und diese zufällig überlebt hätten und da diese Angriffe Teil einer legitimen Militäroperation gewesen seien, dürfe man ihr Schicksal nach der Schlacht, in der sie gefangen wurden, nicht kritisieren. In welcher Lage auch immer sie sich befänden - diese sei weniger schlimm, als wenn sie getötet worden wären. Diese Argumentationsweise gibt mehr preis als sie preisgeben möchte, denn sie versetzt die Gefangenen fast buchstäblich in die Position der lebenden Toten, derjenigen, die gewissermaßen bereits tot sind (da sie ihr Leben als legitime Ziele eines mörderischen Bombardements verwirkt haben). Damit sind sie Beispiele für das, was Giorgio Agamben als Homo sacer bezeichnet hat: derjenige, der ungestraft getötet werden darf, da sein Leben in den Augen des Gesetzes nicht mehr zählt.

Zwischen den Toden
Während sich die Gefangenen von Guantanamo in dem Raum "zwischen den beiden Toden" befinden, also dieselbe Position einnehmen, wie der Homo sacer, d.h. in rechtlicher Hinsicht tot, doch in biologischer lebendig sind, sind die US-Behörden, die die Gefangenen so behandeln, ebenfalls in einer Art juristischem Zwischenstatus lokalisiert, der den Gegensatz zum Homo sacer bildet: Sie handeln als eine legale Macht, deren Taten nicht mehr vom Gesetz abgedeckt und eingeschränkt werden, sie operieren in einem leeren Raum, der sich dennoch innerhalb der Domäne der Rechts

befindet. Und die jüngsten Enthüllungen über Abu Ghraib zeigen genau was passiert, wenn man die Gefangenen in diesem Raum "zwischen den beiden Toden" ansiedelt.
Im März 2003 spekulierte kein Geringerer als Donald Rumsfeld in der Rolle des Amateurphilosophen ein wenig über das Verhältnis zwischen Bekanntem und Unbekanntem. "Es gibt bekanntes Bekanntes. Das sind Dinge, von denen wissen wir, dass wie sie wissen. Es gibt bekanntes Unbekanntes. D.h., es gibt Dinge, von denen wir wissen, dass wir sie nicht wissen. Aber es gibt auch unbekanntes Unbekanntes. Es gibt Dinge, von denen wir nicht wissen, dass wir sie nicht wissen." Was Rumsfeld dabei vergaß, war der entscheidende vierte Begriff: die "unbekannten Bekannten", Dinge, von denen wir nicht wissen, dass wir sie wissen, also genau das, was Freud als das Unbewusste bezeichnete, das "Wissen, das sich selbst nicht weiß", wie Lacan zu sagen pflegte. Wenn Rumsfeld meint, die Hauptgefahren in der Auseinandersetzung mit dem Irak seien die "unbekannten Unbekannten", die Drohungen Saddams, von denen wir nicht einmal ahnen, worin sie bestehen könnten, dann zeigt der Abu Ghraib-Skandal, wo die Hauptgefahren tatsächlich liegen: in den "unbekannten Bekannten", den geleugneten Überzeugungen und Annahmen, und den obszönen Praktiken, von denen wir vorgeben, nichts zu wissen, obwohl sie den Hintergrund unserer öffentlichen Werte bilden.
Bush hatte also Unrecht. Die Fotos der erniedrigten irakischen Gefangenen auf unseren Bildschirmen und Zeitungsseiten vermitteln uns einen direkten Einblick in die "amerikanischen Werte", in den Kern des obszönen Genießens, das den American Way of Life aufrechterhält. Diese Aufnahmen rücken daher Samuel Huntingtons bekannte These vom "Kampf der Kulturen" in eine angemessene Perspektive. Der Kampf zwischen der amerikanischen und der arabischen Kultur ist nicht ein Kampf zwischen Barbarei und der Achtung der Menschenwürde, sondern ein Kampf zwischen anonymer brutaler Folter und Folter als einem Medienspektakel, in dem die Körper der Opfer als anonymer Hintergrund für die dümmlich grinsenden "unschuldigen amerikanischen" Gesichter der Folterer dienen. Gleichzeitig lieferns sie den Beweis dafür, dass, um Walter Benjamin zu paraphrasieren, jeder Kampf der Kulturen der Kampf der ihnen zugrundeliegenden Barbareien ist.
Slavoj Zizek ist Philosoph, Kulturanalytiker und Theorie-Entertainer. Zu seinen bekanntesten Werken zählen "Liebe dein Symptom wie dich selbst" (1991), "Verweilen beim Negativen" (1995) und "Was sie schon immer über Lacan wissen wollten und Hitchcock nie zu fragen wagten" (1998).
Sein Essay über Abu Ghraib wurde von Nikolaus G. Schneider aus dem Englischen übersetzt.

ANDREAS FISCHER-LESCANO

Rechtsrealität versus Real oder Neocon Polititik

Die Strafanzeige in Deutschland gegen Donald Rumsfeld wegen der Folterungen in Abu Ghraib

Gerade hatten sich die transatlantischen Spannungen wieder beruhigt und George W. Bush schickt sich an, die Bundesrepublik zu besuchen. Ob seinem Verteidigungsminister eine Teilnahme an dieser Versöhnungsreise anzuraten ist? Das hängt davon ab, wie der Generalbundesanwalt mit der Strafanzeige verfahren wird, die der deutsche Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck in der Bundesrepublik im Namen

von vier irakischen Staatsangehörigen und der US-amerikanischen Organisation "Center for Constitutional Rights" (CCR) gegen Donald Rumsfeld und weitere neun US-Funktionäre wegen der Foltervorwürfe in Abu Ghraib erstattet hat. Das CCR hatte Rumsfeld bereits eine empfindliche Niederlage vor dem US Supreme Court wegen der Häftlinge auf Guantánamo beigebracht. Auch vor deutschen Gerichten droht nun Ungemach, selbst wenn sich die Bundesregierung im transatlantischen Konsens mit aller Macht gegen ein Verfahren wegen der Vorfälle in Abu Ghraib stemmen würde.
Andreas Fischer-Lescano argumentiert, dass es aufgrund des im Juni 2002 in der Bundesrepublik eingeführten Völkerstrafgesetzbuchs und der Normen des humanitären Völkerrechts eine Ermittlungs- und Verfolgungspflicht für den Generalbundesanwalt gibt. Die Vorwürfe gegen die beschuldigten militärischen und zivilen Vorgesetzten in den USA sind bislang nicht ausreichend gerichtlich verfolgt worden. Mit der Aburteilung niedrigrangiger Soldaten ist den völkerrechtlichen Verfolgungspflichten nicht Genüge getan.

Als **Great Game** (engl. für „Großes Spiel“) bezeichnet man den Konflikt zwischen Großbritannien und Russland (um Indien). Der Ausdruck wird gewöhnlich dem 1835 bis 1840 in Mittelasien eingesetzten britischen Geheimdienstoffizier *Arthur Conolly* (am 17. Juni 1842 in Afghanistan hingerichtet) zugeschrieben; größere Verbreitung fand er durch Rudyard Kiplings Erzählung *Kim* („Now I shall go far and far into the North, playing the Great Game...“). In Russland nennt man das Große Spiel in der Regel das **Schattenturnier** (Турниры теней).
19. Jahrhundert

Beim *Großen Spiel* ging es um die Vorherrschaft über das rohstoffreiche Zentralasien. Die Russen versuchten über Turkestan zum Indischen Ozean vorzustoßen, um einen eisfreien Hafen bauen zu können - seit Peter dem Großen ein vorrangiges Ziel russischer Außenpolitik. Schon 1807 hatten britische Agenten berichtet, Napoleon Bonaparte und Zar Alexander I. hätten sich verabredet, gemeinsam Indien anzugreifen und dem Empire den Subkontinent zu entreißen. Daraus wurde zwar nichts, die Briten unternahmen in der Folgezeit jedoch alles, um die Expansion des Zarenreichs in diesen Raum zu verhindern. Das historische *Great Game* dauerte von 1813 (nach dem Rückzug von Napoleons Grande Armée aus Russland) de facto bis 1947 - dem Jahr des britischen Rückzugs aus Indien - an, wenn auch nach der Oktoberrevolution von 1917 weit weniger intensiv.
Doch bereits vor dem Ersten Weltkrieg dominierten andere Prioritäten die Außenpolitik der Kontrahenten: Durch den Beitritt Russlands zur Entente cordiale 1907 wurde diese zur Triple Entente erweitert, die dezidiert gegen die weltpolitischen Ambitionen des Deutschen Kaiserreichs gerichtet war. Zudem war Japan zu einem neuen Gegner Russlands auf dem asiatischen Kontinent bzw. in Fernost avanciert (vgl. Russisch-Japanischer Krieg).

Das „Große Spiel“ heute

Allerdings belegt der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979, dass Moskaus offen imperiale Bestrebungen in diesem Raum bis weit ins 20. Jahrhundert anhielten.

USA vs. Russland

Neben dem historischen *Great Game* werden oftmals auch Konflikte der Gegenwart im kaukasischen und zentralasiatischen (oft als „postsowjetisch" titulierten) Raum zusammenfassend so bezeichnet, wobei es hier besonders der Einfluss Russlands auf dortige Erdöl- und Erdgas-Reserven bzw. -Pipelines gemeint ist, der Moskau seit dem Zerfall der Sowjetunion 1989 bis 1991 von den Vereinigten Staaten streitig gemacht wird, die Großbritannien als Protagonist auf dieser weltpolitischen Bühne abgelöst haben. Gerade auch im Hinblick auf die aktuelle Seidenstraßenstrategie der USA im kaukasischen Raum und in Zentralasien wird das Schlagwort vermehrt wieder aufgegriffen

Neue Mitspieler: China und Indien

Unterdessen trat mit dem erstarkten China eine weitere Großmacht auf den Plan, die im geostrategischen Kalkül Russlands - und natürlich auch dem der USA - sowohl als potentieller Partner als auch als Konkurrent betrachtet wird. Auch Indien, ursprünglicher Zankapfel des britisch-russischen „Schattenturniers", gewinnt im Konzert der für Zentralasien relevanten Mächte immer größere Bedeutung

Die Bedeutung Zentralasiens für die Europäer

Schon vor dem 11. September 2001 erregte Achim Schmillen, damals Chef des Planungsstabs im Auswärtigen Amt und somit ein hochrangiger und enger Mitarbeiter des damaligen deutschen Außenministers Joschka Fischer, mit einigen Thesen zur geopolitischen Bedeutung Zentralasiens Aufsehen (u. a. in „Neues 'great game' in Zentralasien?" - FAZ, 15. Mai 2001): „Weil die europäischen Erdölfelder beinahe vollständig ausgebeutet sind, werden die Vorkommen in Kasachstan und Turkmenistan immer wichtiger. Die Pipelines, die vor wenigen Jahren fertiggestellt wurden, haben eine überragende Bedeutung für Europa." (vgl. [4]). Im Zusammenhang u. a. mit der aktuellen Debatte um die Versorgungssicherheit in der Energiepolitik, den Unruhen in Kirgisistan und Usbekistan im Jahr 2005, aber auch dem sich verschärfenden Streit um die Atompolitik des Iran geraten Zentralasien und der Kaukasus wieder stärker ins Blickfeld auch der europäischen Öffentlichkeit.

Literatur

Peter Hopkirk: *The Great Game: The Struggle for Empire in Central Asia.* - Reprint edition. - Kodansha Globe, 1994. - ISBN 1-56836-022-3

Lutz Kleveman: *The New Great Game: Blood and Oil in Central Asia.* Atlantic Monthly Press, 2003. - ISBN 0-87113-906-5

Sherman W. Garnett, Alexander Rahr, Koji Watanabe: *Der Kaspische Raum vor den Herausforderungen der Globalisierung.* Opladen: Leske + Budrich Verlag, 2001. - 1. Auflage. - ISBN 3-81003-187-9

Peter Scholl-Latour: *Das Schlachtfeld der Zukunft. Zwischen Kaukasus und Pamir.* München: Goldmann, 1998. - ISBN 3-44212-768-8

Weblinks

Central Asia: Unrest and Instability (International Crisis Group, 2003 ff. - *Portal mit Beiträgen, Analysen und nützlichen Links - vgl.* [7])

Christopher Pala, China Pays Dearly for Kazakhstan Oil ("New York Times", 17. März 2006 - *vgl.* [8], [9])

Condoleezza Rice, Our Opportunity With India („Washington Post", 13. März 2006)

Stefan Kornelius, Bush in Delhi: Asiatischer Balanceakt („Süddeutsche Zeitung", 3. März 2006 - *vgl.* [10], [11], [12], [13], [14], [15], [16], [17], [18], [19], [20], [21], [22], [23], [24], [25], [26], [27])
Frank Herold, Bushs neuer Freund in Asien („Berliner Zeitung", 2. März 2006 - *vgl.* [28], [29], [30], [31])
Mohan Malik, China's Strategy of Containing India (PINR, 6. Februar 2006 - *vgl.* [32])
Tom Porteous, The Great Game Goes On (TomPaine.com, 2. Februar 2006)
Glenn Kessler and Bradley Graham, Diplomats Will Be Shifted to Hot Spots („Washington Post", 19.01.2006 - „Transformational diplomacy": *Condoleezza Rice will die Schwerpunktverlagerung der US-Diplomatie vor allem nach Asien und den Nahen Osten mit dem Ziel des Wandels zur Demokratie im Sinn der USA zum „Markenzeichen" ihrer Amtszeit machen - vgl.* [33], [34], [35], [36])
Wolfgang Pomrehn, Neue Allianzen und verstärktes Säbelrasseln (Telepolis, 16. Januar 2006)
Patrick Doherty, China And India Change The Game (TomPaine.com, 13. Januar 2006)
Sandra Budy, Strategiedebatte: Die EU und Rußland sind Rivalen im GUS-Raum („Eurasisches Magazin", 21. Dezember 2005)
S. Frederick Starr, Zentralasien: Angst vor Demokratie („Rheinischer Merkur", 25. August 2005 - Ursprüngl. erschienen in "Foreign Affairs". Der Autor ist Leiter des Zentralasien-Kaukasus-Instituts an der Paul-H.-Nitze-Schule für Internationale Studien der Johns-Hopkins-Universität; *siehe auch:* [37])
Alexander Rahr, In Zentralasien läuft China Rußland den Rang ab („Die Welt", 2. August 2005)
Politik - Strategiedebatte Russland-EU (Russland.ru, 2005 f. - *Artikelserie*)
Eurasisches Magazin - Themen: Zentralasien *(Artikelsammlung)*
Ziad Haider, Oil Fuels Beijing's New Power Game (YaleGlobal, 11. März 2005)
Aschot Manutscharjan, Zentralasien - Spielfeld der Mächte (Y. - Magazin der Bundeswehr, Januar 2005)
Philipp Frener, Andrew J. Hoschstedler, Russland und Zentralasien - The "Great Game" Revisited (Universität Innsbruck, WS 2003/2004 - PDF, 71 S.)
U.S. Military Engagement With Transcaucasia and Central Asia (Strategic Studies Institute, U.S. Army, 2004 - PDF, 48 S.)
Stephen Blank, US Strategic Priorities Shifting in Central Asia (Eurasia Insight, 25. März 2004)
Michael Lüders: Macht und Glauben in Zentralasien („Aus Politik und Zeitgeschichte" Nr. 37, 8. September 2003)
Ahmed Rashid, Das neue „Große Spiel" um Zentralasien (Südasien Info, 2002)
Sipan Sedeek, Great Game ums Erdöl und Erdgas in Zentralasien (Akademisches Forum für Außenpolitik, Juni 2000)
U.S. Interests in the Central Asian Republics (Offizielle Dokumentation einer Anhörung des Komittees für internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses vom 12. Februar 1998)

Imperialismus
Unter **Imperialismus** (von *lat.* imperare „befehlen"; imperium „Herrschaftsgebiet"; z.B. *Imperium Romanum*) versteht man die Bestrebungen eines Staates, seinen Einfluss auf andere Länder oder Völker auszudehnen. Dieser Machterweiterungspolitik können unter anderem ökonomische, sozioökonomische,

bevölkerungspolitische, sozialpolitische, nationalistische und geistig-kulturelle Motive zugrunde liegen.
Imperialismus kann als ein universelles Phänomen aufgefasst werden, welches nicht auf einzelne Geschichtsabschnitte und Völker festzulegen ist. In der Geschichtswissenschaft wird dennoch ein zeitlicher Schwerpunkt auf das *Zeitalter des Imperialismus* (etwa von den 1880er Jahren bis 1914/18) gelegt.

Begriffsgeschichte

Geläufig wurde der Begriff „Imperialismus" im Zusammenhang mit der europäischen Expansionswelle zwischen 1840 und 1914. Imperialismus bedeutet eigentlich Weltreich-/Kolonialreich-Bildung nach dem Muster des Imperium Romanum der Antike: *Eine* Macht beherrschte die damals bekannte Welt.
Erstmals wurde das Wort „Imperialismus" für die Großmachtbestrebungen Napoléon Bonapartes benutzt. Der deutsche Historiker Wolfgang Mommsen beschreibt mit Blick auf die europäischen Staaten deren Entwicklung in den Jahren 1885 bis 1914 unter dem Titel „Zeitalter des Imperialismus". Unstrittig ist jedoch, dass sich Ende des 19. Jahrhunderts das Streben nach Kolonien in Europa gleichsam „globalisierte". Ebenfalls unstrittig ist, dass die dadurch ausgelösten internationalen Spannungen zwischen den europäischen Großmächten zum 1. Weltkrieg beitrugen und dass mit ihm das „Zeitalter des klassischen Imperialismus" endete.
Was das Deutsche Reich anbelangt, blieb der sprachliche Eindruck bislang unbeachtet, der vom kaiserlichen Deutschland ausging – die englische Bedeutung von *kaiserlich* lautet *imperial*, weswegen die kaiserliche Reichsregierung im englischsprachigen Ausland folgerichtig *Imperial German Government* genannt wurde – eine zugleich Anstoß gebende, ja herausfordernde Wortwahl.
Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Begriff „Imperialismus" ganz allgemein für Bestrebungen benutzt, die – z.B. aus ideologisch-missionarischen Gründen – eine Weltherrschaft oder zumindest die Herrschaft über großräumige Gebiete außerhalb des eigenen Stammlandes anstreben. So sprach bzw. spricht man insbesondere vom Sowjet-Imperialismus und vom US-Imperialismus. Im heutigen Zusammenhang der Diskussion, ob die aktuellen Bestrebungen der USA als Neo-Imperialismus bezeichnet werden können, wird mit Blick auf das „Zeitalter des Imperialismus" von „historischem Imperialismus" gesprochen.
In der marxistischen Geschichtstheorie wird seit Rosa Luxemburg und W. I. Lenin der Imperialismus als besondere Entwicklungsstufe (Stadium) des Kapitalismus interpretiert, nach Lenin sei zudem die staatsmonopolistische Phase dieses Imperialismus (Stamokap) die letzte Phase des Kapitalismus überhaupt.
Als Gegenbewegung gegen die im Zeitalter des Imperialismus errichteten Kolonialreiche etablierten sich Unabhängigkeitskämpfer, welche die Unabhängigkeit von fremden Mächten anstrebten und oft auch erreichten.
Der Begriff Imperialismus überschneidet sich in vielen Punkten mit Kolonialismus, da beide praktisch identische Phänomene bezeichnen. Ein Unterschied liegt allerdings im Zeitraum, der durch die Begriffe abgedeckt wird. Während Kolonialismus die gesamte koloniale Expansion seit dem 15. Jahrhundert umfasst, bezieht sich Imperialismus in der Geschichtswissenschaft auf die Phase seit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts. Zugleich analysiert die Kategorie des Imperialismus nicht nur direkte Herrschaftsformen, sondern auch indirekte Abhängigkeitsverhältnisse von Staaten.

Antike Großreiche
Die ersten imperialen Ausdehnungen ergaben sich durch die Machtkonzentration bei der Bewältigung großer Bewässerungsbauwerke und Dammanlagen in China (Hoangho), Indien (Indus), Mesopotamien (Euphrat und Tigris) und Ägypten (Nil), nach Wittfogel in den „hydraulischen Kulturen“. Namengebend wurde dann das Wachstum Roms. Nach dem Prinzip *divide et impera* (*lat.* = „teile und herrsche“) gaben sie den eroberten Gebieten allerdings auch eine gewisse Mitbestimmung durch eine Selbstbestimmung der Bevölkerung oder eine eigene Regierung, die durch einen Statthalter vertreten war. Mit der *Pax Romana* konnten die Römer also ihre eroberten Gebiete durch Machtteilung mit den lokalen Ethnien befrieden. Für die Römer ergab sich durch diese Ausweitung ein Flächenreich.
Imperiale Großreiche Arabiens, der Mongolei und des Osmanischen Reiches
Zu den Imperialismen kann die Eroberung Nordafrikas durch das frühislamische Arabien gezählt werden.

Kolonialisation des amerikanischen Kontinents
Durch die Entdeckung Amerikas durch Christoph Columbus und Amerigo Vespucci begann die Kolonialisation Mittel- und Südamerikas. Abenteurer wie Hernando Cortes und Francisco Pizarro trieben die Ausbeutung der ortsansässigen Azteken und Inkas für Spanien voran. Ziel war also die Eroberung der „unzivilisierten“ Bevölkerung, die, im Gegensatz zu den spanischen Behauptungen, doch schon sehr fortschrittlich war. Die Spanier unter Cortes und Pizarro versklavten die Azteken und Inkas. Sie agierten nach den Prinzipien Erobern (von Land), Vernichten (der Kultur) und Errichten (eigener Staaten -> Vizekönigreiche), man sprach daher vom Konquistadoren-System Spaniens (vom spanischen Wort *conquista*, das "Eroberung" bedeutet). Die Portugiesen hingegen errichteten Stützpunkte bei den fremden Kulturen und nutzten diesen Kontakt eher wirtschaftlich.

Zeitalter des Imperialismus
Als "Zeitalter des Imperialismus" (auch „klassischer Imperialismus“ oder "Hochimperialismus") versteht die Geschichtswissenschaft die in der Zeit von den 1880er Jahren bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges stattfindende territoriale Ausdehnung europäischer Groß- und Mittelmächte sowie der USA und Japan. Seine Triebfedern waren zunächst vornehmlich wirtschaftlicher und strategischer, in seinem Verlauf zunehmend nationalpsychologischer Natur. Der in dieser Zeit stattfindende formelle Kolonialismus vor allem in Afrika (Wettlauf um Afrika) stellt dabei nur einen Teil des Imperialismus dar, der ebenso durch informelle wirtschaftliche Durchdringung (etwa in China und dem Osmanischen Reich) und das wachsende Konkurrenzempfinden zwischen den imperialistischen Mächten gekennzeichnet war.
Dem Hochimperialismus ging die *Phase des Frühimperialismus* voraus, deren Beginn etwa bei 1815 angesetzt wird und die vor allem von Formen des informellen Imperialismus geprägt war.
Man kann drei Arten des klassischen Imperialismus unterscheiden: 1. Vom Handelsstützpunkt zum Herrschaftsgebiet mit Ansätzen einer eigenen Industrie (Bsp. Indien) 2. Beherrschung unter Wahrung des Anscheins der Souveränität und Autonomie (Bsp. China zur Zeit der „Ungleichen Verträge“) 3. wirtschaftliche Beherrschung souveräner Staaten ohne eigene Industrie (Bsp. Balkanstaaten, Osmanisches Reich)

Großbritannien/England

Die Zunahme des europäischen Imperialismus unter der Führung Großbritanniens erfolgte im Zuge der industriellen Revolution. Der sich ergebende Fortschritt in der Schwerindustrie spielte auch in der Schifffahrt eine zunehmend größere Rolle. Die Dampfschifffahrt ermöglichte neue Dimensionen. Kohle, Stahl und Eisen wurden zu einem wichtigen Machtindikator. Großbritannien versuchte, sich durch die Industrialisierung vom Agrar- zum Industriestaat zu verändern. Die Zunahme der Massenproduktion erforderte neue Absatzmärkte, so dass man hoffte, diese in den Kolonien zu finden. In den Kolonien befanden sich auch viele ungenutzte Agrarflächen, die gigantische Gewinnspannen ermöglichten. Bis 1914 war ein Viertel des Erdballs von der als *Pax Britannica* verherrlichten britischen Weltmacht beherrscht.

Frankreich

Die französischen imperialistischen Bestrebungen ergaben sich vor allem in Konkurrenz zum englischen Erzfeind. Das Erreichen eines Weltmachtstatus hatte oberste Priorität. So entstand vor allem auch eine Konkurrenz in den Kolonien (etwa in der Faschoda-Krise). Frankreich besaß zahlreiche Kolonien in Amerika und Indien, die es aber nach dem siebenjährigen Krieg an England abtreten musste. Auch große Teile im Norden Afrikas waren Kolonien von Frankreich (z.B große Teile der Sahara und umliegende Gebiete).

Deutschland

Das 1871 begründete Deutsche Reich entwickelte erst nach der Ablösung Bismarcks 1890 unter Kaiser Wilhelm II. mit dem "Neuen Kurs" eine imperialistisch orientierte Politik. Im Jahr 1897 forderte der spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow im Reichstag einen deutschen „Platz an der Sonne“. Diese Prämisse eines nationalen Prestigedenkens sollte die deutsche "Weltpolitik" bis 1914 prägen.
Die deutsche Kolonialpolitik begann hingegen schon 1884/85. Bismarck verlieh mehreren afrikanischen Gebieten (Deutsch-Südwestafrika, Deutsch-Ostafrika, Kamerun, Togo) sowie Neuguinea den Status eines deutschen Schutzgebietes, der von Bismarck zunächst nur wirtschaftlich motiviert war. Innerhalb weniger Jahre wurden diese Gebiete allerdings in formelle Kolonien umgewandelt. In der Zeit der "Weltpolitik" konnten später nur noch wenige, kleinere Gebiete (etwa Kiautschou) erworben werden. Die von Deutschland erworbenen Kolonien waren wirtschaftlich und strategisch uninteressant, da sie weder über größere Bodenschätze noch über agrarische Nutzflächen verfügten.
1905 kam es zur ersten Marokkokrise, weil Deutschland französischen Bestrebungen, Marokko dem französischen Kolonialreich beizufügen, unter Berufung auf internationale Verträge entgegentrat. 1911 kam es nach dem Einmarsch französischer Truppen in die marokkanischen Städte Rabat und Fez und der Entsendung des deutschen Kanonenbootes Panther (*Panthersprung nach Agadir*) zur zweiten Marokkokrise. Deutschland erhielt als Kompensation Teile des französischen Äquatorialafrikas zur Abrundung seiner kamerunischen Besitzungen, sah sich aber außenpolitisch isoliert. Insbesondere die von Alfred von Tirpitz zwischen 1898 und 1912 durchgesetzten, imperialistisch motivierten Flottengesetze hatten schon zuvor die deutsch-englischen Beziehungen schwer belastet.

Russland

Der russische Imperialismus unterschied sich in seiner Form deutlich von den Imperialismen der anderen Staaten. Er war ein reiner Binnenimperialismus und bezog

sich nur auf die Territorialvergrößerung in Sibirien bis hin zur Insel Sachalin. Im Süden stießen Russlands Truppen in die zum größten Teil noch unkartographierten Gebiete des Kaukasus, Nordpersiens, Afghanistans, Samarkands, Taschkents und in die Nordmongolei vor. Eine der wichtigsten Triebfedern dieser Ausdehnung war das russische Bestreben, einen eisfreien Hafen zu erlangen, um so im Konzert der Mächte eine zu dieser Zeit so wichtige, ganzjährig verfügbare Flotte stationieren zu können (Hier sind besonders die Ausdehnung nach Osten und die Gründung Wladiwostoks [Beherrscherin des Ostens], sowie die Politik um die Meerengen am Bosporus zu betrachten - *vgl. auch* Navalismus).
1904 wurde ihr Vormarsch durch Japan, England sowie Österreich Ungarn gestoppt.
Hinzu kam die Vorstellung, mit einer Südausdehnung auch in eine gewisse Verhandlungsposition gegenüber Großbritannien zu kommen. Mit Druck auf die Peripherie (Nordpersien, Afghanistan und Nordindien) wurde der zentrale Nerv des britischen Königreichs bedroht: Die Seewege nach Indien und die Kronkolonie selbst. So erhofften sich die Zaren ein Einlenken Großbritanniens in der Meerengenfrage.
Gerade diese Verlagerung der großmächtigen Konfliktfelder in den Osten Asiens legte die Grundlage für eine spätere Eskalation in Zentraleuropa, die ohne die Geschehnisse am Rand der Interessenssphären überhaupt nicht verständlich erscheint: Der 1. Weltkrieg.

Japan

Der japanische Imperialismus gerade gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird von der einschlägigen Literatur am wenigsten berücksichtigt, gleichwohl durch seinen Verlauf für die nachfolgenden Ereignisse nicht minder wichtig. Nachdem Japan im Jahre 1854 durch die USA gewaltsam zur Aufgabe seiner Isolation gezwungen worden war, sah sich der feudalistisch organisierte Staat einer übermächtigen Umwelt gegenüber. In einer beispiellosen Entwicklung gelang es, radikale Reformen durchzusetzen und in atemberaubender Geschwindigkeit den technischen Rückstand zu den industrialisierten Staaten aufzuholen. Schon 30 Jahre später war aus Japan eine zu beachtende Territorialmacht geworden, die nicht nur 1894/95 China in einem Krieg besiegen konnte, sondern nach einem gleichberechtigten Bündnis mit Großbritannien 1902 sogar schaffte, die gesamte russische Flotte im russisch-japanischen Krieg 1905 zu zerstören und so die Ambitionen des Zarenstaats in Asien zu stoppen. (Direktes Ergebnis dieses Krieges waren auch die ersten revolutionären Unruhen in Russland, die später dann in die russische Revolution münden sollten, und die Rückwendung der Großmächte nach Europa – sprich: dem Balkan.)
Japan verstand das imperiale Spiel der Geheimdiplomatie zu seinen Gunsten zu nutzen, so dass es seine Ambitionen in Korea und Nordchina schon im Vorfeld zum Ersten Weltkrieg bedienen konnte und dadurch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die einzige imperialistische Macht im ostasiatischen Raum blieb.

USA

Mit dem Sieg im Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 treten auch die USA in den Kreis der imperialistischen Weltmächte ein. Der Erwerb der Philippinen und Puerto Ricos sowie die Besetzung Kubas und der Bau des Panamakanals sind ein erster Schritt um mit den europäischen Imperien in Konkurrenz zu treten. Im Gegensatz zu dem europäischen Imperialismusbestreben, legte die USA keinen Wert auf die Einnahme von großen Landmassen. Viel wichtiger war für sie, wirtschafts- und militärstrategische Stützpunkte in den großen Weltmeeren zu verteilen.

Gegenwart

Gegenwärtig können die USA als einzige imperiale (nicht notwendigerweise jedoch als einzige imperialistische) Macht bezeichnet werden, wobei man die Stellung der USA nicht mit der alten „klassischen" imperialistischen Mächten gleich setzen sollte (Münkler, Imperien). Der Politologe Herfried Münkler warf vor kurzem auch die Frage auf, ob den USA der Sprung über die so genannte augusteische Schwelle gelingen könnte. Nach Judith Butler rechtfertigte die USA den Irak-Krieg mit einem "imperialen Recht", da sie ihn weder durch national noch international geltendes Recht begründen können.

Literatur

Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Bd. 2: *Imperialismus*. München 1986 [engl. Erstausgabe 1951].

Alexander Demandt: *Das Ende der Weltreiche.* München 1997.

Philip S. Foner: *The Spanish-Cuban-American War and the Birth of American Imperialism 1895-1902*. 2 Bände. New York / London 1972 (sehr detaillierte Untersuchung mit vielen Quellen besonders aus US-amerikanischen Archiven)

Karl Held (Hrsg.): *Imperialismus 1 : Ableitung – Anti-imperialistische Illusionen über Staat und Revolution.* München 1979. 102 Seiten, derzeit vergriffen. Online: RTF-Datei zum Download (364.580 Bytes) (Marxistische Analyse)

Eric J. Hobsbawm: *Das imperiale Zeitalter 1875-1914*, Frankfurt a.M.: Fischer 2004 (TB 16391).

Christian Zeller (Hrsg): Die globale Enteignungsökonomie, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 2004, 316 S. (http://www.dampfboot-verlag.de/buecher/549-5.html)

Michael Mann: *Geschichte der Macht.* 3 Bände, Frankfurt 1990-1998.

Herfried Münkler: *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft - vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Rowohlt, Berlin 2005.

Oliver Nachtwey: *Weltmarkt und Imperialismus* - Zur Entstehungsgeschichte der klassischen marxistischen Imperialismustheorie. Neuer ISP-Verlag Köln 2005, 116 S. ISBN 3-89900-021-8

Sönke Neitzel: *Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus*, Paderborn [u.a.] : Schöningh, 2000, 453 S., ISBN 3-506-76102-1

John Pilger: "Verdeckte Ziele. Über den modernen Imperialismus" Zweitausendeins, Frankfurt 2004. ISBN 3-86150-632-7.

Gregor Schöllgen: *Das Zeitalter des Imperialismus*. München 2000, 4. Auflage [Oldenbourg Grundriß der Geschichte]. (hervorragende, umfassende und forschungsnahe Gesamtdarstellung mit 1223 Literaturhinweisen zu verschiedenen Einzelthemen)

Die Wiederentdeckung des Imperiums

Eine alte Herrschaftsstrategie erobert das 21. Jahrhundert

Im Ersten Weltkrieg blieben das zaristische Russland, das Osmanische Reich und die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn auf der Strecke. Keine 30 Jahre später zerplatzten die Allmachtsphantasien Deutschlands und Japans, und nach dem Zweiten Weltkrieg lösten sich die europäischen Kolonialreiche endgültig in ihre Bestandteile auf. Als mit dem Fall des Eisernen Vorhangs auch noch die Sowjetunion von der Bildfläche der Weltpolitik verschwand, schien sich eine Zeitenwende anzudeuten, wie sie die Menschheit lange nicht gesehen hatte.

1997 stellte der Historiker Alexander Demandt in dem von ihm selbst herausgegebenen Band "Das Ende der Weltreiche" fest:

- Die Selbstauflösung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 schloss das imperiale Zeitalter ab. Seit dreitausend Jahren wurde die Weltpolitik durch Universalreiche bestimmt. Das ist nun vorbei.
-


Präsident Bush am 20. Januar 2005 bei der Zeremonie zum Beginn seiner zweiten Präsidentschaft. Bild: Weißes Haus

Mit dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten George W. Bush zeigte sich freilich, dass die vermeintliche historische Bilanz nur eine Momentaufnahme war. Der weltpolitische Führungsanspruch, den die Vereinigten Staaten von Amerika – insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 – artikulierten und in die Tat umzusetzen versuchten, sprach und spricht gegen ein Ende des imperialen Zeitalters, und das gilt schließlich auch für die Reaktion der Gegenseite, die sich explizit gegen diesen Führungsanspruch wendet.
Herfried Münkler hat diese Situation zum Anlass genommen, um eine lange brach liegende oder schon als beendet angesehene Diskussion wiederzubeleben. In seiner Studie "Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten" versucht Münkler, das imperiale Selbstverständnis der USA in einen historischen Kontext einzubetten, der bis weit in die Antike reicht. Dem Berliner Politikwissenschaftler geht es dabei weniger um sinnfällige Analogien, auch wenn er ihnen bisweilen nicht wiederstehen kann und beispielsweise den hilflosen Versuch der Melier, im Krieg zwischen Athen und Sparta strikte Neutralität zu bewahren, als frühen Präzedenzfall für die amerikanische Unterscheidung "Who´s not for us is against us!" interpretiert.

Die augusteische Schwelle
Doch Münkler weiß natürlich, dass in der historischen Konkretisierung die Gefahr der Unvereinbarkeit steckt und sich die jeweiligen Imperien der Chinesen, Mongolen, Spanier, Holländer, Engländer oder Römer aufgrund ihrer unterschiedlichen Zeitfenster, Handlungsträger, wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen, technischen Errungenschaften, geistigen Spielräume und kulturellen Identitäten nicht ohne weiteres miteinander vergleichen lassen. Er bemüht sich deshalb um eine strukturelle Herangehensweise, die zunächst auf klare Begriffsdefinitionen setzt.
Münkler unterscheidet Imperien hinsichtlich ihrer zeitlichen und räumlichen Ausdehnung, der Durchlässigkeit ihrer Grenzen, dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie sowohl von hegemonialen als auch von imperialistischen Bestrebungen. In Anlehnung an Michael Mann (Geschichte der Macht, 3 Bände, 1990-98) beschreibt er

das Verhältnis von politischer, ökonomischer, militärischer und ideologischer Macht als das wesentliche Kriterium für Erfolg und Lebensdauer eines Imperiums. Wenn imperiale Ansprüche oft an der "augusteischen Schwelle" scheitern – also am Übergang von der Expansions- zur aufwendigeren Konsolidierungsphase, die dem römischen Kaiser Augustus vor 2000 Jahren mit dem Wechsel von der Res Publica Romana zum Imperium Romanum vorbildlich gelungen ist -, so liegt das Münklers Ansicht nach zumeist an der mangelnden Ausbalancierung dieser vier Säulen.
In Großreichen wie dem assyrischen oder dem Steppenimperium der Mongolen, die vor allem auf militärische Macht gegründet waren, sei das Überschreiten dieser "augusteischen Schwelle" praktisch ebenso unmöglich gewesen wie in den sogenannten Seeimperien der Portugiesen, Spanier oder Holländer, die sich auf die wirtschaftliche Ausbeutung der beherrschten Landstriche und Bevölkerungen konzentrierten.

- Über Aufstieg und Dauer eines Imperiums entscheiden unter anderem die Austauschbedingungen und Konvertierungsformen der einzelnen Machtsorten. Außerdem regulieren sie die Zyklen, die von Imperien mit größerer Dauer mehrmals durchlaufen werden. Herfried Münkler

Um möglichst lange im Besitz der Macht zu bleiben, kommt es nicht nur darauf an, die militärische Überlegenheit aufrecht zu erhalten, für die Reformfähigkeit und Erneuerungsbereitschaft der politisch Verantwortlichen und der Verwaltungselite zu sorgen und permanent eine neue wirtschaftliche Dynamik zu entfalten, sondern ganz besonders auch darauf, die historische Mission des Imperiums mehrheitsfähig zu definieren. Auch in ideologischer Hinsicht war das Römische Reich ein Vorbild, wurde es doch von seinem Dichter Vergil in dem Versepos "Aeneis" – zur Begeisterung von Kaiser Augustus –als "imperium sine fine" und Heimstatt von Frieden, Freiheit und Menschlichkeit gepriesen:

- Stolz wird prangen im dunklen Felle der säugenden Wölfin Romulus, erben das Reich und Mauern des Mars dort errichten Und wird das Volk nach dem eigenen Namen "Römer" benennen.
- Diesem setze ich (Jupiter) weder ein Ziel noch Frist für die Herrschaft. Reich ohne Grenzen sei ihm beschieden. Die grollende Juno, Die mit Schrecken quält die Erde, das Meer und den Himmel, wird zum Besseren wenden den Sinn und mit mir dann gemeinsam Schützen die Römer, die Herren der Welt, das Volk in der Toga. Vergil, Aeneis, 1. Gesang, Übersetzung: Wilhelm Plankl (Reclam)

Imperiale Dämonologie und Selbstsakralisierung

Das religiöse Pathos, mit dem im heutigen Amerika die globalen Ansprüche verbal und emotional abgedichtet werden, stellt nach Münkler nur eine moderne Variante dieser ausgeprägten "Selbstsakralisierung" dar, die durchaus ernst genommen und nicht nur als rhetorisches Beiwerk, strategisches Kalkül oder Irrationalität abgetan werden darf.

- **Hier geht es um den Kern des politischen Selbstverständnisses der USA, von Woodrow Wilsons Zielsetzungen beim Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg über Dwight D. Eisenhowers vor Beginn der Invasion in die Normandie geprägte Formel vom "Kreuzzug in Europa" bis zu Ronald Reagans Charakterisierung der Sowjetunion als "Reich der Finsternis" und George W. Bushs Begriff einer "Achse des Bösen", die vom Irak bis Nordkorea reiche.**

Herfried Münkler
Die Gegenspieler, die mit gezielten Terrorattacken gegen die "labile psychische Verfassung der Bevölkerung in postheroischen Gesellschaften" zu Felde ziehen, haben sich aus dem direkten Umkehrschluss freilich ihre eigene Ideologie zusammengebaut.

> Im Prinzip ist die imperiale Dämonologie eine ins Religiöse gesteigerte Form des Barbarendiskurses, in dem die Völker, die nicht zum imperialen Herrschaftsbereich gehören, auf eine niedrigere Stufe gestellt und zum potenziellen Objekt imperialer Zivilisierung gemacht werden. Die antiimperiale Dämonologie zahlt das mit gleicher Münze heim, indem sie das imperiale Zentrum zum Hort des Sittenverfalls und der Sünde stilisiert.

Herfried Münkler
Interessanterweise geraten bei diesem Wechselspiel die vermeintlich im Vordergrund stehenden ökonomischen Interessen immer mehr aus dem Blickfeld. Auch wenn sich die Beherrschung bestimmter Gebiete nicht mehr "lohnt", verlangen die Handlungsimperative des Imperiums die Aufrechterhaltung der Kontrollmechanismen, während der terroristische Gegenangriff gar nicht erst mit Kosten-Nutzen-Rechnungen aufwartet und insofern kaum in Gefahr geraten kann, Prosperitätsversprechen zu brechen.
In Gesellschaften, die weitgehend demokratisch organisiert und dem permanenten Nachweis der eigenen Legitimität ausgesetzt sind, kann das zu erheblichen Problemen führen, denn zumindest von der Bevölkerung werden Kostenfragen gestellt und Vor- und Nachteile imperialer Politik gegeneinander abgewogen. Imperien vom Format der Vereinigten Staaten können deshalb weniger politisch oder militärisch als vielmehr psychisch und wirtschaftlich überlastet und zum Rückzug gezwungen werden.
Ob die USA die "augusteische Schwelle" tatsächlich überschreiten und sich gegen andere imperiale Kandidaten aus Europa oder Asien behaupten können, muss vorerst abgewartet werden, erscheint unter den gegenwärtigen Bedingungen aber höchst zweifelhaft.
Dabei klingt das Erfolgsrezept, an dem sich nach Münklers Ansicht auch das vergrößerte Europa orientieren muss, um eine entscheidende Rolle in der aktuellen Weltpolitik spielen zu können, vergleichsweise simpel.

> Wenn es Imperien gelingt, das Prosperitätsversprechen einzulösen, durch den Barbarendiskurs eine imaginäre Grenze zu errichten, die Überzeugungskraft der imperialen Mission aufrechtzuerhalten und schließlich den Frieden in dem von ihnen beherrschten Raum zu sichern, dann verschafft ihnen das Stabilität und Dauer.
> Herfried Münkler

Herfried Münkler ist zweifelsohne eine aufschlussreiche Studie gelungen, die eine Reihe interessanter Erkenntnisse und überraschender Quervergleiche zutage fördert. Allerdings bleibt fraglich, ob der erklärte Verzicht auf moralische Kategorien dem Thema angemessen ist.
Wenn Münkler den Imperien eine fehlende Neutralitätsoption und in deren Folge einen permanenten Interventionszwang zugesteht und den Einfluss von Personen geringer bewertet als die Bedeutung von Strukturen und Vorgaben, stellt sich einmal mehr die Frage nach dem Erfahrungshorizont wissenschaftlicher Betrachtungen und Schlussfolgerungen. Möglicherweise denkt man in den heiligen Hallen der Berliner Humboldt-Universität dann doch anders als auf den Schlachtfeldern im Irak oder in Afghanistan.

Herfried Münklers Buch "Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten" ist bei Rowohlt (Berlin) erschienen und kostet 19,90 €.

Neokolonialismus

Neokolonialismus ist eine Bezeichnung für das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem in Bezug auf das Verhältnis zwischen den Ländern und Konzernen der so genannten "Ersten Welt" und der "Dritten Welt" nach Auflösung der Kolonialreiche im 20. Jahrhundert.

Begriffsklärung

Der Begriff des "Neokolonialismus" dient als Beschreibung für die Bestrebungen von Regierungen und Unternehmen der reichen Industrienationen - vor allem der USA, aber auch der EU - Kontrolle über die Ressourcen, Finanz- und Warenmärkte ärmerer Länder zu sichern. Als Werkzeuge dieses Systems dienen demnach beispielsweise Entscheidungen über die Vergabe bzw. Nicht-Vergabe von Krediten, oder die Gewährung von Schuldennachlässen. In der Kritik stehen dabei insbesondere der Internationale Währungsfond (IWF), die Weltbank (WB) und die Welthandelsorganisation (WTO).
Über die unmittelbaren wirtschaftlichen Maßnahmen hinaus umfasst das System des Neokolonialismus auch die Installation und Unterstützung von Regimen - darunter zahlreicher Diktaturen in Afrika und früher auch in Lateinamerika (z. B. Pinochet) -, die den Interessen der multinationalen Konzernen dienen und nicht den Interessen der in diesen Ländern lebenden Bevölkerung. Es umfasst auch die Kontrolle der Berichterstattung über diese Länder.
Der Vorwurf an IWF und Weltbank lautet, dass Länder von diesen Organisationen dazu gezwungen werden, Maßnahmen zu ergreifen die vor allem den Interessen der reichen Staaten entsprechen, aber wenig bis keine Rücksicht auf die Entwicklung der betroffenen Volkswirtschaften nehmen - oft mit dem Ergebnis, dass die Armut der Bevölkerung sogar noch zunimmt. Als Beispiel können die Argentinien-Krise (1998-2002) oder die bislang (2004) weitgehend ergebnislosen Verhandlungen über die Öffnung der US- und EU-Märkte für Agrarprodukte aus afrikanischen Ländern angeführt werden.
Als eine weitere Folge dieser einseitigen Wirtschaftspolitik wird angeführt, dass die Investitionen multinationaler Konzerne, oft einhergehend mit steuerlichen und arbeitsrechtlichen Begünstigungen für die Investoren, nur wenigen Personen in den betroffenen Ländern Profite verschaffen, während die Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Nutzen daraus ziehen kann. Im Gegenteil nutzen die international agierenden Firmen die niedrigen Löhne und Sozialstandards und verursachen darüber hinaus mitunter auch großen ökologischen Schaden (Auswirkungen der Erdölförderung in Nigeria, Abholzung von tropischen Wäldern, um Edelhölzer zu gewinnen, Förderung von Bodenschätzen, Lagerung von Giftmüll).
Während also diese Länder als Reservoir für billige Arbeitskräfte und Rohmaterialien benutzt werden, wird gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung und der Zugang zu modernen Technologien und Produktionsmethoden verhindert.

Entwicklung

Der Begriff des Neokolonialismus fand zuerst in der Folge der Auflösung der früheren Kolonialreiche nach dem Zweiten Weltkrieg Verbreitung und wurde anfangs meist im Zusammenhang mit afrikanischen Ländern verwendet. Politiker und Aktivisten in den gerade unabhängig gewordenen Länder beklagten, dass ihre Länder nun zu Opfern einer neuen Art des Kolonialismus wurden; ausgeübt von den früheren Kolonialmächten und auch anderen wohlhabenderen Nationen. Insbesondere wurde - und wird manchmal bis heute - Frankreich vorgeworfen, eine neokolonialistische Politik zu verfolgen und bei Bedarf sogar mit Militäreinsätzen dafür zu sorgen, dass seine Interessen nicht bedroht werden.

Auch Unabhängigkeitsbewegungen in noch unter der Kontrolle europäischer Staaten stehenden Ländern übernahmen das Konzept des Neokolonialismus in ihre Argumentation. Beispiele hierfür sind die marxistischen, anti-kolonialistischen Organisationen FRELIMO und MPLA in den, bis in die 1970er Jahre von Portugal kontrollierten, Ländern Mosambik und Angola.

Zu Beginn der 2000er Jahre wird als Beleg für den Neokolonialismus unter anderem die Schuldensituation vieler afrikanischer Länder gegenüber dem Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank (WB) angeführt: jedes Jahr wird von diesen Ländern mehr Geld an IWF und WB bezahlt, als sie von diesen Organisationen an Darlehen bekommen, was eine wirtschaftliche Entwicklung und den Aufbau von Gesundheits- oder Bildungswesen weitgehend unmöglich macht. Diese Abhängigkeit von weiteren Darlehen und der Notwendigkeit von Schuldenerlässen zwingen die betroffenen Länder Programmen zuzustimmen, die von den internationalen Organisationen vorgegeben werden. Gemäß den Grundsätzen der WTO bestehen diese Programme im Allgemeinen zuallererst in Privatisierungen und der Öffnung der Märkte für Investoren. Die Folgen sind der Verkauf von Wirtschaftsbetrieben und Infrastruktur an ausländische Unternehmen, also ein weiterer Verlust an Eigenständigkeit und ein weiterer Verfall der ohnehin oft kaum entwickelten Gesundheits- und Bildungssysteme.

In diesem Sinne äußerte sich auch Dr. Jeffrey Sachs, Berater des UN-Generalsekretärs Kofi Annan in Fragen der Wirtschaft und Entwicklung, als er eine kompletten Schuldenerlass (rund 200 Mrd. US-Dollar) für die afrikanischen Länder forderte und die betroffenen Regierungen aufforderte, ganz einfach die Zahlungen an IMF/WB einzustellen, falls diese nicht zustimmten:

„Die Zeit ist gekommen, diese Scharade zu beenden. Die Schulden sind unerschwinglich. Wenn sie die Schulden nicht erlassen, würde ich eine Blockade empfehlen; tun Sie es selbst. Afrika sollte sagen: 'Danke sehr, aber wir brauchen dieses Geld um die Bedürfnisse unserer Kinder, die heute sterben, zu stillen. Also werden wir die Beträge, statt in die Schuldentilgung, in drängende soziale Investitionen stecken, in Gesundheit, Bildung, Trinkwasser, der Kontrolle von AIDS und andere Notwendigkeiten.'“

Kritiker des IWF verweisen auf Studien über die Auswirkungen der vom Währungsfond geforderten Abwertung von Währungen als Voraussetzung für Darlehen zur Finanzierung der Schuldentilgung. Sie argumentieren, dass der IWF zwar eine Abwertung der nationalen Währungen fordert, zugleich aber darauf besteht, dass die Darlehen in US-Dollar, englischen Pfund, Euro, Yen oder anderen verhältnismäßig harten Währungen der "Ersten Welt" zurückzuzahlen seien. Dadurch würden die Schulden weiter erhöht, eine Rückzahlung unmöglich und die Länder immer weiter in Verschuldung und eben neokolonialistischer Abhängigkeit gehalten.

Kritik

Kritiker des Begriffes argumentieren, dass die reichen Länder, bzw. deren Konzerne, zwar von den billigen Arbeitskräften und Ressourcen profitieren, dabei aber in den jeweiligen LLiteratur

Mongo Beti, *Main basse sur le Cameroun. Autopsie d'une décolonisation* (1972), reédité chez La Découverte, Paris 2003

Ein Klassiker der Kritik des Neokolonialismus. Der damalige französische Innenminister Raymond Marcellin ließ das Buch verbieten. Es konnte erst nach mehrjährigen juristischen Auseinandersetzungen wieder erscheinen ändern keine Impulse zur Modernisierung setzen.

Als **Neoliberalismus** bezeichnet man zusammenfassend verschiedene sozialphilosophische und wirtschaftspolitische Konzepte. Verschiedene Gruppen verstehen unter dem Begriff Neoliberalismus zum Teil unterschiedliche Sachverhalte. Das ist u. a. auch die Ursache dafür, dass der Begriff sehr kontrovers diskutiert wird - sowohl von den Grundlagen her als auch von den Ergebnissen.

Der Begriff Neoliberalismus wurde von den Ökonomen Friedrich Hayek, Wilhelm Röpke, Walter Eucken und anderen auf einer Konferenz in Paris im Jahre 1938 im Zuge der Entwicklung eines Konzepts für eine langfristige Wirtschaftspolitik geprägt, welche sich als Mittelweg zwischen reinem Kapitalismus und Sozialismus verstand. Demnach sind Eingriffe in die Wirtschaft nur dann gerechtfertigt und notwendig, wenn sie beispielsweise Marktverzerrungen durch Monopole oder Kartelle verhindern.

Der Begriff Neoliberalismus entstand somit als eine Selbstbezeichnung einer Gruppe von Liberalen in der Mitte des 20sten Jahrhunderts. Heute wird der Begriff in der öffentlichen Diskussion insbesondere von Globalisierungskritikern und Gewerkschaften häufig als Synonym für die in den angelsächsischen Ländern meist Monetarismus genannte Politik verwendet. Die Befürworter sprechen in der Regel von liberaler Wirtschaftspolitik.

Anders als in der öffentlichen Diskussion oft unterstellt, gilt ein regulierendes Eingreifen des Staates in bestimmten Fällen als notwendig. Damit grenzt sich der Neoliberalismus vom klassischen Liberalismus mit seinem Laissez-faire ab und bezieht sich auch auf die neoklassischen Theorie.

Die unterschiedliche Haltung zum Neoliberalismus besteht weniger in der ganz grob allgemeinen Sicht, was Neoliberalismus ist, sondern darin, wann in welcher Höhe und in welcher Art die Eingriffe des Staates erfolgen sollte bzw. müsste und welche Ergebnisse die Zurückhaltung bzw. das Eingreifen des Staates hat.

Ohne genau zu definieren, was gemeint ist, sind pauschale Aussagen kaum möglich. Z.B. steht Manchesterliberalismus heute allgemein für Kinderarbeit usw. im Blickpunkt, dass die Manchesterliberalen jedem Kind einen staatlich garantierten Schulbesuch ermöglichen wollten, ist weniger bekannt.

Wegen der unterschiedlichen Konzepte sind verschiedene Schulen des Neoliberalismus zu unterscheiden:

Die Vertreter des Neoliberalismus gruppierten sich in Deutschland um die Freiburger Schule. Zu ihr zählen u.a. Walter Eucken, Franz Böhm, Hans Grossmann-Doerth und Leonhard Miksch. Dieser Schule eng verbunden sind Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack, der den Begriff Soziale Marktwirtschaft prägte. (siehe auch Ordoliberalismus) die Österreichische Schule mit Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek in England die London School of Economics mit Edwin Cannan in den USA die Chicagoer Schule mit Frank Knight und Milton Friedman

Entstehung der neoliberalen Lehre

In den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts, die von Interventionismus, Protektionismus, zentraler Wirtschaftslenkung und Totalitarismus geprägt waren, gab es eine Rückbesinnung auf die Ideen des Liberalismus. Aus Sicht der Neoliberalen hatte man mit dem "ungezügelten" Liberalismus des Laissez-faire im 19.Jahrhundert, als der Staat die Wirtschaft komplett dem freien Spiel der Marktkräfte überließ, negative Erfahrungen gemacht und sah eine Notwendigkeit zur Neuformulierung. Der klassische Liberalismus des 19. Jahrhunderts betrachtete den Markt als etwas Naturwüchsiges. Er ging davon aus, dass wenn der Staat sich nicht einmischt, das eigennützige Streben der Individuen das Gemeinwohl am besten fördere (Adam Smith: unsichtbare Hand des Marktes). Neoliberale Vordenker sahen die Gefahr, dass ein ungeregelter Markt dazu tendieren kann, durch die Bildung von Monopolen den Wettbewerb aufzuheben, und dadurch seine eigene Grundlage zu zerstören. Markt ist nach Auffassung des Neoliberalismus daher nicht naturwüchsig, sondern muss durch den Staat gewährleistet werden.

Österreichische Schule

Geschichte und Entwicklung

Als eigentlicher "Gründer" der Schule gilt **Carl Menger** mit seinen 1871 erschienenen *Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre*. Darin löste er das sogenannte klassische Wertparadoxon mithilfe der Betrachtung des Grenznutzens. Diesen Weg hatten vor ihm bzw. gleichzeitig, allesamt unabhängig voneinander, bereits Hermann Heinrich Gossen, Léon Walras und William Stanley Jevons eingeschlagen. In diesem Punkt sind sich die neoklassischen Schulen entsprechend einig.

Widerspruch in der deutschen Wirtschaftswissenschaft kam insbesondere von der Historischen Schule um Gustav Schmoller, die in Preußen vorherrschend war und einen relativistischen Ansatz vertrat. Menger hielt dagegen die ökonomischen Gesetze nicht für historisch relativ, sondern logisch objektiv erkennbar. Die unterschiedlichen Ansätze führten zum sogenannten **Methodenstreit der Nationalökonomie**, in dem Menger vor allem von **Eugen von Böhm-Bawerk**, dem zweiten „Gründer" der Schule, und Friedrich von Wieser unterstützt wurde. Der Ausdruck *Österreichische Schule* (oder auch *Wiener Schule*) wurde dabei zunächst von Vertretern der historischen Schule gebraucht und sollte den Kreis um Menger als provinziell abwerten. Die „Österreicher" übernahmen ihn aber bald selbst und zitierten später gerne polemisch ihre Gegner, die sich selbst zunächst positiv meinend als „intellektuelle Leibgarde des Hauses Hohenzollern" bezeichnet hatten.

Der zweite wichtige Punkt, in dem sich die Österreichische Schule von anderen Neoklassikern abhebt, ist ihre frühe Auseinandersetzung mit dem Marxismus und ihre radikale Ablehnung jeder Art von Sozialismus und Planwirtschaft. Dies geht vor allem auf Böhm-Bawerk zurück, der in seinem Werk *Kapital und Kapitalzins* (1884 - 1889) Mengers Werk erweiterte und dabei die Arbeitswerttheorie von Karl Marx – die für den Marxismus als grundlegend gilt – systematisch zu widerlegen versuchte, während viele andere Ökonomen sich erst nach der Oktoberrevolution 1918 mit dem Marxismus beschäftigten.

Die zweite Generation der österreichischen Schule bildete fast alleine **Ludwig von Mises**, der Böhm-Bawerks Theorien seinerseits ausbaute und mit seinem Werk *Die Gemeinwirtschaft* (1922) in Anspruch nahm, den Sozialismus endgültig widerlegt zu haben. Auf Mises geht auch die Einbettung des Wirtschaftsliberalismus in einen alles staatliche Handeln umfassenden Liberalismus zurück, weswegen die Österreichische Schule oft in Zusammenhang mit dem "klassischen Liberalismus", der einen Nachtwächterstaat fordert, gebracht wird, im Gegensatz etwa zum Sozialliberalismus, aber auch zum Ordoliberalismus.

Bedeutende Nachfolger Mises' waren **Friedrich August von Hayek** und **Murray Rothbard**. Hayek erweiterte das System insbesondere um eine Konjunkturtheorie, brachte sie in scharfen Gegensatz zum Keynesianismus und lenkte, hierin Mises folgend, das Augenmerk auf die Wichtigkeit von Informationen im Wirtschaftsprozess. Er stellte auch Gedanken zu politischen, juristischen und kulturellen Implikationen und Ausbaumöglichkeiten an. Dabei hielt er allerdings engen Kontakt zum nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen Ordoliberalismus, was für beide Seiten befruchtend wirkte. Rothbard hingegen entwickelte die Lehren Mises' weiter zu einem radikalen kapitalistischen Libertarismus, dem Anarchokapitalismus.

Überschneidungen mit der Österreichischen Schule gibt es außer im Ordoliberalismus vor allem in der Chicagoer Schule um Milton Friedman sowie in der Public-Choice-Theorie. Kritiker fassen diese teilweise differierenden Schulen oft unter dem Begriff Neoliberalismus zusammen, der allerdings gerade auf die Österreichische Schule kaum zutrifft, da sie sich selbst als „klassisch liberal“ begreift und gerade die Neuerungen („Neo“-) etwa des Ordoliberalismus und der Chicagoer ablehnt. Bedeutende Beiträge der Österreichischen Schule

Wichtige Lehren der Österreichischen Schule, die teilweise von anderen Schulen übernommen wurden, sind etwa:

- Die Betonung der Zeit in wirtschaftlichen Abläufen:
  - einerseits als Grund der Unsicherheit und des Risikos, mit dem alle Handlungen verbunden sind
  - andererseits in der Erklärung von Zinsen aus unterschiedlichen "Zeitpräferenzen" (Böhm-Bawerk, Mises)
- Die Betonung von auf dem Markt „verstreutem“ Wissen mit
  - Deutung der Rolle des Wirtschaftssubjekts, insbesondere des Unternehmers, als Sammler und Verwender dieses Wissens und
  - Deutung der Preise als implizite Vermittler dieses Wissens, d.h. Deutung des Preissystems als Informationssystem (Mises, Hayek)
- Die Mises-Hayeksche Konjunkturtheorie, die Wirtschaftskrisen in falsch gesetzten Zinsraten durch die Zentralbank begründet sieht und damit in Gegensatz zum Keynesianismus steht. Der Monetarismus baut hierauf auf.
- Ablehnung von Staatsverschuldung
- Ablehnung des Homo oeconomicus als unrealistisches Modell; Berücksichtigung außerwirtschaftlicher Interessen (Hayek, Rothbard)
- Aufwerfen des Problems der unmöglichen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus (Mises)

- Aufzeigen der politisch-rechtlichen Konsequenzen einer Planwirtschaft (Hayek)
- Kritik der staatlichen Wirtschaftstätigkeit überhaupt aus wirtschaftlicher (Mises) und moralischer (Rothbard) Sicht

Kritik der Österreichischen Schule an verbreiteten Theorien

Die Österreichische Schule kritisiert inhaltlich insbesondere:

- Gleichgewichtsmodelle (etwa das Arrow-Debreu-Modell), da volkswirtschaftliche Gleichgewichte durch die ständigen Veränderungen, denen die Pläne der wirtschaftlichen Akteure unterworfen sind, unerreichbar seien.

- Statische Betrachtungsweisen: Die Österreichische Schule betont die *Dynamik* wirtschaftlicher Prozesse. Viele Formalmodelle hängen von der ceteris paribus-Klausel ab, die in der Realität nicht gegeben ist. Die Österreichische Schule hält sie daher für unbrauchbar. Sie weist auch darauf hin, dass gängige Schulen mit Funktionen arbeiten, die in der Realität nicht messbar sind (Nutzenfunktion, Nachfragekurve).

- Die Annahme der Vollständigen Information. Aus Sicht der Österreichischen Schule liegt der Wert der Marktwirtschaft gerade darin, verstreute Informationen allen Wirtschaftssubjekten zugänglich zu machen.

- Staatliche Eingriffe. Besonders die Planwirtschaft bzw. Zentralverwaltungswirtschaft wird abgelehnt, da eine effiziente Allokation Informationen voraussetzt, die nach Sicht der Österreichischen Schule nur der Markt aufdecken kann. Allerdings wird auch jede Form des Interventionismus, den andere Schulen zulassen, abgelehnt, da er die Tendenz zur Selbstverstärkung habe und letztendlich zum Sozialismus führen müsse.

Aktuelle Entwicklungen

Seit Mitte der 70er Jahre hat die Österreichische Schule in der praktischen Politik an Bedeutung gewonnen und dabei vor allem indirekt durch ihre Einflüsse auf verschiedene neoliberale Richtungen gewirkt (Reaganomics, Thatcherismus), die in einigen Punkten von der Österreichischen Schule abweichen. In der theoretischen Auseinandersetzung sind ihre Einwände durch Ergebnisse der Spieltheorie und der Chaostheorie unterstützt worden, so dass ihre Kritikpunkte etwa seit Ende der 80er auch von Vertretern anderer Schulen ernst genommen werden. In letzter Zeit verstärkt auftretende Versuche, etwa mithilfe dynamischer Regelkreismodelle oder der Fuzzy-Logik bessere Darstellungen von Wirtschaftsabläufen zu erhalten, könnten als Ergebnis der Kritik vonseiten der Österreicher gesehen werden. Bedeutende Vertreter:

- Carl Menger
- Eugen von Böhm-Bawerk
- Ludwig von
- Ralph Raico
- Hans-Hermann Hoppe
- Walter
- Thomas DiLorenzo
- David Gordon
- Joseph
- Pascal Salin
  Pascal Salin (in Französisch)
- Jacques Garello
  Jacques Garello

Mises

- Friedrich von Wieser
- Friedrich Hayek
- Don Lavoie
- Murray Rothbard
- Ludwig Lachmann
- Israel Kirzner

- Roger Garrison

Block

- Gene Callahan
- Peter Boettke
- Jörg Guido Hülsmann
- George Reisman
- Llewellyn Rockwell

- Mark Thornton

Salerno

- Ralph Raico

- Roderick T.Long

(in Französisch)

- Jean-Pierre Centi Jean Pierre Centi (in Französisch)
- Gérard Bramoullé Gérard Bramoullé (in Französisch)
- Henri Lepage Henri Lepage (in Französisch)
- Jesus Huerta de Soto
- Josef Šíma

Im September 1932 umriss Alexander Rüstow auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik das neue liberale Credo:

„Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört. Und mit diesem Bekenntnis zum starken Staat im Interesse liberaler Wirtschaftspolitik und zu liberaler Wirtschaftspolitik im Interesse eines starken Staates – denn das bedingt sich gegenseitig, mit diesem Bekenntnis lassen Sie mich schließen."

Die meisten Wirtschaftsordnungen der westlichen Industrienationen, insbesondere die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, basieren heute auf den grundlegenden Prinzipien des Neoliberalismus.

Ziele

Der Neoliberalismus strebt eine vorwiegend marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung (mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie z.B. privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit) an und tritt darüber hinaus für marktkonforme Eingriffe des Staates ein, wenn der Marktmechanismus versagt (siehe Marktversagen) oder nicht zu den gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führt. Hauptforderungen des Neoliberalismus sind daher Maßnahmen, die der Monopol- und Kartellkontrolle dem sozialen Ausgleich der Chancengleichheit der Internalisierung externer Effekte sowie dem Ausgleich von Konjunkturschwankungen dienen sollen.

Der Neoliberalismus wendet sich ausdrücklich gegen jede Art monopolistischer und gruppenegoistischer Machtentfaltung (Lobbyismus) sowie gegen willkürliche staatliche Eingriffe wie z.B. marktverzerrende Subventionen oder Schutzzölle. Weiterhin definiert sich der Neoliberalismus einerseits durch eine scharfe Ablehnung

totalitärer Gesellschaftssysteme sowie zentraler Wirtschaftslenkung, anderseits durch eine unmissverständliche Abkehr vom Laissez-faire des klassischen Liberalismus.
Wirtschaftsliberalismus der Chicagoer Schule
Die liberal-marktwirtschaftlichen Ideen der Chicagoer Schule um Milton Friedman unterscheiden sich z.T. deutlich von denen der Freiburger Schule. Sie geht von der Stabilität des privaten Sektors aus, Instabilität sei vor allem der staatlichen Geld-, Kredit- und Fiskalpolitik zuzuschreiben. Auch bei der Entstehung von Monopolen setzt die Chicagoer Schule, im Unterschied zum Neoliberalismus, auf den freien Markt und geht davon aus, dass auf lange Sicht die Selbstregulierungsmechanismen des Marktes zu einem Marktgleichgewicht führen. Schwerpunkt der Chicagoer Schule ist allerdings die Geldpolitik, weshalb sie auch als Monetarismus bezeichnet wird. Dabei untersuchte Friedman in seinem bekanntesten Werk "A Monetary History of the United States" zusammen mit Anna Schwartz die Geldpolitk der USA. Dabei widerlegte er die keynesianische Erklärung der Weltwirtschaftskrise, welche annahm die Geldpolitik hätte die Krise nicht verhindert. Friedman weist hingegen durch empirische Studien nach, dass erst die 30%ige Geldmengenreduktion der FED die Krise ausgelöst hat.

Marktversagen

Der Begriff **Marktversagen** bezeichnet in der volkswirtschaftlichen Wohlfahrtstheorie in einem allokationsfunktionalen Modell eine Marktsituation, in der es einem sich selbst überlassenen Markt nicht mehr gelingt, die Ressourcen (u. a. Arbeit, Kapital) effizient zuzuteilen. Dabei wird der Markt als zweckgebundener Funktionsträger für Ressourcenallokation verstanden.
Diskurse außerhalb der Ökonomie lösen aus politischen oder soziologischen Motiven häufig den theoretischen Begriff *Marktversagen* aus seiner modellkonsistenten Bedeutung heraus.

Durch den Preismechanismus kommt es in einem – modellhaft angenommenen – vollkommenen Markt normalerweise zu einem Marktgleichgewicht, das eine effiziente Allokation der Ressourcen herbeiführt.
Eine Situation wird dann als effizient bezeichnet, wenn sie pareto-optimal ist, d. h. es keine Möglichkeit gibt, die Ressourcen so zu verteilen, dass mindestens einer besser gestellt wird, ohne gleichzeitig andere schlechter zu stellen.
Weitere Voraussetzungen (zusätzlich zum vollkommenen Markt) für die Herausbildung eines effizienten Marktgleichgewichts und der damit verbundenen effizienten Allokation sind: vollständige Konkurrenz, keine Seite darf über Marktmacht verfügen Marktergebnisse berühren nur Käufer und Verkäufer, keine Dritten.

Universalität: Alle knappen Güter gehören jemandem
Exklusivität: ausschließbare Verfügungsrechte
Transferierbarkeit: übertragbare Verfügungsrechte

Darüber hinaus müssen alle Marktteilnehmer vollständig über alle relevanten Faktoren informiert sein, also zum Beispiel über die Qualität eines Gutes.
In der Realität liegen diese Grundannahmen oftmals jedoch nicht vor und damit gibt es Gründe zur Annahme, dass der Markt bei der effizienten Güterallokation versagt:
Asymmetrische Informationen

Wenn die potenziellen Vertragspartner in einem Markt nicht über gleiche Informationen verfügen, so kommt es nicht zu einer effizienten Ressourcenallokation. In Extremfällen kommt es zu einem vollständigen Marktzusammenbruch. Das bekannteste Beispiel hierfür ist das Beispiel des Markts für Gebrauchtwagen, das sogenannte *Saure-Gurken-Problem*, das von George A. Akerlof entwickelt wurde. Von Marktversagen spricht man auch, wenn der Markt Güter nicht in einem pareto-effizienten Ausmaß bereitstellen würde. Dies trifft vor allem für bestimmte öffentliche Güter zu. Öffentliche Güter sind durch (weitgehende) *Nichtrivalität im Konsum* und (i. d. R.) *Nichtausschließbarkeit vom Konsum* gekennzeichnet. So ist zum Beispiel die *Landessicherheit* ein öffentliches Gut - es wird gleichzeitig von allen in einem Land Ansässigen konsumiert, ohne dass der Konsumnutzen jedes Einzelnen durch den Konsum anderer Individuen beeinträchtigt wird. Gleichzeitig kann kein einzelnes Individuum davon ausgeschlossen werden.
Märkte versagen im Allgemeinen bei der Bereitstellung derartiger Güter. Die private (d. h. über Märkte oder ähnliche auf Freiwilligkeit beruhende) Bereitstellung leidet unter Trittbrettfahrerverhalten, welches darin besteht, das Gut von *den anderen* bereitstellen zu lassen, um dann in den kostenfreien Genuss des Gutes zu kommen. Auch wenn insgesamt u. U. eine hinreichend große Zahlungsbereitschaft vorhanden wäre, käme aufgrund der Nichtausschließbarkeit dennoch keine wirksame Marktnachfrage nach diesem Gut zustande.
Aufgrund des Versagens dezentraler Allokationsmechanismen für öffentliche Güter wird oft deren gesellschaftlich organisierte (i. d. R. also staatliche) Bereitstellung gefordert. Zwar kann der Staat durch Rückgriff auf Steuern und ähnliche Zwangsmittel die Finanzierung öffentlicher Güter sicherstellen. Ungelöst bleibt aber die Festlegung einer effizienten Bereitstellungsmenge für das öffentliche Gut. Um diese bestimmen zu können, sind Informationen über die individuellen Wertschätzungen (Zahlungsbereitschaften) unerlässlich. Die zuverlässige Erhebung derartiger Informationen ist aber schwierig oder gar unmöglich (so genanntes Gibbard-Satterthwaite-Theorem), jedenfalls aber mit Informationsbeschaffungskosten verbunden, welche das Erreichen einer effizienten Allokation be- oder verhindern.
Eine Ursache, durch die es zu Marktversagen kommen kann sind externe Effekte, also alle Fälle, in denen das *Handeln* der Marktteilnehmer (negative oder positive) *Auswirkungen auf andere* hat (beispielsweise also die Abgase des Autofahrens (negativ) oder die Verschönerung eines Gebäudes, die auch die umliegenden Gebäude aufwertet (positiv)). Die Interessen dieser Dritten werden von den am Markt handelnden Parteien nicht berücksichtigt, so dass die Zuteilung der Ressourcen volkswirtschaftlich betrachtet nicht mehr effizient ist: Da die Auswirkungen auf Dritte, die sich nicht wehren können, nicht in das Preiskalkül von Anbieter und Nachfrager einbezogen werden, haben sie keinen Einfluss auf den Preis, auch wenn die Dritten bereit wären, Geld für den Nichtabschluss (negative externe Effekte) oder Abschluss (positive externe Effekte) zu bezahlen.
Allerdings kann durch das Coase-Theorem gezeigt werden, dass es unter engen Voraussetzungen (klare Zuordnung von Eigentums- bzw. Verfügungsrechten, vollständige Rationalität, keine Transaktionskosten) zu Verhandlungen am Markt kommt, die zu einer Internalisierung (= Mitberücksichtigung) der externen Effekte durch die Marktteilnehmer führen. Nicht möglich sind diese Verhandlungen jedoch mit Marktteilnehmern, die es noch gar nicht gibt, aber zu denen Kosten (z.B. den für Umgang mit Nuklearmüll) in die Zukunft externalisiert wurden. Daneben existieren in der Realität Monopole, die in der Lage sind, die Marktpreise zu bestimmen. Ein gewinnmaximierender Monopolist bietet nicht mehr zu Grenzkosten an, sondern zu

erhöhten Preisen (Cournotscher Punkt), so dass bestimmte Nachfrager vom Konsum ausgeschlossen werden. Da positive Skaleneffekte zu einem natürlichen Monopol führen können, sind sie auch mögliche Ursache von Marktversagen, was staatliche Eingriffe begründen kann. Ein möglicher Ausweg besteht, wenn der Anbieter in der Lage ist vollständige Preisdiskriminierung durchzuführen. Demnach wird ein Pareto-Optimaler Zustand erreicht. Das Prinzip der Selbstregulierung des Marktes setzt Reversibilität voraus. Es gibt jedoch in der physikalischen und biologischen Umwelt des Marktes eine Vielzahl irreversibler Prozesse, die die Möglichkeiten der Selbstregulierung begrenzen. Deswegen können sich Menschen, die sich im Staat oder als Staat organisieren, entschließen, in den Markt als offenes System mit nicht marktwirtschaftlichen Mitteln zu intervenieren. Dieses Recht ergibt sich insbesondere, wenn der Markt Kosten zu Menschen externalisiert, die von einer marktwirtschaftlichen Teilnahme am Markt zeitlich und räumlich ausgeschlossen sind.

Konkretes Beispiel: Gentechnisch modifizierte Pflanzen. Ob der Markt sie annimmt oder nicht, wird nicht nur Marktmechanismen überlassen. Mit gesetzlichen Maßnahmen setzen die Menschen im Staat Beschränkungen durch, die eine unumkehrbare Ausbreitung der gentechnisch modifizierten Pflanzen verhindern sollen, damit Verbraucher auch in der Zukunft entscheiden können, ob sie transgenetisch modifizierte Produkte kaufen wollen oder nicht kaufen wollen.

Aussagen, dass eine unumkehrbare Ausbreitung transgenetisch modifizierter Pflanzen ohnehin nicht zu verhindern sei, können ein Hinweis darauf sein, dass sich Markteilnehmer sich der durch Irreversibilität gesetzten Grenzen der Selbstregulierungsmechanismen des Marktes bewusst sind - und diese Grenzen sogar nutzen können, um ein Versagen der Selbstregulierung des Marktes zu ihren Gunsten herbeizuführen. Denn Unumkehrbarkeit bietet die Möglichkeit, den Unterschied
zwischen der *Theorie* des sich selbst regeln könnenden Marktes
und der *Praxis* des Schaffens unumkehrbarer Tatsachen
zur nicht korrigierbaren Änderung der Spielregeln im Markt zu nutzen.

Im konkreten Fall wurde beispielsweise die Ausbreitung (z.B. durch Wind) transgenetisch modifizierter Pflanzen ursprünglich als sicher beschränkbar behauptet. Beobachtet wurde inzwischen jedoch über viele Kilometer erfolgender Pollenflug. Ein weiterer Hinweis auf Ansätze, die Selbstregulierung des Marktes trotz des Werbens für den freien Markt zu unterlaufen und somit Marktversagen zu begünstigen, sind Versuche, die Möglichkeiten der Kunden einzuschränken, sich über pflanzliche Erzeugnisse zu informieren. Im Zuge der Liberalisierung und Privatisierung des kalifornischen Energiemarktes im Jahr 2000 führte ein undurchschaubares Netzwerk von Firmen und Tochterfirmen zur prinzipiellen Möglichkeit, die Marktpreise zu manipulieren, was von einigen Strommaklern wie Enron konsequent ausgenutzt wurde. Der Staat Kalifornien musste Mehrkosten von 43 Milliarden Dollar ausgleichen, es kam zu häufigen Stromausfällen, der Enron-Konzern wurde aufgrund eines Bilanzierungsskandals zerschlagen und war die größte Insolvenz in der Geschichte der USA. Das *wirtschaftstheoretische Verständnis* von Marktversagen und seiner Behebung widerspricht jedoch in manchen Bereichen der Vorstellung der Menschen, da es viele Bereiche nicht thematisiert, die umgangssprachlich als Marktversagen bezeichnet werden. Beispielsweise wäre ein freier Markt nicht in der Lage, der ganzen Bevölkerung eine gute *Gesundheitsversorgung* zu garantieren, da der ärmere Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, für diese Versorgung zu bezahlen. Hier liegt aber kein Fall des Marktversagens vor, da die Ressourcenverteilung effizient ist (Die Situation ist pareto-optimal, da niemand besser

gestellt werden kann (ein armer Mensch wird versorgt), ohne dass jemand anderes schlechter gestellt wird (ein anderer muss dafür zahlen)).

Insbesondere die von vielen Menschen gewünschte soziale Gerechtigkeit wird von dem hier als Maßstab zu Grunde liegenden Pareto-Prinzip nicht thematisiert. Der bekannte und umstrittene Wirtschaftsethiker Peter Ulrich spricht daher daneben von einem *vitalpolitischem Marktversagen*, wenn der Markt nicht die von der Bevölkerung erwünschten Resultate produziert. Diesem Konzept fehlt es aber an theoretischer Präzision, da keine eindeutigen Kriterien benennbar sind, die ein Eingreifen erforderlich machen und überdies unklar bleibt, ob Eingriffe hier erfolgreich sein können. Neoklassische Schule

Die neoklassische Denkschule definiert solche Situationen als Marktversagen, in denen die sich in einer kompetitiven Ökonomie ergebende Allokation nicht paretoeffizient ist. Marktversagen liegt demnach vor, wenn es eine vom Wettbewerbsgleichgewicht verschiedene, aber erreichbare Allokation der Ressourcen gibt, die mindestens ein Individuum besser stellt, ohne ein anderes Individuum schlechter zu stellen (typischer Weise deutet das Vorliegen einer nicht pareto-effizienten Allokation auf die Existenz einer anderen Allokation hin, in der es jedem Individuum besser geht). In diesem Sinne geht Marktversagen mit einer Verschwendung bzw. dem nachteiligen Brachliegen gesellschaftlich knapper Ressourcen einher.

Die neoklassische Theorie trennt scharf zwischen Allokation und Distribution, wobei sie Marktversagen als rein allokativen Defekt definiert. Eine stark ungleiche Verteilung von Wohlstand und Einkommen ist somit aus Sicht der neoklassischen Theorie dann kein Marktversagen, solange die sie erzeugende Allokation pareto-effizient ist.

Der *Erste Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik* formuliert präzise, hinreichende Bedingungen, unter denen die Allokation in einer kompetitiven Ökonomie pareto-effizient ist. Sind eine oder mehrere dieser Voraussetzungen verletzt, so ist die Marktallokation nicht mehr notwendiger Weise effizient. Hieraus ergeben sich potenziell Ansatzpunkte für staatliche Eingriffe.

Liegt hingegen eine pareto-effiziente Marktallokation vor, so bedeutet jedes Abweichen hiervon (z.B. durch Staatseingriffe), dass es mindestens einem Individuum in der Ökonomie schlechter gehen wird als zuvor. Dies mag erwünscht sein, etwa wenn die Verteilungssituation geändert werden soll, indem man von *Reich* nach *Arm* umverteilt. Mit Hilfe des Pareto-Kriteriums, welches nur eine unvollständige Ordnung über den gesellschaftlich erreichbaren Zuständen ermöglicht, sind derartige Maßnahmen dann nicht bewertbar.

Im Allgemeinen gehen Eingriffe in eine pareto-effiziente Marktallokation mit dem Verlust der Pareto-Effizienz einher; die einzige Form effizienzunschädlicher Eingriffe sind (praktisch nicht durchführbare) Umverteilungen der Anfangsausstattungen (Zweiter Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik).

Kritiker der neoklassischen Theorie hängen oft der Ansicht an, die neoklassische Theorie lehne staatliche Eingriffe, insbesondere aber sozialpolitische Maßnahmen und Einkommensumverteilung ab. Die neoklassische Theorie bezieht hier aber keinerlei normative Stellung. Sie stellt analytische Bedingungen bereit, wann Marktallokationen effizient sind -- und wann nicht. Sodann verweist sie darauf, dass Umverteilung in einer effizienten Allokation in der Regel mit einer Effizienzeinbuße einhergeht (sog. *equity-efficiency tradeoff*) -- allerdings ohne hieraus zu folgern, dass Umverteilung zu unterbleiben habe. Österreichische Schule

Ihre Ökonomen verneinen die Existenz von Marktversagen generell (siehe dazu beispielsweise [1]). Markt ist nach ihrer Auffassung gesellschaftliches (Miteinander-)Handeln von Menschen, ein offener Prozess, über dessen vorläufigen Ausgang die Menschen sich immer wieder neu einigen. Markt versagt nicht, denn er ist keine handelnde Person und hat keine von Menschen willkürlich bestimmbare Aufgabe oder Funktion. Die Idee vom Marktversagen ist ebenso wie die ihr zugrundeliegende Vorstellung von einer Aufgabe oder Funktion des Marktes reine Theorie, sämtliche Beispiele beruhen auf der Anwendung dieser. Ökonomen, die auf Basis der Österreichischen Schule argumentieren, lehnen gewaltsame Eingriffe eines Staates in den Markt ab. Da solche Interventionen allein auf Wertentscheidungen von politisch entscheidenden Personen beruhen, richten sie sich grundsätzlich ausschließlich gegen die freien Vereinbarungen der Menschen im Markt, die von den Personen als Marktversagen fehlgedeutet werden.

Public Choice-Theorie

Anhänger der Public-Choice-Theorie betonen einen fehlenden kausalen Bezug zwischen dem Vorliegen von Marktversagen und einem staatlichen Eingreifen. Sie begründen dies mit der Gefahr eines Staatsversagens, d. h. die durch einen staatlichen Eingriff verursachten Kosten könnten u. U. höher sein als die Kosten eines Marktversagens. Public-Choice-Ökonomen führen dies auf grundsätzliche Probleme demokratischer Systeme und den starken Einfluss von Lobbyisten zurück. Beides führen sie auf ein Rent-Seeking-Verhalten sowohl im privaten Sektor als auch in der Regierungs-Bürokratie zurück.

Die Denkrichtung deutet umgangssprachlich mit "Marktversagen" bezeichnete Fälle aus diesem Grund eher als das Fehlen des reinen Marktes aufgrund einer Subversion des freien Marktes durch die nötigende Wirkung eines politischen Eingriffs.

Amerikanischer Liberalismus

Von anderen Beobachtern (z. B. Sozialdemokraten und Anhängern des amerikanischen Liberalismus) erachten Marktversagen als ein grundsätzliches Problem unregulierter Märkte. Aus dieser Annahme heraus propagieren sie extensive staatliche Interventionen, durch die ihrer Meinung nach sowohl Effizienz als auch soziale Gerechtigkeit (i. d. R. interpretiert als eine Begrenzung von Ungleichheiten bei Wohlstand und Einkommen) erreichbar sind.

Insbesondere von der Public-Choice-Theorie werden daran die (zu) optimistischen Annahmen a) einer benevolenten Regierung sowie b) einer Fähigkeit der Bürger, das Regierungshandeln demokratisch zu kontrollieren, kritisiert. Hervorgehoben wird dabei die Gefahr des bereits erwähnten Staatsversagens.

Dem wird entgegnet, unter dem Gesichtspunkt von Markt- und Staatsversagen könne es nur um eine möglichst optimale Kombination aus Markt und Staatseingriffen gehen. So wird z. B. von kaum einem Ökonomen der Sinn einer staatliche Durchsetzung individueller Eigentums- und Vertragsrechte angezweifelt, woraus geschlussfolgert wird, ein vollkommen freier Markt sei sich selbst widersprechend.

Marxistische Schule

Die marxistische Schule hält ein System individueller Eigentumsrechte an Produktionsmitteln für ein grundsätzliches Problem und plädiert daher für eine gemäß anderen Entscheidungskriterien gesteuerte Allokation (üblicherweise demokratisch oder durch eine zentral planende Instanz, die demokratisch durch die Bevölkerung legitimiert ist). Damit unterscheidet sich die marxistische Deutung des Begriffs Marktversagen ganz wesentlich von der anderer Denkschulen: Dort ist mit einem

Marktversagen eine spezifische Situation eines ineffizienten Marktergebnisses verbunden, hier werden alle Märkte als ineffizient, da demokratisch nicht gewünscht, angesehen. Aus diesem Grund hält die marxistische Schule Marktversagen für einen inhärenten Bestandteil jedes kapitalistischen Systems.

Bezogen auf Marktversagen im engeren Sinne (d. h. bezogen auf eine rein marktliche Ineffizienz aufgrund der oben genannten Auslöser) kritisieren Marxisten, dass Regierungen häufig mit denen, die von Marktversagen profitieren (z. B. Umweltverschmutzer, Monopolisten) Bündnisse bilden, weswegen die Regierung kein neutraler Vermittler von technokratischen Lösungen sei. Gemäß dieser Theorie gehen Marktversagen und Staatsversagen eng miteinander einher. Nur öffentlicher Druck auf die Regierung und die vom Marktversagen profitierenden Unternehmen könne das Marktversagen reduzieren. In seiner Soziologie der Wirtschaft setzt Niklas Luhmann den Begriff *Marktversagen* in Anführungszeichen. Der keynesianischen Gebrauch des Begriffes stellt sich als auf einer politischen Entscheidung basierend dar: "Im Bereich der Arbeit ... hat man unter politischem Druck darauf verzichtet, Knappheit durch Preise anzuzeigen. ... Man rechnet ... die Arbeitslosigkeit nicht auf zu hohe Arbeitspreise zu, sondern, unter Überspringen dieses Punktes, direkt auf 'Marktversagen'." (Die Wirtschaft der Gesellschaft, 1988, Kapitel 7.VII)

Was Luhmann unter *Markt* versteht, ist besonders gut verständlich an seiner Abgrenzung des Begriffes *Marktwirtschaft* zu dem zu verstehen, was Marktwirtschaft in seiner Systemtheorie *nicht* ist: Nicht Planwirtschaft und nicht Staatstätigkeit sind Gegenbegriffe zur Marktwirtschaft, sondern *Subsistenzwirtschaft*. Diesen Begriff definiert Luhmann dann als *eine Wirtschaft, die ohne nennenswerte monetäre Vermittlung* abläuft (Die Wirtschaft der Gesellschaft, 1988, Kapitel 3.III). Daraus folgt, dass der Markt durch monetäre Vermittlung gekennzeichnet ist. Marktversagen ist dann als das Versagen der monetären Vermittlung definierbar.

Staatliche Instrumente

Generell lassen sich folgende Instrument unterscheiden, mit denen der Staat auf Marktfehler reagieren kann:

Dem Staat kann die Aufgabe zugewiesen werden, Marktversagen zu erkennen und ggf. regulierend einzugreifen. So kann der Staat die Bildung von Monopolen, Kartellen oder Preisabsprachen durch Kartellgesetze verhindern (vgl. Bundeskartellamt), oder bei einem natürlichen Monopol den Monopolisten in der Festsetzung seiner Preise kontrollieren oder selbst als Anbieter in Erscheinung treten.

Weiter kann der Staat beispielsweise externe Effekte wie Umweltverschmutzung internalisieren, also in das Marktgeschehen mit einbeziehen, indem er dem Produzenten Steuern auf den Ausstoß von Umweltgiften auferlegt (Pigou-Steuer).

Diese Mittel sind nicht nur auf ein Eingreifen des Staates in den Markt beschränkt, sondern können auch darin bestehen, dass der Staat sich aus bestehenden wirtschaftlichen Aktivitäten zurückzieht, Selbstregulierung in durch Monopolisierung blockierten Märkten wiederherstellt oder durch Kommodifizierung bestimmter Güter. Darunter versteht man die Schaffung neuer Märkte wie beispielsweise beim Emissionsrechtehandel: Statt Umweltverschmutzung (negative externe Effekte) komplett zu verbieten, oder mit staatlichen Quoten zu arbeiten, wird eine marktwirtschaftliche Lösung angestrebt, die den effizienzsteigernden Marktmechanismus in die Internalisierung der externen Effekte implementiert. Solche Lösungen basieren auf dem Coase-Theorem.

Außerdem kann der Staat auf das Versagen des Marktes bei öffentlichen Gütern reagieren, indem er diese selbst erstellt.

Elemente neoliberaler Politik

Normativer Individualismus: Quelle für wirtschaftspolitische Entscheidungen ist die individuelle Präferenz der Wirtschaftssubjekte. Aufgrund von Aggregationsproblemen individueller Präferenzen wird daher eine Kritik staatlicher Wirtschaftsprogramme geübt, wenn dieses aus allgemeinen Prinzipien abgeleitet wird (Ablehnung von Agendapolitik). Dieses Prinzip ähnelt dem Prinzip der Volkssouveränität in der liberalen politischen Theorie.

Privateigentum: Nach neoliberaler Auffassung ist es nicht Aufgabe des Staates, unternehmerisch tätig zu werden. Gefordert wird deshalb die Privatisierung von Staatsbetrieben bzw. Aufgabe von Staatsbeteiligungen, insbesondere auch von staatlichen Monopolen im Bereich der Infrastruktur (Daseinsvorsorge) wie Telekommunikation, Verkehr, Energie oder Bildung. Der Staat hat aber durch eine Wettbewerbspolitik für funktionsfähige Märkte zu sorgen und der Bildung von Monopolmärkten und Marktversagen vorzubeugen. Der Vorrang von Privateigentum und privatwirtschaftlichen Regelungsformen gegenüber staatlichem Einfluss wird mitunter aus einer bestimmten Sichtweise auf die ökonomische Theorie der Verfügungsrechte abgeleitet. Demnach steige der volkswirtschaftliche Wohlstand, je mehr Eigentum sich in privater Hand befindet. Bei sozialistischen Regelungsformen komme es hingegen zwangsläufig zur sogenannten Tragik der Allmende.

Stabilitätspolitik: monetaristische Geldmengenpolitik soll stabile Preise durch eine stabile Währung (*makroökonomische Stabilität*) und durch einen ausgeglichenen Staatshaushalt garantieren. Aus einer restriktiven Geld-, Zins- und Haushaltspolitik folge eine Straffung der Verwaltung, die Schaffung teilautonomer Einheiten und eine Auslagerung bestimmter öffentlicher Aufgaben im Sinne eines schlanken Managements.

Markt als Steuerungsinstrument: Nach neoliberaler Überzeugung soll allein der Markt, also Angebot und Nachfrage, über Art, Preis und Menge der Sach- und Dienstleistungen entscheiden, da so eine optimale Allokation der Ressourcen stattfinde.

Wettbewerb: Der Staat hat für funktionierende Märkte zu sorgen und im Falle deutlich „unvollkommener Märkte“ regulierend einzugreifen, etwa durch Steuern auf externe Effekte und durch Kartellgesetzgebung. Im Unterschied zur Neoklassik wird der Wettbewerb auch auf die Institutionen ausgeweitet, mit der Meinung, dass die „fittesten“ auf dem Markt überleben, deren Bedeutung wird anerkannt („neuer Institutionalismus“).

Deregulierung: Neoliberale fordern eine Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft im Sinne einer Reduzierung der Gesetze und Verordnungen, soweit sie als übertrieben bürokratisch und nicht wirklich notwendig angesehen werden, weil dadurch einzelwirtschaftliche Handlungen verhindert würden.

Welthandel: Neoliberale befürworten die Globalisierung im Sinne einer Förderung des Freihandels zwischen den Staaten, sei es durch globale Organisationen wie der

WTO mit ihren Vereinbarungen wie GATT, GATS, TBT, SPS, TRIPS, oder sei es durch Freihandelszonen und vermehrte Sonderwirtschaftszonen oder der Abschaffung der Grenzen der Nationalstaaten. Der freie Handel trägt nach Einschätzung des Neoliberalismus zur Förderung von weltweitem Wohlstand bei. Die Einschränkung des Handels mittels tarifärer (Schutzzölle) und nicht-tarifärer Handelshemmnisse und eine Förderung bestimmter Wirtschaftszweige durch den Staat (Subventionen) hingegen führt nach neoliberaler Vorstellung zu Ungleichverteilung und Armut auf der Welt. So haben es zum Beispiel Entwicklungsländer schwer, gegenüber der hochsubventionierten europäischen Agrarwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben. Neoliberale werfen den Industriestaaten vor, nur von den Entwicklungsländern Handelsfreiheit zu fordern, diese jedoch nicht im eigenen Land einführen zu wollen. Anhänger des Neoliberalismus fordern, sämtliche Handelsschranken zu anderen Ländern abzubauen und die Bevorzugung der heimischen Produkte durch Subventionen zu unterbinden. Damit, so behaupten sie, könnten Entwicklungsländer faire Chancen auf dem Weltmarkt erhalten.

Steuerpolitik: Gefordert werden in der Regel niedrige Steuersätze, etwa in Form eines Proportionaltarifs oder Stufentarifs, und ein einfaches Steuersystem anstelle eines Systems vielfältiger Einzelbestimmungen. Indirekte Steuern werden gegenüber direkten Steuern vorgezogen. Steuern auf die Substanz und Vermögen werden als Doppelbesteuerung ebenso abgelehnt wie Bagatellsteuern, bei denen die Einnahmen oft kaum höher sind als der Aufwand zu ihrer Erhebung. Insgesamt wird die Senkung von Unternehmenssteuern befürwortet, zumal damit oft sogar eine Erhöhung der staatlichen Steuereinnahmen einher ginge.

Sozialsystem: Auch im Bereich der Sozialsysteme befürworten Neoliberale privatwirtschaftlich organisierte Lösungen anstelle der als bürokratisch angesehenen staatlichen Systeme. Damit soll eine effizientere Verwaltung der Mittel des Bürgers erreicht werden. Das Umlageverfahren wird kritisiert, da es auf keiner soliden Basis stehe. Statt dessen wird private Vorsorge im Rahmen des Kapitaldeckungsverfahrens befürwortet. Das bedeutet, dass die sozialen Sicherungssysteme umgebaut werden: Der Umverteilungsstaat wird abgebaut, marktwirtschaftliche Systeme werden aufgebaut. Staatliche Leistungen würden sich dann wirksam auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren, also diejenigen, die nicht in der Lage sind, für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Milton Friedman hat eine negative Einkommensteuer vorgeschlagen. Danach würde das Finanzamt jedem Steuerpflichtigen, dessen Einkommen unter einem festzulegenden Minimum liegt, die Differenz ohne weitere Prüfungen überweisen.

Vermachtung: Der Neoliberalismus kritisiert Machtkonzentration in Wirtschaft (Kartellbildung) und Staat und wendet sich gegen gruppenegoistische („rent-seeking“) Machtentfaltung von Lobbyisten (z.B. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden).

Tarifrecht: Das Tarifrecht soll zu Gunsten betrieblicher Vereinbarungen mit Öffnungsklauseln gelockert werden. Flächentarifverträge werden nach neoliberaler Auffassung der individuellen Situation der Unternehmen nicht gerecht.

Arbeitsrecht: Das Arbeitsrecht soll entbürokratisiert werden. Im Zentrum der Kritik der Neoliberalen stehen dabei besonders der Kündigungsschutz, da er nach neoliberaler Auffassung die Unternehmen von der Schaffung von Arbeitsplätzen

abhalte, sowie das Arbeitszeitgesetz und die betriebliche Mitbestimmung. Auch wird gefordert, dass das allgemeine Lohnniveau und die Höhe von Ausbildungsvergütungen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen garantieren sollen.

Konjunkturpolitik: Es wird gefordert, dass auch in rezessiven Phasen der Wirtschaft keine antizyklischen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen seitens der Politik stattfinden sollen. Konjunkturprogramme seien Strohfeuer, die langfristig mehr schaden als nutzen würden. Subventionen verzerren nach neoliberaler Auffassung den Wettbewerb, verhindern Innovation und Strukturwandel und sollen deshalb abgebaut werden. Stattdessen wird eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt, die durch günstigere Produkte den Konsum anregen soll. Mittel dazu seien unter anderem die Senkung von Löhnen, Lohnnebenkosten und Unternehmenssteuern. Gemäß der G-I-B-Formel wird erhofft, dass niedrigere Löhne zu höheren Gewinnen (G) führen, die zu höheren Investitionen (I) anregen, was mehr Beschäftigung (B) schaffen soll.

Beispiele und Ergebnisse neoliberaler Politik

Als das wohl bedeutendste Beispiel neoliberaler Politik gilt die Politik in der Bundesrepublik Deutschland unter Ludwig Erhard (1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, 1963–1966 Bundeskanzler). Erhard und sein Staatssekretär Alfred Müller-Armack, der den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ prägte, waren beide Wirtschaftswissenschaftler, Vertreter der Freiburger Schule und Mitglieder der Mont Pèlerin Society und hatten regelmäßigen Kontakt zu den führenden Vertretern des Neoliberalismus wie Eucken, Röpke, Böhm und Hayek. Auch der in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts geprägte Begriff „Sozial-ökologische Marktwirtschaft“ basiert wesentlich auf dem Neoliberalismus.

Als Experimentierfeld für die neoliberale Wirtschaftspolitik moderner Prägung gilt Chile. Von Milton Friedman stammt der Begriff des „Wunders von Chile“. Er wunderte sich über die liberale ökonomische Ausrichtung des ansonsten diktatorischen Regimes. Ronald Reagan („Reaganomics“) und Margaret Thatcher („Thatcherismus“) waren die ersten bedeutenden Politiker, die die neuen neoliberalen Ansätze in den Industriestaaten umsetzten.

Neuseeland hat einen radikalen Wechsel von einer der am stärksten regulierten Volkswirtschaften zu einer sehr liberalen vollzogen und gilt deshalb als Beispiel für neoliberale Politik. Subventionen wurden radikal gestrichen, die Sozialsysteme stark zurückgebaut. Staatsbetriebe wurden privatisiert, Agrarsubventionen abgebaut, Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft, die Zentralbank erlangte Unabhängigkeit, und der Spitzensteuersatz wurde halbiert. Neuseeland zählt heute zu den am stärksten deregulierten und privatisierten Volkswirtschaften der Welt. Die Arbeitslosigkeit lag 2004 bei 3,6 Prozent und das Wachstum bei 4,4 Prozent und Neuseeland nahm damit in der OECD eine Spitzenposition ein.

Manche Kritiker bezeichnen Argentinien als neoliberal, was aber sachlich weitenteils inkorrekt ist, da Argentinien z.B. viele der im Washingtoner Konsensus formulierten Politikempfehlungen ignorierte und über Jahrzehnte eine exzessive Verschuldungspolitik verfolgte.

Denkfabriken

Friedrich Hayek dachte, dass zur Durchsetzung des Konzepts des Neoliberalismus mit einem Prozess zu rechnen wäre, der über zwei bis drei Generationen dauern würde; er gründete 1947 mit 36 Liberalen, vorwiegend Ökonomen (darunter Walter Eucken,

Milton Friedman, Frank H. Knight, Ludwig von Mises, Karl Popper, Wilhelm Röpke) die Denkfabrik Mont Pelerin Society. Diese hat sich – neben der Verteidigung von Freiheit und Rechtsstaat – die Förderung von Privateigentum und Wettbewerb zur Aufgabe gemacht, die als wesentlich für eine freie Gesellschaft angesehen werden. Weitere wichtige Institute wurden in der Folge gegründet, z.B. das Institute of Economic Affairs 1971 in London oder die Heritage Foundation 1973 in Washington. In Deutschland gibt es z.B. die Stiftung Marktwirtschaft und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Internationale Organisationen

Die WTO mit Ziel des weltweiten Freihandels vertritt neoliberale Forderungen, auch Weltbank und IWF werden oft mit dem Neoliberalismus in Verbindung gebracht. Seine Verbreitung als Konzept wurde von Ökonomen der Weltbank und des IWF nach dem Zweiten Weltkrieg vorangetrieben, als Antwort auf die Programme zur Förderung von Entwicklungsländern, die nicht den gewünschten Erfolg zeigten: Förderungen für Großprojekte ließen die armen Länder mit Schulden und geringem Wirtschaftswachstum zurück, die größere Bedeutung liegt aber in den 1970er Jahren als Versuch, eine strukturelle Krise zu beantworten (s. a. Konsens von Washington). Die Gewährung von Krediten an ein Land wird oft von der Durchführung liberaler Reformen (vgl. Strukturanpassungsprogramm) abhängig gemacht. Allerdings werden IWF und Weltbank auch von neoliberaler Seite kritisiert, z. B. wenn durch Begünstigung lokaler Machteliten marktverzerrende und interventionistische Politik betrieben wird. Auch das Weltwirtschaftsforum (WEF) wird von vielen in seinen Zielsetzungen als neoliberal angesehen.

Kritik und Kritiker

Der Begriff *Neoliberalismus* selbst, und seine Verwendung, ist unter Befürwortern und Gegnern eines Wirtschaftsliberalismus umstritten:

Eine aktuelle Kritik am Neoliberalismus benutzt den Begriff heute meist im Sinne von Deregulierung und Liberalisierung der Märkte (Welthandel), Rückzug des Staates und Überantwortung von gesellschaftlichen Belangen an Kräfte des Marktes. In Deutschland stellt dieser Wandel z.B. den Übergang vom *rheinischen Kapitalismus*, der durchaus auch von Eucken geprägt war, hin zu einer globalisierten befreiten Marktwirtschaft dar.

Auch wenn diese Verwendung historisch-wirtschaftswissenschaftlich nicht exakt ist, dominiert sie heute, es hat also ein Bedeutungswandel stattgefunden. Viele Kritikpunkte, die sich im heutigen Sprachgebrauch in Bezug auf den Neoliberalismus geäussert werden, meinen also eine aktuell dominante wirtschaftsliberale Denkschule, die sich eher an Hayek und den Chicago Boys orientiert, als an Euckens Prinzipien. Verfechter eines extremen Wirtschaftsliberalismus kritisieren selbst wiederum den einstigen Neoliberalismus im Sinne von Eucken, weil er ihnen noch zu staatsfixiert ist.

Soziale Effekte der Deregulierung:

Von Gewerkschaften und Globalisierungskritikern werden die von „neoliberaler" Politik geforderten Privatisierungen und die Einschränkung staatlicher Wohlfahrtsleistungen kritisiert, da sie zu einer Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse führten. Dadurch verschärfe sich weltweit die soziale Lage. Kritiker sind der Ansicht, dass die *Entfesselung des Marktes* Ungleichgewichte und Unausgewogenheiten (Nord-Süd-Gefälle, soziale Ungleichheit) eher verschärfen würde als sie

auszugleichen. Mit dem Rückzug des Staates greift in vielen Lebensbereichen die Logik des Marktes (vergleiche Kommodifizierung). Über angeblich höhere Preise für die Versorgung im Rahmen von Privatisierungen würden die Bürger geschädigt. Kritiker beklagen hier die fehlende Regulierung durch den Staat beziehungsweise der Einschränkung durch gesellschaftliche Normen. Der von neoliberalen Denkern gepriesenen Freiheit durch Marktchancen halten sie entgegen, dass dies in erster Linie die Freiheit von Wohlhabenden und Mächtigen darstelle. Achtet man allein auf Rendite, würden moralische oder soziale Normen leiden.

Demokratische Teilhabe: Die Neoliberalisierung der Gesellschaft geht Kritikern zufolge mit dem Verlust demokratischer Einflussmöglichkeiten auf das Gemeinwesen einher. Je mehr öffentliche Bereiche (etwa Öffentlicher Raum, Bildung, gemeinnützige Wohnungsgesellschaften, Wasser, Energie, Verkehr, Kultur, Sport, medizinische Versorgung) in privates Eigentum übergehen, desto geringer wird der Einfluss der Bürger und der Parteien darauf. Soziale Aspekte werden vernachlässigt zugunsten von Rendite. Neoliberale Politik führe zur Betonung des Konsums (Konsumgesellschaft) und erhöhtem Desinteresse an politischer Teilhabe.

Abbau des Sozialstaats: Die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung wird von einigen Beobachtern als Praxisbeispiel neoliberaler Politik gewertet. Die Kritik richtet sich insbesondere gegen die Kürzung der Ausgaben im Bereich der staatlichen Sozialversicherung. Die Kritiker betrachten dies als Sozialabbau. Private Absicherung könne den Sozialstaat nicht ersetzen. Die neoliberale Sicht, dass es dadurch zu einer effizienteren Verwaltung der Mittel des Bürger käme, wird von den Kritikern nicht geteilt. Sie begründen dies mit den Gewinnen der Pharmaindustrie oder der Anteilseigner privater Rentenfonds."

Kirche: Die Zunahme des Wettbewerbs solle die Bedürfnisse der Schwächsten in der Gesellschaft nicht unsichtbar machen, meinte Kardinal Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz: Die Befürworter neoliberaler Thesen seien leider *„blind, wenn sie auf Menschen stoßen, die keine Voraussetzung haben, am Spiel des Marktes teilzunehmen“* [1]. Vergl. auch Christliche Soziallehre.

Kritik am Markt als Steuerungsinstrument: Die Keynesianischen Ökonomen (wie Joseph E. Stiglitz) meinen, dass ein ungeregelter Markt in einigen Fällen ein schlechtes Instrument sei und zu Marktversagen führen könne. Für den Keynesianismus sind die Erwerbsmöglichkeiten im entwickelten Kapitalismus keine Sache individueller Tatkraft. Sie richten sich nach dieser Theorie danach, ob es über die Marktprozesse gelingt, u. a. für die Investitionstätigkeit ausreichende Konsumgüternachfrage zu mobilisieren. Die Gegner des Neoliberalismus kritisieren, dass der freie Markt schädliche volkswirtschaftliche Ungleichgewichte erzeugen könne, da nur bei entsprechender Kaufkraft die jeweilige Nachfrage bedient würde. Außerdem gäbe es die Gefahr, dass Bedürfnisse, hinter denen keine entsprechende Kaufkraft steht, nicht abgedeckt werden. Auch wird kritisiert, dass die sozialen Folgen deregulierter Märkte von der Allgemeinheit zu tragen sind. Beispiele für derartige Problemkreise sind in den Bereichen Bildung, Altenpflege, Familienpolitik und zunehmend auch im Gesundheitssystem zu finden.

Marxismus: Für marxistische Kritiker wird der Neoliberalismus nicht nur als Politik und als konkretes Unternehmerhandeln, sondern auch als Art und Weise der Konsumption bzw. der Lebensführung, wie Selbstmanagement (vgl. a. „Selbsttechnologie“, Michel Foucault) verstanden. Sie ist eine Antwort auf *sinkende Profitraten* ("Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate", Karl Marx), die durch eine bis in die 1970er Jahre steigende Produktivität nicht mehr wettgemacht werden können („Krise des Fordismus“) – der Klassengegensatz, der in Institutionen (z. B.

Sozialpartnerschaft, Gewinnbeteiligungen) eine Zeitlang ruhiggestellt werden konnte, bricht wieder auf. Der Neoliberalismus ist aber nicht einfach eine Ideologie, sondern ein hegemoniales und plurales Projekt, das der ständigen Reartikulierung durch Intellektuelle – Antonio Gramsci spricht hier von *organischen Intellektuellen* – des Kapitals bedarf, um die Akzeptanz des Kapitalismus immer wieder neu abzusichern, dadurch werde ein Partikularinteresse ("Profitmaximierung") als ein allgemeines Interesse ausgegeben (vgl. Standortdebatte). Über die so genannten 'sozialen Verwerfungen' des Neoliberalismus hat sich insbesondere die Kritische Theorie geäußert.

Neoliberale Positionen würden, so die Kritiker, deshalb einer Verengung der ökonomischen Sichtweise (*la pensée unique* – „Einheitsdenken") Vorschub leisteten, welche die betriebswirtschaftliche Rationalität über die gesamtwirtschaftliche Rationalität, etwa die „Ökonomie des ganzen Hauses" (Aristoteles), stellt. Manche Kritiker meinen, dass „Neoliberale" andere Menschen gerne an sich selbst mäßen und dabei vergessen würden, dass soziale Umstände und Zufall maßgebliche Einflussfaktoren für den persönlichen ökonomischen Erfolg sein können.

Aus einer eher kulturellen Perspektive wendet sich Georges Bataille gegen das Primat des Nutzens, das Wert rein ökonomisch definiert und vermeintlich *unproduktive* Verausgabung jenseits der Gesetze des Marktes (z. B. Kunst, Verschwendung) immer seltener werden lässt. Auch in der weltweiten 68er-Bewegung wurde, besonders in Frankreich, die Ausweitung des Marktes auf immer mehr Lebensbereiche kritisiert. Die Punk-Bewegung knüpfte teilweise an diese Kritik an, stellte diesen Tendenzen das Konzept von Do it yourself entgegen.

Die Zapatistas luden zum ersten Mal 1996 zum *„intergalaktischen Treffen gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit*". In Brasilien wurde aus Protest gegen „neoliberale" Globalisierung das Weltsozialforum gegründet. Opponenten des Neoliberalismus als wirtschaftliche Theorie sind Ökonomen wie Joseph E. Stiglitz und Amartya Sen. Auch der Börsenspekulant George Soros warnt nun, nach seinen Spekulationen, vor einem bedrohlichen *Marktfundamentalismus*. Pierre Bourdieu legte gemeinsam mit anderen mit *„Das Elend der Welt"* (1997) eine cultural study (Kulturstudie) zum Thema vor: er sieht eine allgemeine Zunahme von Angst und Unsicherheit, sowie eine gesellschaftliche Spaltung und „Prekarisierung"; ein ähnliches Projekt betrieb nachfolgend Elisabeth Katschnig-Fasch. Naomi Klein kritisiert in ihrem Buch *No Logo* die „Machenschaften globaler Konzerne" und Folgen neoliberaler Politik ebenso wie Noam Chomsky in *Profit over people* oder Richard Sennett in *Der flexible Mensch*. Kritik am Neoliberalismus fällt dabei oft zusammen mit der Kritik an der Globalisierung, die nach Ansicht der Kritiker neoliberal geprägt sei und einseitig eine Globalisierung des Marktes, nicht aber der Menschenrechte anstrebe.

Jürgen Kromphardt kritisiert in seinem Buch *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus*, dass durch den freien Markt eine Umverteilung von den ökonomisch Erfolglosen zu den ökonomischen Erfolgreichen erfolge. Dies werde damit begründet, dass auf Dauer die höheren Leistungen der Erfolgreichen auch den Erfolglosen zugute kommen (so genannter Trickle-Down-Effect). Kromphardt meint, die Unsicherheit dieser Zukunftsversprechen und die Benachteiligung der Schwächeren werden als Strukturprobleme verharmlost. Neoliberale haben seiner Meinung nach die Tendenz, Fehlentwicklungen ihrer Konzepte zu verharmlosen oder zu leugnen. Dabei benutzen sie die Strategie, reale Auswirkungen durch sprachliche Mittel zu rechtfertigen. Das werde deutlich, wenn sie den Vorwurf, man sei gegen den Sozialstaat, dadurch entkräften wollen, dass sie behaupten, nicht den Sozialstaat sondern den

Wohlfahrtsstaat abschaffen zu wollen. Diese Vorgehensweise der neoliberalen Denkfabriken lässt nach Kromphardts Meinung nicht den Verdacht ausräumen, dass ihre Bemühungen nicht darauf ausgerichtet sind, die Realität wissenschaftlich zu erklären, sondern diese derart zu interpretieren, dass sie mit einer wirtschaftpolitischen Konzeption übereinstimmt, die eine vollkommene Befreiung der Privateigentümer von jeglichen gesetzlichen Einschränkungen fordert.

Volkssouveränität

Volkssouveränität bezeichnet eine Staatsform, in der der Inhaber der Staatsgewalt - der "Souverän" - das Volk ist. Zu den Ausformungen der Volkssouveränität im geltenden Recht siehe unten, "Geltendes Recht", zu den rechtshistorischen und rechtsphilosophischen Grundlegungen der Volkssouveränität siehe unten, "Rechtsphilosophische und andere Gedanken zur Volkssouveränität".

Rechtslage in Deutschland

Die Volkssouveränität im Sinne deutschen Verfassungsrechts ist Bestandteil des Demokratieprinzips und gehört als solcher zu den verfassungsrechtlichen Staatsformmerkmalen der Bundesrepublik Deutschland. Der Grundsatz der Volkssouveränität ist in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes geregelt. Die Bestimmung lautet wie folgt:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Im einzelnen ergibt sich aus dieser Bestimmung:

Sämtliche Staatsgewalt geht in Deutschland - unmittelbar oder mittelbar - vom Volk aus. Das Volk ist in diesem Sinne der Souverän im Staate, ist gleichsam Herrscher über sich selbst. Dabei ist unter "Volk" in diesem Zusammenhang ausschließlich das Staatsvolk im Sinne der staatsrechtlichen 3-Elemente-Lehre zu verstehen. Dazu gehört jeder, der im Sinne von Artikel 116 des Grundgesetzes die *deutsche Staatsangehörigkeit* hat. Ausländer (Nicht-Deutsche) haben daher keinen Anspruch darauf, an der Ausübung der Staatsgewalt, insbesondere an Wahlen und Abstimmungen (auf Bundesebene) teilzunehmen. Ihnen darf ein Ausländerwahlrecht auch nicht eingeräumt werden, weil nur Deutschen die Staatsgewalt (Art. 20 Abs. 2 GG) zusteht. Nur bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden sind gemäß Art. 28 Abs. 1 Satz 3 Ausländer, soweit sie Unionsbürger, also Angehörige eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union sind, aktiv und passiv wahlberechtigt. Aus dieser Bestimmung folgt ebenfalls, dass ein Ausländerwahlrecht sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch bei Kommunalwahlen unzulässig ist.

Das Staatsvolk übt seine Staatsgewalt unmittelbar durch Wahlen und Abstimmungen aus. Die Ausübung der Staatsgewalt durch Abstimmungen ist im Grundgesetz abschließend geregelt. Abstimmungen finden ausschließlich bei Neugliederungen des Bundesgebietes statt (Artikel 29 des Grundgesetzes und Artikel 118). Die Einführung weiterer konstitutiver Volksabstimmungen oder -entscheide wäre nur durch Verfassungsänderung, nicht aber durch einfaches Gesetz möglich.

Außerhalb der Wahlen und Abstimmungen übt das Volk die Staatsgewalt ausschließlich mittelbar, und zwar durch die Organe der Gesetzgebung (Legislative), der Verwaltung (Exekutive) und der Rechtsprechung (Jurisdiktion) aus. Die unmittelbare Ausübung der Staatsgewalt ist daher im Wesentlichen auf die Teilnahme an Wahlen beschränkt. Die deutsche Demokratie ist in diesem Sinne eine rein repräsentative Demokratie.

Rechtsphilosophische und andere Gedanken zur Volkssouveränität

Einführung

Frühe Demokratietheoretiker der Neuzeit standen daher dem Prinzip vom Rechtsstaat oder einer Verfassung skeptisch gegenüber, da diese die Macht des Volkes souverän zu entscheiden, beeinträchtigen würden. In neuerer Zeit treten jedoch verschiedene Formen der rechtlichen Ausgestaltung der Machtübung, indirekte und representative Demokratie mit unterschiedlichen Beteiligung der Rechtsprechung auf.

Rechtssouveränität

Aus rechtspositivistischer Sicht gibt es nach geltendem deutschem Verfassungsrecht kein deutsches Recht, das dem Zugriff des deutschen Souveräns - des Volkes - entzogen wäre. Denn das Volk übe seine Staatsgewalt aus, in dem es Recht setze und vollziehe. Recht (im rechtswissenschaftlichen Sinne gemeint) sei daher nicht Voraussetzung und Grenze der Souveränität des Volkes, sondern Ausdruck und Folge seiner Souveränität und Medium in dem die Souveränität sich entfalte. Das Volk sei daher im Prinzip noch nicht einmal gehindert - notfalls durch Neuschaffung der Verfassung -, die Todesstrafe einzuführen, Zwangsarbeit zu erlauben, Privateigentum abzuschaffen oder die Unverletzlichkeit der Wohnung aufzuheben. Übergeordnete "Rechts"sätze, an die auch der Souverän im Rechtssinne absolut gebunden wäre, gebe es nicht. Sollte sich der Souverän an bestimmte Werte aus moralischen, ethischen oder sonstigen Gründen gebunden fühlen (etwa an die Unantastbarkeit der Menschenwürde oder die freie Meinungsäußerung), so werde er sie berücksichtigen. Rechtlich verpflichtet aber sei er dazu nicht.

Dem gegenüber vertritt eine am Naturrecht orientierte Rechtsphilosophie die Auffassung, auch in demokratischen Staaten solle die "Rechtssouveränität" der Volkssouveränität vorangestellt werden. Das heißt, bestimmte Rechtsgrundsätze (wie z.B. die Menschenrechte) dürften als Grundlage des politischen Lebens in einer Demokratie nicht verletzt werden. Die demokratische Anwendung des Volkssouveränitätsprinzips bestehe nicht in einer Durchsetzung des Willkürwillens der Mehrheit, sondern in der Achtung der Rechte einzelner und der gesellschaftlichen Minderheiten und Gruppen durch die demokratisch qualifizierte Mehrheit.

Kritische Überlegungen zum Verständnis von Volkssouveränität im allgemeinen.

Verschiedene Initiativen verstehen unter dem Volkssouveränitätsprinzip eine weitergehende Forderung. Sie lehnen die repräsentative Demokratie als grundsätzlich "undemokratisch" und akzeptieren lediglich direkte Demokratien als "demokratisch". In ihrem Sinne bedeutet die Volkssouveränität die Souveränität des Volkes über sich selbst. Nach diesem Verständnis gibt es keine dem Volk übergeordnete staatliche oder staatsähnliche Ebene wie z.B. Bundesstaatsebene oder EU-Ebene, die gegenüber dem Volk des jeweiligen Staates weisungsbefugt ist. Auch innerhalb des Staates gibt es keine dem Volk übergeordnete, weisungsbefugte Instanzen wie z.B. Parlamente, Verfassungsgerichte, Regierungen, Verwaltung, Aristokraten, Diktatoren etc.

Deregulierung wirtschaftliche Bedeutung

Deregulierung bedeutet in der Ordnungspolitik die kontrollierte Rücknahme staatlicher Eingriffe in wirtschaftliche Prozesse, mit denen der Staat z.B. versucht, Marktversagen zu korrigieren oder politische Zielsetzungen gegen den Markt durchzusetzen.

Begründet wird Deregulierung mit negativen mikro- und makroökonomische Folgen staatlicher Regulierungen, z.B. in dem sie wirtschaftliche Aktivitäten verhindern oder in eine falsche Richtung lenken. Aus wettbewerbspolitischer Sicht soll mit Hilfe von Deregulierungen eine Beseitigung von marktwirtschaftlichen Verzerrungen erreicht

werden. Viele Ökonomen gehen allerdings gerade bei Marktversagen von der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe aus, während er sich in Fällen, in denen kein Marktversagen vorliegt aus dem Marktgeschehen zurückziehen sollte, etwa bei privaten Gütern.

Absicht der Deregulierung ist die Liberalisierung der Märkte, mit dem Ziel Innovationen durch Konkurrenz zu fördern Investitionen zu fördern und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen in den Unternehmen höhere Effizienz zu erreichen dem Staat eine Entlastung der öffentliche Haushalte zu ermöglichen.

Diese Ziele können alle gemeinsam oder einzeln, getrennt verfolgt werden. Ansatzpunkte von Deregulierungen können die Stärke (Verringerung der Anzahl von Spezialvorschriften) und der Umfang (Verringerung der Anzahl der Bereiche) der Regulierung sein. Sie können sich auf Preise, Mengen, Normen, Vorschriften - wie z.B. Umweltschutzbestimmungen, beziehen.

Die Begriffe Deregulierung und Privatisierung werden häufig in Ihrer Bedeutung nicht klar unterschieden. Unter Privatisierung wird die Verlagerung bestimmter staatlicher Aktivitäten in die Verfügungsgewalt des privaten Sektors der Volkswirtschaft verstanden.

Der Prozess der Deregulierung wird meist durch staatliche Behörden überwacht, die den neuen Marktteilnehmern Schutz gewähren sollen gegen die Marktmacht der ehemaligen Monopolisten (siehe auch Bafin).

Die Deregulierung führt nicht immer zu (dauerhaft) funktionierenden Märkten. Beispielsweise hat die Zerschlagung des AT&T-Konzerns 1984, der durch die Regulierung des amerikanischen Telekommunikationsmarktes zum Monopolisten geworden war, zu vielen einzelnen Gesellschaften geführt, die miteinander im Wettbewerb standen. Inzwischen sind aber durch gegenseitige Aufkäufe aus dem ursprünglichen Kreis nur noch drei davon übrig. Um funktionierende Märkte zu erhalten sind deswegen auch staatliche Eingriffe durch Kartellbehörden erforderlich.

Die Blockade von Ex-Monopolisten kann wirtschaftliche Innovationen massiv behindern. Beispiel dafür sind die schnellen DSL-Netze für hochauflösendes Fernsehen in Deutschland. Der Aufbau einer derartigen Infrastruktur erfordert mehrere Milliarden Euro. Der Aufbau einer deutschlandweiten Infrastruktur scheitert bisher daran, dass die Europäische Kommission mit Verweis auf die vereinbarte Deregulierung der Telekommunikationsmärkte fordert, daß alle Unternehmen ein derartiges Netz nutzen können sollen. Dem Ex-Monopolisten zufolge wäre damit aber für ein Unternehmen, das ein solches Netz auf eigene Kosten aufbaut, der Rückfluss des eingesetzten Kapitals nicht mehr gewährleistet. Infolgedessen wird diese Infrastruktur, die technisch ausgereift und verfügbar ist, bisher nicht installiert.

Rechtliche Bedeutung

Seltsamerweise nehmen im rechtlichen Bereich bei einer wirtschaftlichen Deregulierung die Anzahl der rechtlichen Regularien drastisch zu: Was vorher staatswirtschaftlich über ein Monopol-Regiebetrieb betrieben wurde, dessen Handlungen nur auf wenigen Vorschrifften beruht haben, ist zur Deregulierung, Entkartellisierung und der Förderung eines vollständigen Marktes ein gigantischer Regularienaufwand notwendig.

Beispiele rechtlicher Deregulierung

Deregulierung der Paketdienstleistungen

Deregulierung der Briefdienstleistungen (wird Ende 2007 umgesetzt werden): Postgesetz

Deregulierung im Telekommunikationsmarkt (hier herrscht der gnadenlose Wettbewerb): Telekommunikationsgesetz
Deregulierung im Energiemarkt (rechtlich schon durchgeführt, wird die ökonomische Deregulierung spätestens 2007 Tatsachen schaffen): Energiewirtschaftsgesetz
Gegenbeispiele von Regulierung (Quasimonopole und Monopole)
Monopolstellung der Bahn
Monopolstellung des Autobahnbetriebs
Monopolstellung der Müllunternehmungen (hier liegt evtl. auch ein natürliches Monopol vor)
Monopolstellung der Gerichtsbarkeit (in anderen Ländern herrschen für privatrechtliche Angelegenheiten private Schiedsgerichte vor)
Zunahme des Regularienaufwandes
Klassisches Beispiel ist die Deregulierung auf dem Energiemarkt. Während das monopolistische alte Energiewirtschaftsgesetz gerade einmal 19 Paragraphen umfaßte, ist das neue Energiewirtschaftsgesetz, das eine Deregulierung veranlassen soll, auf 119 Paragraphen angeschwollen.
Energiewirtschaftsgesetz
Mit der zweiten Novelle des **Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG)** setzt die Bundesregierung das EU-Gemeinschaftsrecht für die leitungsgebundene Energieversorgung in nationales Recht um. Ziele des EnWG sind die verbraucherfreundliche und umweltverträgliche Versorgung mit Elektrizität und Gas sowie die Sicherung des wirksamen Wettbewerbs und eines langfristigen, leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen.
Änderungen
Informationsaustausch wird einheitlicher geregelt
Unbundling wird gesetzlich geregelt
Regelungen für Übertragungsnetzbetreiber werden konkretisiert
Befugnisse und Aufgaben der Bundesnetzagentur werden festgelegt
Grund- und Notversorgungsverpflichtungen werden dem liberalisierten Markt angepasst
Eine Kennzeichnungspflicht für Stromrechnungen wird eingeführt
Festlegungen zum Berechnungs- und Genehmigungsverfahren für die Netznutzungsentgelte, zur Informationspflicht im Internet (Entgelte) und zum Reporting an die Regulierungsbehörde werden getroffen
Das Zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts ist am 13. Juli 2005 in Kraft getreten.

Hintergrund der zweiten Novelle

Die EU-Richtlinie läßt es den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung frei, ob der freie Netzzugang gesetzlich geregelt wird oder mittels freier Vereinbarung und freiwilliger Selbstkontrolle der vier deutschen Netzbetreiber gewährleistet wird. Beim Strom hat dies funktioniert, beim Gas hingegen nicht. Demnach kam der Gesetzgeber überein, dies zu regulieren. Hierzu wurde die zweite Novelle des EnWG beschlossen, so daß aus dem einst 19 Paragraphen umfassenden EnWG weitere hundert Paragraphen hinzugefügt wurden. Wichtig ist hier eine Ermächtigungsverordnung, um das Unbundling zu regeln. Für den Gasmarkt wurde auf dieser Grundlage die Gasnetzzugangsverordnung erlassen. In dieser sind die Einzelheiten der Marktöffnung - insbesondere der Möglichkeit des Endkunden zum Liefentenwechsel und deren fachliche und technische Realisierung - geregelt.

Geschichte

Durch das Energiewirtschaftsgesetz von 1998 wurde das bis dahin geltende Energiewirtschaftsgesetz von 1935 abgelöst. Um dieses Gesetz hatte es aufgrund seines Entstehungsdatums z.T. polemische Auseinandersetzungen gegeben. Die Vorwürfe gingen vor allem dahin, dass Versorgungssicherheit eine Voraussetzung für Rüstung und Krieg sei. Tatsächlich war das Gesetz von 1935 jedoch weitgehend eine Festschreibung der energiewirtschaftlichen Realitäten, wie sie sich in der Weimarer Republik herausgebildet hatten.

Weblinks

Volltext des EnWG von 2005 (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit)

Greenpeace

Der Verband der Verbundunternehmen und Regionalen Energieversorger in Deutschland - VRE- e. V.

Bundesumweltministerium

Bundesnetzagentur

Anarchokapitalismus

Der **Anarchokapitalismus** zählt zu den libertären Theorien und propagiert eine radikale Form des Liberalismus. Seine Vertreter befürworten eine allein vom freien Markt und von freiwilligen vertraglichen Bindungen geprägte Gesellschaft und lehnen staatliche Eingriffe in das menschliche Zusammenleben ab. Daher spricht man in Zusammenhang mit ihm auch von "Markt-Anarchismus".

Anders als der klassische Anarchismus fordert der Anarchokapitalismus ein weitgehendes Eigentumsrecht, das durch keinerlei unfreiwillige Verpflichtung - etwa seitens des Staates - gebunden sein soll. Für Anarchokapitalisten ist der Eigentumsbegriff so zentral, dass sie alle anderen Grundrechte wie z.B. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit ihm unterordnen oder aus ihm ableiten. Sie vertreten die Ansicht, dass sich alle Beziehungen zwischen Menschen, einschließlich Fragen der Justiz und der öffentlichen Sicherheit, über freiwillige Verträge und Vereinbarungen bestimmen lassen. Sie lehnen daher auch das staatliche Gewaltmonopol ab.

Theoretische Grundlagen

Die gedanklichen Grundlagen des Anarchokapitalismus speisen sich sowohl aus dem individuellen Anarchismus als auch aus dem Libertarismus, der sich aus dem

klassischen Liberalismus entwickelte. Zu seinen geistigen Vorläufern im 19. Jahrhundert gehörte beispielsweise Max Stirner.

Einfluss des Liberalismus

Klassisch Liberale misstrauen seit jeher der Institution des Staates und forderten bereits seit dem 19. Jahrhundert, den monopolisierten Aufgabenbereich des Staates auf ein Minimum zu begrenzen. Dem Staat kommt nach ihrer Auffassung nur noch die Aufgabe zu, für Sicherheit, also für den Schutz des Eigentums Sorge zu tragen.

Vom Liberalismus zum Anarchokapitalismus

Der liberale Ökonom Gustave de Molinari formulierte 1849 in seinem Werk "Über die Produktion von Sicherheit" als Erster Argumente, die über diese minimalstaatliche Auffassung noch hinaus gingen. Molinari betrachtete auch Werte und Aufgaben wie Sicherheit als Ware oder Dienstleistung wie jede andere. Eine gewaltgestützte Monopolisierung eines jeden Guts, also auch der öffentlichen Sicherheit liege aber, so Molinari, nicht im Kundeninteresse, da die Ausschaltung jeglichen Wettbewerbs jedes Gut verteuern und seine Qualität verschlechtern müsse. Er verneinte damit die Sonderstellung des Gutes "Sicherheit", wie sie noch vom klassischen Liberalismus vertreten wurde. Mit seinem Verzicht auf die letzten vom Liberalismus noch für notwendig erachteten Staatsaufgaben hatte er die theoretische Grundlage für den Anarchokapitalismus oder Marktanarchismus gelegt.

Molinaris antistaatliche liberale Tradition wurde vor allem in den frühen Schriften Herbert Spencers sowie von Autoren wie Paul Émile de Puydt ("Panarchie"), Auberon Herbert und Albert Jay Nock ("Our Enemy, The State") weiterentwickelt.

Heute wird der Anarchokapitalismus vor allem von Schülern des Wirtschaftswissenschaftlers Ludwig von Mises und der von Carl Menger begründeten "Österreichischen Schule", etwa von Murray N. Rothbard und Hans-Hermann Hoppe vertreten.

Eigentumsrechte

Grundlage jeglichen Eigentums ist nach der libertären Theorie das Selbst-Eigentum des Menschen an seinem eigenen Körper. So lautet das von Hans-Hermann Hoppe formulierte Ausgangsaxiom, dem ausnahmslos jeder Mensch zustimmen könne.

Der Anarchokapitalismus leitet aus diesem Axiom ab, dass auch alles was der Mensch mit Hilfe seines Körpers erwerbe oder schaffe sein Eigentum sei. Im Falle natürlicher Ressourcen entstehe Eigentum durch die ursprüngliche Bearbeitung solcher Dinge, die bisher von keinem anderen Menschen genutzt oder als Eigentum beansprucht würden. Nach der anarchokapitalistische Theorie muss über diesen Punkt Konsens herrschen. Wo dies nicht der Fall sei, könne die Ursache dafür nur in einer Leugnung des Ausgangsaxioms liegen. Kritiker des Anarchokapitalismus bestreiten jedoch, dass aus dem Selbst-Eigentum des Menschen zwangsläufig ein Recht auf Aneignung und Nutzung aller von anderen Menschen nicht beanspruchten, natürlichen Ressourcen der Erde folge.

Ablehnung staatlicher Intervention

Aus dem anarchokapitalistischen Eigentumsbegriff ergibt sich die vollständige Ablehnung öffentlicher Eingriffsmöglichkeiten in die Freiheit des Individuums. Dies betrifft alle staatlichen Aufgaben und Souveränitätsrechte von der Erhebung von Steuern und Sozialabgaben über die Gesetzgebung bis hin zum Recht auf Kriegsführung und zum staatlichen Gewaltmonopol. Insbesondere verneinen die Anarchokapitalisten die Notwendigkeit sozialstaatlicher Maßnahmen.

Ihr Eigentumsbegriff ist also umfassend: Selbstgeschaffenes Eigentum, aber auch Grund und Boden, sollen nach Auffassung der Anarchokapitalisten grundsätzlich privat sein. Auch für Sicherheit und Justiz solle jeder selbst sorgen können, gegebenenfalls mit Hilfe privater Sicherheitsdienstleister.

Da nach Meinung der Anhänger libertärer Theorien jeder Einzelne der beste Vertreter seiner Interessen sei, kann der Staat *per se* nichts besser lösen als freie Individuen, die untereinander Verträge schließen. Folglich betrachten sie jede Intervention eines Staates in das Privatleben seiner Mitglieder prinzipiell als Übel, da sie stets mit einer Verletzung seiner individuellen Rechte, speziell seiner Eigentumsrechte, einhergehe.

Ablehnung des demokratischen Staates

Einer der Vordenker des Anarchokapitalismus, Hans-Hermann Hoppe, sieht in der Demokratie einen „zivilisatorischen Abstieg“ gegenüber der feudalistischen Gesellschaftsordnung. Er behauptet, aufgrund des dynastischen Denkens hätten absolutistische Monarchen ihr Land und die darin lebenden Menschen als ihr Eigentum und das ihrer Nachfahren betrachtet und seien daher nicht selten mit beidem pfleglicher umgegangen als gewählte Regierungen. Die moderne Demokratie dagegen zwinge die Politiker - aufgrund der ihnen nur auf Zeit verliehenen Macht - sich Stimmen zu erkaufen, entweder durch Wahlgeschenke, die aus Steuererhöhungen finanziert würden oder durch Gesetze, die nur einzelne Gruppen begünstigten. Dadurch verschlechtere sich im Laufe der Zeit der Allgemeinzustand ihres Landes.

Private Hilfe statt sozialer Rechte

Anarchokapitalisten sind der Auffassung, dass Hilfe für bedürftige Menschen wie Arme, Behinderte oder Arbeitslose auch ohne staatliche Institutionen geleistet werden könne. Sie setzen ganz auf Nachbarschaftshilfe und mildtätige, private Institutionen oder Stiftungen. Sie argumentieren, solche Institutionen seien effizienter, da sie aufgrund der die sozialen Kontrolle durch die privaten Spender mit weniger Bürokratie auskommen müssten. Zudem sind sie der Ansicht, dass Menschen mehr für wohltätige Zwecke spendeten, wenn die Steuerbelastung wegfiele. Als Beispiel dafür führen sie die Zunahme der Spendenbeträge während des Wirtschaftsbooms der 80er Jahre an, in dem sich die Spendenbeträge linear zum Einkommenswachstum vermehrt habe.

Haltung in der Gewaltfrage

Während die Anarchokapitalisten einerseits schon die Ausübung staatlicher Aufgaben eindeutig als "Zwangsmaßnahmen" und "Gewaltausübung" definieren, ist ihre Haltung gegenüber tatsächlicher, physischer Gewalt ambivalent.

Einerseits folgt aus ihrer Verneinung des staatlichen Gewaltmonopols eine grundsätzliche Ablehnung militärischer Maßnahmen. Daraus folgt aber nicht zwangsläufig eine pazifistische Doktrin. In den USA beispielsweise gehören viele Anarchokapitalisten sogar zu den Befürwortern eines möglich weit gefassten Rechts auf freien Waffenbesitz.

Anarchokapitalisten sind zwar grundsätztlich dagegen, in einem Konflikt zuerst zur Gewalt zu greifen. Aber wie auch der klassische Liberalismus, sehen sie die Anwendung von Gewalt als gerechtfertigt an, wenn sie der Verteidigung des eigenen Lebens oder Besitzes dient.

Der Grad der erlaubten, defensiven Gewalt ist auch unter Anarchokapitalisten selbst umstritten. Einige befürworten es, wenn Initiatoren aggressiver Aktionen selbst zum Ziel vergeltender Gegenangriffe werden, die über eine einfache Gefahrenabwehr hinausgehen. Dem steht die Ansicht gegenüber, solche Gegenangriffe seien nur in

soweit legitimiert, als sie in einem Abkommen zwischen den Parteien definiert seien, etwa in einem Statut.
Eine andere umstrittene Anwendung des Defensiv-Prinzips betrifft die revolutionären Gewalt gegen tyrannische Regime. Viele Anarcho-Kapitalisten bewundern die Amerikanische Unabhängigkeitsbewegung als legitimen Akt von Individuen, die gemeinsam gegen tyrannischen Restriktionen einer Kolonialmacht ihre Freiheit erkämpft hätten. Tatsächlich war der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg nicht von freiwillig miteinender verbundenen Individuen sondern von den staatlichen Institutionen der 13 britischen Kolonien erklärt und geführt worden. Dennoch war er nach Murray Rothbard der einzige gerechtfertigte Krieg der Vereinigten Staaten [1]. Gleichzeitig verurteilen er und viele seiner Anhänger die Mittel, die die Revolutionäre im Kampf genutzt hätten - die Eintreibung von Steuern, die Ausgabe von inflationärem Geld, Zwangsmusterung und -einziehung zum Militär - sowie das Ergebnis der Revolution: die Errichtung eines neuen, als Zwangsorganisation verstandenen Staates.

Kritik

Zentrales Leitmotiv des Anarchismus ist, dass er Herrschaft von Menschen über Menschen ablehnt. Kritiker des Anarchokapitalismus werfen seinen Vertretern vor, sie verfolgten Ideen, die auf eine rein sozialdarwinistische Gesellschaftsordnung hinausliefen. Sie betrachten sozialdarwinistische Verhältnisse als logische Folge einer Gesellschaftsordung, welche die Beziehungen zwischen Menschen mit unterschiedlichen Ausgangschancen allein über die Eigentumsverhältnisse regele. Besitz und Reichtum würden neue Machtstrukturen begründen, die allein auf dem Faustrecht des wirtschaftlich Stärkeren beruhten. Wirtschaftlich schwache Individuen seien in einer so organisierten Gesellschaft weitgehend schutzlos.
Markt-Anarchisten gehen jedoch davon aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung bei einem völlig freien Markt Armut fast gänzlich beseitigen würde und private Wohlfahrtsorganisationen für die wenigen Ausnahmen ausreichende Fürsorge gewährleisten würden. Die Kritiker des Anarchokapitalismus halten das für eine trügerische Hoffnung.
Kritisiert wird ferner, dass die Anarchokapitalisten die Sozialbindung des Eigentums nicht akzeptieren. Murray N. Rothbard brachte dazu ein Beispiel: Wenn nach einem Schiffsunglück der Eigentümer eines Rettungsboots dieses ganz allein für sich nutze und andere ertrinken lasse, so bleibe die einzig entscheidende Frage: "Wem gehört das Rettungsboot?" Die Anarchokapitalisten verweisen darauf, dass es für unterlassene Hilfeleistung informelle und zivilrechtliche Sanktionsmöglichkeiten gebe.

Kritik des Eigentumsbegriffs

Eine zentrale Frage des Anarchokapitalismus ist die nach der Entstehung und Durchsetzung von Eigentumsrechten, auf denen eine staatsfreie Gesellschaftsordnung beruhen soll. Wie kann gewährleistet werden, dass diese Eigentumsrechte anerkannt werden, wenn es keine dem Eigentum zugrundeliegende staatliche Rechtsordnung gibt? Anarchokapitalisten widersprechen in vielen Punkten den modernen Überlegungen der neuen Institutionenökonomik.
Sie argumentieren, Eigentum entstehe durch Konsens darüber, wie knappe Ressourcen sinnvoll zu verwenden seien. Eigentum sei daher zuerst eine praktische Frage, eine Verhaltensnorm, die verhindere, dass über jede Kleinigkeit gestritten werden müsse. Diese Verhaltensnormen entstünden durch vertragliche Bindungen. Es

werde vereinbart, wie Konfliktfälle zu lösen seien. Der Sinn solcher Verträge sei es, sich bei Vertragserfüllung stark und bei Vertragsbruch schwach zu machen. Nach Meinung der Anarchokapitalisten hätten daher alle Vertragspartner ein ernsthaftes Interesse an der Erfüllung des ausgehandelten Vertrages, und Eigentumsnormen seien so durchsetzbar.

Aus Sicht der Kritiker ist diese Antwort nicht überzeugend, weil damit die Frage offen bleibe, wie ein in denkbaren Einzelfällen notwendiger allgemeiner Konsens über das Eigentum entstehen könne. Ein vertraglicher Konsens bestehe nur unter den Vertragspartnern; für eine für die Kritiker unverzichtbare allgemeine Eigentumsordnung sei es jedoch notwendig, dass auch Dritte das Eigentum und seine Verteilung anerkennen. Aus diesem Grund ist es nach Ansicht der Kritiker nicht ausreichend, wenn die vertragsschließenden Parteien zustimmen, denn die Eigentumsrechte könnten immer noch durch Dritte bestritten werden.

Anarchokapitalisten sind der Meinung, die Durchsetzung des Rechts auf Eigentum könne ebenfalls auf vertraglicher Basis von privaten Sicherheitsdiensten wahrgenommen werden. Auch dafür, argumentieren die Kritiker, sei wiederum ein allgemein akzeptiertes Recht Voraussetzung. Wenn Recht nur durch Verträge zwischen Individuen und nicht durch einen "Gesellschaftsvertrag" zustande komme, seien nur die vertragschließenden Parteien an das durch sie geschaffene Recht gebunden. Solange es aber kein Recht gebe, das auch unbeteiligte Dritte mit einschließe, könne der Vertrag auch nicht wirkungsvoll durchgesetzt werden.

Kritik am Verzicht auf das Gewaltmonopol

Anarchokapitalisten glauben, dass sich durch Verträge zwischen Individuen und juristischen Personen ein von vielen Menschen akzeptiertes Rechtsystem entwickeln könne. Daraus könnten sich auch staatsähnliche Gebilde konstituieren, allerdings ohne Gebietsmonopol oder Zwangsmitgliedschaft.

Die Anhänger des Anarchokapitalismus gehen von der Annahme aus, dass Individuen und juristische Personen im eigenen Interesse freiwillig vereinbarten Rechtsnormen zustimmen, die sich aus dem Wettbewerb verschiedener Sicherheitsdienstleister, also durch Angebot und Nachfrage, ergeben. Jeder werde freiwillig den Sicherheitsdienstleister wählen, der ihm am meisten zusage. Auf einem freien Markt, auf dem Staaten oder andere Rechtssysteme um Kunden werben müssten, werde Behördenwillkür oder Korruption auf ein Minimum absinken oder sogar ganz verschwinden.

Kritiker halten dies aus mehreren Gründen für lebensfremd: Zum einen setzt das anarchokapitalistische Modell ihrer Meinung nach voraus, dass alle Menschen in etwa die gleichen Möglichkeiten und Fähigkeiten besitzen, ihre objektiven Interessen zu erkennen und zu wahren.

Des weiteren könne in einem Gebiet, in dem aufgrund des Freiwilligkeitsprinzips mehrere Rechtssysteme nebeneinander existierten, kein allgemeingültiges Recht entstehen. Personen oder Institutionen, die mächtig genug seien, durch physische Gewalt auch unberechtigte Ansprüche gegen andere durchzusetzen, könnten in einem solchen System nicht zur Anerkennung von Rechtsprinzipien gezwungen werden. Es liege vielmehr in ihrem eigenen Ermessen, ob sie einem vertraglich geregelten Rechtssystem beitreten oder ganz darauf verzichten und Selbstjustiz üben. Für jeden, der Rechtsansprüche, etwa auf Eigentum, nur noch mit Hilfe privater Sicherheitsagenturen durchsetzen könne, reduziere sich das Problem auf die Frage, ob er sich dies finanziell leisten kann. Recht werde also wesentlich zu einer Frage des Besitzes.

Eine weitere Gefahr sehen die Kritiker darin, dass Privatunternehmen auch im Sicherheitsbereich ein Interesse daran haben müssen, die Märkte für ihr Produkte zu vergrößern und die Nachfrage zu steigern. In einer anarchokapitalistischen Gesellschaft wäre es für sie nur eine Frage der Zeit, bis private, von keinerlei übergeordnetem Rechtssystem mehr kontrollierte Sicherheitsdienste eben jene Bedrohungslage zu schaffen begännen, gegen die sie ihren Kunden Schutz anböten. Nach Meinung der Kritiker öffnet der Verzicht auf das staatliche Gewaltmonopol also dem Recht des Stärkeren und mafiösen Strukturen und damit dem Entstehen eines neuen Staates Tür und Tor.

Kritik am Verzicht auf sozialstaatliche Leistungen

Kritisiert wird auch, dass der Anarchokapitalismus einen völligen Verzicht auf sozialstaatliche Strukturen fordert. Für seine Anhänger gibt es unter Menschen weder eine Pflicht, sich gegenseitig zu helfen, noch ein Recht auf Unterstützung. In einem Sozialstaat seien Bedürftige durch einklagbare soziale und Menschenrechte geschützt, denen durch neutrale staatliche Instanzen Geltung verschafft werde.

In einer anarchokapitalistischen Gesellschaft dagegen sei jeder, der unverschuldet seines Vermögens und seiner Arbeitskraft beraubt werde und gegen die Folgen nicht versichert sei - unabhängig davon, ob er dies selbst versäumt hat oder finanziell nie dazu in der Lage war - einzig und allein auf die Gnade seiner Mitmenschen angewiesen. Darin sehen Kritiker nicht zuletzt eine Verletzung der Menschwenwürde. Dieses mögliche Ergebnis ist zwischen Anhängern und Gegnern des Anarchokapitalismus unstrittig. Es besteht ein Werturteilsstreit darüber, ob dies akzeptabel ist oder nicht.

Kritik in der Gewaltfrage

Die Haltung der Anarchokapitalisten in der Frage der erlaubten Gewaltanwendung sehen ihre Kritiker als besonders gefährlich an: Trotz vielfältiger Bekenntnisse zu prinzipieller Gewaltlosigkeit bestehen viele Anarchokapitalisten auf einem möglichst uneingeschränkten Recht auf Waffenbesitz und auf dem Recht, Leben und Eigentum auch gewaltsam schützen zu dürfen, wenn eines von beiden bedroht ist. Diese Haltung in Verbindung mit der weiten Auslegung dessen, was Gewalt überhaupt ist, ergibt in den Augen der Kritiker eine brisante Mischung: Sie führe unter Umständen dazu, dass Anarchokapitalisten mit physischer Gewalt auf staatliche Maßnahme reagieren könnten, sobald diese subjektiv als "Zwang" oder "Gewaltakt" empfunden würden.

Bürokratieabbau

Das Schlagwort **Bürokratieabbau** wird eingesetzt, um die als schädlich angesehene Überregulierung durch Verwaltung einzuschränken.

Abgrenzung des Begriffs

Bürokratieabbau wird synonym mit *Entbürokratisierung* verwendet. *Bürokratieabbau* wird in der Regel allgemeiner als *Deregulierung* gebraucht, die sich lediglich auf den Abbau von Regeln bezieht. Christian Steger, Geschäftsführer des Gemeindetages von Baden-Württemberg, definierte den Begriff 2004 so: "Standardabbau plus Personalabbau ist gleich Bürokratieabbau." In der Schweiz ist meist von *Bürokratiebefreiung* die Rede. Die englische Entsprechung zu *Bürokratieabbau* lautet *cutting red tape*.

Ökonomische Aspekte

Der Begriff *Bürokratieabbau* beinhaltet, dass Menschen in ihrer Initiative durch Gesetze und weitere Vorschriften so eingeengt seien, dass sie ihre Freiheit nicht

nutzen könnten. Dadurch werde die private und wirtschaftliche Entwicklung behindert. Bürokratieabbau zielt daher vordergründig auf die Streichung von regulierenden staatlichen Vorschriften. Der Begriff schließt aber auch Kritik an der Anwendung dieser Vorschriften durch Beamte und Angestellte in den Verwaltungen ein.

Meldepflichten und Genehmigungsverfahren kosten Unternehmen einerseits Arbeitskraft und binden andererseits mögliche Investitionsmittel. Einige Großunternehmen beschäftigen Mitarbeiter, die sich nur mit diesen bürokratischen Pflichten beschäftigen. Kleinere Betriebe sind oft mit diesen Pflichten überlastet. Eine Studie des *Instituts für Mittelstandsforschung* ergab 2003, dass Kleinbetriebe mit weniger als zehn Mitarbeitern fast doppelt so hohe Bürokratiekosten (3.759 € pro Jahr und Mitarbeiter) hätten als Betriebe mit 20 bis 49 Mitarbeitern (1.976 €). Ziel des Bürokratieabbaus sei es daher, diese Belastungen zu entfernen und dadurch neue Kräfte freizusetzen.

Innerhalb von Wirtschaftsunternehmen ist Bürokratieabbau ein Teil des Konzeptes "Schlanke Produktion". Da die unternehmensinterne Bürokratie als "nicht wertschöpfender Overhead" angesehen wird, ist es Ziel dieses Konzeptes, "organisatorische Schnittstellen" zu verringern, "indem indirekte Tätigkeiten bzw. Funktionen in ... dezentrale Einheiten integriert werden".

Pläne und Maßnahmen auf staatlicher Ebene - Formen von Bürokratieabbau

Folgende Möglichkeiten, Bürokratie abzubauen, werden häufig genannt:

Gesetze könnten schon bei ihrer Einführung zeitlich befristet oder zumindest regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft werden. Gesetze, die miteinander in Widerspruch stehen, könnten zusammengeführt werden.

Bearbeitungsfristen von Anträgen könnten klar definiert und möglichst eng begrenzt werden. Verwaltungen könnten durch die Nutzung des Internets und durch längere Arbeitszeiten zugänglicher werden. In diesem Zusammenhang wird gelegentlich auch die Aufhebung des Ladenschlusses genannt.

Statistische Pflichten könnten ganz oder teilweise aufgehoben werden.

Aufgaben könnten möglichst delegiert werden, sodass bei Entscheidungen nicht immer Vorgesetzte zu befragen wären. Miteinander konkurrierende Behörden könnten zusammengelegt oder aufgelöst werden.

Europäische Union

Auf EU-Ebene wird bei der Europäischen Kommission im Rahmen des Bürokratieabbaus seit 2003 ein neues Verfahren zur sog. Gesetzesfolgenabschätzung angewandt. Dabei werden Folgenabschätzungen als ex-ante Evaluation neuer EU-Regelungsvorhaben auf Grundlage der drei Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umwelt durchführt. Dieses Konzept ist Teil der Lissabon-Strategie. Die EU-Kommission hat im Sommer 2005 eine Online-Umfrage für Unternehmen begonnen, bei der bis zum Ende des Jahres Vorschläge zur Beseitigung von einengenden Vorschriften gemacht werden können. Am 22. Juli 2005 kündigte EU-Industriekommissar Günter Verheugen an, er wolle eine Vielzahl von bürokratischen Vorschriften beseitigen. Betroffen hiervon seien vor allem die Bereiche Autoindustrie, Bau- und die Abfallwirtschaft.

Deutschland

Bürokratieabbau wurde immer wieder in deutschen Parlamenten gefordert. Unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung der Regierungen konnte diese

Forderung nur in Einzelfällen umgesetzt werden. Eine umfassende Regelung ist bisher nicht gelungen. Stattdessen erschöpften sich die politischen Aktivitäten häufig in Forderungen und Vorwürfen.
In einer Bundestagsdebatte am 23. November 1994 stellte Helmut Kohl fest: "Hilfreich ist nur, wenn wir den gemeinsamen Willen aufbringen, den Rechts- und Vorschriftendschungel zu durchforsten und zu lichten." Darauf antwortete Herta Däubler-Gmelin: "Sie haben unsere Unterstützung darin, daß wir Bürokratie ... abbauen ... müssen. Nur: Es wäre ganz gut, Sie würden damit anfangen. Ich darf Sie daran erinnern: Sie regieren seit zwölf Jahren."
Einen wesentlichen Anstoß erhielt die Debatte um den Bürokratieabbau 1997 durch die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, der die "Regulierungswut" in Deutschland anprangerte.
In Reaktion auf die nach den Terroranschlägen vom 11. September eilig und relativ zahlreich erlassenen Gesetze und Gesetzesänderungen stellten die Datenschutzbeauftragten einmal mehr fest, dass gerade bei Gesetzen, deren Zweckmäßigkeit nicht vorher abgeschätzt werden könne eine zeitliche Befristung oder zumindest eine Evaluationspflicht bestehen müsste. Dem kam der Gesetzgeber zum Teil nach.
Das Programm Agenda 2010 der Bundesregierung beinhaltet die Entlastung von Mittelstand und Wirtschaft durch den "Abbau bürokratischer Hemmnisse". Im Jahr 2003 rief die Bundesregierung das Projekt *Innovationsregionen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch Deregulierung und Entbürokratisierung* ins Leben. In ausgewählten Regionen (Bremen, Ostwestfalen-Lippe, West-Mecklenburg) sollten Vorschläge zum Bürokratieabbau gesammelt werden. Infolge dieser Aktion wurden ungefähr eintausend Vorschläge zur Beseitigung solcher Vorschriften gemacht. Einige dieser Vorschläge flossen in das *Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen* ein. Nach einer Behandlung im Vermittlungsausschuss wurde dieses Gesetz am 12. Mai 2005 vom Bundestag und am 27. Mai 2005 vom Bundesrat angenommen. Zwei Beispiele sollen den Charakter dieses Gesetzes illustrieren: Jugendliche können nun unter bestimmten Bedingungen schon ab 5 Uhr und bis 23 Uhr arbeiten. Hotelbetriebe müssen die Zimmerbelegung nicht mehr nachweisen.
Darüber hinaus wurde die sog. "Initiative Bürokratieabbau" entwickelt. Zu diesem Projekt gehört auch - laut Wirtschaftsminister Clement - die Einführung der so genannten JobCard zum 1. Januar 2007, mit welcher der "Datenaustausch zwischen Arbeitgebern, Beschäftigten und Behörden erleichtert werden" soll.
2005 wurde das Projekt "Modellregionen" wiederaufgenommen und nun 28 dieser Regionen eingerichtet; diese sollen den Bürokratieabbau vorantreiben.
Anfang 2005 wurde ein seit langem bekanntes Problem wieder aktuell diskutiert: Entgegen den Forderungen der Datenschutzbeauftragten, die Zuständigkeiten für den öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich in den Bundesländern durchgängig in der Hand des jeweiligen Landesdatenschutzbeauftragten (LfD) zu bündeln, was Bürokratieabbau, Bürgerfreundlichkeit und Einspareffekte bedeuten würde, plante der Niedersächsische Landtag, die gebündelte Zuständigkeit des Niedersächsischen LfD auf den öffentlichen Bereich zu beschränken und die für den nichtöffentlichen Bereich dem Innenministerium zu unterstellen. Der amtierende LfD Burckhard Nedden kündigte daraufhin seinen Rücktritt an.
Das *Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung* vom 14. November 2003 schrieb vor, dass gesetzliche Krankenkassen ihre Ausgaben für die

Verwaltung reduzieren müssen. Laut Bundesversicherungsamt "gingen die Verwaltungskosten im Jahre 2004 insgesamt um rund 0,9% zurück".
Das *Ministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend* legte am 13. Juli 2005 *10 Eckpunkte* zur *Entbürokratisierung im Heimrecht* vor. Diese waren zuvor von einem Runden Tisch, der mit Pflegexperten besetzt war, erarbeitet worden und sehen unter anderem vor, dass Dokumentationspflichten in der Altenpflege entfallen sollen. Dadurch soll das "Entstehen neuer Wohn- und Betreuungsformen" gefördert werden.
Am 1. Januar 2006 soll das *Verkehrswegebeschleunigungsgesetz* in Kraft treten, durch das Planungsverfahren gekürzt werden sollen.

Problematik
Die Parole "Bürokratieabbau" beinhaltet ein oft nicht näher definiertes Programm zur Beseitigung bürokratischer Hindernisse.
Experten warnen vor dem populistischen Gebrauch des Begriffs "Bürokratieabbau". Dagegen steht die grundsätzliche Notwendigkeit von Bürokratie für den modernen Staat. Bei einer Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestags erklärte Rechtsanwalt Ortlieb Fiedler 2004: "Der Verzicht des Rechtsstaates auf den Erlass von Gesetzen wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht, auf bestimmten Gebieten Politik zu machen und diese umzusetzen."
Oppositionsparteien fordern radikaler als Regierungsparteien den Bürokratieabbau. Dies fällt ihnen umso leichter, als sie vorläufig keine konkreten Maßnahmen ergreifen können.
Regierungen versuchen Bürokratieabbau durch Bildung von Kommissionen zu erreichen. Diese Kommissionen sollen staatliche Regelungen auf deren Berechtigung überprüfen und Vorschläge zur sinnvollen Streichung von Regelungen erarbeiten. Dabei besteht die Gefahr, dass durch neue Kommissionen erst recht eine Ausweitung der Bürokratie bewirkt wird.
Finanzielle Aspekte thematisierte im Mai 2005 Angela Merkel. Sie kündigte an, im Falle der Regierungsübernahme sich vor allem auf Dinge zu konzentrieren, die "kein Geld kosten". Unter anderem nannte sie in diesem Zusammenhang den Bürokratieabbau. Dabei stellt sich die Frage, ob die Abschaffung von staatlichen Vorschriften und die Verkürzung von Bearbeitungszeiten ohne - zumindest kurzfristig - höhere Personalkosten zu erreichen sind.
Wenn Bürokratieabbau zur Schließung von Dienststellen führt, stellt sich die Frage, ob dies mit Einbußen im Servicebereich einhergehen muss. So besteht die Gefahr, dass Bürger längere Wege auf sich nehmen müssen, um die zuständigen Stellen zu erreichen. Außerdem bleibt offen, ob weniger Personal die gleiche Qualität bei der Bearbeitung von Anträgen erbringen kann.
Nach Meinung des Politologen Elmar Altvater ist das Funktionieren der Demokratie durch kürzere Planungszeiten infolge Bürokratieabbaus gefährdet. Alle Beschleunigungsversuche seien "Maßnahmen, mit denen die Beteiligung von Bürgern eingeschränkt wird." In der Folge würden sich "Sachzwänge hart durchsetzen". Als Beispiel nannte Altvater das *Verkehrswege-Beschleunigungsgesetz*.
In nachgeordnete Verwaltungen kann Bürokratie teilweise deshalb nicht abgebaut werden, weil diese an übergeordnetes Recht (Bundesrecht, EU-Recht) gebunden sind.
Das Personal, das in staatlichen Behörden bürokratische Maßnahmen verantwortet, muss einerseits bestehende Gesetze aufgrund der Dienstpflichten anwenden, wird aber gerade wegen dieser Anwendung kritisiert.
Einzelpersonen und Interessensgruppen versuchen Bürokratieabbau zu verhindern, sobald ihre Interessen direkt gefährdet werden. Wirtschaftsminister Clement stellte

2004 dazu fest: "Wenn es ernst wird, wird es eng, werden Schutzinteressen eisern verteidigt."

Anarchie

Der Begriff **Anarchie** bzw. der „Anarchismus" leitet sich aus dem Griechischen von dem Wort „anarchia/anarchos" (*αναρχία* "Führerlosigkeit") ab und bedeutet ursprünglich Abwesenheit von Herrschaft *durch Einzelne* ("Führer") und Gesetzlosigkeit.

Definition

Anarchie bezeichnet ein sozialpolitisches und philosophisches Gesellschaftsmodell in dem jedes Wesen sowohl gleichberechtigt wie „ungleichberechtigt" ist und niemand bzw. jede Frau / jeder Mann (in manchen Denkmodellen sogar jedes Kind) die Oberhand bzw. das Sagen oder die Verantwortung über die soziale Struktur inne hat. Die Anarchie negiert indes jegliche Form der Autorität oder der Gewaltenteilung: Es existieren weder eine Exekutive (ausführende), eine Judikative (richterliche) noch eine Legislative (gesetzgebende) Gewalt. Die Anarchisten fordern eine vollkommene und totale Entscheidungsfreiheit des einzelnen Menschen, dem als Individuum die Entscheidung einer eigenen Gewaltenteilung bzw. seiner Gewaltentrennung eingeräumt wird und über die nur jeder Mensch persönlich entscheiden kann. Auch klerikale / kirchliche Autorität wird verweigert.
Fazit: Eine Gesellschaft, in der Anarchie herrscht, ist eine Gesellschaft, in der niemand das Sagen hat. Es gibt keinerlei staatliche Gewalt und keine Sanktionen einer Führungsschicht. Es können, sollen und dürfen keine Volksvertreter gewählt werden. Defakto *existiert* also gar kein Volk. Negativ interpretiert führt dies zum Sozialdarwinismus, in welchem nur der Stärkste überleben wird und impliziert ein Chaos abseits jeder moralischer, philosophischer oder religiöser Denkweisen und führt sich somit selbst *ad absurdum*.

Geschichte

Die Gedankengänge zur Anarchie entstanden bereits im Altertum. Der eigentliche Begriff *Anarchie* entstand jedoch erst im 19. Jahrhundert als Gegenbewegung bzw. als politisches Gegenkonzept zur Monarchie und zur Demokratie.
Gegenwart
Im heutigen Gebrauch des Wortes streitet man sich in der Syntax, wie "Führerlosigkeit" auszulegen ist. Die klassischen Anarchisten in der Tradition von Bakunin, Kropotkin und Proudhon verstehen auch institutionelle oder strukturelle Gewalt als so etwas wie Herrschaft. In der Wortbedeutung ist aber nur von Führern, also Personen die Rede.
Betrachtungsweisen/Interpretationen
Weiter kann man sich darüber streiten, was ein Führer ist. Ist ein Stammesoberhaupt, ein Familienoberhaupt, ein Richter, ein Gelehrter usw. ein Führer? Darüber mag man geteilter Meinung sein. Eine Auslegung wäre, Anarchie mit staatenloser Gesellschaft oder dem Fehlen des staatlichen Gewaltmonopols gleichzusetzen.
In diesem Sinne ist Herrschaft, wie wir sie kennen, keine zeitlose Institution. Neben und vor allem *vor* dem welthistorischen Beginn der Herrschaft moderner Staaten hat es logischerweise und tatsächlich Anarchie gegeben. Noch bei manchen rezenten Naturvölkern kann von Herrschaft Einzelner keine Rede sein. Die Mbuti etwa lebten ohne Macht von Führern, mithin in einer Anarchie. Die Abwesenheit von

Gesetzgebern und Gesetzen kennzeichnet das Leben der Mbuti auch als 'gesetzlos'. Aber ohne Ordnung war ihr Leben deshalb mitnichten.
Neben den sozusagen natürlichen Formen der Anarchie außerhalb der Zeiten und Territorien der Einzelherrschaft gibt es die bewusst gewählten Formen der Anarchie anstelle etablierter Herrschaftsstrukturen.

Bedeutungen

ursprünglich, in der griechischen Antike: Abwesenheit des Alleinherrschers
Bezeichnung für eine herrschaftsfreie Gesellschaft, das heißt Abschaffung von Machtstrukturen wie Regierungen und Gerichten, aber auch wirtschaftlichen Zwängen (zum Beispiel Lohnarbeit und Schulden)
Das Modell einer Gesellschaftsform, der Anarchismus
Verfehlte Verwendungen
Anarchie wird als Synonym zu politischem und gesellschaftlichem, aber umgangssprachlich zu verstehendem Chaos oder der Gesetzlosigkeit verwendet. Dabei heißt dieser Zustand korrekterweise Anomie.
Freudewort, um politische Gegner zu diskreditieren.

Literatur

Achim von Borries/Ingeborg Weber-Brandies (Hg.): "ANARCHISMUS - Theorie, Kritik, Utopie" Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim, 2006. ISBN 3-939045-00-4.
Hans Jürgen Degen: *"Tu was Du willst. Anarchismus - Grundlagentexte zur Theorie und Praxis"*. Verlag Schwarzer Nachtschatten, Berlin 1987. ISBN 3-89041-005-7. (Sehr gute Textsammlung der anarchistischen Klassiker!)
Hans Jürgen Degen/Jochen Knoblauch: "Anarchismus. Eine Einführung". (Aus der www.theorie.org Reihe) Schmetterling Verlag, Stuttgart 2006. ISBN 3-89657-585-6.
Robert Graham (editor): "ANARCHISM. A Docoumentray History of Libertarian Ideas". Volume 1: From Anarchy to Anarchism (300CE to 1939). Black Rose Books, Montreal/New York/London 2005.520 pages.ISBN 1-55164-250-6.
Nicolas Walter: *"Betrifft: Anarchismus. Leitfaden in die Herrschaftslosigkeit"*. (mit Bibliogaphie anarchistischer Literatur) Libertad Verlag, Berlin (jetzt: Potsdam) 1984. ISBN 3-922226-03-5.
"Was ist eigentlich Anarchie? - Einführung in Theorie und Geschichte des Anarchismus" -. Kramer Verlag, Berlin 2003. ISBN 3-87956-700-X.
Horst Stowasser: "Leben ohne Chef und Staat. Träume und Wirklichkeit der Anarchisten". Karin Kramer Verlag, Berlin 2003. ISBN 3-87956-120-6. (Leicht verständlich, unterhaltsam und reich bebilderte Einführung in die Geschichte und Gegenwart des Anarchismus].
Horst Stowasser: *"Freiheit pur. Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft."* (Auszüge) Eichborn Verlag, Frankfurt (Main) 1995. ISBN 3821804483
Diefenbacher, Hans (Hrsg.): Anarchismus. Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft, Verlag Primus, Darmstadt:1996. ISBN 3-89678-013-1 (leider wird keine Frau behandelt; weder Goldman, noch Michel, etc.pp.)

Sozialdarwinismus

Unter **Sozialdarwinismus** versteht man eine heute wissenschaftlich diskreditierte gesellschaftswissenschaftliche Theorie, welche die durch den britischen Naturforscher Charles Darwin bekanntgewordene Evolutionstheorie aus der Biologie auf

gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Phänomene überträgt. Sie trägt allerdings größtenteils lamarcksche und nicht darwinistische Züge, weswegen die Bezeichnung heute als irreführend angesehen wird.
Ihre Grundthesen waren auch bereits vor Erscheinen von Darwins bahnbrechenden Arbeiten im Umlauf. Sie erhielten durch ein Missverstehen seines Werks jedoch erstmals eine scheinbar seriöse wissenschaftliche Legitimation. Darwin selbst hatte durch gelegentliche unpräzise Formulierungen in seinen Werken allerdings manchen Missverständnissen Vorschub geleistet.
Der britische Philosoph und Soziologe Herbert Spencer ging davon aus, dass menschliche Gesellschaften wie (nach damaligem Glauben) biologische Arten einem Entwicklungsprozess unterliegen, in dem Erfolg und Überleben der Stärksten einer Generation - der von ihm geprägte Begriff war "survival of the fittest" - zur permanenten Verbesserung der Gruppe führt. Der Begriff des Stärksten konnte hier sowohl im direkten Sinne als auch metaphorisch zum Beispiel im Sinne kultureller Überlegenheit verstanden sein.
Obgleich Darwin der Arbeit Spencers wie dem Begriff „survival of the fittest“ nicht öffentlich widersprach, ergeben sich zwischen seiner und Spencers Auffassung deutliche inhaltliche Differenzen: Während Darwin in revolutionärer Weise auf den von ihm vorgeschlagenen Mechanismus der natürlichen Selektion zurückgriff, dachte Spencer in älteren, lamarckschen Kategorien, die mit einer zielgerichteten, teleologischen Naturauffassung einher gingen. Letztlich lassen sich seine Vorstellungen auf die „Great Chain of Being“ zurückführen, eine große Kette von Lebewesen, die zwischen den „niedrigsten“ zu den „höchsten“ Lebensformen bestehen sollte, aber nicht evolutionär, sondern idealistisch gedacht war.
Beide, Spencer und Darwin, griffen zudem auf die Bevölkerungslehre von Thomas Robert Malthus zurück, nach der ein potentiell exponentielles Wachstum von (menschlichen) Populationen zusammen mit der Begrenztheit an Ressourcen einen "Kampf ums Dasein" (englisch: *Struggle for Life*) notwendig macht; Darwin nutzte Malthus' Modell allerdings nur als Sprungbrett für seine eigenen, biologisch motivierten und untermauerten Schlussfolgerungen.
Die Gesellschaftstheorie des Sozialdarwinismus und die biologische des Darwinismus stehen in keiner besonders engen Beziehung zueinander, da sie sowohl bezüglich der Evolutionsmechanismen als auch hinsichtlich der Frage der Zielgerichtetheit entschieden differieren. Abgesehen davon wurden von rassisch motivierten Sozialdarwinisten die anderen Bestandteile der durch Darwin respektabel gemachten Evolutionstheorie, insbesondere die Abstammungslehre, abgelehnt oder gar nicht erst reflektiert, so etwa bei Ludwig Gumplovicz.
Wirkung
Die Theorie wurde vor allem im angelsächsischen Raum und insbesondere in den USA auf ökonomischer Ebene zur Rechtfertigung des „uneingeschränkten Kapitalismus“ herangezogen: Die Klasseneinteilung der Gesellschaften des Industriezeitalters konnte dadurch als notwendiger Bestandteil eines natürlichen Entwicklungsvorganges angesehen werden, staatliche Maßnahmen zur Elendsminderung wurden folglich als künstlicher Eingriff in die natürlich gewachsene Ordnung abgelehnt. Als Grundlage dieser Anschauung diente eine als selbstverständlich angenommene streng kausale Beziehung zwischen wirtschaftlichem Erfolg und als angeboren angenommenen Eigenschaften wie Fleiß, Intelligenz und anderen Charaktermerkmalen. Im engeren Sinne bezieht sich der Begriff Sozialdarwinismus auf diese Form.

Auf gesellschaftlicher Ebene wurde der Sozialdarwinismus zur Rechtfertigung von Imperialismus und Rassismus herangezogen und führte in Deutschland nicht zuletzt durch Vermittlung des einflussreichen deutschen Biologen Ernst Haeckel zu Bestrebungen, geistig Behinderten oder schwer Erbkranken zur Vermeidung der genetischen „Degeneration" das Lebensrecht abzusprechen. Dies führte in der Zeit des Nationalsozialismus schließlich zum Genozid, der massenhaften Ermordung „lebensunwerten Lebens" oder „minderwertiger Rassen" wie der jüdischen Bevölkerung Deutschlands und weiter Teile des restlichen Europas. Die Begründung, soweit eine solche versucht wurde, ruhte auf der als natürlich angesehenen Vormachtstellung einer ethnischen Gruppe über eine andere, die nicht als Folge gesellschaftlicher Umstände, sondern als Folge einer grundsätzlicheren Überlegenheit der mächtigeren Gruppe gedeutet wurde.
Nicht überraschend wurde der Sozialdarwinismus aus sozialistischer Sicht überwiegend abgelehnt; schon seine Theoretiker Karl Marx und Friedrich Engels gingen davon aus, dass sich sozialdarwinistische „Grundlagen" wie etwa die Vorstellungen von Malthus nicht auf die Natur übertragen lassen (Marx an Engels 1862). Sie hielten Darwins Werk stattdessen für die Übertragung ihrer gesellschaftlichen materialistischen und historischen Vorstellungen auf die Natur, mit der Darwin auch die Teleologie „kaputt gemacht" habe (Engels an Marx 1859).

Kritik

Heute gilt der Sozialdarwinismus als diskreditiert. In der Biologie selbst hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass evolutionäre Vorgänge nicht von einer Höherentwicklung begleitet werden, ja dass eine objektive Einteilung der Lebensformen in höhere und niedrigere Gruppen unmöglich ist. Genetische Untersuchungen haben die Existenz eines biologisch begründbaren menschlichen Rassenbegriffs, auf dem Rassentheorien und die nationalsozialistische Ideologie vom „Herrenmenschen" beruhten, ad absurdum geführt. Zudem muss der Begriff „survival of the fittest" als irreführend gelten, da nicht Überleben an sich, sondern die Zeugung möglichst vieler überlebens- und fortpflanzungsfähiger Nachkommen Grundlage biologischen Erfolges ist. Dazu zeigt sich, dass sowohl die von Sozialdarwinisten abgelehnte genetische Vielfalt als auch die Existenz altruistischer Verhaltensweisen in der Natur weitverbreitet sind und sich meist positiv auf die evolutionäre Fitness einer Art auswirken.
Schließlich gilt schon die unreflektierte Übernahme einer an der Tier- und Pflanzenwelt orientierten Theorie zur Beschreibung menschlicher Beziehungen als ungerechtfertigt. Von philosophischer Seite aus hat sich darüberhinaus grundsätzlicher Widerstand gegen die Gleichsetzung eines biologischen Ist-Zustandes mit einem moralischen Soll-Zustand erhoben. Der im Rahmen des Biologismus manchmal noch anzutreffende Versuch, aus der Natur Werte für die menschliche Gesellschaft abzuleiten, gilt heute als naturalistischer Fehlschluss („naturalistic fallacy").
Sozialdarwinistisches Gedankengut wird daher heute mehrheitlich als amoralisch und antisozial angesehen, weil von allen moralischen Kategorien bei der Beurteilung einer Handlung abgesehen und eine Verbesserung sozialer Verhältnisse durch Eingriffe von außen abgelehnt wird.
Von Teilen der Gesellschaft wird in der Theorie des Neoliberalismus, die in der zwischenmenschlichen und -staatlichen Konkurrenzsituation einen Schlüssel zu wirtschaftlichem Wachstum sieht, manchmal eine Wiederbelebung des Sozialdarwinismus gesehen. Befürworter des Wirtschaftsliberalismus lehnen diesen Vergleich als polemische Irreführung ab. Auch die Soziobiologie und der Anarchokapitalismus werden in diesem Zusammenhang diskutiert.

Monarchie

Die **Monarchie** (über das französische **monarchie** aus dem griechischen **μοναρχία**, *monarchía* = "Alleinherrschaft") ist eine Staats- und Regierungsform, bei der einer Einzelperson (dem Monarchen bzw. der Monarchin) eine oft von Gott (bzw. einer Gottheit) abgeleitete Autorität als zugesprochen wird, die ihre Herrschaft über den persönlichen Machtbesitz hinaus legitimiert. Die Monarchie ist dabei Gegenbegriff zur Republik. Eine demokratische Monarchie ist hingegen möglich, sofern der Monarch keine reale Machtstellung inne hat. Ein Anhänger oder Befürworter der Monarchie wird **Monarchist** genannt.

Geschichtliche Entwicklung

Die Art von Monarchie, welche sich durch den Bezug auf Gott/eine Gottheit legitimiert, kann bis ins alte Ägypten zurückgeführt werden, wo der Pharao als Gott verehrt wurde. Ähnliches gilt für das kaiserliche System im Kaiserreich China, das den Herrscher unter anderem als *Sohn des Himmels* (天子, Pīnyīn: *Tiānzi*) bezeichnete, in seiner Herrschaft ein *Mandat des Himmels* erblickte und ihm dadurch absolute Macht verlieh.

Zur gelegentlich vorkommenden Doppelmonarchie siehe Dyarchie.

Wahl- und Erbmonarchie

Die Wahlmonarchie (mit oft eingeschränktem Kandidaten- und Wählerkreis) scheint historisch älter als die Erbmonarchie zu sein, die die Bürgerkriegsgefahr bei der Erbfolge erfolgreich verringerte. Bis zu ihrem Ende waren eine Wahlmonarchie das Königreich Polen und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, gegenwärtig (2006) sind es noch Malaysia, die Vereinigten Arabische Emirate, die Vatikanstadt.

Bis zur Christianisierung Europas ist hier meist eine Form der Wahlmonarchie zu finden. Germanische wie keltische Stämme haben ihre "Häuptlinge", die zwar in der Regel mächtigen und einflussreichen Familienclans entstammen, aber keine automatische Erbfolge kennen. Beim Tod eines Häuptlings wurde einfach ein neuer durch verschiedene Rituale (Thing, Schilderhebung) gewählt oder proklamiert. Auch wenn einen Anführer das *Königsheil* verlassen hatte, wurde er einfach durch einen neuen ersetzt. In der sächsischen Ordnung wurde sogar nur für die Zeit eines Krieges, eines Feld- oder Beutezuges ein Herzog gewählt, der nach Ende dieses Krieges wieder zum einfachen Freien wurde. Eine andere Herrschaft wurde von den freien Bauernkriegern abgelehnt.

Diese vorfeudalistische Ordnung, die teilweise durchaus demokratische Züge hatte, fand ihr Ende mit der Christianisierung. Als im Römischen Reich Kaiser Konstantin der Große mit dem Toleranzedikt von Mailand im Jahr 313 das Christentum den anderen Religionen gleichstellte und später dann selber zum Christentum konvertierte, begann eine Allianz zwischen der Kirche und der staatlichen Autorität. Die Kirche legitimierte die absolute Herrschaft und die Erbfolge mit der Ideologie der Herrschaft "von Gottes Gnaden". Im Gegenzug sicherte sich die Kirche selbst dadurch eine privilegierte Stellung und Partizipation an der Macht, die sie in den meisten Ländern bis in die Zeit der französischen Revolution behielt.

Europa wird im Mittelalter zunehmend von Erbmonarchien beherrscht: Der Monarch steht dort an der Spitze eines Gefüges regional mehr oder weniger homogener Herrschaftsgebiete, die als Lehen an Gefolgsleute vergeben worden sind. Dieses Feudalsystem bildet die Grundlage der Verwaltung und des Militärwesens in den beherrschten Gebieten, leidet jedoch am zunehmenden Anspruch der Lehnsleute,

selbst in Erbfolge über ihre Gebiete zu verfügen und aus diesen wiederum an Gefolgsleute Lehen zu vergeben. Bis zum Aufziehen früher Formen des modernen Staats verliert der europäische Monarch daher faktisch immer weiter an Macht an den so gebildeten feudalen Adel.

Formen der Monarchie

Mit dem Entstehen des modernen Staats bilden sich im Europa der Neuzeit drei Formen der Monarchie heraus:

Absolute Monarchie

In dieser Form besitzt der Monarch den Anspruch nach der alleinigen Staatsgewalt; der Adel verliert seine Position im Feudalsystem im Austausch gegen Privilegien im Staats- und Militärwesen. Der Monarch ist *legibus absolutus* (lat. von den Gesetzen losgelöst), das bedeutet, dass er den Gesetzen, die er selbst entlässt, nicht untersteht. Das bekannteste Beispiel für den Anspruch auf absolute Herrschaft des Monarchen ist der Sonnenkönig Ludwig XIV., dessen Selbstverständnis *L'état, c'est moi* (deutsch: *Der Staat bin ich.*) als geradezu prototypisch für diese Entwicklung angesehen werden kann. Der absolute Machtanspruch ist auf Dauer jedoch nicht gegen den Adel und das aufstrebende Bürgertum durchzusetzen; dort, wo die Monarchie überlebt, nimmt sie Elemente der Republik oder Demokratie an. Trotz Schwierigkeiten in der Abgrenzung des Begriffes können heute (2006) Brunei, die Vatikanstadt, Saudi Arabien und eventuell noch andere arabische Monarchien am Persischen Golf als derzeit existierende absolute Monarchien gelten.

Konstitutionelle Monarchie

In einer konstitutionellen Monarchie ist die Macht des Monarchen nicht mehr absolut (uneingeschränkt), sondern von der Verfassung geregelt. Die Regierung wird aber weiterhin vom Monarchen und nicht von einer Volksvertretung bestimmt. Ein Beispiel dafür ist das Deutsche Kaiserreich 1871 bis 1918 bzw. das Fürstentum Liechtenstein heute.

Parlamentarische Monarchie

Die parlamentarische Monarchie ist eine Unterform der konstitutionellen Monarchie, bei der der Monarch mit wenigen Ausnahmen keinen Anteil an den Staatsgeschäften mehr hat. Diese werden vom Parlament und der Regierung geführt. Dem Monarchen kommen zumeist nur noch repräsentative Aufgaben zu. In Europa ist diese Staatsform in Großbritannien, Belgien, Dänemark, Luxemburg, Norwegen, den Niederlanden, Schweden und Spanien anzutreffen.

Arten gegenwärtiger Monarchien

Mit dem Stand 2006 gibt es

1 Kaiserreich:

Japan

34 Königreiche:

Bahrain

Belgien

Bhutan

Dänemark

Jordanien

Kambodscha

Lesotho

Malaysia (offizieller Titel lautet *Yang di-Pertuan Agong*, dt.: *Oberster Herrscher*)

Marokko
Nepal
Niederlande
Norwegen
Saudi-Arabien
Schweden
Spanien
Swasiland
Thailand
Tonga
Vereinigtes Königreich
und die Commonwealth-Mitglieder
Antigua und Barbuda*
Australien*
Bahamas*
Barbados*
Belize*
Grenada*
Jamaika*
Kanada*
Neuseeland*
Papua-Neuguinea*
Salomonen*
St. Kitts und Nevis*
St. Lucia*
St. Vincent und die Grenadinen*
Tuvalu*
mit Königin Elisabeth II. als Staatsoberhaupt
1 Großherzogtum:
Luxemburg
1 Herzogtum:
Normandie nach Verlust des Kontinentalbesitzes bestehend nur noch aus den Kanalinseln als Kronbesitz in Personalunion mit dem Vereinigten Königreich; die Kanalinseln zerfallen in die beiden Vogteien Guernsey und Jersey, die auch den Lehnsstaat Sark mitumfassen
3 Fürstentümer:
Andorra (offizieller Titel der beiden Staatsoberhäupter: *Co-Fürst*)
Liechtenstein
Monaco
1 Herrschaftsstaat:
Isle of Man (offizieller Titel des - z.Zt. weiblichen - Staatsoberhauptes: *Lord of Mann*) in Personalunion mit dem Vereinigten Königreich)
2 Sultanate:
Oman
Brunei
9 Scheichtümer (*Emirate*):
Katar
Kuwait
die sieben Gliedstaaten, die zu den Vereinigten Arabischen Emiraten gehören (Unionsoberhaupt ist ein Monarch eines Gliedstaates mit dem Titel *Präsident*)

1 Häuptlingsstaat:
Samoa (traditioneller Titel: *O le Ao o le Malo*)
1 souveränes Papsttum:
Vatikan

* *Commonwealth-Königreiche (Monarchien, in denen die britische Königin Staatsoberhaupt ist).*
Seit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 gibt es keine souveränen Grafschaften und Freiherren mehr.
Argumentation zugunsten der Monarchie
Die Argumentation pro Monarchie beruft sich oftmals auf folgende Aspekte (hier eine Auswahl):
Ein Monarch sei als Staatsoberhaupt besser geeignet als ein gewählter Volksvertreter, da ein Monarch von Jugend an in sein Amt hineinwächst.
Eine Monarchie biete den Staatsoberhäuptern die Möglichkeit, über viele Jahre hinweg wertvolle Erfahrungen im Amt zu sammeln, die immer wieder an den nächsten Thronerben weiter gegeben werden könnten.
Präsidentschaftswahlen schadeten aufgrund des Konkurrenzkampfes dem Ansehen des späteren Regenten.
Die Herrschaft einer gesamten Familie und nicht wie etwa in der Republik einer "allein stehenden" Person ermögliche eine Aufwertung der Familie (und damit nicht zuletzt der Frau) in der Gesellschaft.
Die Krone wird als beste Hüterin der nationalen Identität (die sich in Tradition, Religion und Kultur äußert) angesehen. Dies sei gerade in einem vereinten und zusammenwachsenden Europa von großer Bedeutung.
Ein gewähltes Staatsoberhaupt gehört in der Regel einer politischen Partei an, daher sei in der Republik die Rolle eines un*parteiisch*en, neutralen und allen Bürgern gleichermaßen gegenüberstehenden Oberhauptes schon nicht mehr realisierbar.
Eine parlamentarische Monarchie symbolisiere die Kontinuität und den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Ordnung besser als ein Staatssystem mit immer wechselnden Staatsoberhäuptern.
Anhänger des Gottesgnadentums vertreten die Ansicht, dass der Monarch bzw. Thronprätendent von Gott zum Oberhaupt des Landes berufen sei.

Vatikanstadt

Status Civitatis Vaticanae (lat.)- **Stato della Città del Vaticano** (ital.)

Der **Staat Vatikanstadt** (amtliche Langform in Deutschland und Schweiz) oder **Staat der Vatikanstadt** (amtliche Langform in Österreich) ist der kleinste von der UNO anerkannte eigenständige Staat der Welt. Er liegt innerhalb des Stadtgebiets von Rom (Italien) und hat eine Fläche von 0,44 km² und 932 Einwohner (davon 552 Staatsbürger). Zur Vatikanstadt gehören der Petersdom, der Petersplatz, die Sixtinische Kapelle sowie die Paläste und Gärten innerhalb der vatikanischen Mauern.
Der *Staat der Vatikanstadt* ist eine absolute Wahlmonarchie, Staatsoberhaupt ist der Papst. Der Heilige Stuhl als nichtstaatliches, eigenständiges, vom *Staat der Vatikanstadt* zu unterscheidendes Völkerrechtssubjekt vertritt den Staat auf internationaler Ebene.
Status Civitatis Vaticanae (lat.) **-Stato della Città del Vaticano** (ital.)

Territorium der Vatikanstadt

Das **Territorium der Vatikanstadt** wurde in Verhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der faschistischen Regierung des Königreichs Italien, welche in die Unterzeichnung der Lateranverträge (1929) mündeten, festgeschrieben.

Ausdehnung des Territoriums

Das Staatsterritorium umfasst das mit einer Mauer umfriedete Gebiet des vatikanischen Hügels. Es ist von römischen Stadtgebiet umgeben. Auf dem 0,44 km^2 großen Areal der Vatikanstadt befindet sich der Papstpalast, der Petersdom mit dem Petersplatz, die vatikanischen Museen (mit der Pinakothek), die vatikanischen Gärten, das Governatoratsgebäude, die Kaserne der Schweizergarde, die Druckerei des *Osservatore Romano*, ein kleiner Teil der Audienzhalle Pauls VI. sowie weitere Verwaltungsgebäude.



Schweizergardisten bewachen die Zugänge zur Vatikanstadt

Gemäß den Lateranverträgen blieben der Petersdom und der Petersplatz weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich. Die Sicherung des letzteren (obwohl Teil vatikanischen Territoriums) übernehmen normalerweise italienische Polizeikräfte. Ihre Autorität endet jedoch am Fuße der Treppen, die Richtung Basilika führen. Für die Dauer spezieller Zeremonien kann der Petersplatz für die Öffentlichkeit gesperrt werden. In solchen Fällen muss sich die italienische Exekutive vom Platz auf italienisches Territorium zurückziehen.

Der Grenzverlauf zwischen der Vatikanstadt und Italien ist beim Camposanto Teutonico und der Audienzhalle Pauls VI. (*oberer, d. h. westlicher Rand des blau umrandeten Areals in der Karte*) nicht genau kartiert, und wird je nach Quelle (selbst in offiziellem Kartenwerk) unterschiedlich verzeichnet. Da jedoch der Vatikan in

diesem Bereich zwar an italienisches Territorium grenzt, dieses sich aber im exterritorialen Besitz des Heiligen Stuhls befindet, ist dieser unklare Grenzverlauf ohne praktische Relevanz.

Exterritoriale Besitzungen des Heiligen Stuhls

Neben der Schaffung des Staates der Vatikanstadt übertrugen die Lateranverträge dem Heiligen Stuhl auch den Besitz mehrerer Gebiete und Gebäude innerhalb und außerhalb Roms.

Viele dieser Areale genießen einen exterritorialen Status und sind deshalb weder Teil vatikanischen Territoriums noch im Besitz der Vatikanstadt (als staatliches Völkerrechtssubjekt). Vielmehr bleiben sie Bestandteil italienischen Territoriums und haben damit einen ähnlichen Status wie andere ausländische diplomatische Vertretungen innerhalb Italiens (die ebenfalls außerhalb der Jurisdiktion des Gastlandes stehen). Da aber sowohl die Vatikanstadt als auch diese exterritorialen Gebiete unter der Kontrolle und in Besitz des Heiligen Stuhls (als nicht-staatliches Völkerrechtssubjekt) stehen, sind diese in das vatikanische Post- und Fernmeldewesen sowie in das vatikanische Rechtssystem integriert.

Folgende Gebiete und Gebäude haben exterritorialen Status (die Aufzählung ist nicht erschöpfend):

innerhalb des Stadtgebiets von Rom:

die Patriarchalbasiliken San Giovanni in Laterano, Santa Maria Maggiore und San Paolo fuori le Mura

der Palast der Glaubenskongregation, der größere Teil der Audienzhalle Pauls VI. sowie der Campo Santo Teutonico und das deutsche Kolleg in der Nähe des Petersdoms

der *Palazzo di Propaganda Fide* an der Piazza di Spagna

das Gebiet, das den nordwestlichen Teil des Gianicolo-Hügels einnimmt

der *Palazzo di San Callisto* in Trastevere

der *Palazzo della Cancelleria* am Corso Vittorio Emanuele II.

sowie zahlreiche weitere Gebäude, die Dikasterien der Kurie beherbergen.

außerhalb von Rom:

der Papstpalast, die Villa Barberini und die Villa Cybo in Castel Gandolfo (Sommerresidenz des Papstes)

das Sendezentrum von Radio Vaticano in Santa Maria di Galeria

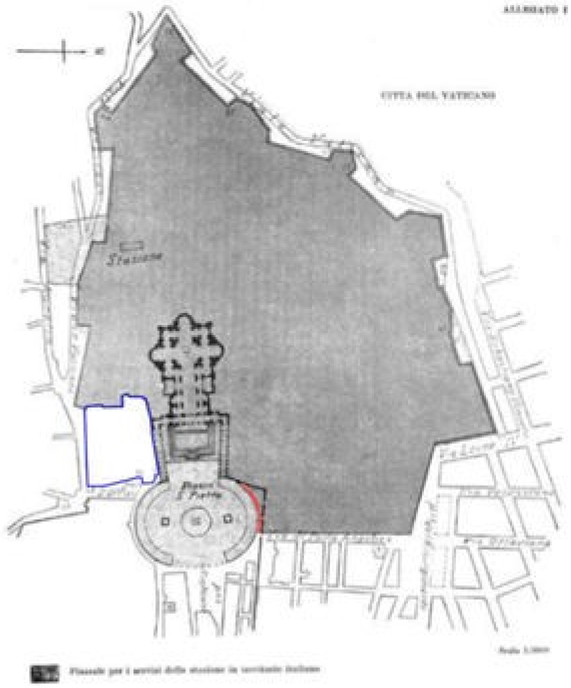
Die Gesamtfläche dieser exterritorialen Areale beträgt 0,7 km².

Außerdem ist jede Kirche innerhalb Italiens, in der der Papst religiöse Zeremonien durchführt und zu der die Öffentlichkeit keinen Zutritt hat, während dieses Zeitraums exterritorial.

Lateranverträge: Verhandlungen über die Ausdehnung des Territoriums

In den Verhandlungen, die schließlich in den Abschluss der Lateranverträge mündeten, wurde von beiden Seiten die Frage der Ausdehnung des zukünftigen Staates erörtert. In der Frühphase der Diskussion (1926) stand die Integration der Villa Doria Pamphili (ca. 2 km südlich der Vatikanstadt) in das Staatsterritorum im Raum (inklusive einer Verbindung mit der Vatikanstadt über die Villa Abamelek). Viele Kurienkardinäle begegneten diesem Vorschlag jedoch mit Skepsis, da man bei einer zu großen Ausdehnung des zukünftigen Staates ein Übermaß an administrativen Problemen befürchete.

Legende zur Karte



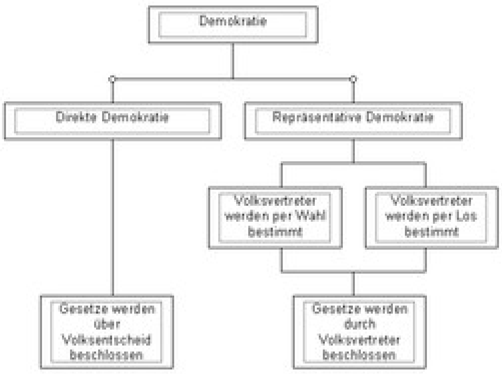
Karte der Vatikanstadt
dunkelgrau: Territorium der Vatikanstadt
hellgrau (Petersplatz): Territorium der Vatikanstadt, Sicherheitsagenden an italienische Sicherheitskräfte delegiert.
rot: Der schmale Streifen (ca. 3 m breit und 60 m lang) entlang der Außenseite der rechten (d.h. nördlichen) Kolonnade Berninis ist nach den Lateranverträgen italienisches Territorium und unterliegt der italienischen Jurisdiktion. Diese Tatsache wurde von einer gemischten vatikanisch-italienischen Kommission, die bis 1932 tagte und welche die technischen Details der Verträge präzisierte, bestritten. Da diese Kommission jedoch von italienischen Seite nicht mit hochrangigen Juristen beschickt wurde und darüber hinaus nur beratende Funktion innehatte, wird die rechtliche Relevanz dieses Standpunktes von Italien nicht anerkannt.
blau umrandet: Das blau umrandete Gebiet ist zwar italienisches Territorium, steht jedoch im Besitz des Heiligen Stuhls und genießt exterritorialen Status. Es untersteht nicht der italienischen Jurisdiktion. Auf ihr befindet sich der Sitz der Kongregation für die Glaubenslehre, der größere Teil der Audienzhalle Pauls VI. sowie der Campo Santo Teutonico und das deutsche Kolleg.
Sonstiges: Das hellgraue Areal südlich des vatikanischen Bahnhofs (*stazione*) wurde laut Notiz links unten auf der Karte als "Fläche auf italienischem Territorium zur Versorgung des Bahnhofs" eingefärbt (dieser Bereich wurde in einer Karte der *Gazetta Ufficiale* von 1929 nicht hellgrau unterlegt). Möglicherweise wurde es dem Heiligen Stuhl aus dem genannten Grund als exterritoriale Besitzung auf italienischem Boden (eine Quelle weist es als solches aus) zur Verfügung gestellt.

Sources:
+ *The Coins and Medals of the Vatican*, by Joseph Sadow and Thomas Sarro Jr., Copyright 1977 by Sanford J. Durst, 133 E. 58th Street, New York, N.Y. 10022, Library of Congress No. 76-40814, ISBN 0-915262-06-1, pages 106-114 (only the 1st part of Treaty).

± *The Treaty of the Lateran*, by Benedict Williamson, with a forward by his eminence [Francis] Cardinal Bourne, Archbishop of Westminster, Burns Oates & Washbourne Ltd., London, 1929, pages 42-66.

Demokratie

Die **Demokratie** (griechisch **δημοκρατία**, von *δήμος, démos* – *Volk* und *κρατία, kratía – Macht, Herrschaft, Kraft, Stärke*) bezeichnete zunächst im antiken Griechenland die direkte Volksherrschaft (heute: direkte Demokratie, Radikaldemokratie, Basisdemokratie). Heute wird Demokratie zumeist als allgemeinerer Sammelbegriff für Regierungsformen gebraucht, deren Herrschaftsgrundlage aus dem Volk abgeleitet wird.



In den so genannten Repräsentativen Demokratien werden hierzu von den Bürgern eines Staates Repräsentanten gewählt (oder in der Vergangenheit auch per Los bestimmt), die über Parlamente und in der Regierung im Auftrag des Volkes Herrschaft ausüben sollen. Bei vorwiegend direkt-demokratischen Regierungsformen übt das Volk die Macht selbst aus, zum Beispiel mittels Volksentscheiden und kooperativer Planung. Merkmal der repräsentativen Demokratie ist, dass durch gesetzlich konstituierte Verfahren - in der Regel Wahlen - die Regierung ohne Revolution wechseln kann; hierin unterscheidet sie sich zur Despotie.

Umgangssprachlich wird unter demokratisch oft auch eine alle Beteiligten gerecht einbeziehende Vorgehensweise verstanden. Daraus folgt auch das im folgenden dargestellte Demokratieverständnis, das Bestandteile der westlichen/bundesdeutschen Vorstellung vom bürgerlich-humanistischen (Rechts-)Staat unter dem Begriff Demokratie subsumiert, die mit ihm weder semantisch noch historisch erklärbar sind. Frühe Demokratietheoretiker der Neuzeit standen dem Prinzip vom Rechtsstaat oder einer Verfassung skeptisch gegenüber, da diese die Macht des Volkes, souverän zu entscheiden, beeinträchtigen würden – ebenso wie frühe liberale Theoretiker die Demokratie skeptisch sahen, da eine konsequente Demokratie auch problemlos in die individuellen Freiheitsrechte des Einzelnen eingreifen könnte. Nach westlichem Demokratieverständnis ist neben der Beteiligung aller Bürger auch der Rechtsstaat und die Sicherung der Menschenrechte wünschenswert.

In Deutschland wird die Demokratie durch das Grundgesetz als tragendes Verfassungsprinzip festgelegt. *Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.* (Art. 20, Abs. 2 GG). Auch in der österreichischen Bundesverfassung heißt es bereits im Artikel 1: *Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.*

Geschichte

Die Geschichte der Demokratie ist eng verknüpft mit der Idee der Naturrechte, heute eher bekannt unter dem Begriff der Menschenrechte. Ausgehend davon wurde die Idee der Gleichberechtigung der Freien entwickelt, die sich in den frühen Ansätzen zu demokratischen Gesellschaften wiederfindet. Die Mitgestaltungsbefugnisse eines Menschen hingen zunächst, wie von eben genanntem Begriff impliziert, am Status der Person: Nur Freie – was Sklaven, Frauen und Nicht-Bürger ausschloss – hatten diese Rechte inne.

Als erste Verwirklichung der Demokratie in der Geschichte wird die antike Attische Demokratie angesehen, die nach heftigem Ringen des Adels und der Reichen mit dem einfachen Volk errichtet worden war und allen männlichen Vollbürgern der Stadt Athen Mitbestimmungsrechte in der Regierung gewährte. Beamte wurden per Los bestimmt oder gewählt.

Die Staatsform war nicht unumstritten, gewährte sie doch beispielsweise den Bürgern das Recht, Mitbürger, die als gefährlich für die Demokratie angesehen wurden, in die Verbannung zu schicken (siehe auch Ostrakismos, Scherbengericht) – eine Praxis, die recht häufig und nicht immer zum Wohle Athens angewandt wurde. Auch waren die Beschlüsse der Volksversammlung leicht beeinflussbar – der Demagoge trat auf und sollte nicht selten eine unglückliche Rolle in der Politik Athens spielen (vgl. Kleon und Alkibiades sowie Peloponnesischer Krieg). Auch in anderen Poleis des attischen Seebunds wurden Demokratien eingerichtet, die aber vor allem dafür sorgen sollten, dass die Interessen Athens gewahrt wurden.

Der bekannte Althistoriker Christian Meier erklärte die Einführung der Demokratie durch die Griechen dadurch, dass sie entdeckt hätten, dass Demokratie die Antwort auf die Frage ist, wie es der Politik gelingen kann, auch die Herrschaft selbst zum Gegenstand von Politik zu machen (Lit.: vgl. Meier, Die Entstehung des Politischen bei den Griechen).

Der antike Philosoph Aristoteles verwendet den Begriff Demokratie in seiner *Politik* negativ, um die Herrschaft der Armen zu bezeichnen; diese "entartete Staatsform" würde nicht das Wohl der Allgemeinheit, sondern nur das Wohl eines Teils der Bevölkerung (eben der Armen) verfolgen. Allerdings lehnte er die Demokratie (in ihrer gemäßigten Form) nicht strikt ab, wie etwa noch sein Lehrer Platon dies tat.

Aristoteles plädierte aber für eine Form der Mischverfassung zwischen Demokratie und Oligarchie, die so genannte Politie. Als Grundlage der demokratischen Staatsform bezeichnete Aristoteles die Freiheit. Da die Freiheit wichtigste Eigenschaft der Demokratie sei, wollten sich Demokraten am liebsten nicht regieren lassen, oder dann doch nur abwechslungsweise. Zur Freiheit gehöre also, dass man abwechselnd regiere und regiert werde: "Alle Ämter werden aus allen besetzt, alle herrschen über jeden und jeder abwechslungsweise über alle". Diese Ämter würden durch Los besetzt, vorzugsweise alle, jedoch diese, die nicht besonderer Erfahrung oder Kenntnisse bedürften. Die Ämter seien alle kurzfristiger Natur und dürften - abgesehen von Kriegsämtern - nur wenige Male besetzt werden.

Auch die römische Republik verwirklichte bis zur schrittweisen, kontinuierlichen Ablösung durch den Prinzipat eine Gesellschaft mit rudimentären demokratischen Elementen, basierend auf der Idee der Gleichberechtigung der Freien bei der Wahl der republikanischen Magistrate, auch wenn freilich das oligarchische Prinzip bestimmend war. Es sei aber doch darauf hingewiesen, dass der Historiker Fergus Millar einen anderen Standpunkt vertritt und die römische Republik viel mehr als eine Art direkt-demokratisches Staatswesen interpretiert hat; die diesbezügliche Diskussion ist noch nicht beendet. Die historisch für uns bedeutendere Leistung Roms dürfte allerdings die Etablierung einer frühen Form eines Rechtsstaats sein – einem Konzept, das ebenfalls eng mit unserem heutigen Verständnis von Demokratie zusammenhängt.

Zur Zeit des Mittelalters wurden die demokratischen Ideen nahezu vollständig aus Europa verdrängt, nur in den Reichsstädten mit Bürgerrechten und Teilen der Schweiz überlebten diese Ideen teilweise.

1762 veröffentlichte Jean-Jacques Rousseau "Du contract Social; ou Principes du Droit Politique" und etablierte mit dieser Vertragstheorie die identitäre Demokratietheorie, welche Herrscher und Beherrschte gleichsetzt. Die so entstehende Volkssouveränität basiert auf dem Gemeinwillen, dem „volonté générale". Auch die von John Locke und Charles de Secondat Montesquieu etablierte Gewaltenteilung in Legislative, Judikative und Exekutive wird als elementarer Bestandteil eines modernen demokratischen Rechtsstaates betrachtet.

Gleichzeitig hatten sich in den USA fünf Indianer-Stämme zum Bund der Irokesen zusammengeschlossen und sich eine Räte-Verfassung gegeben. Benjamin Franklin und andere amerikanische Staatsmänner ließen sich hinsichtlich der Ausgestaltung der amerikanischen Verfassung von den Irokesen anregen.

Die Vorarbeiten dieser Philosophen, das Vorbild des englischen Parlamentarismus und auch das Vorbild der irokesischen Verfassung fanden Berücksichtigung, als mit der Verfassung der USA 1787 der erste moderne demokratische Staat, die USA, entstand. Polen war der zweite Staat mit einer demokratischen Verfassung (3. Mai 1791) und der erste in Europa. Diese Prozesse inspirierten die Französische Revolution und führten zu einer schrittweisen Demokratisierung anderer europäischen Länder (wenngleich keineswegs aller, siehe das zaristische Russland, Österreich-Ungarn, Preußen etc.), wobei der englische Parlamentarismus besondere Erwähnung verdient.

Wesentliche Merkmale der Demokratie

Reine Demokratie als Staatsform verfügt stets über folgende Kennzeichen.

Individuelle Freiheit wird zugunsten öffentlicher Güter eingeschränkt.

Es gibt einen Demos bzw. eine Gruppe (Volk), welche politische Entscheidungen in kollektiven Prozeduren durchführt. Nur Mitglieder des Demos nehmen daran teil. (In

heutigen Demokratien ist der Demos die Nation und die Staatsbürgerschaft entspricht der Mitgliedschaft.)
Es gibt ein Territorium, in dem die Entscheidungen angewendet werden und in dem der Demos angesiedelt ist. Heutzutage ist dies das Territorium des Nationalstaates und weil dies theoretisch mit der Heimat des Volkes korrespondiert, stimmen Demos und Reichweite des demokratischen Prozesses überein. Kolonien von Demokratien wurden selbst nicht als demokratisch betrachtet, wenn sie vom demokratischen Mutterland regiert wurden. (Demos and Territorium stimmten nicht überein.)
Es gibt für politische Normen eine Entscheidungfindungsprozedur, welche entweder direkt (zum Beispiel als Referendum) oder indirekt (zum Beispiel über die Wahl eines vertretenden Parlamentes) funktioniert. Diese Prozedur wird vom Demos bereits dadurch als legitimiert betrachtet, insofern sein Ergebnis "akzeptiert" wird. Politische Legitimität ist die Bereitschaft oder auch die Machtlosigkeit der Bevölkerung die Entscheidungen des Staates (also der Regierung und der Gerichte) entgegen individuellen Vorzügen und Interessen akzeptieren oder hinnehmen zu müssen. Dies ist deshalb wichtig, weil demokratische Wahlen immer Gewinner und Verlierer haben. Zumindest muss die Prozedur so wirksam sein, dass sie zu Regierungswechseln verwendet werden kann, sofern eine ausreichende Unterstützung dazu existiert. Scheinwahlen, die nur dazu dienen, das existierende Regime zu bestätigen, sind nicht demokratisch.
Der Demos besitzt über die eine Entscheidungsfindung/Regierungsphase bis zur nächsten eine langfristige Eintracht und Kontinuität. Ein Ausscheiden der Minderheiten durch Sezession, Autonomie oder *opting out*-Verfahren wird nicht vorgesehen.
Im Fall von Nationalstaaten müssen diese souverän sein: demokratische Wahlen sind nutzlos, wenn eine Autorität von außen das Ergebnis überstimmen kann.
Repräsentation
Das «Volk» ist keine Einzelinstanz mit einem freien Willen, sondern eine (meist sehr große) Anzahl von gleichberechtigten Individuen, von denen jedes seinen eigenen, freien Willen hat. Aufgabe demokratischer Systeme ist es also, sich so zu organisieren, dass dabei die Einzelinteressen ausgeglichen werden und sich die Entscheidungen nach einem emergierenden Gesamtwillen richten.
Da in der Praxis das Staatsvolk jedoch nicht über jedes Detail des politischen Tagesgeschäftes entscheiden kann, haben sich alle bestehenden Demokratien dergestalt organisiert, dass – meist auf mehreren Ebenen wie Gemeinde, Land, Staat etc. gestaffelt – Teile der Souveränität in Einzelentscheidungen an gewählte Volksvertreter abgegeben werden. Das Volk gibt dann in Wahlen die «grobe Linie» vor, an der sich die Vertreter zu orientieren haben (bzw. in der Praxis orientieren, da davon ihre Wiederwahl abhängt). Diese Vertreter sollen als Repräsentanten der Wählergemeinde agieren, von der sie gewählt wurden und deren Interessen und Ziele sie in den entsprechenden Gremien im Interesse ihrer Wähler durchsetzen sollen.
Der Einfluss, den das Volk als Souverän während der Amtszeit der gewählten Vertreter auf diese behält, unterscheidet sich in den unterschiedlichen Demokratieformen. In manchen Systemen wie in der Schweiz behält das Volk ein Vetorecht gegenüber den Entscheidungen der Volksvertreter, in anderen besteht lediglich ein Petitionsrecht, wieder andere beschränken sich auf das Wahlrecht für die Volksvertretung. Es gibt auch die Forderung nach einer Umsetzung von radikaldemokratischen Systemen, die ohne Volksvertreter auskommen sollen oder das Repräsentationsprinzip verachten (siehe z. B. Partizipatorische Demokratie). Dabei

handelt es sich um theoretische Modelle, die in diesem Artikel nicht weiter betrachtet werden.
Verschiedene Demokratieformen
Demokratie findet sich umgesetzt u. a. in folgenden Formen wieder. Neben diesen Demokratievarianten in der Praxis gibt es eine Vielzahl von Theorien, die noch weitere Auffassungen über Demokratie vertreten (siehe Demokratietheorien).
Repräsentative Demokratie
In der repräsentativen Demokratie sind die Repräsentanten im Parlament für eine begrenzte Zeit zur Machtausübung autorisiert. Nach Ablauf dieser Periode muß über die Zusammensetzung des Parlaments neu entschieden werden. Diese Periode beträgt heute üblicherweise 4 oder 5 Jahre.
Bei der Veranstaltung von Wahlen geht die Staatsgewalt insoweit vom Volke aus, als dieses die Repräsentanten wählt (Personen oder Parteien), die die politischen Entscheidungen für die Zeit der nächsten Wahlperiode treffen. Beim reinen Verhältniswahlrecht kann der Wähler eine Partei benennen, die seinen politischen Vorstellungen am nächsten kommt. Im Parlament sind die Parteien dann etwa mit der Stärke vertreten, die ihrem Stimmenanteil entspricht. Beim reinen Mehrheitswahlrecht zieht aus jedem Wahlkreis derjenige Bewerber ins Parlament ein, der dort die meisten Stimmen auf sich vereint. Verschiedene Mischformen kommen vor.
In der Stochokratie werden die Vertreter des Volkes nicht durch Wahlen sondern per Los bestimmt!

Direkte Demokratie
In der direkten Demokratie liegt die gesamte Macht beim Volk.In der Praxis tritt diese Form der Demokratie auf Staatsebene allerdings nie auf; es wird vielmehr auf die *plebiszitäre Elemente* gesetzt, wobei das Volk nur in wichtigen Entscheidungen per Volksentscheid unmittelbar beteiligt wird. In weiten Teilen der 68er- und Alternativbewegungen (direkte Demokratie oder zumindest mehr Elemente direkter Demokratie galten als erklärte Ziele) war / ist statt direkter Demokratie der Begriff "Basisdemokratie" ueblich.
Kombination aus Repräsentativer und Direkter Demokratie
Das Rätesystem schließlich stellt eine Mischform zwischen direkter und repräsentativer Demokratie dar.
Die meisten modernen Demokratien sind repräsentative Demokratien, teilweise mit direktdemokratischen Elementen wie Volksentscheiden auf nationaler oder kommunaler Ebene.
Die Schweiz ist auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene eine plebiszitäre Demokratie, wobei auf nationaler und in den meisten Kantonen auch auf kantonaler Ebene und in größeren Städten auf kommunaler Ebene ein Parlament Legislative ist, und das Volk bei Parlamentsentscheiden nur über Verfassungsänderungen und über Gesetzesänderungen abstimmt. Zusätzlich gibt es für das Volk noch das Recht der Verfassungsinitiative, bei dem eine Anzahl Bürger eine Änderung der Verfassung vorschlagen kann, über die obligatorisch abgestimmt werden muss. Zudem kann mit genügend Unterschriften eine Volksabstimmung (Referendumsabstimmung) über ein vom Parlament beschlossenes Gesetz erzwungen werden. Einige kleine Kantone haben statt des Parlaments die Landsgemeinde. Auf kommunaler Ebene gibt es in kleineren Orten keine Volksvertretung, sondern Entscheide, die direkt in einer Bürgerversammlung diskutiert und abgestimmt werden.

Präsidentielle und parlamentarische Demokratie-Systeme

Nach dem klassischen Prinzip der Gewaltenteilung sind in Demokratien die Gesetzgebung und die Regierung zu trennen. In der Praxis sind (zum Beispiel über Parteizugehörigkeiten) beide nicht unabhängig voneinander zu sehen: Die Fraktion, die die Mehrheit im Bereich der Gesetzgebung hat, stellt in der Praxis meist auch die Regierung. Der Unterschied zwischen einer eher präsidentiell und einer eher parlamentarisch ausgerichteten Demokratie liegt nun in den praktischen Auswirkungen des verfassten Machtverhältnisses zwischen Regierung und Gesetzgebung.

Präsidentielle orientierte Ausprägungen (Beispiel USA) zeichnen sich durch eine starke Stellung des Regierungschefs, des Präsidenten, gegenüber dem Parlament aus, in parlamentarischen Systemen regiert das Parlament in der Praxis ein Stück weit mit. Praktische Auswirkungen haben zum Beispiel die Zustimmungspflichtigkeit des Parlamentes bei bestimmten Entscheidungen (in den USA beispielsweise kann der Präsident frei einen Militäreinsatz befehlen, in der Bundesrepublik benötigt der Kanzler hierfür in aller Regel ein positives Votum des Parlamentes.), oder Fragen des Haushaltsrechtes.

Bei präsidentiell orientierten Systemen findet man häufig eine Direktwahl der Präsidenten durch das Volk, um die starke Machtstellung stärker vom Souverän abhängig zu machen. In einer parlamentarischen Demokratie wird die Regierung meist vom Parlament gewählt und kann vom Parlament, durch ein Misstrauensvotum, auch wieder abgesetzt werden.

Mehrheitsdemokratie, Konkordanzdemokratie und Konsensdemokratie

In Mehrheitsdemokratien wird die Regierung aus Parteien zusammengesetzt, die im Parlament die Mehrheit haben. Damit hat die Regierung gute Chancen, ihre Vorschläge beim Parlament durchzubringen. Bei einem Regierungswechsel kann jedoch das Pendel wieder in die entgegengesetzte Richtung laufen. Großbritannien und die USA sind Beispiele für Mehrheitsdemokratien.

In einer Konkordanzdemokratie, werden öffentliche Ämter nach Proporz oder Parität verteilt. Alle größeren Parteien und wichtigen Interessengruppen sind an der Entscheidungsfindung beteiligt und die Entscheidung ist praktisch immer ein Kompromiss. Der Entscheidungsprozess braucht mehr Zeit und große Veränderungen sind kaum möglich, andererseits sind die Verhältnisse auch über längere Zeit stabil und es werden keine politischen Entscheide bei einem Regierungswechsel umgestürzt. Die Schweiz ist ein Beispiel für eine Konkordanzdemokratie. Die Abgrenzung von Konkordanz- und Konsensdemokratie ist schwierig und variiert sehr stark je nach Autor. Vielfach werden die Begriffe in der Literatur gleichgesetzt, die Unterschiede sind dann auch tatsächlich marginal. Konsensdemokratien zeigen gemeinhin eine ausgeprägte Machtteilung in der Exekutive, ein gleichberechtigtes Zwei-Kammern-System, die Nutzung des Verhältniswahlrechts und eine starre, nur durch Zweidrittel Mehrheit zu ändernde Verfassung. Deutschland passt sehr gut in dieses Raster und wird daher als Konsensdemokratie geführt.

Rätedemokratie

Nenn-Demokratien

Heutzutage wird kaum ein Staat der Welt von sich behaupten, nicht demokratisch zu sein. In der Regel wird entweder der Begriff »Demokratie« oder »Republik« im Staatsnamen geführt. Dennoch führen zahlreiche Staaten die Demokratie zwar im Namen, wesentliche demokratische Elemente (zum Beispiel allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen) sind aber nicht verwirklicht. So wird zum Beispiel die

Verwendung des Namens »Deutsche Demokratische Republik« für einen der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1990 von den meisten Menschen als nicht zutreffend erachtet, da die Staatsgewalt de facto nicht vom Volke ausging. (Im sowjetischen Machtbereich sprach man von »Volksdemokratie«.) »Nenn-Demokratie« trifft auch auf vorgeblich »demokratische« Abstimmungen zu, mit denen in diktatorischen Systemen Obrigkeitsentscheidungen durch das Staatsvolk »abzunicken« sind (typisch: 99,8% Ja-Stimmen - s. auch Kleptokratie und Plutokratie).

Nach neueren Studien sind nur ca. 75 Nationen der Welt *»anspruchsvolle Demokratien«*, führen den Namen also nicht nur pro forma (Hans Vorländer).

Gesellschaftliche Perspektive

Neben den dargestellten Definitionen zur Demokratie als Methode, realisiert durch politische Institutionen, bedarf der demokratische Gedanke auch einer Verwirklichung in der Gesellschaft, damit die Prinzipien der demokratischen Staatsform auch in der Realität erfahrbar werden. Diese Auffassung, die das Demokratieprinzip auf möglichst alles ausdehnen will, also den Begriff der *Volksherrschaft* wörtlich nimmt, wird als Partizipatorische Demokratie bezeichnet.

Erst durch den Zugang zu Bildung für alle wird in Europa der Idealgedanke der Demokratie durch Ablösung der Monarchie ermöglicht, denn in einer Demokratie verläuft die politische Willensbildung von unten nach oben, wird also aus der Mitte der Bevölkerung an die Eliten getragen. In einer Diktatur, sowie in allen totalitären Systemen, ist dies genau umgekehrt, hier wird die politische Willensbildung von einer Elite der Bevölkerung manipulativ aufgezwungen.

Demokratie sollte nicht verordnet, sondern als organischer Prozess verstanden werden, der in der Öffentlichkeit stattfindet und eine pluralistische Meinungsbildung ermöglicht und fördert.

Hierdurch und durch den damit zwingend einhergehenden Schutz von Grundrechten (z. B. Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit) sowie durch die Instrumentarien der politischen Bildung und der öffentlichen Berichterstattung über gesellschaftliche und politische Ereignisse soll eine Eigendynamik zustande kommen. Auf diese Weise entstehen organisierte Interessensgruppen, die Einfluss auf die Politik nehmen können.

In Brasilien entwickelte sich im Umfeld der Weltsozialforen auch Formen der partizipatorischen Demokratie mit dem Recht, direkt auf die Budgetverwendung Einfluss zu nehmen (sog. »Beteiligungshaushalt« oder »Bürgerhaushalt«) .

Nebst diesen generellen Ausführungen muss gerade aus gesellschaftlicher Perspektive die "Bedrohung" der nationalstaatlichen Demokratie durch die Globalisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft genannt werden. Da zumeist die Exekutive (Regierung und Verwaltung) stark in den aussenpolitischen Beziehungen kompetent sind, werden die Entscheidungen vermehrt durch diese Organe und weniger durch das Volk und das Parlament gefällt. Beispielsweise haben im Europäischen Ministerrat - eben - nur die Minister Einsitz. Betroffen von dieser Entwicklung sind v.a. Staaten, mit einer stark ausgebauten direkten Demokratie, so z.B. die Schweiz. Um dieser Problematik entgegen zu treten werden neue Konzepte der Mitwirkung gefordert. Ein gangbarer Weg besteht z.B. darin neue Beschlussformen für die Parlamente zu kreieren, mit denen sie der Regierung in präziser Weise Aufträge erteilen können. Die Mitsprache des Volkes kann beispielsweise durch Staatsvertragsreferenden oder durch - flexiblere, modifizierte - Volksinitiativen gesichert werden.

Bewertung
Demokratische Strukturen haben sich in vielen Staaten durchgesetzt, ebenso in einigen Kirchen, z. B. Presbyterianische Kirchen, Evangelisch-methodistische Kirche, Schweizer Landeskirchen (in der Schweiz werden sogar katholische Pfarrer von der Gemeinde gewählt), jedoch kaum in der Wirtschaft (Ausnahme Genossenschaften).
In der Politikwissenschaft sprechen einige Denker vom demokratischen Frieden unter Verweis darauf, dass Demokratien in der Geschichte bisher kaum Kriege gegeneinander geführt hätten, und werten dies als besonders positive Eigenschaft des demokratischen Systems. Allerdings kann zumindest die athenische Ur-Demokratie nicht als Beispiel für diese These herangezogen werden. Immanuel Kant schätzte Demokratien deshalb als vergleichsweise friedlich ein, da ihre Wähler sich ungern selber in einen Krieg schicken würden (Vgl. die Schrift namens Zum ewigen Frieden von 1795). Dies ist jedoch in der Friedens- und Konfliktforschung umstritten; als sicher gilt, dass Demokratien in dyadischen Beziehungen friedlich sind, dass im monadischen System Demokratie allein jedoch noch keine hinreichende Bedingung für friedlicheres Verhalten ist. Ausserdem muss man bedenken, dass die Empirie zu diesem Thema deutlich aufzeigt, dass Demokratien insgesamt nicht weniger Kriege führen als andere Staaten. Das heisst: Demokratien führen gegenüber Nicht-Demokratie sehr wohl Kriege, und das zumeist erfolgreich.

Der indische Nobelpreisträger Amartya Sen betont die wohlfahrtssichernde Kontrollfunktion der Demokratie. Ohne Demokratie gebe es für die Herrschenden keine Anreize, die Interessen der Mehrheitsbevölkerung zu vertreten. Demokratie sei somit ein Schutz vor Armut und Hunger.

Das demokratische Prinzip hat jedoch auch Grenzen. Mehrheitsentscheidungen können beispielsweise zu einer Benachteiligung von Minderheiten führen (siehe auch Tocquevilles Warnung vor der »Tyrannei der Mehrheit«). Zudem kritisiert die partizipatorische Demokratietheorie, dass zu wenig Mitentscheidungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten in der modernen Demokratie gegeben sind.
So steht das Grundprinzip des Minderheitenschutzes, das Teil des wichtigen Freiheitskonzeptes des Pluralismus ist, als Ausgleich gegen das Mehrheitsprinzip. Zum Schutz von Minderheiten kennt die Schweiz das so genannte Ständemehr: Neben der Mehrheit der Stimmen muss auch die Mehrheit der Kantone (Stände) eine Verfassungsänderung befürworten (bei Gesetzesänderungen gilt das einfache Volksmehr).
Da noch nie eine »echte« Demokratie eine andere angegriffen hat, sieht der Amerikaner Francis Fukuyama in der weltweiten Demokratisierung, in Verbindung mit der Etablierung der Freien Marktwirtschaft, das Ende aller Kriege und somit das Ende der Geschichte, was freilich höchst umstritten ist.
Insgesamt gelten demokratische Strukturen als eher langsam und ungeeignet für schnelle Anpassung an wechselnde Umstände, zumal die Wahlentscheidungen nicht immer nach objektiven Kriterien getroffen werden (siehe auch Demagogie, Polemik). Andererseits können demokratische Strukturen für Stabilität und teilweise vorhersagbare Verhältnisse sorgen, sofern die Gesellschaft stabil ist. Außerdem verfügen Demokratien über eine breitere Legitimationsbasis und können den Präferenzen der Wähler Rechnung tragen. Zudem ist in einer Demokratie die reguläre Möglichkeit gegeben, die politische Spitze ohne Gewaltanwendung auszutauschen. Darüber hinaus gewährt sie den Einwohnern die Möglichkeit der politischen

Integration (*Demokratie als Partizipationsmethode*, wenn dies in einem Flächenstaat auch freilich nur in Grenzen möglich ist).
Zitate
»Die Verfassung, die wir haben (...) heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.«

(Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges, II 37; ursprünglich Bestandteil der Präambel des EU-Verfassungsentwurfs)
»Maßstab der Aristokratie ist die Tugend, der Oligarchie der Reichtum, der Demokratie die Freiheit«

(Aristoteles, Politik, 1294a10 ff.)
»The government of the people, by the people, for the people.« (Die Regierung des Volkes, durch das Volk, für das Volk.)

Abraham Lincoln über das Wesen der Demokratie, Gettysburg Address, 1863
»Liberalität, die unterschiedslos den Menschen ihr Recht widerfahren lässt, läuft auf Vernichtung hinaus wie der Wille der Majorität, die der Minorität Böses zufügt und so der Demokratie Hohn spricht, nach deren Prinzip sie handelt.« (Theodor W. Adorno: Minima Moralia, Teil 1, 1944)
»Democracy is the worst form of government – except for all those other forms, that have been tried from time to time.« (*Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.*) (Winston Churchill in einer Rede im Unterhaus am 11. November 1947)
»Unter all den Namen dessen, was man ein wenig schnell in der Kategorie der 'politischen Regierungsform' klassifiziert (ich glaube nicht, dass 'Demokratie' letztlich eine politische Regierungsform bezeichnet), ist der ererbte Begriff der Demokratie der einzige, der die Möglichkeit aufnimmt, sich in Frage zu stellen, sich selbst zu kritisieren und sich in unbestimmter Weise selbst zu verbessern. Wenn es sich dabei noch um den Namen einer Regierungsform handelte, dann um den des einzigen 'Regimes', das sich seiner eigenen Perfektionierbarkeit stellt, also seiner eigenen Geschichtlichkeit – und so verantwortlich wie möglich, würde ich sagen, sich der Aporie der Unentscheidbarkeit annimmt, auf deren Grund ohne Grund er sich entscheidet.«
Jacques Derrida (2001; in: *Philosophie in Zeiten des Terrors*, ISBN 3865723586, S. 161)

Alexis de Tocqueville
Charles Alexis Henri Maurice Clérel de Tocqueville *(sprich: "dö tockwiehl")* (* 29. Juli 1805 in Verneuil-sur-Seine (Île-de-France); † 16. April 1859 in Cannes) war ein französischer Publizist und Politiker.
Leben
De Tocqueville wird als 3. Sohn von Hervé Bonaventure Clérel de Tocqueville und Louise Le Peletier de Rosanbo geboren. Im Jahre 1824 schließt er nach vier Jahren sein Studium der Rhetorik und Philosophie auf der höheren Schule und dem Collège in Metz ab.
Nachdem Tocqueville nach Paris zieht und hier sein Studium der Rechtswissenschaft beendet, wird er 1826 Instruktionsrichter in Versailles. In den Folgejahren macht er die Bekanntschaft mit Gustave de Beaumont und Mary Motley (1826), die er 1835

heiratet (die Ehe blieb Kinderlos); hört Geschichtsvorlesungen von François Guizots an der Pariser Sorbonne (1829/30) und promoviert 1830 in Versaille.
1831 beauftragt ihn die Regierung, das Rechtssystem und den Strafvollzug in den Vereinigten Staaten von Amerika zu studieren. Tocqueville bereist die USA mit seinem Freund Gustave de Beaumont. Für ihre Arbeit "Du système pénitentiaire aux États-Unis" erhalten die beiden einen Preis der Académie Française.
Aus der Amerikareise und den dort gemachten Erfahrungen resultiert das berühmte Hauptwerk *De la démocratie en Amérique* (2 Bde., Paris 1835/1840). Der erste Band erscheint im Januar 1835 in einer Auflage von unter 500 Stück. Bereits im Juni des selben Jahres wird eine zweite Ausgabe veröffentlicht. Die achte Ausgabe, die am 20. April 1840 sowohl in Paris, wie auch in einer Übersetzung von Henry Reeve in London erscheint, enthält schließlich auch den zweiten Band seiner Untersuchungen.
De la démocratie en Amérique beschreibt u.a. die Demokratie im Kontext der Zivilgesellschaft. Das Buch erhielt 1836 den Preis Montyon der Académie française, deren Mitglied Tocqueville 1841 wird und wird heute noch an den Universitäten behandelt. In seiner Analyse der amerikanischen Demokratie hat er auch spezifisch amerikanische Ursachen für das Funktionieren der Demokratie in den USA und die Art, wie sie funktioniert, herausgearbeitet. Damit legte er die Grundlage für den immer noch aktuellen politikwissenschaftlichen Disput über den **American Exceptionalism**. Dahinter verbirgt sich die Frage, ob die politischen, sozialen und ökonomischen Unterschiede zwischen den USA und anderen Staaten normal oder außergewöhnlich sind.
Zwischen 1839 und 1848 gehörte Alexis de Tocqueville als Deputierter zur gemäßigten Opposition. Nach der Februarrevolution bekämpfte er den Sozialismus und stimmte mit der monarchischen Rechten. Als Mitglied der Gesetzgebenden Versammlung übernahm er 1849 das Auswärtige Amt. Er trat zurück, als Louis Napoleon (der spätere Napoléon III.) sein Regierungssystem stärker in den Vordergrund schob.
Als einer der letzten Verteidiger des Parlamentarismus opponierte er scharf gegen die Politik des Präsidenten der Republik. Beim Staatsstreich am 2. Dezember 1851 wurde er verhaftet. Er durfte sich nach einiger Zeit ins Privatleben zurückziehen.
Über das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit
Der zweite Band von "De la democratie en amérique" von 1840 befasst sich intensiver mit den Grundlagen von Staat und Politik und insbesondere mit dem Verhältnis von Gleichheit und Freiheit. Tocqueville sieht darin keine gleichwichtigen Prinzipien, sondern spricht sich deutlich für den Vorrang der Freiheit aus. Die in einem aufgeklärten Staat entstehende formale Gleichheit der Bürger hat nach Tocqueville verschiedene Auswirkungen. Zuallererst bringt der Wegfall ständischer Ordnungen und die Rechtsgleichheit aller Bürger jenen Raum, den ein freiheitliches Individuum überhaupt benötigt. Der Wegfall von Autoritäten und die Unabhängigkeit der Menschen begründen jene Freiheitsliebe, welche demokratische Gesellschaften und ihre Institutionen auszeichnet. In einer daraus entstehenden Anarchie sehen die Kritiker die grösste Gefahr einer demokratischen Ordnung. Tocqueville widerspricht dem nicht, sieht darin aber nicht das Hauptproblem des Gleichheitsprinzips.
Vielmehr fürchtet er in seiner Ausgangsthese des vierten Teils des zweiten Bandes eine schleichende Beeinträchtigung des Freiraums der Bürger. „Die Gleichheit löst nämlich zwei Tendenzen aus: die eine führt die Menschen geradewegs zur Freiheit und kann sie auch plötzlich in die Anarchie treiben; die andere leitet sie auf längerem, verschwiegenerem, aber sicherem Wege in die Knechtschaft.“ Während sich ein demokratischer Staat gegen die Anarchie zu schützen wisse, sei die Abwehr vor dem

Verlust des individuellen Freiraums durch Gleichmacherei schwieriger, da diese sowohl den Neigungen der Masse der Bürger entspreche als auch dem Staat gelegen komme.
Für Tocqueville führt das Prinzip der Gleichheit unbedingt zu einem starken und zentralistisch organisierten Staat, gegen den sich das Individuum nicht mehr wehren kann. Daraus entsteht eine „Volksgewalt“ ohne Grenzen. Die Repräsentanten dieser Macht werden sich ihrer Gewalt allmählich bewusst und fördern diese Position aus Eigeninteresse. Die Regierenden können schliesslich „alle Vorgänge und alle Menschen verwalten“. Für Tocqueville entsteht durch die immer stärkere Zentralgewalt ein Transfer von Verantwortlichkeiten. Unter „Regieren“ verstehen die Führer dieser Staaten nicht mehr nur die Regentschaft des gesamten Volkes, sondern auch die Verantwortlichkeit für das Wohlergehen jedes Einzelnen. Sie sehen ihre Aufgabe nun auch darin, den Bürger „zu leiten und zu beraten, ja ihn notfalls gegen seinen Willen glücklich zu machen.“ Umgekehrt übertragen die Einzelnen mehr und mehr ihre Selbstverantwortung auf die staatliche Gewalt. Letztlich befürchtet Tocqueville ein Abrutschen in die Unfreiheit, wenn die Gleichheit zum einzigen grossen Ziel wird: „Jeder Schritt zur Gleichheit bringt die Europäer dem Despotismus näher“. Werke

Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart 1959 Democracy in America
Histoire philosophique du règne de Louis XV. 2 Bde. Paris 1846
Coup d'oeil sur le règne de Louis XVI. Paris 1850
L'ancien régime et la révolution. Paris 1856
Tocqueville-Effekt
Der Tocqueville-Effekt beschreibt ein Phänomen aus der Soziologie bzw. der Sozialpsychologie. Demnach führen verspätete Reformen zu (gewaltsamen) Revolutionen. Der Soziologe und Staatstheoretiker Tocqueville kam zu diesem Schluss als er um 1830 die USA besuchte.
Als Bestätigung wird oftmals die Wende in Deutschland angeführt.
Literatur
Karlfriedrich Herb, Oliver Hidalgo: *Alexis de Tocqueville*. 2005. ISBN 3593376474
Karl Pisa: *Alexis de Tocqueville : Prophet des Massenzeitalters*. Stuttgart 1984. ISBN 3-421-06178-5
J. P. Mayer: *Alexis de Tocqueville : Analytiker des Massenzeitalters*. München 1972. ISBN 3406024858
Michael Hereth: *Tocqueville zur Einführung*, Hamburg: Junius, 2001, 2. Auflage, ISBN 3885063336

Parlamentarismus

Der **Parlamentarismus** ist als Rahmen zu bezeichnen, in dem, die durch Wahlen legitimierten Volksvertreter (meist einige hundert), genannt Parlamentarier ihrer Gesetzgebungsarbeit nachkommen. Insbesondere sind die rahmengebenden Regelungen, die Organe und die Prozesse, kennzeichnend für Form und Grad des Parlamentarismus. In dem Begriff Parlamentarismus gibt vor allem der strukturelle Aspekt den Ausschlag, durch den das Parlament seine Handlungsfähigkeit erreicht und effizient seine Aufgaben ausführen kann.

In der parlamentarischen Demokratie werden die Mitglieder des Parlaments vom Volk direkt gewählt. Sie werden als Abgeordnete bezeichnet und finden sich aufgrund gleichgerichteter Ziele in Fraktionen zusammen. Ferner ist die Arbeit in Ausschüssen ein Betätigungsfeld im parlamentarischen Alltag der Abgeordneten.
Parlamentarismus ist auch Gegenstand zahlreicher Studien. Immer wieder werden Parlamentarismuscharakteristika im internationalen Vergleich dargestellt. Es gibt zudem auch Parlamente, auf deren Besetzung das Volk keinen Einfluss hat, weil Scheinwahlen stattfinnden. Auch können Parlamente völlig ohne Wahlen durch einen Herrscher oder durch gesellschaftliche Gruppen eingesetzt werden.
In der klassischen Verfassungssystematik des Aristoteles ist als Vorläufer des heutigen Parlamentarismus (im Sinne einer repräsentativen Demokratie) entweder eine Aristokratie oder eine Oligarchie anzusprechen, da Aristoteles als Demokratie nur die direkte Demokratie kennt.
Häufig wird dem System der parlamentarischen Demokratie das Präsidentielle Regierungssystem gegenübergestellt. Mischformen wie etwa in der V. Republik in Frankreich oder die Verfassung von 1929 in Österreich sind schwierig einzuordnen; die Bezeichnung Semi-Präsidentialismus ist umstritten, macht jedoch die Existenz beider Elemente (einerseits Parlament/andererseits eine direkt gewählte Exekutive) deutlich und für den Aussenstehenden wird es durch die allgemein gehaltene Begrifflichkeit gut nachvollziehbar, welche Ambivalenz in diesem Begriff steckt. Durch Parlamentsabsolutismus wird das Gleichgewicht dieser beiden Elemente beeinflußt. Beide Systeme kann man aber i.d.R als Parlamentarismus bezeichnen.

Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft bezeichnet einen öffentlichen Raum zwischen staatlicher und privater Sphäre, der durch eine Vielzahl autonomer und vom Staat unabhängiger Gruppen und Organisationen (z.B. soziale Bewegungen, NGOs) gefüllt wird. Demokratische Staaten räumen zivilgesellschaftlichen Akteurennd der den Akteuren individuelle und kollektive Freiheiten (z. B. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) ein.
Dem Begriff liegt jedoch keine einheitliche Definition zugrunde, da er in Abhängigkeit der Staats- und Gesellschaftsform und Zeit in verschiedenen Wissenschaften benutzt wird.
In modernen demokratischen Gesellschaften wird "Zivilgesellschaft" im Sinne der Sozialen Dreigliederung (*Trilektik*) neben Staat (bzw. Politik), Wirtschaft (bzw. Markt) als kulturelle Ausgleichskraft oder 3. Sektor definiert und der Wert des bürgerschaftlichen Engagements hervorgehoben.
Klassisch-griechische Philosophie
Bis zum 18. Jahrhundert wurde der Sprachgebrauch des Begriffs durch Aristoteles geprägt: *bürgerliche Gesellschaft* ist die wörtliche Übersetzung des griechischen 'politiké koinonia', der später ins Lateinische ('societas civilis') übertragen wurde. Dieser Begriff galt als gelegentliche Bezeichnung für die 'Polis' als bürgerliche bzw. politische Gesellschaft. Aristoteles bezeichnet damit eine Gemeinschaft von Bürgern (die Polisbewohner: Freie Bürger, Hausherren), die zusammen das Gute tugendhaft verwirklichen. Der Begriff wird durch die häusliche Sphäre ('oikos') getrennt, in der die Sicherung der Grundbedürfnisse verortet wird.

Gramsci

Zivilgesellschaft wurde als Begriff auch vom marxistischen Theoretiker Antonio Gramsci (1891-1937) geprägt. Gramsci beschäftigte sich in seinen "Gefängnisheften"

mit dem Scheitern der sozialistischen Revolutionen im Westen und fand die Erklärung in seinem Konzept des integralen Staates. Der integrale Staat beinhaltet nicht nur die Institutionen der klassisch-bürokratischen Staatsmaschinerie, die das Gewaltmonpol des Staates ausführt, sondern auch die Zivilgesellschaft, verstanden als Gesamtheit aller nichtstaatlichen Organisationen, die auf den *Alltagsverstand* und die *öffentliche Meinung* Einfluss haben. Hier finden die Auseinandersetzungen um kulturelle Hegemonie statt, und die kulturell-politische Hegemonie der bürgerlichen Klassen im Westen sichert den Bestand des Kapitalismus auch in Zeiten politischer Krisen, während im zaristischen Russland der Mangel einer solchen Zivilgesellschaft den Bolschewiki die relativ gesehen einfache Machtübernahme und den Machterhalt ermöglichte.

Rechtsstaat

Ein **Rechtsstaat** ist ein Staat, in dem die öffentliche Gewalt an eine in ihren Grundzügen unabänderliche und im Ganzen auf Dauer angelegte objektive Rechtsordnung gebunden ist. In einem Rechtsstaat ist im Vergleich zum absolutistischen Staat die Macht des Staates umfassend durch Gesetze determiniert, um die Bürger vor gesetzloser Willkür zu schützen. Ein Rechtsstaat moderner Prägung ist auf die Herstellung und Erhaltung eines materiell gerechten Zustands gerichtet.

Die Begrenzung der Staatsgewalt erschöpfte sich ursprünglich in der *formellen* (auch *formalen*) Betrachtung des Rechtsstaats. Allein das positive Recht (im Gegensatz zum Naturrecht) sollte Maßstab der Rechtsbindung der Staatsgewalt sein. Dieser Gesetzespositivismus ist für die Rechtssicherheit weiterhin sehr bedeutend, wurde allerdings nach den Erfahrungen aus dem Dritten Reich nicht mehr als ausreichend angesehen. Insbesondere mit Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze hatte sich zu deutlich gezeigt, dass das positive Recht als formeller Maßstab dazu missbraucht werden konnte, selbst schwerste Menschenrechtsverletzungen durch das formell geltende Recht zu legitimieren. Deshalb entwickelte sich in der Rechtswissenschaft ab 1945 eine *materielle* (*materiale*) Betrachtung des Rechtsstaats, welche den Menschenrechten (als Ausdruck des Naturrechts) einen korrigierenden oder sogar maßgebenden Einfluss einräumte. Durch die Erweiterung des Grundrechtsschutzes als Abwehrrechte gegen den Staat und als Maßstab für die Wirksamkeit von Gesetzen ist der materielle Charakter des Rechtsstaats in den Verfassungen weit gehend konkretisiert, so dass es nur selten Bedarf für den Rückgriff auf das Naturrecht gibt.

Der Begriff »Rechtsstaat« tauchte erstmals bei Robert von Mohl in seinem Buch *Die deutsche Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaates* (1832-1834) auf und wurde dort als Gegensatzbegriff zum aristokratischen Polizeistaat verwendet.

Rechtsstaatsprinzip in der Bundesrepublik Deutschland

Das Rechtsstaatsprinzip ist im Grundgesetz nicht ausdrücklich genannt. Der Begriff Rechtsstaat taucht lediglich an einer Stelle (Artikel 28 GG) auf, an der es nicht um das Rechtsstaatsprinzip selbst geht, sondern um das Homogenitätsprinzip, das für die Länder ebensolche Grundprinzipien wie das Rechtsstaatsprinzip sicherstellen soll.

Ausgangspunkt für die Beschreibung des Rechtsstaatsbegriffs des Grundgesetzes ist Artikel 20 Absatz 3 GG:

»Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

Aus dieser Formulierung lassen sich bereits zwei wichtige Ausprägungen des Rechtsstaatsprinzips ableiten: die Gewaltenteilung und die Rechtsbindung der Staatsorgane.

Diese Kernaussagen zum Rechtsstaatsprinzip sind, wie die anderen Staatsformmerkmale aus Artikel 20 GG, durch Artikel 79 Absatz 3 GG für die Geltungsdauer des Grundgesetzes garantiert, dürfen also nicht einmal durch eine Verfassungsänderung angetastet werden.

Zusammen mit den ergänzenden Regelungen, etwa der Rechtsweggarantie in Artikel 19 Absatz 4 und den Verfahrensgarantien in den Artikeln 97 und 101 bis 104 GG, ergeben sich aus dem Grundgesetz Einzelaussagen zum Rechtsstaat, die sich mit ihrer übergreifenden Bedeutung für Grundrechtsschutz und Staatsorganisation kaum in ein geschlossenes Begriffssystem einordnen lassen.

Gewaltenteilung

Die Staatsorganisation ist nach dem Grundgesetz auf die drei Gewalten Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (ausführende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt) verteilt. Innerhalb der Gewalten ist zum Teil eine weitere Unterteilung festgelegt. So wird zum Beispiel die Legislative von Bundestag und Bundesrat, die Exekutive von Bundeskanzler, Bundesregierung und Bundespräsident ausgeübt. Diese horizontale Gewaltenteilung auf der Ebene des Bundes wird in der Struktur der Staatsorganisation durch eine vertikale Gewaltenteilung ergänzt: Bund, Länder und Gemeinden beschränken den Umfang der zentralen Staatsgewalt des Bundes durch eigene fachliche Zuständigkeiten, wobei sie ihrerseits ihre Hoheitsgewalt horizontal aufteilen.

Zweck der Gewaltenteilung ist die gegenseitige Kontrolle der Staatsorgane. Am deutlichsten zeigt sich das an der Judikative, die das Verwaltungshandeln als Bestandteil der Exekutive beurteilt, die aber auch im Einzelfall Gesetze für nichtig erklären kann.

Die ursprünglich von Montesquieu vorgesehene Trennung der Gewalten wird nach dem Konzept des Grundgesetzes an vielen Stellen nicht strikt eingehalten. Am Beispiel der Gesetzgebung zeigt sich, dass Legislative und Exekutive eng zusammenarbeiten: regelmäßig legt die Bundesregierung (Exekutive) einen Gesetzentwurf vor, der vom Parlament (Legislative) beschlossen und vom Bundespräsidenten (Exekutive) ausgefertigt wird. In der Praxis ist die Nähe zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit so überdeutlich, dass eher von einer Gewaltenteilung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition ausgegangen werden kann. Die Trennung der Gewalten ist deshalb tatsächlich nur gegenüber der Judikative deutlich ausgeprägt. Richter werden zwar von der Exekutive ernannt oder von der Legislative gewählt, sind in ihrer Tätigkeit aber durch die richterliche Unabhängigkeit aus Artikel 97 GG vor einer politischen Einflussnahme geschützt.

Berechenbarkeit staatlichen Handelns

Der Rechtsstaatsbegriff des Grundgesetzes umfasst eine Reihe von Grundsätzen, die der Berechenbarkeit staatlichen Handelns dienen:

Gesetzmäßigkeit (Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes)

Rückwirkungsverbot (Vertrauensschutz)

Verhältnismäßigkeit

Gesetzmäßigkeit

Die Gesetzmäßigkeit oder Rechtsbindung staatlichen Handelns folgt unmittelbar aus Artikel 20 Absatz 3 GG: »Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.«

Daraus sind zwei Grundsätze abgeleitet worden:

Es muss eine Normenhierarchie geben, die es einem Staatsorgan verbietet, *gegen* höherrangiges Recht zu handeln (Vorrang des Gesetzes) und

Exekutive und Judikative dürfen nicht *ohne* ein Gesetz handeln, sondern sind von einer Ermächtigungsgrundlage abhängig (Vorbehalt des Gesetzes).

Rückwirkungsverbot

Der Vertrauensschutz ist eine wichtige Ergänzung der rechtsstaatlich gebotenen Rechtssicherheit. Man soll darauf vertrauen dürfen, dass die Rechtslage nicht rückwirkend zum eigenen Nachteil geändert wird. Am deutlichsten formuliert das Artikel 103 Absatz 2 GG für das Strafrecht: Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.

Das absolute Rückwirkungsverbot ist jedoch auf das Strafrecht beschränkt. Im Verwaltungsrecht können rückwirkende Gesetze zulässig sein, besonders wenn sie eine unechte Rückwirkung bewirken, weil sie lediglich in laufende Verhältnisse einwirken. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn die Prüfungsordnung nach Aufnahme des Studiums geändert wird. Verhältnismäßigkeit

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist eine materielle Komponente des Rechtsstaatsbegriffs und dient dem Schutz vor übermäßiger oder unangemessener Beeinträchtigung der Rechte des Einzelnen. Die Rechtsbindung der Staatsorgane allein bietet nicht in jedem Einzelfall ausreichend Schutz, so dass es im Rahmen des Grundrechtsschutzes eines weiteren Kontrollmittels bedarf. Das Gebot der Verhältnismäßigkeit gilt für alle staatlichen Maßnahmen (also unter anderem auch für Gesetze, Verwaltungsakte und Gerichtsurteile).

Eine staatliche Maßnahme ist nur dann verhältnismäßig, wenn sie geeignet, erforderlich und angemessen ist.

Die Eignung ist an dem Ziel der staatlichen Maßnahme zu messen, man muss also zunächst wissen, wozu die Maßnahme ergriffen werden soll. Erforderlich ist eine Maßnahme, wenn kein (gleich wirksamer) schonenderer Eingriff in das Recht des Betroffenen möglich ist. Angemessen (oder verhältnismäßig im engeren Sinn) ist eine Maßnahme, wenn sie kein auffälliges Missverhältnis erkennen lässt, also nicht »mit Kanonen auf Spatzen geschossen« wird.

Grundrechte

Die Existenz von Freiheits- und Gleichheitsrechten im ersten Teil des Grundgesetzes ist eine materielle Komponente des Rechtsstaatsbegriffs. Grundrechte sind nicht nur Abwehrrechte des Einzelnen, auf die sich der Einzelne erst berufen müsste, sondern »binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht« (Artikel 1 Absatz 3 GG). Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundrechte deshalb zum objektiven Wertmaßstab für staatliches Handeln erklärt, was sich besonders in der Überprüfung von Gesetzen auswirkt, weil darin nicht nur formelle Gründe wie die Zuständigkeit und ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren, sondern auch die Angemessenheit eines Grundrechtseingriffs einbezogen werden.

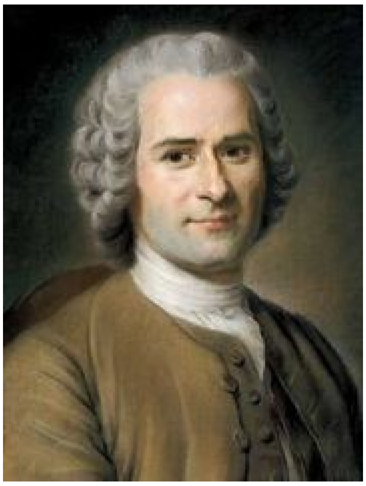
Das Rechtsstaatsprinzip garantiert allerdings nicht die Existenz jedes einzelnen Grundrechts in seiner ursprünglichen Reichweite. Einzelne Grundrechte können durch Verfassungsänderung beschränkt werden (Artikel 19 Absatz 1 GG). Es darf nur nie der »Wesensgehalt« eines Grundrechts angetastet werden.

Sicherungsmechanismen

Die in Artikel 20 Absatz 3 GG enthaltene Gewaltenteilung ist ein wichtiger Sicherungsmechanismus für den Rechtsstaat: die Judikative kontrolliert Legislative und Exekutive. Das ist wichtig, damit Fehler nachträglich korrigiert werden können,

reicht aber nicht aus. Denn damit allein könnte der Staat selbst bestimmen, ob überhaupt ein Verfahren eingeleitet wird. Das Grundgesetz sieht deshalb in Artikel 19 Absatz 4 GG eine Rechtsweggarantie vor: »Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.«
Auch diese Rechtsweggarantie allein ist jedoch noch keine Garantie für ein faires Verfahren. Deshalb sieht das Grundgesetz eine Reihe von Verfahrensgarantien (»Justizgrundrechte«) vor:
Unabhängigkeit der Richter (Artikel 97 GG)
Verbot von Ausnahmegerichten (Artikel 101 Absatz 1 Satz 1 GG)
Anspruch auf den gesetzlichen Richter (Artikel 101 Absatz 1 Satz 2 GG)
Anspruch auf rechtliches Gehör (Artikel 103 Absatz 1 GG)
Verbot der Mehrfachbestrafung (Artikel 103 Absatz 3 GG)
Garantien bei Freiheitsentziehungen (Artikel 104 GG)

Jean-Jacques Rousseau



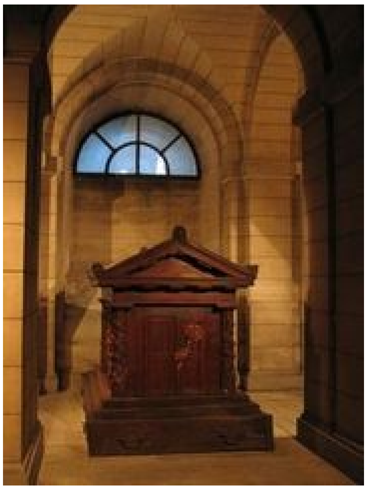
Jean-Jacques Rousseau (* 28. Juni 1712 in Genf, † 2. Juli 1778 in Ermenonville bei Paris) war ein französisch-schweizerischer Schriftsteller, Pädagoge, Komponist sowie Gesellschafts- und Staatstheoretiker. Zusammen mit seinem Antipoden Voltaire gehört er zu den einflussreichsten Autoren der europäischen Neuzeit.

Leben

Rousseau wurde in Genf als Sohn des calvinistischen Uhrmachers Isaak Rousseau geboren. Dessen hugenottischer Großvater war aus Frankreich geflüchtet und übte das Uhrenmacherhandwerk aus. Rousseaus Mutter starb bald nach seiner Geburt, und auch der Vater verschwand aus Rousseaus Leben, weshalb er eine unstete Kindheit und Jugend hatte.

Mit zwölf Jahren wurde er Lehrling bei einem Gerichtsschreiber, später bei einem Graveur, der ihn wegen seiner Eigenwilligkeiten züchtigte. Als er 1727 bei der abendlichen Rückkehr von einem Sonntagsspaziergang die Genfer Stadttore verschlossen vorfand, ging er kurzentschlossen auf Wanderschaft und geriet über einen Priester an die fromme Françoise-Louise de Warens in Annecy (Savoyen), die gerade zum Katholizismus konvertiert war. Diese nahm ihn auf und schickte ihn bald weiter in das *Hospice des catéchumènes* nach Turin, ein Internat zur religiösen Umerziehung, wo er sich bekehren und katholisch taufen ließ.
Zurück in Annecy, besuchte er auf Wunsch von Mme de Warens das dortige Priesterseminar, brach dieses jedoch bald ab und beschloss Musiker zu werden. Bei dem Kapellmeister blieb er aber auch nicht lange. Nach zwei, drei Jahren unsteter Wanderschaft, unter anderem marschierte er zu Fuß nach Paris – und von dort enttäuscht wieder zurück, kam er 1731 wieder bei Mme de Warens unter, die ihn wie einen Ziehsohn behandelte. Bei „maman" las er, musizierte und begann zu schreiben. Auch wurde er – etwas widerstrebend – von ihr in die Anfangsgründe der Liebe eingeführt. Nach acht glücklichen und für seine Bildung sehr fruchtbaren Jahren erhielt er jedoch einen Rivalen in Gestalt des neuen Sekretärs.
Rousseau verließ Mme de Warens daraufhin, war einige Zeit Hauslehrer in Lyon und ging anschließend 1742 nach Paris, um ein von ihm entwickeltes Notensystem von der Académie des Sciences patentieren zu lassen. Als dieses Vorhaben misslang, begleitete er 1743 als Privatsekretär den französischen Botschafter nach Venedig, hielt es aber wieder nicht lange aus und kehrte 1744 zurück nach Paris.
Hier lernte er andere junge Intellektuelle kennen, etwa Denis Diderot, der ihn 1746 mit der Abfassung von Artikeln über Musik für die *Encyclopédie* betraute, und Melchior Grimm, den Herausgeber der für europäische Fürstenhöfe bestimmten *Correspondance littéraire*. Beide verschafften ihm Zutritt zu literarischen Salons. Die gesellige Konversation lag ihm aber nicht besonders, und so blieb er eher Außenseiter.
1745 liierte er sich mit Thérèse Levasseur. Da er kaum Geld verdiente, musste sie sich als Dienstmagd verdingen. Sämtliche fünf gemeinsame Kinder brachte das Paar in einer Anstalt für Findelkinder unter, wo sie nur geringe Überlebenschancen hatten.
1749 besuchte Rousseau den in der Festung Vincennes inhaftierten Diderot und las unterwegs im *Mercure de France* die Preisfrage der Académie von Dijon: „Le Rétablissement des sciences et des arts a-t-il contribué à épurer les mœurs?" (Hat die Renaissance der Wissenschaften und Künste dazu beigetragen, die Sitten zu reinigen?) Er hatte die provokante Idee, die Frage zu verneinen, und schrieb seinen *Discours sur les Sciences et les Arts* (Abhandlung über die Wissenschaften und die Künste, 1750), worin er die nach Luxus strebende zeitgenössische europäische Gesellschaft in die sittliche Dekadenz abgleiten sieht.
Der *Discours* stand zwar im Gegensatz zu den fortschrittlichen Vorstellungen der meisten Intellektuellen der Zeit, fiel aber trotzdem auf erstaunlich fruchtbaren Boden. Rousseau erhielt den ersten Preis und wurde über Nacht berühmt. 1752 wurden mit Erfolg seine Oper *Le Devin de village* (der Dorfwahrsager) und seine Komödie *Narcisse* aufgeführt. Er hätte sich nun etablieren können und sollte sogar am Hof eingeführt werden, lehnte dies jedoch ab.
1754 reiste er in die calvinistische Stadtrepublik Genf, nahm dort die Staatsbürgerschaft wieder an und schwor dem Katholizismus ab. 1755 machte er sich beim französischen Hof und bei allen Etablierten verdächtig mit seinem *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes* (Abhandlung über Ursprünge und Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen), der die Antwort

auf eine weitere Preisfrage der Académie von Dijon darstellte: „Quelle est l'origine de l'inégalité parmi les hommes, et est-elle autorisée par la loi naturelle?“ (Was ist der Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen, und wird sie vom Naturrecht erlaubt?) Rousseau erklärt hierin die soziale Ungleichheit aus der Herausbildung der Arbeitsteilung und der dadurch ermöglichten Aneignung der Erträge der Arbeit Vieler durch einige Wenige, die anschließend oligarchische Staatswesen aufbauen, um ihren Besitzstand zu schützen. Rousseau wurde mit dieser Schrift einer der Väter der sozialistischen Idee.



Rousseaus Grab in Paris

1756-61 lebte Rousseau in Montmorency bei Paris, zuerst als Gast der vielseitig interessierten Schriftstellerin Mme d'Épinay, dann des hochadeligen Duc de Luxembourg. Mit der *Lettre à d'Alembert sur les spectacles* (Brief an d'Alembert über das Theater) prangerte er 1758 das bürgerliche Aufklärungstheater in calvinistischer Manier als unsittlich und unnütz an und verärgerte damit u.a. seine Freunde Diderot und Grimm.
Außerdem schrieb er in dieser Zeit seine erfolgreichsten und langfristig wirksamsten Werke: Zunächst den empfindsamen Briefroman *La Nouvelle Héloïse* (Die neue Heloise), 1761, der die letztlich unmögliche Liebe des bürgerlichen Intellektuellen Saint-Preux zu der adeligen Julie d'Étanges darstellt, anschließend den Bildungsroman *Émile* 1762, der das Ideal einer naturnahen und lebensaltergemäßen Erziehung propagiert und drittens die staatstheoretische Schrift *Le Contrat social* (der Gesellschaftsvertrag, 1762), der die Ansprüche des religiös illuminierten Staates gegenüber den Einzelbürgern, aber auch deren Rechte gegenüber dem Staatsganzen zu begründen versucht. Darin prägt er den heutigen Begriff der Volkssouveränität, auf dem die Legitimität von Volksabstimmungen und allgemeinen Wahlen gründet.
Während *La Nouvelle Héloïse* sofort ein großer Erfolg wurde und eine ganze Welle von Briefromanen in ganz Europa auslöste (darunter z.B. Goethes *Werther*), wurden der *Contrat social* und *Émile* nach ihrem Erscheinen verboten und öffentlich verbrannt. Vor allem entfesselte die im letzteren als Einschub enthaltene religionskritische *Profession de foi d'un vicaire savoyard* (Glaubensbekenntnis eines savoyischen Vikars) einen Sturm der Entrüstung. Sowohl der Erzbischof von Paris, als auch die calvinistischen Oberen in Genf protestierten. Durch Flucht entging er der Verhaftung.

Von 1762-1770 führte Rousseau ein unstetes Wanderleben. Zuerst hielt er sich im preußischen Neuchâtel auf, dann verbrachte er einige Zeit in Môtiers in der Schweiz. Anschließend weilte er einige Monate als Gast des schottischen Philosophen David Hume in London, mit dem er sich schließlich zerstritt. Nach und nach verinnerlichte er die Verfolgungen und Verunglimpfungen und entwickelte Verfolgungswahn. Dieser speiste einen Rechtfertigungszwang, aus dem heraus Rousseau eine Reihe autobiographischer Werke verfasste, darunter die auch die Intimsphäre nicht schonenden *Confessions* (Geständnisse), 1765-1770, erst postum publiziert, die eine neue Form der Autobiographie kreierten; oder die in lyrischer Prosa gehaltenen *Rêveries d'un promeneur solitaire* (Träumereien eines einsamen Spaziergängers), 1776-1778, die auf literarisch originelle Weise Gegenwartsmomente zum Ausgangspunkt von autobiographischen Rückblenden machen.
Ab 1770 lebte Rousseau, von den Behörden stillschweigend geduldet, wieder in Paris. 1778 nahm er die Gastfreundschaft des Marquis de Girardin auf Schloss Ermenonville an, wo er kurz danach starb. Er wurde auf der „Île des peupliers“ (Insel der Pappeln) im Park begraben. Der jakobinische Wohlfahrtsausschuss überführte seine Gebeine 1794 triumphal ins Pariser Panthéon. Rousseaus Einfluss auf die politischen Ideologien des 19. und des 20. Jahrhunderts ist kaum zu überschätzen.

Menschenbild

Ausgangspunkt des Rousseau’schen Denkens ist der Abscheu vor der etablierten Kultur und Gesellschaft seiner Zeit. Wie er bereits im Ersten Diskurs feststellt, sind die in Gesellschaft lebenden Menschen böse und eitel. Durch sich überkreuzende Interessen werden sie dazu verleitet, ihre wahren Absichten voreinander zu verbergen. „*Die Menschen sind böse; eine traurige und fortdauernde Erfahrung erübrigt den Beweis; jedoch, der Mensch ist von Natur aus gut, ich glaube, es nachgewiesen zu haben; [...] Man bewundere die menschliche Gesellschaft soviel man will, es wird deshalb nicht weniger wahr sein, dass sie die Menschen notwendigerweise dazu bringt, sich in dem Maße zu hassen, in dem ihre Interessen sich kreuzen, außerdem sich wechselseitig scheinbare Dienste zu erweisen und in Wirklichkeit sich alle vorstellbaren Übel zuzufügen*“ (Zweiter Diskurs, Anmerkung IX).
Rousseau kritisiert nicht nur die Gesellschaft seiner Zeit, sondern die Vergesellschaftung des Menschen schlechthin. Damit steht er im starken Gegensatz zum Denken seiner Zeit: Seine Theorien wurden von den Vertretern der christlichen Kirchen sowie auch von vielen Denkern der Aufklärung abgelehnt. Die christlichen Kirchen hielten die Idee des edlen Wolfsmenschen für abwegig; der Mensch war für sie durch die Erbsünde belastet. Die Aufklärer schließlich betrachteten die Menschen als vernunftbegabt, lern- und gesellschaftsfähig.
Wenn jedoch der Mensch ein gemeinschaftsfähiges Wesen (griechisch: zoon politikon) wäre, wie auch Aristoteles von Stagira behauptete, dann sollte gemäß Rousseau eigentlich allüberall freudvolle Harmonie herrschen. Da das nicht der Fall ist - die Menschen hassen, betrügen, verleugnen, belügen und morden - schließt er, dass der Mensch von Natur aus ein ungeselliges Wesen und nur außerhalb der Gesellschaft „gut“ ist. Diese These projiziert er nun mittels der genetischen Methode an ihren logischen und zeitlichen Anfang und gelangt so zum Begriff Naturzustand.
Im hypothetischen Naturzustand ist der einzige Trieb, der den Menschen antreibt, die Selbstliebe (amour de soi). Sie gebietet ihm: "Sorge für dein Wohl mit dem geringstmöglichen Schaden für die anderen." (Zweiter Diskurs) Neben der Selbstliebe kennt der Naturmensch noch das Mitleid (*pitié*), ein Gattungsgefühl, das nach Rousseaus tiefster Überzeugung auch die Tiere kennen. Alle anderen Fähigkeiten des

Menschen ruhen noch, also die Vernunft, die Einbildungskraft und das Gewissen. Der Mensch ähnelt im Naturzustand einem wilden Tier, welches nur um sich selbst kreist. Sein Gutsein ist keine Bravheit im moralischen Sinne, sondern eher im Sinne von „naturgehorchend".

Aufgrund äußerer Umstände, etwa Naturkatastrophen, wird er jedoch dazu gezwungen, sich mit anderen Gattungsexemplaren zusammenzutun. So entstehen Kultur und Gesellschaft und das Böse tritt in die Welt. Von großer Bedeutung ist die Einbildungskraft, mittels derer das Individuum aus seinem urwüchsig-narzistischen Schlummer erwacht und sich in andere Wesen hineinversetzen kann. Sie ermöglicht aber auch den Vergleich der Individuen untereinander. Dadurch kann die Selbstliebe (*amour de soi*) in die böse Eigenliebe (*amour propre*) umschlagen: Der Mensch sieht sich nun nur noch mit den Augen der anderen. Er möchte als jetzt leidenschaftlicher Rangkämpfer immer den ersten Platz einnehmen. Darüber hinaus verspürt er den drängenden Wunsch, dass die Nebenmenschen ihn sich selbst vorziehen. Dies ist jedoch schwer möglich, da auch alle anderen Menschen von der Eigenliebe angetrieben werden. So kommt es dazu, dass die Menschen ihre wahren Absichten verbergen. Sie geben ihr Eigeninteresse als Allgemeininteresse aus. Quelle des Übels sind also das naturferne Konkurrenzdenken und die „amour propre". Im Gesellschaftszustand erwachen zudem die Vernunft, das bewusste Mitleid sowie auch die widernatürliche moralische Reflexion.

Grundlage der Rousseau'schen Ethik ist nicht die Vernunft. Diese kann bestenfalls helfen, Vorteilhaftes und Unvorteilhaftes zu unterscheiden. Damit der Mensch aber auch gut handelt, bedarf es des Instinktes. Rousseau verwendet hier zwar den Begriff des christlichen „Gewissens" und spricht gar von einer „angeborenen Liebe zum Guten". Aber wie aus seinen Ausführungen im *Emile* hervorgeht, ist hier eine vorbewusste, gewissermaßen urweltliche Grundfähigkeit, eben der Instinkt, gemeint. Jemand, der gegen seinen Instinkt handelt, ist ein depravierter und unglücklicher Mensch. Die urwüchsige Selbstliebe zwingt uns geradezu, instinktgesteuert zu handeln, da sie die Befriedigung unserer Bedürfnisse verlangt. Rousseaus Denken zeichnet sich also dadurch aus, dass er nicht allgemeine ethische Regeln aufstellt, sondern zeigt, welches Interesse der Einzelne daran hat, „gut" zu handeln.

Eine Rückkehr in den Naturzustand schließt Rousseau ausdrücklich aus, auch wenn viele Kritiker, allen voran Voltaire, ihm dies vorhielten. Rousseau fragt vielmehr, wie in konkurrierenden Gesellschaften kollektives, instinktgesteuertes Handeln möglich werden kann. Dabei beschäftigt er sich nicht nur mit der Kunst der Aufzucht des Einzelmenschen, der Pädagogik, sondern auch mit der Theorie des an der Natur orientierten Staates.

Staatstheorie

Rousseau stellt sich die grundlegende Frage, wie ein von Natur aus wildes und freies Individuum seine Freiheit behalten kann, wenn es aus dem Naturzustand heraus in die Gesellschaft eintritt, bzw. diese mit anderen begründet. Er vertritt dabei ein an der vormenschlichen Evolutionsstufe orientiertes und im Grunde zutiefst pessimistisches Menschenbild. Rein und edel ist alles das, was der Mensch mit der tierischen und pflanzlichen Natur gemeinsam hat. Verachtenswert sind hingegen seine genuin menschlichen Eigenschaften und Möglichkeiten. Jedes Menschenexemplar besitzt einen eigenen instinktiven Willen zum Überlebenskampf und die Synthese dieser Einzelwillen nennt Rousseau *volonté générale* oder *allgemeiner Wille*. In einem Urgesellschaftsvertrag treten die Einzelnen ihre natürliche Freiheit an ein religiös überhöhtes Staatswesen ab, welches den allgemeinen Willen vollstreckt. Das

Gemeinwohl wird gewährleistet, indem das Wohl der bloßen Einzelexistenz dem Wohl des Volksganzen untergeordnet wird. Da der allgemeine Wille gemäss Rousseau mit dem Willen des Einzelnen absolut identisch ist, behält das einzelne Menschenexemplar aber dennoch seine natürliche Freiheit. Auf diesem Wege lasse sich andererseits verhindern, dass Einzelne ihre Freiheit über diejenige der anderen stellten und diese dadurch beherrschten.
Rousseaus Theorie des allgemeinen Willens stellt einen originellen und wirkungsmächtigen Versuch dar, der feudalistischen Königs- und Adelsherrschaft seiner Zeit die Legitimationsgrundlage zu entziehen. Neben Voltaire gilt er damit zu Recht als einer der wichtigsten ideellen Wegbereiter der französischen und wohl auch der amerikanischen Revolution. Seine des Rechtssicherheitsgedankens ermangelnde Staatsauffassung hatte aber nicht nur einen großen Einfluss auf Robespierre, den Hauptexponenten der revolutionären Schreckensherrschaft, sondern auch auf die totalitären Ideologen und Politiker des 19. und 20. Jahrhunderts wie etwa Lenin, Mussolini und Pol Pot.

Pädagogik

In Rousseaus pädagogischem Hauptwerk *Émile - oder über die Erziehung* wird die fiktive Erziehung eines Jungen beschrieben. Die Erziehung beginnt im Kindesalter und endet mit der Heirat Émiles mit 25 Jahren. Der Zögling wird in seiner Kindheit von allen kulturellen Einflüssen abgeschottet. So wie die Natur einfach da ist, soll sich auch die urwüchsige Natur des Kindes zur Entfaltung gebracht werden. Jegliche direkte Einflussnahme von außen sei zu vermeiden.
Dagegen ist das Hauptziel in der Jugendzeit Émiles die Herausbildung der sozialen Instinkte. Rousseau betont zwar immer wieder die Selbständigkeit des Zöglings, der sich vieles selbst aneigne, doch die eigentliche Kunst der Erziehung besteht darin, Émile soweit zu beeinflussen, dass sein Wille mit dem des Erziehers übereinstimmt. Die pädagogische Arbeit findet gewissermaßen „hinter seinem Rücken“ statt.
Rousseaus Theorien beeinflussten viele namhafte Pädogogen und Pädagoginnen, so z.B. Johann Gottfried Herder, Maria Montessori und Ellen Key.

Literatur

Bockow, Jörg: *Erziehung zur Sittlichkeit - Das Verhältnis von praktischer Philosophie und Pädagogik bei Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant*
Ehlers, Nils: *Der Widerspruch zwischen Mensch und Bürger bei Rousseau.* Göttingen : Cuvillier, 2004. - ISBN 3-86537-306-2
Fetscher, Iring: *Rousseaus politische Philosophie.* Frankfurt am Main : Suhrkamp, 1989. - ISBN 3-518-27743-X
Feuchtwanger, Lion: *Narrenweisheit oder Tod und Verklärung des Jean-Jacques Rousseau*. Frankfurt am Main : Frankfurter Verl.-Anst., 1952. (Roman)
Forschner, Maximilian: *Rousseau.* Freiburg : Alber, 1977. - ISBN 3-495-47349-1
Landgrebe, Christiane: *"Ich bin nicht käuflich" - Das Leben des Jean-Jaques Rousseau* - Beltz Verlag 2004 - ISBN 3-407-85784-5
Lieber, Hans-Joachim (Hrsg.): *Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart.* - Wiesbaden : Fourier, 2000. - ISBN 3-932412-06-0
Meier, Heinrich: *Diskurs über die Ungleichheit* - Paderborn : Schöningh, 1984, Krit. Ausg. d. integralen Textes. - ISBN 3-8252-0725-0
Mensching, Günther: *Rousseau als Einführung*. - Hamburg : Junius Verl., 2003. - ISBN 3-88506-384-0
Rang, Martin: *Rousseaus Lehre vom Menschen*

Schmidt, Manfred G.: *Demokratietheorien*. - Opladen : Leske+Budrich, 2000. - ISBN 3-8252-1887-2 - S. 91-103
Spaemann, Robert: *Rousseau - Bürger ohne Vaterland*. München : Piper, 1980 (2. Aufl.: 1992).
Starobinski, Jean: *Rousseau. Eine Welt von Widerständen*. Frankfurt am Main : Fischer Taschenbuch, 1993. - ISBN 3-596-10255-3
Steinvorth, Ulrich: *Stationen der politischen Theorie.* Stuttgart, Reclam, 1994. - ISBN 3-15-07735-4 - S. 97-132.
Jean-Jacques Rousseau "Lettres élémentaires sur la botanique", "Zehn botanische Lehrbriefe für eine Freundin" insel taschenbuch 366, 1978

Maximilien de Robespierre

Maximilien François Marie Isidore **de Robespierre** (* 6. Mai 1758 in Arras; † 28. Juli 1794 Paris), vom Volk „der Unbestechliche" genannt, war ein französischer Politiker und einer der einflussreichsten Männer während der Französischen Revolution.

Die Anfänge

Robespierre wurde als erstes von vier Kindern eines angesehenen Advokaten geboren. Als er 5 Jahre alt war, starb seine Mutter. Er besuchte das "Collège Louis le Grand" in Paris, wo er nach 12 Jahren sein juristisches Examen ablegte. Schon in seiner Jugendzeit zeigte er, der stets Primus war, einen auffälligen Ehrgeiz. Er wurde als bester Schüler Frankreichs ausgezeichnet. So war es sein Traum, eines Tages einen Orden aus der Hand des Königs zu bekommen.
Schon zu dieser Zeit hatte Robespierre Flugschriften gegen die Privilegien des Adels und der Geistlichkeit publiziert.
Schließlich sah er in Paris die Möglichkeit, durch sein politisches Engagement die Gesellschaftsform des monarchistischen Frankreichs nach der Staatstheorie seines geistigen Mentors Jean-Jacques Rousseau umzugestalten: 31-jährig wurde er gleich zum Delegierten in die Versammlung der Generalstände gewählt, die von Ludwig XVI. 1789 eigentlich dazu einberufen worden war, seine Steuererhöhungen durchzusetzen.

Robespierre als Vertreter des dritten Standes in der Nationalversammlung

Am 17. Juni 1789 erklärten sich die Vertreter des dritten Standes (das Bürgertum) zur Nationalversammlung. Nach dem Beitritt der Vertreter des Klerus und des Adels schafften die Vertreter der drei Stände die Privilegien der Priester und Adligen ab. Dies war die *Geburtsstunde der französischen Revolution*. Bereits vier Wochen später war der Sturm auf die Bastille erfolgt.
In dieser Nationalversammlung fiel Robespierre zunächst auf, weil er die liberale Mehrheit mit radikalen Forderungen erschreckte: Er forderte Pressefreiheit, allgemeines Wahlrecht für alle Männer, Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, Aufhebung der Todesstrafe, Beseitigung der Privilegien des Klerus. Die Vernunft sollte die einzige Grundlage, die Tugend das große Ziel des Staates sein.
Bald galt Robespierre als Linksradikaler und trat dem linken „Club der Jakobiner" bei, der sich regelmäßig im Dominikanerkloster St. Jaques in Paris traf. 1790 wurde er deren Präsident.

Der Kampf um die Fortsetzung der Revolution

Bis 1791 war Robespierre trotz seiner radikalen Forderungen ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie. Er änderte jedoch seine Meinung im Juni 1791, als Ludwig XVI. heimlich versuchte Frankreich zu verlassen, um die Revolution von außen zu zerstören. Ludwig wurde nach Paris zurückgebracht und durfte sogar seine Krone behalten. Ludwig bemühte sich jedoch weiterhin die Revolution mit Hilfe der anderen Königreiche rückgängig zu machen, wodurch er sowohl Robespierre und die Jakobiner als auch die Girondisten weiter gegen sich aufbrachte. Am 10. August wurde das Schloß des Königs gestürmt, und der König vorläufig für abgesetzt erklärt. Am selben Tag wurde Robespierre Mitglied der Kommune von Paris.

Im September 1792 befanden sich die Armeen der feindlichen Könige auf dem Vormarsch. Paris war bedroht und die zum Kampf bereiten Pariser Bürger fühlten sich von den Anhängern des Königs bedroht. Daher richteten sie ein Blutbad unter den in den Gefängnissen einsitzenden Königstreuen und jenen, die dafür gehalten wurden an (Septembermorde). Diesem Massaker fielen mehr als tausend Menschen zum Opfer. In dieser aufgeheizten Stimmung wurde Robespierre zum Mitglied der neuen Volksvertretung, des Nationalkonvents, gewählt. Gegen den König wurde Anklage erhoben und Robespierre forderte in seiner Rede vom 3. Dezember 1792 dessen Tod, da der König eine zu große Gefahr für die Revolution darstelle. Er erklärte den König zum Verräter Frankreichs und zum Verbrecher an der Menschheit. Der Nationalkonvent sprach sich am 20. Januar 1793 mit 386 zu 334 dafür aus, Ludwig XVI. hinzurichten. Tags darauf wurde dieser durch die Guillotine enthauptet.

Die Begründung des Terrors gemäß Rousseau

In seiner gesamten politischen Tätigkeit bemühte sich Robespierre die aufklärerischen Ideale Rousseaus zu verwirklichen. Gemäß Jean-Jacques Rousseau erzeugen alle Mitglieder einer Gemeinschaft in freiwilliger Übereinkunft einen Gemeinwillen, den volonté générale. Der Gemeinwille orientiert sich am Gemeinwohl und hat dabei immer Recht. Er gilt absolut, auch wenn Einzelne ihn ablehnen. Er ist nicht einfach der Wille der Mehrheit, sondern derjenigen die tugendhaft und im Besitz der Wahrheit sind. Jeder, der den Gemeinwillen angreift, stellt sich außerhalb der aufgeklärten Gemeinschaft.

Für Robespierre bedeutete dies, dass die Gegner der Republik nur die Wahl zwischen einer Änderung ihrer Überzeugungen und dem Tod haben durften. Je grausamer die Regierung gegenüber den Verrätern auftrete, desto wohltätiger sei sie gegenüber den braven Bürgern, ließ Robespierre 1793 verlauten. Die Terrorherrschaft war demzufolge ein notwendiges Übel, um das Volk für den von Rousseau empfohlenen Gesellschaftsvertrag bereit zu machen. Ohne Tugend, meinte Robespierre, sei Terror verhängnisvoll, ohne Terror die Tugend machtlos. Die Gleichheit aller Franzosen

Robespierre war es, der 1792 in einem Brief an alle Franzosen verkündete, dass es darum gehe, auf den Trümmern des Thrones die heilige Gleichheit einzurichten. Er meinte damit die Gleichheit vor dem Gesetz und gleiche Chancen in der Politik. Die Gleichheit des Vermögens, von der die Armen träumten, meinte er nicht. Dies erklärte er im April 1793 vor der Nationalversammlung und versicherte den Reichen, dass er ihre Schätze auf keinen Fall anrühren wolle.

Der Wohlfahrtsausschuss

Am 27. Juli 1793 wurde Robespierre vom Nationalkonvent zum Mitglied des zwölfköpfigen Wohlfahrtsausschuss berufen. In der Folgezeit unterstützte Robespierre alle Maßnahmen gegen sogenannte "Feinde der Revolution", was ihm seinen Ruf als "Blutrichter" der Französischen Revolution eintrug. So war er daran beteiligt Jacques Roux und alle Mitglieder der ihm unliebsamen Enragés zu verhaften

und vor Gericht zu stellen. 1794 ließ Robespierre dann den Radikalsten der Jakobiner, Jacques-René Hébert, verhaften, weil er zum Aufstand aufrief und an eine Wiederholung der Septemberbewegung von 1793 dachte. Ihm folgte seine Anhängerschaft, die Hébertisten.
Sechs Tage später ließ der Wohlfahrtsausschuss Danton und dessen Anhänger verhaften und am 5. April auf der Guillotine hinrichten. Insgesamt waren es in jenem April 258 Hinrichtungen auf Geheiß des Ausschusses. Der Juni 1794 sah 688 Hinrichtungen, denn der Nationalkonvent hatte beschlossen, nicht nur auf eine Anhörung der Beschuldigten, sondern auch von Zeugen zu verzichten.

Das Ende

M. de Robespierre
Im Juli 1794 ließ der Wohlfahrtsausschuss 935 Todesurteile vollstrecken. Darunter auch das von Robespierre selbst. Am 26. Juli war Robespierre das erste Mal seit Wochen für eine Rede vor dem Parlament erschienen. Er bekräftigte seine Überzeugung, nur der Terror gegen das Verbrechen verschaffe der Unschuld Sicherheit. Der Fehler dabei war, auf neue Verräter anzuspielen, die mit aller Härte bestraft werden müssten. Er kenne sie, doch Namen nennen wolle er nicht. In der folgenden Nacht traf eine Koalition völlig unterschiedlicher Politiker zusammen. Sie bestand aus solchen, die befürchteten, als Verräter bezeichnet und hingerichtet zu werden, und anderen, die selbst an die Macht kommen wollten, um die Politik nach ihren Vorstellungen zu gestalten, aus Linken, die durch ihn die Revolution verraten sahen, und aus Rechten, die bis dahin geschwiegen hatten.
Am folgenden Tag debattierte das Parlament über den Wohlfahrtsausschuss. Man wollte die Anhänger des Terrors und ihren Führer loswerden. Robespierre wollte sich verteidigen, doch seine Worte gingen im Tumult der Stimmen unter. Letztlich forderte man die Verhaftung. Sie wurde zur allgemeinen Verblüffung fast einstimmig beschlossen. Robespierre wurde abgeführt. Es gelang ihm jedoch, sich zu befreien und mit aus dem Kerker befreiten Freunden im Rathaus zu versammeln.
Nach dem von Léonard Bourdon geführten Sturm der Nationalgarde auf das Stadthaus schoss sich Robespierre in den Mund. Die Kugel zerschmetterte jedoch nur den Kiefer. Seine Kameraden, die sich mit ihm verschanzt hatten, begingen teilweise Selbstmord, indem sie sich erschossen oder aus dem Fenster sprangen. Der schwerverletzte Robespierre wurde notdürftig ärztlich behandelt. Ob Robespierre wirklich versucht hat, sich das Leben zu nehmen, ließ sich nie eindeutig klären.
Am 28. Juli 1794 wurde Maximilien Robespierre selbst zum Schafott gekarrt, wo er sein Leben nach 36 Jahren beenden sollte. 21 seiner Anhänger starben noch am selben Tag, 83 in den folgenden Tagen.

Nachwirkungen
Mit dem Sturz Robespierres starb für Frankreich auf Jahrzehnte zugleich die demokratische Republik in der Praxis wie in der Idee. Der Jakobiner-Klub wurde wenig später aufgelöst und die überlebenden Girondisten kehrten nach Paris zurück. Die neue Klasse der Herrschenden stützte sich fortan nicht mehr wirklich auf das Volk. 1799 rettete sich der bürgerliche Besitzadel aus inneren und äußeren

Bedrängnissen in die Arme Napoléon Bonapartes, der sich später zum Kaiser krönte, die Erbmonarchie wieder einführte und Frankreich und Europa in ein Zeitalter der Kriege führte, das hunderttausenden Menschen das Leben kostete.
Überprüft
"Der König ist nicht der Vertreter der Nation, sondern ihr Schreiber." - *Rede in der französischen Nationalversammlung, 1792*
"Der Krieg bereitet dem Despotismus den Weg. Sie werden einen Cäsar oder Cromwell bekommen." - *18. Dezember 1791, in einer Rede gegen die Fortsetzung des Krieges zur Verbreitung der Revolution*
(Original franz.: *"La guerre fait le lit du despotisme. Vous aurez un César ou un Cromwell."*)
"Der Staat muß gerettet werden, auf welche Weise auch immer; es gibt nichts Verfassungswidriges, wenn man dem Untergang entgegengeht." - *29. Juli 1792 vor den Jakobinern*
(Original franz.: *"Il faut que l'état soit sauvé, de quelque manière que ce soit ; il n'y a d'inconstitutionnel que ce qui tend à sa ruine."*)
"Die Minderheit hat überall ein ewiges Recht, nämlich dasjenige, die Wahrheit zu proklamieren, oder das, was sie dafür hält." - *Verteidigungsrede auf die Anklage, er strebe nach der Diktatur, 1792*
(Original franz.: *"La minorité a partout un droit éternel, c'est celui de faire entendre la voix de la vérité ou de ce qu'elle regarde comme telle."*)
"Die Verteidiger der Freiheit werden immer nur Geächtete sein, solange eine Horde von Schurken regiert!" - *Letzte Worte im französischen Konvent, 26. Juli 1794*
(Original franz.: *"Ô les défenseurs de la liberté ne seront que des proscrits, tant que la horde des fripons dominera."*)
"Gleicht euer Terror dem des Despotismus? Ja, so wie das Schwert in den Händen des Freiheitshelden dem in den Händen der Vasallen der Tyrannei gleicht." - *5. Februar 1794 vor dem Konvent*
(Original franz.: *"Le vôtre [terreur] ressemble-t-il donc au despotisme? Oui, comme le glaive qui brille dans les mains des héros de la liberté, ressemble à celui dont les satellites de la tyrannie sont armés"*)
"Niemand mag bewaffnete Missionare." - *18. Dezember 1791, in einer Rede gegen die Fortsetzung des Krieges zur Verbreitung der Revolution*
(Original franz.: *"Personne n'aime les missionnaires armés."*)
"So müßt ihr alles, was die Vaterlandsliebe stärken, die Sitten reinigen, die Seelen erheben, die Leidenschaften des menschlichen Herzens zur Mitarbeit im öffentlichen Interesse erziehen will, euch aneignen oder dementsprechende Maßregeln treffen." - *Rede vor dem Konvent, 5. Februar 1794*
(Original franz.: *"Ainsi tout ce qui tend à exciter l'amour de la patrie, à purifier les moeurs, à élever les âmes, à diriger les passions du coeur humain vers l'intérêt, doit être adopté ou établi par vous."*)
"Terror ist nichts anderes als sofortige, unnachsichtige und unbeugsame Gerechtigkeit; folglich ist er ein Ausfluß der Tugend." - *5. Februar 1794 vor dem Konvent*
(Original franz.: *"La terreur n'est autre chose que la justice prompte, sévère, inflexible; elle est donc une émanation de la vertu."*)
"Tugend, ohne sie ist der Terror verderblich; Terror, ohne ihn ist die Tugend machtlos." - *5. Februar 1794 vor dem Konvent*
(Original franz.: *"La vertu, sans laquelle la terreur est funeste; la terreur, sans laquelle la vertu est impuissante."*)

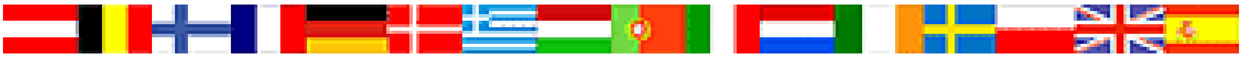
"Was wir am meisten hassen müssen, ist der Krieg." - *15. Mai 1790, Rede vor den Jakobinern*
(Original franz.: *"Ce que nous avons le plus à craindre, c'est la guerre."*)

"Der Tod ist der Beginn der Unsterblichkeit."
"Man geht nie so weit, als wenn man nicht weiß, wohin man geht."
"Recht ist dazu geschaffen, die Koexistenz der Freiheiten zu organisieren."
"Wer sich verteidigt, klagt sich an."
(Original franz.: *"Qui s'excuse s'accuse."*)

Jean-Jacques Rousseau (1712-1778)
"Alle Bosheit kommt von der Schwachheit." - *Émile*
"Alle Reichen stellen das Gold über die Verdienste." - *Émile*
"Bei allen Tugenden, bei allen Pflichten sucht man nur den Schein; ich suche die Wirklichkeit." - *Émile*
"Bei unserer Geburt treten wir auf den Kampfplatz und verlassen ihn bei unserem Tode." - *Träumereien eines einsamen Spaziergängers*
"Bevor man beobachtet, muss man sich Regeln für seine Beobachtungen machen." - *Émile*
"Das Christentum predigt nur Knechtschaft und Unterwerfung. Sein Geist ist der Tyrannei nur zu günstig, als dass sie nicht immer Gewinn daraus geschlagen hätte. Die wahren Christen sind zu Sklaven geschaffen." - *Vom Gesellschaftsvertrag IV, Über die staatsbürgerliche Religion*
"Das Gewissen ist die Stimme der Seele. Die Leidenschaften sind die Stimme des Körpers." - *Émile*
"Das Vertrauen erhebt die Seele." - *Émile*
"Das wird eine knechtische Seele werden, bei der man mit Strenge etwas erreicht." - *Émile*
"Der ehrliche Mann aus dem einen Hause gilt als Schelm im Nachbarhause." - *Julie oder Die neue Héloïse Saint-Preux*
"Der erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam zu sagen 'Dies gehört mir' und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wieviel Elend und Schrecken wäre dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn jemand die Pfähle ausgerissen und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: 'Hütet euch, dem Betrüger Glauben zu schenken; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemandem gehört'" - *Discours*
"Der höchste Genuss besteht in der Zufriedenheit mit sich selbst." - *Émile*
"Der Leib hat so wie der Geist seine Bedürfnisse." - *Abhandlung über die Wissenschaften und Künste*
"Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten." - *Vom Gesellschaftsvertrag, Buch 1, Kapitel 1*
"Der Zustrom von Gästen zerstört die Gastfreundschaft." - *Émile*
"Die ersten Tränen der Kinder sind Bitten. Wenn man nicht Acht darauf gibt, so werden sie bald Befehle." - *Émile*
"Die Familie ist die älteste aller Gemeinschaften und die einzige natürliche." - *Der Gesellschaftsvertrag*
"Die gewöhnliche Kunst der Sophisten besteht darin, eine Menge Argumente anzuhäufen, um deren Schwäche zu verbergen." - *Vierter Brief vom Berge*

"Die Reichen produzieren Armut in zweifacher Weise: einmal absolut, weil sie Arbeiter dazu zwingen, Luxusgüter herzustellen, was notwendig eine Verringerung der Produktion der lebensnotwendigen Güter bewirkt, die aufgrund der mit jeder Verknappung einhergehenden Preissteigerung unbedingt auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen geht. Zum anderen relativ, weil der Anblick bislang unbekannter Luxusgenüsse, den Armen dazu bringt, sich für unglücklich zu halten."
"Die Stärke ist die Grundlage aller Tugend." - *Émile*
"Die Unwissenheit schadet weder der Redlichkeit noch den Sitten; sie fördert sie oft sogar." - *Émile*
"Die Vergröberung macht Gegenstände nicht hassenswert, sondern nur lächerlich." - *Brief an d'Alembert*
"Ein schwacher Körper schwächt die Seele." - *Émile*
"Elend und Schimpf verändern die Herzen." - *Julie oder Die neue Héloïse / Julie*
"Es gibt eine gewisse Eintracht der Seelen, die sich sogleich beim ersten Anblick bemerkbar macht." - *Julie oder Die neue Héloïse / Saint-Preux*
"Glücklich ist das Land, wo man es nicht nötig hat, den Frieden in einer Wüste zu suchen! Wo aber ist dieses Land?" - *Émile*
"Ich bin durch meine Laster Sklave und frei durch meine Gewissensbisse." - *Émile*
"Ich möchte keinen Palast als Wohnung haben, denn in diesem Palast würde ich nur ein Zimmer bewohnen." - *Émile*
"In was für einem Jahrhundert es auch sein mag, die natürlichen Verhältnisse ändern sich nicht." - *Émile*
"Keine Unterwerfung ist so vollkommen wie die, die den Anschein der Freiheit wahrt. Damit lässt sich selbst der Wille gefangen nehmen." - *Émile*
(Original franz.: *"Il n'y a pas d'assujettissement si parfait que celui qui garde l'apparence de la liberté. On captive ainsi la volonté même."*)
"Man muss an alle Jahreszeiten denken." - *Émile*
"Man veredelt die Pflanzen durch die Zucht und die Menschen durch Erziehung." - *Émile I*
"Mit der übermäßigen Verweichlichung der Frauen fängt auch die der Männer an." - *Émile*
"Nichts ist für aufrichtige Liebhaber gefährlicher als die Welt der Vorurteile." - *Julie oder Die neue Héloïse / Julie*
"Rückt die Meinungen des Volkes zurecht, und seine Sitten werden sich von selbst bessern." - *Der Gesellschaftsvertrag IV*
"Sage mir, Kind, hat denn die Seele ein Geschlecht?" - *Julie oder Die neue Héloïse / Claire*
"Solange der Ackerbau geehrt wurde, gab es weder Elend noch Müßiggang, und es gab weit weniger Laster." - *Letzte Antwort*
"Überall wird die Trunkenheit am meisten von Leuten verabscheut, die am meisten Grund haben, sich vor ihr in Acht zu nehmen." - *Brief an d'Alembert*
"Vergiften die Bösen nicht ihr und unser Leben?" - *Émile*
"Wahnsinn schafft kein Recht." - *Du Contrat Social*
"Warte, junger Mensch; prüfe, beobachte!" - *Émile*
"Warum sollte man einem Liebhaber treuer sein als einem Ehemann? - *Julie oder Die neue Héloïse / Saint-Preux*
"Was nützen uns die Künste ohne den Luxus, welcher sie nährt?" - *Abhandlung über die Wissenschaften und Künste*
"Wehe jedem, der eine Sittenlehre predigt, die er nicht ausüben will!" - *Julie oder Die neue Héloïse / Saint-Preux*

"Welche Strafe mir auch auferlegt wird, wird sie doch minder grausam sein als die Erinnerung an mein Verbrechen." - *Julie oder Die neue Héloïse / Saint-Preux*
"Welcher Ausschweifung würden reine Geister wohl fähig sein?" - *Émile*
"Wenn ein jeder sich selbst genug wäre, brauchte er nur das Land zu kennen, das ihn ernähren kann." - *Émile*
"Wenn nur die Lüge uns retten kann, so ist es aus, so sind wir verloren." - *Julie oder Die neue Héloïse / Julie*
"Wer die Dinge gut genug kennt, dass er allen ihren wahren Wert geben kann, redet niemals zu viel." - *Émile*
"Wer nicht ein wenig Leid zu ertragen weiss, muss damit rechnen, viel zu leiden." - *Émile*
"Wer zu sagen wagt, »außerhalb der Kirche gibt es kein Heil«, muss aus dem Staat verjagt werden." - *Du Contrat Social, Buch 4, Kapitel 8*
"Wie angenehm und reizend ist die aus dem Bewusstsein vollkommener Eintracht entspringende Sicherheit!" - *Julie oder Die neue Héloïse / Julie*
"Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit." - *Du Contrat Social,*




FEDERAL REWARD NOTE
UNITED STATES THE OF AMERICA
LEGAL TENDER FOR THE WRETCHED HIDES OF THE TALIBAN, AL-QAEDA, AND ALL TERRORIST COWARDS
– DEAD OR ALIVE –
2002
AL-QAEDA FEAR THIS
SERIES 2002 C
LONG LIVE
FREEDOM
MAKEMYDAY2002
WASHINGTON D.C.
TO ALL TERRORISTS:
25,000,000
THESE COLORS DON'T RUN!
George W. Bush
Commander In Chief
THE HUNTER
Dick Cheney
Vice President
25 MILLION DOLLARS
25,000,000 THE UNITED STATES OF AMERICA 25,000,000
HE'S NOW
HE'S NEXT
OSAMA BIN LADEN
SADDAM HUSSEIN
25,000,000 25 MILLION DOLLARS 25,000,000

